Nr. 8, Dezember 1991

»» . . . es scheint mir völlig offensichtlich zu sein, daß es für Amerika höchste Zeit ist, sich selbst zu entdecken. Und wenn ich Amerika sage, dann spreche ich vor allem von dem Amerika, dem alles geraubt wurde . . .

Es ist Hoffnung, nicht Nostalgie, die uns dazu zwingt, eine auf Gemeinschaft beruhende Produktions- und Lebensweise wiederzuentdecken, die sich nicht auf Gier, sondern auf Solidarität gründet, auf uralte Freiheiten und auf das Einssein von menschlichen Geschöpfen und der Natur.«

Eduardo Galeano (1991)

ISSN 0940-0648

Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Z.

Nr. 8
Dezember 1991

Brie/Jung
- **Am Ende einer Epoche – Urteile**

Deppe/Ruf/Huffschmid
- **Die neue Weltordnung nach der Systemkonkurrenz**

Harich/Leisewitz
- **Ökokrise, Ökoimperialismus, Weltrevolution**

Goldberg/Khalatbari
- **Nord-Süd-Gegensatz, Unterentwicklung**

Hund
- **Arbeitsbegriff und marxistische Soziologie**

Vidal-Naquet
- **Die Mörder des Gedächtnisses (II)**

Hahn/Heinrich
- **Wert-Preis-Transformationsdebatte**

Einzelpreis 15,— DM

Veröffentlichungen des IMSF e.V.

IMSF Forschung und Diskussion 4

Demokratisierung
Marxismus, Demokratietheorie, alternative Strategien
Beiträge von N. Paech, J.H. v. Heiseler, J. Meyer-Siebert, M. Kutscha, J. Reusch
Frankfurt/M. 1990, 79 S., DM 9.80

IMSF Forschung und Diskussion 5

André Leisewitz/Klaus Pickshaus (Hrsg.)
Gewerkschaften, Klassentheorie und Subjektfrage
Beiträge von H. Bierbaum, J. Bischoff, A. Engelhardt, Th. Hagelstange, S. Herkommer, J. Hirsch, H. Jung, A. Leisewitz, K. Pickshaus, G.v.Randow, J. Schattmann, H. Schauer, A. Schwarz, H.-J. Urban, H. Werner, L. Winter.
Frankfurt/M. 1990, 226 S., DM 24.80

IMSF Forschung und Diskussion 6

Heinz Jung
Abschied von einer Realität
Zur Niederlage des Sozialismus und zum Abgang der DDR. Ein politisches Tagebuch – Sommer 1989 bis Herbst 1990. Historischer Abriß, Chronik und ausgewählte Dokumente von Fritz Krause
Frankfurt/M. 1990, 436 S., DM 29.80

IMSF Forschung und Diskussion 7

Lothar Peter
Dogma oder Wissenschaft?
Marxistisch-leninistische Soziologie und staatssozialistisches System in der DDR
Frankfurt/M. 1991, 110 S., DM 12.80

Marx-Engels-Forschung heute 3

AG Marx-Engels-Forschung beim IMSF e.V. in Verbindung mit der Marx-Engels-Stiftung Wuppertal (Hrsg.)
Naturwissenschaften und Produktivkräfte bei Marx und Engels
Materialien der vierten Sitzung der AG Marx-Engels-Forschung
Einleitende Beiträge: H.J.Sandkühler, Sozialistische Studiengruppen, M. Beyer, E.Th.Mohl
IMSF Forschung und Diskussion 8
Frankfurt/M. 1991, 186 S., DM 19.80

Bestellungen bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei
Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) e.V.
Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt/M. 1

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
2. Jahrgang
Heft 8 (Dezember 1991)

Herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Wiesbaden)

und

Harry von Bargen, Joachim Bischoff, Ulrike Bohnenkamp, Ulrich Briefs, Olaf Cless, Monika Domke, Rainer Einenkel, Heike Flessner, Wolfgang Gehrcke, Jörg Heimbrecht, Johannes Henrich von Heiseler, Jörg Huffschmidt, Stefan Isensee, Heinz Jung, Peter Jung, Jörg Jungmann, Fritz Krause, Stefan Krull, Steffen Lehndorff, Anja Maschinsky, Hans-Joachim Müller, Norman Paech, Lothar Peter, Jürgen Reusch, Josef Schleifstein, Ursula Schumm-Garling, Susanne Schunter-Kleemann, Alexandra Wagner, Harald Werner, Dietmar Wittich

Redaktion:
Klaus D. Fischer, Johannes Henrich von Heiseler, Heinz Jung

Z. - Nr.8 2. Jahrgang Dezember 1991

4 **Editorial**

Zu den Ereignissen und der Entwicklung in der Sowjetunion

7 *André Brie:*
Alles wird anders und nichts grundsätzlich neu

15 *Heinz Jung:*
Ende und Anfang

Neue Weltordnung - Globale Probleme

25 *Frank Deppe:*
Die Weltordnung nach dem Ende der Systemkonkurrenz

43 *Jörg Huffschmid:*
Koloß auf tönernen Füßen?
Zur These vom Niedergang der USA

53 *Werner Ruf:*
Von der Chaos-Macht zum Ohnmachts-Chaos
Die sogenannte Dritte Welt nach dem Ende der Bipolarität

63 *Wolfgang Harich:*
Weltrevolution jetzt.
Zur jüngsten Veröffentlichung des Club of Rome

73 *André Leisewitz:*
Ökologischer Imperialismus.
Historisches Material zur Diskussion eines aktuellen Begriffs

88 *Jürgen Reusch:*
Krieg und Frieden nach dem Ende des Ost-West-Konflikts
Probleme, Konzeptionen, Perspektiven

102 *Jörg Goldberg:*
Vom Ost-West- zum Nord-Süd-Konflikt?

109 *Parviz Khalatbari:*
Unterentwicklung als globales Problem

121 *Andrea Lederer/Dieter Liehmann:*
Können Rüstungsexporte wirksam begrenzt werden?

134 *Peter Haferstroh, Klaus Kinner, Thomas Schmidt:*
"Imperialismus" - Ein linker Kampfbegriff?
Zur Geschichte der kommunistischen Kapitalismuskritik

---

145 *Wulf D. Hund:*
Verteidigung der Arbeit.
Anmerkungen zur marxistischen Soziologie

158 *Hermann Bömer:*
Zur weltwirtschaftlichen Stellung der Bundesrepublik und ihrer ökonomischen Rolle im Transformationsprozeß Osteuropas

169 *Martin Kutscha:*
Abschied vom Prinzip demokratischer Legalität?
Eine Problemskizze

178 *Fritz Rische/Ulrich Sander:*
Kalter Krieg und kaltes KP-Verbot nun auch im Haus Europa?

186 *Jörg Hahn:*
Transformationsproblem und Werttheorie
Zum Dualismus von Werten und Produktionspreisen im "Kapital"

198 *Michael Heinrich:*
Die Marxsche Werttheorie - mit dem Transformationsproblem erledigt?

205 *Hans-Jürgen Podszuweit:*
Ist Staatseigentum das Problem?
Zur Diskussion um alternative Wirtschaftssysteme

217 *Pierre Vidal-Naquet:*
Die Mörder des Gedächtnisses (1987) Teil II

Diskussion, Kritik, Zuschriften

229 *Robert Katzenstein:*
Jelzin und wie weiter?

Kritik ohne Alternative geht an der Realität vorbei (H. Krüger)
Über die Bitterkeit. Zu Heinz Jungs neuen alten Erkenntnissen über den Gorbatschowismus (H. v. Bargen)

---

240 **Buchbesprechungen, Annotationen**
"Lebe wild und gefährlich" (Adler); Gebremster Malthusianismus (Grieger); Zerbrochene Identität - geborstene Perspektive (Jung); Deutsche Stiefel in deutschem Gesicht (Jung); Altlasten; Lebenserinnerungen; Stalinismus (Krause)

132 **Aufruf zur Rettung der MEGA**

---

6 **Impressum**

256 **Vorschau**

133 **AutorInnen**

Editorial

Immer wieder wird die Zeitschriftenplanung durch die Realität eingeholt. Dies gilt auch für uns, die wir wegen unseres Vierteljahresrhytmus bei aktuellen Kommentaren zur Zurückhaltung gezwungen sind. Jedoch erschienen uns die Ereignisse des August 1991 in der Sowjetunion als wichtig genug, um das Ende des Realsozialismus in Europa in zwei Beiträgen (Brie, Jung) zu kommentieren. Obwohl es selbstverständlich ist, möchten wir nochmals hervorheben, daß auch die Beiträge von Mitherausgebern und Redakteuren ausschließlich deren eigene Meinung enthalten und deshalb auch keine Richtung oder Linie der Redaktion bzw. von Z formulieren können.

Mit dem Schwerpunkt NEUE WELTORDNUNG - GLOBALE PROBLEME greifen wir mitten in die auf der Linken stattfindende Diskussion ein. Die Beiträge von Deppe, Huffschmid und Ruf leuchten zentrale Aspekte der Entwicklung und der Debatte über die neue Weltordnung nach dem Verschwinden der internationalen historischen Formation der Systemkonkurrenz aus. Harich und Leisewitz entwickeln unterschiedliche analytische Ansätze zur Beurteilung der Ökologieproblematik in ihrer globalen Bedeutung. Reusch und Lederer/Liehmann untersuchen die Problematik von Krieg und Frieden nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und aktuelle Fragen des Rüstungsexports und seiner Kontrolle. Khalatbari stellt die Unterentwicklung als zentrales globales Problem vor und Goldberg nimmt zur Relevanz des Nord-Süd-Gegensatzes Stellung. Der Beitrag von Haferstroh/Kinner/Schmidt beschäftigt sich mit theoriegeschichtlichen Aspekten der Imperialismus-Theorie - bedeutsam wohl auch für den geistigen "Instrumentenkasten" zur Analyse des neuen Systems internationaler Beziehungen.

(Erwähnt werden soll, daß Z, IMSF und "Sozialismus" sich entschlossen haben, im Frühjahr 1992 zum Schwerpunktthema des vorliegenden Heftes eine wissenschaftliche Diskussionstagung in Frankfurt/M. durchzuführen. Wir bitten, die Ankündigung in den einschlägigen Zeitschriften zu beachten, und laden schon jetzt zur Teilnahme ein.)

Auch der geneigte Leser wird zur Meinung kommen müssen, daß das Schwerpunktthema bei weitem nicht flächendeckend abgehandelt ist und zweifellos zentrale Gesichtspunkte außen vor bleiben. Dieser Meinung ist auch die Redaktion. Sie kann sich aber zugute halten, daß sie mehr versucht hat, als sich an den vorliegenden und abgedruckten Beiträgen erkennen läßt und daß eine wirklich flächendeckende Abhandlung Bände füllen müßte.

Der weitere Hauptteil wird mit einem Beitrag von Hund zum Verständnis marxistischer Soziologie heute eingeleitet. Es folgt eine Analyse Bömers zur aktuellen Wirtschaftslage vor allem auch unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Absicherung des Transformationsprozesses im Osten durch Subsidien der BRD. Es folgen Beiträge von Rische/Sander zu den Altlasten des Kalten Krieges und von Kutscha zum Verhältnis von Rechtsstaat und Volkssouveränität.

In den Abhandlungen von Hahn und Heinrich, die das sogenannte Transformationsproblem aufgreifen, setzen wir die Diskussion über Warenproduktion und Sozialismus fort. Podszuweit stellt die zu Unrecht in den Hintergrund getretene Konzeption von Oskar Lange hierzu vor.

Dieser Komplex wird abgeschlossen durch Teil II des Essays von Vidal-Naquet "Die Mörder des Gedächtnisses". Wegen Platzmangels waren wir genötigt, den Beitrag nochmals zu teilen. Teil III wird in Nr. 9 erscheinen. In diesem Zusammenhang möchten wir auch alle übrigen Autoren um Nachsicht und Verständnis bitten, wenn ihr Beitrag "geschoben" werden mußte oder erst in einer späteren Ausgabe erscheinen kann. Freilich ist die Redaktion - der Wahrheit zur Ehre sei es gesagt - nicht nur unglücklich über diesen Zustand, zeigt sich doch daran, daß eine zunehmende Zahl vor allem jüngerer Autoren eine ernsthafte Liaison mit Z einzugehen bereit ist. Leider enthält unser Diskussionsteil nur den Beitrag von Katzenstein und die Rubrik Berichte geht diesmal leer aus. Aus aktuellem Anlaß haben wir uns aber entschlossen, eine Rubrik "Zuschriften" einzurichten, um auch die Möglichkeit zu haben, kurze Meinungsäußerungen zu veröffentlichen, soweit sie Beiträge in Z oder Themen und Positionen betreffen, die in Z vertreten werden.

Wir hoffen, daß wir in der Rubrik Buchbesprechungen und Annotationen unseren Lesern wieder wichtige Titel vorstellen können.

Mit Z 8 (Dezember 1991) schließen wir den 2. Jahrgang ab. Heute wissen wir, daß diese beiden Jahrgänge einen Epochenwechsel überspannen. Wir hoffen, daß Z wichtige Probleme dieser Zeit im Kontext marxistischer Erneuerung behandelt hat. Freilich ist nach derartigen Umbrüchen auch eine Überprüfung von nicht wenigen der 1988/89 als geklärt angesehenen Probleme notwendig. Das Ende des Realsozialismus in Europa fordert von marxistischem Denken seinen Tribut.

Z wird auch 1992 weiter erscheinen. Das ist vielleicht die wichtigste Mitteilung dieses Editorials. Freilich müssen wir anmerken - auch als Selbstkritik der Redaktion -, daß der Umfang von Z 8 auch ein Vorgriff auf die Ressourcen von 1992 darstellt und daß die Ausgaben des neuen Jahres wieder im Normal-Umfang (bis 192 S.) bzw. etwas "abgespeckt" erscheinen werden. Die Schwerpunktthemen für Z 9-12 hatten wir schon im letzten Heft mitgeteilt. Wir bitten nochmals um aktive Beteiligung unserer Leserinnen und Leser.

Die Rechnung für das Jahr 1992 wird der Nr. 9 (März 1992) beiliegen. Wenn trotz unserer Neuorganisation (seit Mitte des Jahres 1991) nicht alles so klappen sollte wie bei einem professionellen Unternehmen, so bitten wir in Rechnung zu stellen, daß das Projekt Z ausschließlich auf unbezahlter Arbeit beruht.

Im Zusammenhang mit unseren besten Weihnachts- und Neujahrsgrüßen möchten wir darauf aufmerksam machen, daß wir Z auch im Geschenkabonnement ausliefern. Vielleicht sind auch zurückliegende Ausgaben oder Jahrgänge ein interessantes Geschenk. Wir werden tun, was wir können, damit Z in einem solchen Fall noch bis zu den Feiertagen ausgeliefert wird.

Impressum

"Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Wiesbaden) und Harry von Bargen, Joachim Bischoff, Ulrike Bohnenkamp, Ulrich Briefs, Olaf Cless, Monika Domke, Rainer Einenkel, Heike Flessner, Wolfgang Gehrcke, Jörg Heimbrecht, Johannes Henrich von Heiseler, Jörg Huffschmidt, Stefan Isensee, Heinz Jung, Peter Jung, Jörg Jungmann, Fritz Krause, Stefan Krull, Steffen Lehndorff, Anja Maschinsky, Hans-Joachim Müller, Norman Paech, Lothar Peter, Jürgen Reusch, Josef Schleifstein, Ursula Schumm-Garling, Susanne Schunter-Kleemann, Alexandra Wagner, Harald Werner, Dietmar Wittich.

Redaktion: Klaus D. Fischer, Johannes Henrich von Heiseler, Heinz Jung.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt 45,- (incl. Versandgebühr). Das Einzelheft kostet DM 15,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 501 02, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt am Main 1, Tel. 069/739 29 34.

Satz: Su Sanne und Pampe PC.

Gestaltungskonzept: Udo Tremmel.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß: 30.09.1991

André Brie

Alles wird anders und nichts grundsätzlich neu

Das Kapitel Staatssozialismus ist - in Europa - abgeschlossen. Es war, das läßt sich nun leicht sagen, keine Epoche. Der noch vor kurzem von "Marxisten-Leninisten" verwendete Epochebegriff hat sich, wie so vieles, als hohle (oder ausgehöhlte?) Illusion erwiesen. Auch für jene, die sich vorher noch nicht zu einem konsequenten Realismus durchringen konnten, ist mit dem Putschversuch vom 19. bis 21. August 1991 sowie den Entwicklungen der darauf folgenden Tage klar geworden, daß der staatssozialistische Versuch in Europa endgültig gescheitert ist. China ist ein eigenes Problem, eine ganz andere Kultur, Tradition und Gegenwart, als daß europäische Begriffe wie beispielsweise des "Sozialismus" oder der "Demokratie" umfassend realistisch das System dieses Landes beschreiben könnten.

In gewissem Maße gilt eine solche Einschätzung aber auch für die Sowjetunion, Rußland und die anderen Teile der UdSSR (die baltischen Republiken ausgenommen). Auch in der Abwehr des Putschversuches ging es meiner Meinung nach nicht um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit im westeuropäischen Sprachgebrauch soweit es die politisch dominierenden, durchsetzungsfähigen Kräfte betrifft. Derartige Entwicklungen werden auch in absehbarer Zeit nicht auf der politischen Tagesordnung Rußlands bzw. der UdSSR stehen und allenfalls Ergebnis einer äußerst langfristigen Entwicklung sein können. Gleiches trifft im übrigen grundsätzlich auch für ein Marktwirtschaftssystem westlicher Prägung zu. Eine katastrophale ökonomische, soziale und politische Situation sowie ein ungeheures ethnisches Konfliktpotential, das sich unlösbar mit der allgemeinen Krise der UdSSR verbindet und bei weitem noch nicht in seinem ganzen verworrenen Ausmaß sichtbar geworden ist, sowie die jahrzehnte- und jahrhundertelangen ideologischen und kulturellen Verkrustungen werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eine extrem krisenhafte Entwicklung der UdSSR und ihrer Teile bewirken. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, moderne Marktentwicklung, Ökologie und ein solidarisches Miteinander der Völker finden unter diesen Bedingungen gegenwärtig keine reale Grundlage vor und können meiner Meinung nach auch nicht Maßstab einer Charakterisierung des stattfindenden Machtwechsels sein. Er ist im Gegenteil primär Ausdruck eines Machtkampfes innerhalb der alten, sich aber in prinzipiell neuer Weise organisierenden politischen (und ökonomischen) Eliten, oder treffender ausgedrückt: der Apparatschiks und Nomenklatura. Die Jelzin-Leute kommen fast alle aus dem gleichen KPdSU- und Staatsapparat wie die Putschisten oder die Gorbatschow-

Gruppe. Erstere haben sich nur eher und realistischer auf die neuen Bedingungen des absehbaren Verschleißes der KPdSU und der Unionsorgane eingestellt und sie in das eigene Machtkalkül einbezogen.

Dieser Machtwechsel ist jedoch weitaus mehr als lediglich der Übergang der Macht von einer Gruppe der kommunistischen Nomenklatura auf die andere (wie des öfteren in der realsozialistischen Geschichte). Er ist erstens (wie bereits erwähnt) Ausdruck des Endes der kommunistischen Bewegung und des Staatssozialismus sowie eines Entideologisierungsprozesses. Darunter verstehe ich, um Mißverständnisse zu vermeiden, jedoch nicht das Ende der kommunistischen und sozialistischen Idee oder der Bewegungen zu ihrer Realisierung, sondern das Ende jener realen und politischen und ideologischen Bewegung, die in den vergangenen siebeneinhalb Jahrzehnten als kommunistische firmierte. Zweitens ist dieser Machtwechsel Ergebnis und Ausdruck des Scheiterns der Perestroika, des Versuchs einer demokratischen Reformierung des Staatssozialismus poststalinistischer Prägung. Ich halte die auch von Linken häufig vertretene These einer grundsätzlichen Nichtreformierbarkeit dieses Sozialismustyps zumindest für völlig spekulativ und für eine eigenartige neue Form undialektischer, furchtbar vereinfachender Determiniertheit der Geschichte. Der staatssozialistische Sozialismustyp hatte 1917 und in Rußland sowie in den Startphasen sozialistischer Umgestaltungen nach dem zweiten Weltkrieg - in differenzierter Weise - eine geschichtliche Legitimation und positive Potenzen (dazu müßte mehr gesagt und einiges kritisch eingeschränkt werden, wofür hier nicht der Platz ist). Diese positiven Potenzen waren jedoch in fast jeder Hinsicht spätestens in den sechziger Jahren erschöpft. Der notwendige Paradigmawechsel zur Verbindung von Sozialismus und Demokratie sowie zum Übergang zu einem neuen Wirtschaftssystem wurde verhindert. Soweit ich die ökonomischen Daten und die Situation in den Bevölkerungen der osteuropäischen Länder beurteilen kann, war daher spätestens in den achtziger Jahren allerdings kaum noch eine Aussicht auf eine erfolgreiche sozialistische Transformation dieses Systems gegeben. Gorbatschow (oder das, was sich mit diesem Namen als sozialistisches Reformprojekt verbindet) kam zu spät und wurde vom Leben bestraft, mit ihm die Sozialistinnen und Sozialisten, die seit Jahrzehnten auf eine solche Chance gewartet hatten. Drittens wird der gegenwärtige Machtwechsel durch die Entmachtung praktisch aller vorhandenen Mächte charakterisiert. Die derzeitige Unlösbarkeit der ökonomischen, politischen und kulturellen Krise konfrontiert jede neu in das Zentrum der Konflikte tretende Macht mit einem schnellen Verschleiß. Sobald beispielsweise Jelzin zum Adressaten der Forderungen der streikenden Bergarbeiter geworden sein wird, wird er nur noch die Wahl haben, mit einem Nachgeben ihnen gegenüber die unendliche Kette dem folgender und letztlich nur mit dem endgültigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Chaos einzulösender Forderungen anderen Bevölkerungsgruppen ingangzusetzen. Oder ein anderes Beispiel: Greift er, wie in den ersten Tagen nach dem Putsch,

zu dem kurzfristig offensichtlich sehr wirksamen, und fast einzigen verbliebenen Machtmittel eines russischen Nationalismus, wird er die unkontrollierbaren Lawinen zahlreicher anderer Nationalismen und blutiger, hysterisch ausgetragener Bürgerkriege freitreten. Ohnehin vollzieht sich in dieser Hinsicht jedoch eine Entwicklung, die die Politiker und politischen Gruppen in der UdSSR und den einzelnen Republiken immer weniger beherrschen.

Knapp ein Jahrfünft - von 1985 bis 1989 - hat Gorbatschow die Welt und die Linke sowohl mit Vorstellungen einer sozialistischen Erneuerung der UdSSR als auch einer demokratischen Umgestaltung der internationalen Beziehungen in Atem gehalten. Sicherlich lassen sich (noch dazu aus der sicheren Sicht des Zurückblickenden) vor allem für den Versuch einer Reform des sowjetischen Systems gravierende Fehler und konzeptionelle Defizite konstatieren. Die Wirtschaftsreform wurde viel zu spät und inkonsequent eingeleitet. Die Transformation des politischen Systems ließ die Realität und Ergebnisse einer siebzigjährigen Entwicklung weitgehend außer Betracht. Die Möglichkeiten, das internationale Umfeld der UdSSR zu ändern, und die Bereitschaft des Westens, sich an einer Entnuklearisierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung der internationalen Beziehungen zu beteiligen, wurden falsch eingeschätzt. Gorbatschow definierte die Aufgabe der Perestroika in seiner Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution am 2.11.1987: "Wir müssen dem Sozialismus eine neue Qualität verleihen, ihn, wie man so sagt, in Schwung bringen und dazu eine tiefgreifende Erneuerung aller Bereiche sowohl des materiellen als auch des geistigen Lebens der Gesellschaft verwirklichen sowie den humanistischen Charakter unserer Gesellschaftsordnung möglichst vollständig aufzeigen."[1]

Aus der Sicht heutigen, vollständigen Fehlschlagens dieser Vorstellungen lesen sie sich wie märchenhafte Verheißungen aus einer nicht existenten Welt, und doch haben sie die existierende verändert wie kaum ein Denken in diesem Jahrhundert. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, ein gesellschaftliches System zu beseitigen, dessen Erstarrung zu einer Gefahr für moderne Zivilisationsentwicklung geworden war, das sich als immer reaktionärer erwies, obwohl sein Anspruch und der von Millionen es tragenden Menschen ein fortschrittlicher und sozialistischer war: Fehlen von Demo-

---

1 M. Gorbatschow, Der Oktober und die Umgestaltung: Die Revolution wird fortgesetzt, Neues Deutschland, Berlin, 3. November 1987

kratie und Pluralität, ein Machtzentrismus, der sich nur mit dem Feudalabsolutismus vergleichen läßt, eine Ideologisierung mit quasi-religiösen Zügen, ökonomische Ineffizienz, die zur Verschleuderung menschlicher und materieller Ressourcen in unvorstellbarem Ausmaß führte und die Umwelt verheerte sowie umfassende soziale Passivität der Bevölkerung.

Es kann keinen Zweifel geben, daß es historisch erforderlich war, das poststalinistische System zu überwinden. Ralf Dahrendorf hat Gorbatschows historische Rolle bildhaft zutreffend damit beschrieben, "bislang verschlossene Türen geöffnet" zu haben.[2] Es war nicht nur eine Mauer, die fiel, ein eiserner Vorhang, der riß, geistige und politische Abschottungen, die beseitigt wurden, es war Geschichte, die wieder geöffnet wurde, und, wie ich glaube, nicht nur in Osteuropa mit seiner doppelten Rückständigkeit, sondern auch im scheinbar an das Ende der Geschichte gelangten Westen. Mit Jahrzehnten Verspätung besteht heute in der Niederlage des poststalinistischen Sozialismus die Chance, gegenseitige (!) Blockierungen moderner Gesellschaftsentwicklung zu überwinden. Diese Tür der Geschichte wieder geöffnet zu haben, bleibt die geschichtliche Leistung, für die der Name Gorbatschows stehen wird. Daß es nicht mehr mit einer sozialistischen Richtung möglich war, bleibt die Tragik der beteiligten Sozialistinnen und Sozialisten und Gorbatschows selbst. Letztlich verkam seine Konzeption einer inneren und internationalen Umgestaltung zu Machterhaltungspolitik, die in der blinden Unterstützung des westlichen Golfkrieges und den öffentlichen Demütigungen durch Jelzin nach dem Putsch kulminierte. Daß es angesichts jahrzehntelanger Verzögerung und allgemeiner Krise der UdSSR nunmehr mit einer äußerst gefährlichen und umfassenden Destabilisierung fast aller gesellschaftlichen Beziehungen enden wird, stellt eine internationale Herausforderung und Tragödie unbekannten Ausmaßes dar.

Letzten Endes verweisen diese unabsehbaren Konfliktgefahren jedoch nachträglich auf den historischen Realismus der Konzeption eines neuen Denkens, wie sie Gorbatschow bis ca. 1988 vertreten hat: Die Zuspitzung einer existentiellen Zivilisationskrise, zu der die doppelte Rückständigkeit der Sowjetunion und der anderen osteuropäischen Staaten beigetragen hat, verlangt einen grundsätzlich neuen Entwicklungsweg heutiger Gesellschaften und ihres Zusammenlebens. Hinsichtlich der irrationalen massenhaften Anhäufung von Kernwaffen müssen nun selbst die amerikanischen Rüstungspolitiker erschreckt das Kontraproduktive ihrer nuklearen "Sicherheits"politik konstatieren. Der Versuch, einfach das unveränderte und jetzt scheinbar so triumphierende westliche System kapitalistischer Marktwirtschaft und bürgerlicher Demokratie auf die UdSSR und ihre Teile aufzupfropfen, wird erstens aussichtslos sein gegenüber der

[2] R. Dahrendorf, Betrachtungen über die Revolution in Europa, Stuttgart 1990, S. 18

Krisenrealität der sowjetischen Gesellschaft und zweitens das erforderliche internationale Umfeld für ihre moderne Transformation verhindern.

Wahrscheinlich veranlassen sowohl die ungeheure Dimension der Gefahren als auch die eigene bornierte Selbstzufriedenheit die bürgerlichen Eliten dazu, die Augen vor den absehbaren Entwicklungen in der UdSSR, ihren Teilen und zwischen ihnen zu schließen. Nur äußerst weitreichende Veränderungen im Charakter internationaler, vor allem europäischer politischer, sicherheitspolitischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Beziehungen könnten dazu beitragen, die vorhandenen oder absehbaren Konfliktpotentiale einzudämmen, die ganz und gar nicht nur innersowjetischen Charakter besitzen. Die letztlich entscheidenden Impulse für eine Lösung bzw. Regulierung dieser Konfliktherde und Krisen können allerdings nur aus der UdSSR selbst kommen. Äußere Veränderungen, vor allem im europäischen Raum, können ihre Wirksamkeit jedoch wesentlich fördern.

Insbesondere sei auf die folgenden Probleme und ihre Zusammenhänge mit internationaler Politik verwiesen:

Erstens: Der UdSSR und den meisten der einzelnen Republiken droht die reale Gefahr von blutigen, äußerst verworrenen und teilweise von Irrationalität geprägten Bürgerkriegen, in denen die riesige sowjetische Armee mit ihren atomaren Arsenalen partikularisiert werden kann. Bereits die Kriege zwischen Armeniern und Aserbaidschanern, Georgiern und Osseten, zwischen unterschiedlichen politischen Fraktionen in Georgien und Tadschikistan sowie die Auseinandersetzungen in Moldawien geben einen bitteren Vorgeschmack von dem, was in gänzlich anderem Ausmaß noch zu erwarten ist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Angriffe bisher die russischen Minderheiten in den einzelnen Gebieten fast immer ausnehmen. Das wird nicht mehr lange der Fall sein und sich damit die Rolle der Sowjetarmee und russischer Macht neu stellen.

Die sich unweigerlich weiter verschärfende Wirtschafts- und Verteilungskrise und die sich ungemein vertiefenden sozialen Spannungen werden trotz ernsthafter Anstrengung zur Bewahrung und Entwicklung einer Wirtschaftsunion nationalen Egoismus und wirtschaftliche Anarchie verstärken und ein bedeutender Nährboden für ethnische und religiöse Konflikte sowie militanten Nationalismus sein. In dieser, und nicht nur in dieser Hinsicht, zeigen sich auch wesentliche Defizite realistischer Einschätzungen seitens Gorbatschows und der gesamten sowjetischen Führung (Mangel an Realismus kennzeichnet aber auch die westliche Sowjetunionpolitik wie kein anderes Moment). Allgemein hinken Analyse, Politiker und Politik der realen Entwicklung und ihren Herausforderungen weit hinterher. Noch im September 1989, auf dem sogenannten Nationalitätenplenum der KPdSU, beschrieb Gorbatschow die Situation folgendermaßen: "Die heutige Situation in den nationalen Beziehungen kann nur als höchst kompliziert bezeichnet werden ... Die Frage, was unseren Völkern die Nationali-

tätenpolitik der KPdSU und die Entwicklung der sowjetischen Föderation gebracht haben, ist von grundsätzlicher Bedeutung. In politischer Hinsicht besteht eines der wichtigsten Ergebnisse des Oktober und der folgenden sozialistischen Veränderungen darin, daß die Völker Rußlands verschiedene Formen der Nationalstaatlichkeit erlangten ... Im großen und ganzen haben wir in der Wirtschaft etwas, worauf wir uns stützen können, aber auch unendlich viel Arbeit ... Die Leninsche Politik der Kulturrevolution in unserem Land hat trotz aller Deformierungen, die es gab, beeindruckende Ergebnisse gebracht ... Das sind die Hauptergebnisse der Entwicklung unseres multinationalen Landes, so ist, in den allgemeinen Zügen natürlich, die Realität der Sowjetgesellschaft, von der wir ausgehen müssen, wenn wir die nationale Politik unter den gegenwärtigen Bedingungen ausarbeiten."[3] Wie wenig diese Einschätzung mit der wirklichen Situation zu tun hatte, zeigt sich nicht erst aus heutiger Sicht, sondern mehr noch, wenn man sich daran erinnert, daß blutige nationale Unruhen schon 1986 in Kasachstan begonnen hatten und in immer kürzeren Abständen und mit zunehmender Intensität um sich griffen.

Zweitens: Jede künftige wirtschaftliche, soziale, politische und andere Entwicklung Rußlands und der anderen Teile der UdSSR kann nur von den vorgefundenen Bedingungen ausgehen und wird von ihnen langfristig geprägt sein. Das sind insbesondere:

a) eine umfassende und extreme Krise,

b) eine von westeuropäischen Traditionen beträchtlich abweichende und bislang in wesentlichen Zügen verdrängte Kulturgeschichte sowie

c) aktuelle weltwirtschaftliche Entwicklungen, bei denen keine der westlichen Metropolenwirtschaft adäquate Wirtschaftsordnung, sondern eine abhängige und deformierte Wirtschaftsentwicklung als Absatzmarkt, Rohstofflieferant und Anhängsel der Metropolenwirtschaft auf der Tagesordnung stehen werden.

Offensichtlich erlangt die Deformierung der von den Metropolen abhängigen Volkswirtschaften sowohl in den Entwicklungsländern als auch in Osteuropa eine neue Qualität, die möglicherweise durchaus als eine Art ziviler, moderner Kolonialismus begriffen werden kann. Unter diesen Voraussetzungen werden zumindest in absehbarer Zeit Prozesse, die sich mit westeuropäischer Begrifflichkeiten der bürgerlichen Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit oder der "sozialen" Marktwirtschaft erfassen lassen, nicht möglich sein. Die Erwartung, bei weiten Teilen der Bevölkerung in der UdSSR sowie international, westliche Marktwirtschaft und Demokratie seien der Weg zu ökonomischer Dynamik und politischer Stabilität, ist völlig illusionär und als enttäuschte Illusion eine zusätzliche gefährliche Quelle sozialen und ethnischen Sprengstoffs. Durchsetzen wird sich sehr

[3] M. Gorbatschow, Zur Nationalitätenpolitik der KPdSU unter den gegenwärtigen Bedingungen, Neues Deutschland, Berlin, 20. September 1989

schnell, wie sich längst zeigt, eine kriminelle Marktwirtschaft mit orientalischer Ausprägung begleitet vom chaotisch verlaufenden Verfall der bisherigen ökonomischen Leitungs- und Regulierungsmechanismen.

Alle Möglichkeiten eines geordneten Transformationsprozesses sind vertan: Die eine Möglichkeit, die Union, die ihr Macht- und Ordnungspotential zum Zwecke der eigenen ökonomischen Entmachtung hätte einsetzen können, ist faktisch bereits machtlos und ohne jeden wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Spielraum. Die andere Möglichkeit - nationalistisch geprägte Staaten, die aus der Union hervorgehen - wird nur ein reales Machtmittel einsetzen können - eben den Nationalismus und damit die Geister dutzendfach und kreuz und quer gegeneinanderstehender anderer Nationalismen wecken. Letzten Endes läuft gegenwärtig alles auf die Errichtung einer "Militärwirtschaft" hinaus, die jedoch gleichfalls unfähig zur Lösung der existierenden Krise sein wird. Ich möchte an dieser Stelle betonen, daß ich mich in vielen Einschätzungen und Prognosen irren kann. Die Situation in der UdSSR ist real verwirrend und nicht nur für außenstehende Beobachter kaum erfaßbar. Ich denke, Möglichkeiten, nicht mehr, beschrieben zu haben und halte die Ignoranz gegenüber solchen nicht einmal unwahrscheinlichen Entwicklungstendenzen für den Grundzug des gegenwärtigen allgemeinen Irrationalismus in der Politik.

Drittens: Die deutsche und die jüdische Bevölkerung der UdSSR, beide weit überproportional an der Intelligenz beteiligt, werden die Sowjetunion in den nächsten Jahren praktisch vollständig verlassen. Die Folgen werden für die Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft fast aller Republiken verheerend sein und zusätzlich zur Vertiefung der allgemeinen Krise beitragen. Doch ein Zurück gibt es nicht mehr. Die Dämme sind gebrochen. Angesichts der nicht geringen verwandtschaftlichen Verflechtungen mit Russen, Ukrainern usw. sowie der anstehenden Liberalisierung der Reise- und Ausreisemöglichkeiten und der schlimmen Krise kann der Auswanderungsdruck sogar weit über die beiden genannten Bevölkerungsteile hinausgehen.

Viertens: Die Gefahren für Sicherheit und Frieden haben qualitativ und in ihrem schrecklichen Ausmaß einen prinzipiell neuen Charakter angenommen. Krieg ist auch im hoch industrialisierten Europa wieder zur Möglichkeit und in einigen wesentlichen Fällen bereits wieder zur Realität geworden. Eine atomare Austragung nationaler Auseinandersetzungen in der bisherigen UdSSR ist nicht ausgeschlossen. Eine ganze Hemisphäre zwischen Zentraleuropa und dem Pazifik, zwischen Nordkap und Indischem Ozean tritt in eine Periode grundlegender Neuordnung, ohne daß irgendwelche Aussichten kontrollierter Transformation bestünden. Die miteinander verflochtenen sozialen, politischen, ethnischen und religiösen Konfliktpotentiale sind unübersehbar: Da ist die offen gewordene Perspektive der Region Kaliningrad, bei deren deutscher Bezeichnung (Königsberg) alte Befürchtungen geweckt werden. Grenzprobleme

ungeheurer Dimension werden nicht nur durch die großrussischen Ambitionen Jelzins oder Solschenyzins in der UdSSR offenbar, sondern auch zwischen der Ukraine und Polen, Litauen und Polen, zwischen den jugoslawischen Republiken, zwischen Serbien und Albanien, Serbien und Bulgarien usw.. Saudi Arabien mit seinen verlockenden Finanzen, die islamischen Fundamentalisten im Iran und die Machtpolitiker in der Türkei haben längst begonnen, ihre weitreichenden Interessen in den mittelasiatischen Republiken Kasachstan und Aserbaidschan zur Geltung zu bringen. Die direkten Auswirkungen dieser und anderer Probleme werden in der einen oder anderen Weise zahlreiche andere Länder betreffen. Es gibt international kein Sicherheitssystem, das zum einen die daraus entstehenden Kriegsgefahren eindämmen, zum anderen überhaupt auf die neuen Inhalte und Dimensionen internationaler Sicherheit eingerichtet wäre. Letzteres müßte, anders als NATO, WEU und selbst UNO und KSZE konzipiert sind, nicht auf Konfliktlösung, -regelung oder -eindämmung, sondern auf die Beseitigung der Konfliktursachen gerichtet sein. Utopisch? Ja, wahrscheinlich.

Für ein Fazit ist es in jeder Hinsicht zu früh. Nach dem Ende des Staatssozialismus und der UdSSR wird sich fast alles in der Welt ändern, zumal die Welt ohnehin in einem kaum zur Kenntnis genommenen umfassenden Umbruch ihrer Existenzbedingungen begriffen ist. Doch gegenwärtig weist nichts oder zumindest nur wenig darauf hin, daß sich diese radikalen Wandlungen in einer ebenso radikalen Veränderung der Produktions- und Lebensweise der Menschheit und der Art ihres Zusammenlebens niederschlagen wird. Im Gegenteil. Altes Denken (Nichtdenken) und alte Politik (Nichtpolitik) werden auf die völlige Veränderung der Grundlagen der internationalen Beziehungen und der Gesellschaftsentwicklung auf dem Erdball angewendet. Pessimismus ist angebracht. Die Kette ist an ihren schwächsten Gliedern, den staatssozialistischen Staaten Osteuropas gebrochen, aber das Problem sind ihre starken Glieder, die uns weiterhin bis zur Bewegungslosigkeit fesseln - die triumphierenden und doch gleichfalls existentiell rückständigen Gesellschaften des Westens. Befreit ist paradoxerweise nur die eben bis in ihre Grundfesten geschlagene Linke, befreit von der Fixierung auf den verhängnisvollen Irrweg eines Kasernenhofsozialismus und der Hoffnung auf Hilfe von außen. Wenn sie sich nun auch von ihren ideologischen Scheuklappen und ihrer Sektenmentalität sowie den gegenseitigen Ausschließlichkeitsansprüchen befreien könnte, ließe sich durchaus ein neuer Beginn denken.

Heinz Jung

Ende und Anfang

I.

Im August 1991 ging eine Epoche der Weltgeschichte zu Ende - und wir können sagen, wir haben zugesehen. Der erste große historische Versuch, das System der kapitalistisch-imperialistischen Ausbeutung durch die Errichtung einer alternativen sozialistischen Gesellschaft zu überwinden, ist zu einem Schlußpunkt gekommen. Jedes Ende setzt auch die Bedingungen des Neuanfangs. Wenn der neue Zyklus des Kampfes um eine sozialistisch-kommunistische Gesellschaft auch noch im Nebel der Geschichte liegt, so ist doch schon heute klar, daß die globalen Dimensionen eines kontrollierten und bewußt gestalteten Stoffwechsels der Gesellschaft mit der Natur eine erstrangige Bedeutung besitzen werden. Hatte sich mit dem Beginn des Jahrhunderts der Schwerpunkt der sozialistischen Bewegung nach Osten verschoben, so muß sie nun eine neue Basis im Westen finden, wenn sie entwicklungsträchtig werden will. Das Bündnis mit den Emanzipationsbestrebungen des Südens wird dabei wohl zur entscheidenden Brücke in die Zukunft werden.

Aber noch wird unser Lebensgefühl nicht durch diese neuen Perspektiven geprägt, sondern durch den Untergang der alten Welt der Sozialisten. Dort, wo die Fleischwerdung des Gespenstes des Kommunismus mit dem Donnerschlag der Oktoberrevolution vor 74 Jahren begonnen hatte, bemächtigte sich der kapitalistische Restaurationsprozeß des in Mutlosigkeit und Lethargie versinkenden früheren "Hortes der Weltrevolution". Durch den Alp einer fehlbewältigten Vergangenheit politisch-moralisch zu Boden gedrückt, durch einen erbarmungslosen Rüstungswettlauf ökonomisch ausgelaugt und durch die nie zu Ende gehenden Nöte des Alltags entnervt, haben Führungsschichten und Volk den Glauben in eine sozialistisch-kommunistische Perspektive verloren und ihr Heil im Anschluß an den kapitalistischen Westen gesucht. Mit dem Wechsel der Maßstäbe, befördert durch den Prozeß der internationalen Kommunikation und Öffnung, erfolgte die totale Umbewertung der eigenen Geschichte und Realität. Dies bereitete den Boden für den politischen und massenpsychologischen Zusammenbruch. Nun haben sie vor den Gegnern von gestern kapituliert und glauben, gleich Kindern, an die Belohnung des Westens, wo sie doch nur die subalterne Unterstellung unter die one-world des Kapitals erwartet.

Rollten im Winter 1990/91 die mit den Hoheitszeichen der Bundeswehr überpinselten NVA-Lastwagen mit den Spenden der "Rußlandhilfe" gen Osten, untrügliches Zeichen für den Untergang der dortigen Weltmacht, so steht das Land nach den scharfen Produktionseinbrüchen des Jahres 1991 im Winter 1991/92 wohl vor der ökonomischen Katastrophe und die neuen Herren Rußlands erheben in der Form aggressiver Bettler, die tatsächlich Armen und Elenden rigoros zur Seite drängend, Anspruch auf die Krumen vom Tisch der Reichen.

Der August 1991 setzte auch den Schlußpunkt unter die internationale historische Formation der Systemkonkurrenz, nachdem sich die UdSSR schon vorher als alternative Weltmacht verabschiedet hatte. Preisgabe der Verbündeten in der Dritten Welt und im Warschauer Pakt bzw. dem RGW, Auflösung der SU-dominierten Pakt- und Vertragssysteme, Freigabe der DDR für den Anschluß an die BRD und die NATO, Rückzug der Truppen aus der DDR und aus Osteuropa, Unterstützung der USA im Golfkrieg - das sind nur einige der Stationen des Zerfalls, die man in wohlmeinender Lesart noch als die Frontbegradigungen einer "überdehnten" und überforderten Weltmacht ansehen konnte. Aber die Krise der überforderten Weltmacht schlug mit voller Wucht auf die inneren Verhältnisse zurück. War die Teilnahmslosigkeit der sowjetischen Führungsschichten, darunter der Militärs, und der mit Glasnost konstituierten neuen Öffentlichkeit gegenüber diesen Ereignissen für den Zustand des Landes schon bezeichnend genug, so bestimmte der unter diesen Bedingungen freigesetzte und durch Altideologien wie die Religion abgestützte Nationalismus mehr und mehr die Fieberkurve des Landes und wurde zur entscheidenden Triebkraft des Zerfalls der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Diesem Prozeß entsprach komplementär der Niedergang der KPdSU.

Mit den August-Ereignissen haben sich all diese Tendenzen verstärkt und beschleunigt. Sie wurden nicht erst durch sie hervorgebracht. Aber nun vollzieht sich ein qualitativer Umschlag der Machtverhältnisse und damit die Lösung der Grundfrage der kapitalistischen Restauration. Man kennt das Szenario schon von Osteuropa. Aber zur Zerschlagung der "Kommunistenherrschaft" kommt nun noch die auch formelle Auflösung des zentralen Staatsverbandes, der Union. Diese Realität hat sich in den folgenden Wochen und Monaten weiter entfaltet.

Die als Projekt der Reform des Sozialismus und der UdSSR ausgeschilderte und wohl auch so begonnene Perestroika wurde nun unter dem Motto der Reformunfähigkeit des alten Systems zum Rahmen dessen nicht mehr verhüllten Abbruchs. Aus der Sicht der Akteure der kapitalistischen Restauration, der Radikalreformer und Nationalisten, wird die Systemgrenze erreicht und es erfolgt der Umschlag von der Reform zur Revolution. Damit haben die August-Ereignisse auch den bisherigen Schleier von der Realität gezogen und wieder zur Entsprechung von Realität und

Begriff geführt. In Rußland, ganz zu schweigen von den baltischen oder transkaukasischen Republiken, herrscht nun ein antikommunistisches Regime.

Wer die Entwicklung in der DDR oder in Osteuropa seit 1988/89 nicht durch die ideologische Brille sah, sondern nach den Tatsachen beurteilte, konnte oder mußte mit diesem Gang der Dinge rechnen. Das Brest- Litowsk-Argument konnte schon damals nur noch als Verschleierungsmanöver und Beruhigungspille für gutgläubige Linke und Kommunisten angesehen werden. Freilich war es für einen Sympathisanten der Sowjetunion und des Sozialismus nur schwer vorstellbar, daß sich keine relevanten Kräfte zur Verteidigung formieren würden, hatte es sich doch hier im Unterschied zur DDR und Osteuropa um eine aus einer autochthonen Revolution entstandene Gesellschaft gehandelt, die den Sieg im barbarischsten Krieg der Weltgeschichte errungen, dem Imperialismus im kalten Krieg widerstanden und den Aufstieg zur alternativen Weltmacht in der bipolaren Formation der Systemkonkurrenz vollzogen hatte. Hatten schon Marxismus und Sozialismus ihre hegemoniale Kraft verloren, so die Vermutung, würde zumindest eine Art Unions-Nationalismus oder Weltmachtbewußtsein die Basis für den Fortbestand der Union abgeben und es einer solchen UdSSR ermöglichen, der Bezugspunkt des Antiimperialismus des Südens und Ostens zu bleiben. Auch dies erwies sich als Fehleinschätzung.

So unterschied sich der Zusammenbruch der alten sozialistischen Ordnung in Moskau, Kiew oder Leningrad kaum von jenem in Berlin, Leipzig oder Prag. Schmach und Schande der Kommunisten hier und dort gaben sich nur wenig. Erstaunlich bleibt die totale Lernunfähigkeit der sowjetischen Führungsschichten angesichts des heraufziehenden Unheils, was nur damit erklärt werden kann, daß sie sich, innerlich zersetzt, schon auf die neuen Ufer der kapitalistischen Modernisierung und Transformation orientiert hatten und demgegenüber alles übrige einen völlig untergeordneten Rang angenommen hatte.

Damit ist der Realsozialismus in Europa zu Ende. Die Hoffnung, daß trotz der bekannten Situation doch noch eine Öffnung des Zyklus nach vorn möglich sein werde, erfüllte sich nicht. Offen bleibt die Entwicklung in China, Nordkorea, Vietnam, Laos, Kambodscha und Kuba. Wie auch immer die dortigen Gesellschaften beurteilt werden mögen, so bleibt ihre Unterstützung als Bezugspunkte und "feste Plätze" des Antiimperialismus eine erstrangige Aufgabe der internationalen Fortschrittsbewegung.

II.

Was zeigen die August-Ereignisse im einzelnen?

Das Szenario des 19. August 1991 war längst in die Entwicklung der UdSSR eingeschrieben und zwar als letzter Versuch, die Sowjetunion doch

noch von der schiefen Bahn herunterzubringen. Die Spaltung des gorbatschowistischen Zentrums war im Sommer 1991 unübersehbar, nachdem mit der Direktwahl Jelzins zum Präsidenten der Russischen Föderation im Juni 1991 die prowestlichen und nationalistischen Kräfte einen starken Auftrieb erhalten hatten. Dies war wohl im Vorfeld des August die entscheidende Niederlage sowohl des gorbatschowistischen Zentrums als auch der für den Bestand des Sozialismus und der Union eintretenden Kräfte. Man muß daran erinnern, daß die Kandidaten der KP Rußlands und des Präsidenten weit abgeschlagen rangierten. Rußland zog damit in den politischen Machtverhältnissen mit den meisten übrigen Republiken gleich, in denen die KPdSU in die Minderheit gedrückt und der Sezessionskurs von der Mehrheit der Bevölkerung und der Führungsschichten getragen wurde. Ausländische Beobachter hatten zu wenig beachtet, daß sich auch der russische Nationalismus gegen die Union stellte. Sie waren das Opfer jener Interpretationen der UdSSR geworden, die in ihr nur das rotgetünchte alte russische Imperium sahen. Das war jedoch von vornherein unzutreffend, denn die UdSSR beruhte auf der internationalistischen Doktrin der KPdSU, der sich auch der russische Nationalismus unterzuordnen hatte. So speiste sich der russische Nationalismus gleich jenem der Balten aus dem Syndrom der entzogenen Ressourcen und verhinderten Entwicklungsmöglichkeiten. Unter Jelzin kam in Rußland das Bündnis des russischen Nationalismus mit den sogenannten Radikalreformen, dem Synonym für prowestliche kapitalistische Optionen, zustande. Hierbei handelt es sich um eine Negativ-Koalition, die nur Bestand haben wird, bis die Kommunisten völlig entmachtet sind.

Faktisch war mit der Wahl Jelzins auch in Rußland eine Situation der Doppelherrschaft entstanden: auf der einen Seite die Organe der Republik und auf der anderen die Union und der Präsident. Letzterer war damit zu einer Art "König Johann ohne Land" geworden - gegenüber Jelzin außerdem mit dem Makel behaftet, nicht in einer Direktwahl vom Volk gewählt worden zu sein. Daß sich im Juni-Plebiszit auf eine freilich suggestive Fragestellung drei Viertel der Wähler für den Fortbestand der Union ausgesprochen hatten, zählte in der Folgezeit politisch nur wenig - Vorgriff auf die Zeiten, der pluralistischen Demokratie, wo, wie bekannt, der Wählerwille allemal den politischen Ambitionen der herrschenden Gruppen untergeordnet wird. Dies ist freilich eine Erfahrung, die die Russen im Zuge der nachholenden politischen Modernisierung noch zu machen haben werden. Nicht vergessen werden darf auch, daß in jenen Wahlen in den Metropolen Rußlands große Mehrheiten gegen die KPdSU und für die prokapitalistischen Modernisierer votierten - für Popow in Moskau und Sobtschak in Leningrad.

Daß die Jelzin-Partei die Trümpfe in der Hand hielt und immer kühner wurde, zeigte sich auch im Betätigungsverbot für die KPdSU in Betrieben und Institutionen, nachdem schon vorher der sogenannte Reformflügel der

russischen KP (Ruzkoi) zu ihr übergelaufen war. Die Situation von Anfang des Jahres 1991 war damit unwiederbringlich dahin, als sich Volksmehrheiten gegen die Einführung der "Marktwirtschaft" artikuliert hatten und im Baltikum zeitweise die Zentrale die Initiative ergreifen konnte.

Unter diesen Umständen hätte nur eine äußerst entschlossene und geschlossene Aktion des Zentrums das Blatt noch wenden können. Ein halbherziger und mißlungener Versuch mußte zum Beschleuniger des Zerfalls des alten Systems werden. Aus der Sicht der bis Ende September 1991 bekannt gewordenen Tatsachen war der "Putsch" vom 19. August nichts anderes als ein letztes Aufbäumen der gorbatschowistischen Spitzen des Staatsapparates gegen den Zerfall der Union und der Sowjetgesellschaft. Faktisch gibt US-Präsident Bush in seiner ersten Stellungnahme den Begriff Putsch zu Kennzeichnung der Ereignisse vor, der dann in der Folge zum Kampfbegriff der Restauration gegen die "Kommunistenherrschaft" wird.

Gegenüber dem Versuch, per Installierung eines verfassungsmäßig formal legitimen präsidialen Notstandsregimes die Initiative gewissermaßen in letzter Minute wieder in die Hände zu bekommen, sind Begriffe wie Putsch, Verschwörung, Staatsstreich brüchige Worte. Alles weist darauf hin, daß der Präsident in die allgemeine Vorbereitung der Aktion einbezogen war. Dafür spricht auch die Anlage des Coups. In letzter Minute, also unmittelbar vor dem anberaumten Termin zur faktischen Auflösung der Union, dem Unionsvertrag, am 19./20. August muß jedoch der Präsident seine Regierungsmannschaft desavouiert und damit zur Insubordination veranlaßt haben.

So kam die überhastete, strategisch ungereimte Ausrufung eines Notstandsregimes durch ein Notstandskomitee unter dem bisherigen Vizepräsidenten Gennadi Janajew, der wegen angeblicher Aktionsunfähigkeit des bisherigen Präsidenten dessen Amt übernommen hatte, zustande. Die Akteure vermochten noch nicht einmal die taktischen Grundfragen eines solchen Coups, nämlich die Ausschaltung der Jelzin-Partei und der Nachrichtenverbindungen zum Ausland, zu lösen. Im Grunde genommen war schon der Aufruf des Notstandskomitees und das Auftreten seiner Mitglieder vor den Medien defensiv. Dabei war die Situationsbeschreibung sicher völlig korrekt. Aber von der Rettung des Sozialismus oder des sozialistischen Vaterlandes war keine Rede. Stattdessen dominierten Law-and-Order-Appelle und die Anmahnung eines beleidigten sowjetischen Patriotismus. Die Auseinandersetzung über die sozialökonomische Grundordnung wurde ausdrücklich außerhalb der aktuellen Entscheidungssituation gestellt.

Diese Erklärung traf offenkundig nicht die Befindlichkeit der russischen Seele, demgegenüber das Echo Jelzins und des "weißen Hauses" umso mehr. Die Coup-Akteure, in ihren Motiven sicher den Männern des 20. Juli 1944 in Deutschland vergleichbar, die das von ihnen mitzuverant-

wortende Unheil von ihrem Land abwenden wollten, aber in ihrem konservativen und obrigkeitsstaatlichen Denken befangen blieben, mußten so scheitern. Wie wir heute wissen, war der Loyalitätskonflikt der bewaffneten Kräfte, unvermeidliche Folge der Doppelherrschaft, der entscheidende Faktor der Entwicklung. Er kam im Maße der Artikulation des zivilen Widerstandes in den Großstädten, befördert auch durch die eindeutige Parteinahme und wohl auch praktische Unterstützung des Westens, zum Tragen. Es entsprach durchaus dem Sinngehalt dieser Tage, daß sich auch die Schutzgelderpresser Moskaus zur Verteidigung des "weißen Hauses" anerbötig machten. Sie hatten ein Bewußtsein davon, worum es bei der Auseinandersetzung zwischen Marktwirtschaft und Kommunistenherrschaft ging.

Gorbatschow hatte recht, als er nach seiner Rückkehr nach Moskau nach der 60-stündigen Festsetzung in seinem Feriendomizil auf der Krim darauf verwies, daß dies nur dank sechs Jahren seiner Perestroika möglich gewesen sei. Er kehrte jedoch nach Moskau zurück als politischer Gefangener der Jelzin-Partei und als Präsident von deren Gnaden - auch ein Ergebnis von sechs Jahren Perestroika. Ein Mann, der als Enkel Lenins und als Erneuerer des Sozialismus angetreten war, schickte sich nun in die Rolle der Galionsfigur bei der Zerschlagung dessen, was er einst reformieren wollte. Für den Gorbatschowismus gehört, wie für viele zentristisch-opportunistische Richtungen, das Motto "Lieber auf den Knien leben, als aufrecht abtreten!" zur politischen Handlungsmaxime. Sicher ist das "Dabeibleiben, um Schlimmeres zu verhüten" von vornherein kein ehrenrühriges Motiv. Eine solche Politik wird jedoch in dem Maße fragwürdig, wie sie die Realität verschleiert und den möglichen Widerstand demobilisiert. Dieser Widerstand ist aber selbst dann vom Standpunkt der Interessen der werktätigen Massen entscheidend, wenn es zur kapitalistischen Restauration keine aktuelle Alternative gibt - ganz abgesehen von einer Neuformierung sozialistischer Kräfte.

Mit dem Sieg der Jelzin-Partei und der Ausschaltung der Kommunisten und der Pro-Unionskräfte wurde die Rolle des Gorbatschowismus als Vermittler der Gegensätze und Regulator der Kräfteverhältnisse hinfällig. Er muß sich nun in jener Rolle andienen, mit der er seinen Beitrag dazu leistet, die Transformation zum Kapitalismus möglichst reibungslos zu vollziehen, indem die Träger und Stützen des alten Sozialismus nach rechts in die Pferche der kapitalistischen Restauration getrieben werden und dafür die entsprechende Ideologie geliefert wird. In dieser Rolle kann er im System der neuen Machthaber als Dekor dienen. In der Perspektive bleibt für ihn freilich kaum ein anderer Platz als ihn die sogenannten Reformkommunisten in Osteuropa schon einnehmen. Nach dem nichterfüllten Wunsch der Einstellung in die sozialdemokratische Internationale bleiben sie, trotz ihrer "Verdienste" bei der friedlichen Machtübergabe und trotz aller Verdammungsurteile der alten Verhältnisse und Lehren, die durch

die kommunistische Vergangenheit Stigmatisierten. Nach der Machtübergabe entfällt für die Gegenseite auch der Grund, sie weiterhin als Dialogpartner anzuerkennen und so unterliegen sie der in vielen entwickelten kapitalistischen Demokratien üblichen Ausgrenzung.

Das Scheitern des sogenannten Reformkommunismus ist sicher auch in den Bürden der Vergangenheit begründet. Hinzu kommt eine Illusions-Mentalität in Bezug auf die Feinde des Sozialismus und den Klassencharakter kapitalistischer Regime mit demokratischen Überbaustrukturen. Demgegenüber erscheint der kommunistische Konservatismus nicht nur als zeitweiliger taktischer Hauptgegner in den innerparteilichen Kämpfen, sondern als prinzipieller Hauptfeind. Damit geriet diese Richtung in die Rolle des faktischen Türöffners für die kapitalistische Restauration, ohne ihre eigenen Vorstellungen durchsetzen zu können. Intentionen marxistischer Erneuerung können heute diese geschichtlichen Erfahrungen nicht mehr ignorieren.

Zu den nur schwer nachvollziehbaren Phänomenen gehört die Auflösung der KPdSU mit ihren 16 Millionen Mitgliedern. Unter ihrem seit April 1985 amtierenden Generalsekretär fand faktisch, welche Gründe dafür auch ins Feld geführt werden mögen, ihre Zersetzung als Machtapparat und Klammer der Union und der Sowjetgesellschaft statt. Die Deformation der marxistisch-leninistischen Partei zum Machtapparat liegt demgegenüber schon weiter zurück. Je mehr die Macht der KPdSU vor allem seit 1988 zerfiel und auch ihre Sanktionsmittel nicht mehr griffen, umso schneller erfolgte die Freisetzung und Entbindung unterschiedlicher Gruppierungen und Strömungen, darunter ihrer "Totengräber". Alle politischen Figuren der heutigen Verhältnisse begannen ihre Karriere in der KPdSU oder gehörten gar wie Jelzin, Jakowlew, Schewardnadse u.a. ihren Führungsgremien an. Das liegt erst kurze Zeit zurück. Die Blitzmetamorphose ehemaliger KPdSU-Mitglieder - Kommunisten können sie kaum genannt werden, soweit damit bestimmte Grundüberzeugungen und -haltungen verbunden sind - in bürgerliche Liberale, Konservative, Sozialdemokraten usw. zählt zu den erstaunlichsten Vorgängen im Osten. Demgegenüber ist die Ausdifferenzierung linker Strömungen nur von peripherer Bedeutung. Als Retter heimatlos gewordener Kommunisten und Sozialisten hat sich auch Gorbatschow mit dem Projekt einer "modernen Linkspartei" in Szene gesetzt. Es ist schwer zu beurteilen, ob angesichts der eindeutig sozialdemokratischen Programmatik und der fragwürdigen opportunistischen politischen Moral des Führungspersonals dieses Projekt Anziehungskraft haben wird. Es ist kaum vorstellbar, daß hiervon positive Impulse zur geistigen und politischen Erneuerung der marxistisch-sozialistischen Bewegung ausgehen können. Im internationalen Rahmen ist dies so gut wie ausgeschlossen.

Schon vor dem August 1991 hatte die innersowjetische Entwicklung ihren autonomen Charakter verloren. Dies war sowohl aus der Sicht

des Gorbatschowismus (Interdependenz-These) als auch der nationalistischen und prowestlichen Opposition erwünscht. Der Kurswert eines Politikers oder einer politischen Gruppierung in den USA oder Westeuropa wurde mehr und mehr zum Faktor innersowjetischer Geltung und Wirkungsmöglichkeit. Man kann auch davon ausgehen, daß der Westen im Bewegungsmilieu der Großstädte festen Fuß gefaßt hatte. Es sei nochmals daran erinnert, daß US-Präsident Bush in seiner ersten Stellungnahme zum Coup mit dem Stichwort "Putsch" seinen Namen gab und er gleichzeitig seine Überzeugung ausdrückte, daß dieser scheitern werde. Dies wurde Leitlinie der westlichen Propaganda, Politik und Diplomatie. Schewardnadse und Jakowlew, zwei im Sinne der Interessen des Westens besonders verdienstvolle Politiker, wurden unter den Schutz des Westens gestellt. Besonders aber setzte Bush von vornherein auf Jelzin und stärkte diesem das Rückgrat; und im Maße dieser Rückversicherung wuchs die Kühnheit Jelzins. Der Westen hat arbeitsteilig, koordiniert, zielstrebig und mit Konsequenz seine Interessen wahrgenommen und zum Siege geführt. Dies kann schwerlich denunziert werden. Es muß aber jetzt und in Zukunft darum gehen, der Legende entgegenzutreten, er habe sich herausgehalten.

Auch das Comeback Gorbatschows, wenn auch nur als Galionsfigur, beruht in hohem Maße auf dem Interesse des Westens, nachdem es nach dem 21. August so schien, als würde Jelzin alle zentralen Kompetenzen an sich reißen. Dies wäre aus der Sicht des Westens vor allem in der Frage der Entwaffnung der UdSSR mit neuen Unwägbarkeiten verbunden gewesen und hätte wahrscheinlich auch zur Kumulation der Nationalitätenkonflikte geführt. Ferner geht es dem Westen darum, die Kosten der sogenannten Transformation zu minimieren, was nur möglich ist, wenn die innenpolitischen Wirren in Grenzen gehalten werden. So blieben denn auch in der Folgezeit Jelzin der starke Mann und Garant der Unumkehrbarkeit der kapitalistischen Restauration und Gorbatschow der Spezialist für die reibungslose Abwicklung, in dessen Person der Systembruch als Kontinuität der Perestroika erscheint.

Freilich kündet der Bruch der Symbolik unabweisbar vom Ende des Sozialismus und der "Kommunistenherrschaft" und zeigt auch dem letzten Illusionsbeladenen schließlich, wo in Rußland heute die Glocken läuten - sei es nun die Rückbenennung Leningrads in Sankt Petersburg oder der neue Denkmalssturm. Und zur Symbolik dieser Tage gehört auch die 100-Meter-Fahne in den Farben des alten Rußland zur Siegesfeier der neuen Macht auf dem Roten Platz in Moskau: gestiftet von den Moskauer Börsenmaklern für das russische Volk. Insofern ist die Feststellung berechtigt, daß die Entwicklung Rußlands hinter den Oktober 1917 zurückgerollt ist.

III.

In einer Meinungsäußerung wie der vorliegenden ist es nicht möglich, Ansichten zu den Konsequenzen und Perspektiven des Umbruchs vom August 1991 darzulegen. Bestenfalls kann die Richtung der eigenen Überlegungen angerissen werden. Daß damit die Neuformierung des internationalen Systems verbunden ist, liegt auf der Hand. Die ökonomische Herrschaft der internationalen Kapital- und Finanzgruppen und der entwickelten kapitalistischen Staaten über den gesamten Erdball und seine Ressourcen wird gegenwärtig kaum durch reale aktuelle Alternativen eingeschränkt. Kampffeld ist demgegenüber die Hegemonial- und Blockstruktur geworden, die auf Weltmarktpositionen aufbaut.

Die Vorstellung der Protagonisten der kapitalistischen Restauration im Osten vom Anschluß an die entwickelte kapitalistische Moderne wird für die überwiegende Anzahl der Länder ein schöner Traum bleiben. Vielmehr wird die Eingliederung in den kapitalistischen Weltmarkt unter dem Motto der Einführung der Marktwirtschaft zur Zerschlagung der Binnenstrukturen der Wirtschaft führen mit all den schon heute bekannten negativen Konsequenzen für Produktion, Beschäftigung und Masseneinkommen. Es läßt sich gegenwärtig noch nicht exakt prognostizieren, mit welchen Differenzierungen des internationalen Status diese Länder zu rechnen haben werden. Daß es ein subalterner Status sein und unter kapitalistischen Bedingungen für lange Zeit bleiben wird, muß demgegenüber angenommen werden.

Zwar ist nun die Ost-West-Konfrontation als Systemgegensatz und damit auch die Rolle des Ostens als aktiver Faktor in diesem antagonistischen Verhältnis zu Ende, aber dies bedeutet nicht das Ende des Ost-West-Gegensatzes. Der Osten hat nun fürs erste das Entwicklungsgefälle politisch akzeptiert und kann nun auch nur noch mit einer subalternen Beteiligung an den internationalen Verhältnissen rechnen. Gorbatschows Platz am Katzentisch des Londoner Weltwirtschaftsgipfel im Juni 19991 war dafür symbolischer Ausdruck. Demgegenüber produzieren die Massenmedien die Schreckbilder der neuen Opferrolle der Völker des Osten und ihrer Reaktionen u.a. durch millionenfache Zuwanderung in den Westen. Aber auch in diesem Fall wird sich das Täter-Opfer-Verhältnis nicht umkehren, haben sich die westlichen Staaten doch alle einschneidenden Regulierungsmittel vorbehalten. Von den Menschenrechtskampagnen, die beim Niedermachen des Realsozialismus vom Standpunkt des Westens eine solch glanzvolle Rolle spielten, wird dann nichts mehr zu hören sein.

Das europäische Haus war eine der Verheißungen der letzten Jahre für die Völker des Ostens. Aber die jüngste Entwicklung belegt, daß es in diesem Haus ausgeprägte Klassenabstufungen geben wird und die EG nicht die geringste Neigung zu einer Osterweiterung zeigt. Die Versuche der BRD, ihre EG-Partner in die Finanzierung des Restaurationsprozesses im Osten einzuspannen, stößt dort nur auf wenig Gegenliebe, handelt es sich doch um Länder, in denen deutscher Einfluß dominierend sein wird. Die historische Gewinnerrolle des deutschen Imperialismus hat damit ausgeprägte Schattenseiten, können sich doch nun die Konkurrenten im Westen Vorteile von der finanzpolitischen Überforderung der BRD versprechen.

Zwar kann es keinen Zweifel daran geben, daß mit der politischen Machtergreifung der Kräfte der kapitalistischen Restauration und der Eingliederung in den kapitalistischen Weltmarkt fürs erste eine irreversible gesellschaftspolitische Richtungsfestlegung erfolgt ist. Aber es ist offen, auf welchem Weg, wie schnell und mit welcher Ausprägung - ganz zu schweigen von den sozialen Beziehungen und den Überbauverhältnissen - eine kapitalistische Gesellschaftsordnung entstehen wird.

Für Sozialistinnen und Sozialisten im Osten und auch in anderen Regionen ist es sicher unabdingbar, im Rahmen der realen Haupttendenzen Beeinflussungsmöglichkeiten zu erkunden und zu nutzen. Aber für ihre historische Rolle sind ihre Perspektivvorstellungen ausschlaggebend. Hier liegt gegenwärtig der Hauptgrund ihrer Verunsicherung. Noch haben sie das Stadium der durch den Zusammenbruch involvierten Negation und Verdammung des alten Sozialismus nicht überwunden. Aber der alte Sozialismus hatte Grundzüge und Errungenschaften aufzuweisen, die für jede Art Sozialismus wichtig sein werden und weit in die Zukunft wiesen. Erst wenn diese wieder gesehen und beim Namen genannt werden, erlangen Sozialistinnen und Sozialisten ein der Wahrheit entsprechendes Verhältnis zur Vergangenheit und zum gelebten Leben. In diesem Sinne muß - aus der Sicht des Verfassers - die Kategorie der Anhänglichkeit an den alten Sozialismus wieder produktiv werden können, wenn theoretisch, politisch und psychologisch neue sozialistische Perspektiven erkundet werden sollen. Ohne dies wird auch Glaubwürdigkeit kaum zu erlangen sein.

Wenn die Ideologie der kapitalistischen Warenproduktion als Naturbedingung menschlicher Existenz wieder infrage gestellt und durchbrochen werden soll, müssen Sozialistinnen und Sozialisten die Kraft zu einer rationellen und historischen Analyse des alten Sozialismus finden, als deren Ergebnis nicht das Schuldbewußtsein für im Systemkampf getroffene und aus der Räson des Antagonismus notwendige Maßnahmen im Vordergrund steht, sondern auch Stolz auf die 74- oder 45-jährige Existenz einer realen Herausforderung des kapitalistischen Profit- und Ausbeutungssystems seinen Platz hat. Nur so wird es - nach Überzeugung des Verfassers - auch möglich sein, die unvermeidlich eintretende Massenenttäuschung über die Konsequenzen der kapitalistischen Restauration zur Basis progressiver Politik zu machen und den Einfluß des Nationalismus zurückzudrängen. Analoge Herausforderungen stehen auch vor den Sozialisten und Sozialistinnen im Westen und Süden. Das Bewußtsein, daß die mit der Durchsetzung der kapitalistischen Restauration freigesetzten reaktionären Tendenzen, die auch in den Westen überschwappen, zurückgedrängt werden müssen, reicht weit über den engen Kreis der sozialistischen Bewegung hinaus und wird mehr und mehr zur Basis fortschrittlicher Bündnispolitik.

Frank Deppe

Die Weltordnung nach dem Ende der Systemkonkurrenz[1]

Die Geschichte beläßt den Siegern in der Systemauseinandersetzung nicht einmal eine Atempause, um den Triumph des Sieges auszukosten. Daß in der Hektik des Tagesgeschehens die mit der Neuordnung Europas und insbesondere die mit der Herstellung der deutschen Einheit verbundenen Entscheidungen zunächst einmal die internationale, öffentliche Aufmerksamkeit auf sich konzentrierten, lag wesentlich in der Dramatik der Ereignisse und ihrer medialen Inszenierung (Öffnung der Grenzen, Fall der Berliner Mauer u.a.m.) begründet. Schon die Irak-Kuwait-Krise vom August 1990 - der, wie der amerikanische Außenminister James Baker konstatierte, erste Großkonflikt der "Nach-Nachkriegsära" - hatte jedoch schlagartig die Brisanz der "regionalen Konfliktherde" für die Weltpolitik erhellt.

Zunächst zeigte der Konflikt nur, daß in der heutigen Welt - und besonders nach der Zäsur der Jahre 1989/90 - nationale und regionale Machtveränderungen sich stets im Kontext globaler Machtverhältnisse, damit aber auch von Interdependenzstrukturen vollziehen (hier spielt natürlich die Erdölversorgung eine entscheidende Rolle; diese beeinflußt aber auch den Preis des Öls, dieser wiederum die nationale Konjunktur, den Dollarkurs und damit die Exportwirtschaft sowie das internationale Kreditsystem und das Spekulationsgeschäft auf den internationalen Börsen). Diese Verhältnisse von wechselseitiger Abhängigkeit werden freilich keineswegs durch homogene, sondern durch höchst disparate und konfligierende Interessen der beteiligten Akteure bestimmt. Diese Disparität der Interessen wiederum reflektiert eine äußerst ungleiche Verteilung der ökonomischen und politisch-militärischen Macht, deren Träger auf der einen Seite die ökonomischen Subjekte, also in erster Linie die auf dem Weltmarkt operierenden internationalen Konzerne und Banken, auf der anderen Seite politische Subjekte, also Nationalstaaten und internationale Organisationen sind.

Welche Ziele diese Subjekte verfolgen, läßt sich weniger aus den allgemeinen Willenserklärungen ableiten, die sich gegenwärtig um gemeinschaftliche Werte wie die Sicherung der Menschenrechte, die Förderung demokratischer Institutionen, die Sicherung des Friedens durch Abrüstung usw. gruppieren. Diese Ziele werden vielmehr durch objektive Interessen definiert, die sich auf der Seite der internationalen Konzerne nach dem in letzter Instanz bestimmenden Kriterium von

[1] Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um nur geringfügig geänderte Texte aus: Frank Deppe, Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung, Verlag Arbeit & Gesellschaft, Marburg/L. 1991

Akkumulationsdynamik und Profitrate, auf der Seite der politischen Subjekte in der Macht und Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten (auch in den internationalen Organisationen) bestimmen lassen. Zugleich wird aber die Realisierung dieser Interessen auf Strukturen globaler Interdependenz verwiesen, die weder durch einzelwirtschaftliche noch durch einzelstaatliche Strategien außer Kraft gesetzt oder einseitig beherrscht werden können - im Gegenteil: je mehr z.B. der ökonomische Reichtum und die politische Macht der entwickelten kapitalistischen Zentren zunimmt, um so schärfer treten jene Risiken zutage, die mit der Spaltung zwischen den wohlhabenden und den armen Regionen der globalen Zivilisation verbunden sind, um so gefährlicher - auch für die wohlhabenden Regionen - werden die Folgen der Belastung und Zerstörung der natürlichen und stofflichen Voraussetzung für den Fortbestand dieser Zivilisation.

Die vom Systemgegensatz "emanzipierte" Entwicklung des Weltmarkts und der Weltpolitik wird also durch Strategien bestimmt werden, die dieser Komplexität der objektiven Interessenlagen Rechnung tragen muß. Dabei kreuzen sich gleichsam die klassischen Determinanten der internationalen Politik - Maximierung von Profit und nationalstaatlicher Macht im Sinne der Verfügung über die maßgebenden Ressourcen dieser Macht: militärische, ökonomisch-finanzielle und wissenschaftlich-technische Ressourcen - mit den neuen Determinaten internationaler Politik, die aus dem erreichten Niveau der globalen Interdependenz erwachsen. Diese beeinflussen sowohl die funktionalen Imperative (im klassischen Sinne), also z.B. die Frage: wie sich die Selbstbehauptungsfähigkeit von Konzernen und Nationalstaaten im internationalen System entwickeln kann, als auch die dysfunktionalen Imperative globaler Vergesellschaftung, die sich als Risiken, Kosten oder auch als Gefährdungspotentiale innerhalb des internationalen System Geltung verschaffen.

1. Interdependenz oder neue Hegemonialordnungen?

Wird es also, so wäre zu fragen, nach dem Ende der Systemkonkurrenz und der Auflösung der Bipolarität zu einem für die bevorstehende Epoche bestimmenden Ringen um neue weltpolitische Hegemonialordnungen kommen, bei dem die ökonomische, technologische und schließlich auch militärische Macht der neuen "Aufsteiger" in der internationalen Staatenordnung sich schließlich im Ergebnis von mehr oder weniger gewaltsamen Interessenkonflikten durchsetzen wird? Oder - wird sich schließlich bei der Neuordnung der Weltpolitik, die mit dem Verschwinden der Systemkonkurrenz ansteht, eine politische Strategie durchsetzen, die von einem Bedeutungsverlust des Nationalstaates, damit auch der Militärpotentiale der Großmächte ausgeht, und deren funktionale Imperative in erster Linie durch die weltwirtschaftlichen Verflechtungen, die Problematik des internationalen Wissenschafts- und Technologietransfers, durch die globale

Kontrolle von Rüstung und gegenseitiger Sicherheit sowie durch die Hinwendung zu einer globalen Umwelt- und Sozialpolitik bestimmt werden? Oder werden sich schließlich Kombinationen solcher Handlungsorientierungen realisieren, bei denen die Auseinandersetzung um die Neubildung hegemonialer Ordnungen sich eben nicht nur im Bereich der militärisch-politischen Machtstrukturen, sondern im Ergebnis der Etablierung von internationalen "Regimen" oder Regulationsformen einstellt, die in erster Linie den "globalen Problemen" Rechnung tragen?[2]

Der amerikanische Politikwissenschaftler Richard Rosecrance hat in seiner 1986 erschienenen Studie "Der neue Handelsstaat" (The Rise of the Trading State) die Positionen der Interdependenz-Schule mit am deutlichsten formuliert. Die internationalen Beziehungen stehen - nach Rosecrance - jetzt an einem Kreuzweg. Das gegenwärtige System ist inkonsistent. Es enthält Kräfte, die in entgegengesetzter Richtung wirken und von denen einige den Handel, andere die territoriale Kontrolle begünstigen. Es wird die "zentrale Frage des ausgehenden 20. Jahrhunderts sein, ob die Vorteile der ökonomischen Differenzierung schnell genug wachsen, um den in politischer Heterogenität und Uneinigkeit angelegten Konflikt zu neutralisieren".[3]

Die Thesen von Rosecrance sind - u.a. auch aufgrund seiner "sprunghaft-assoziativen Beweisführung" sowie aufgrund seiner harmonisierenden Deutung der "Wohlfahrtseffekte", die von einem freien Welthandel, z.B. auf die "Dritte Welt", ausgehen - als eine ziemlich platte Reformulierung von Grundpositionen der "idealistischen Schule" kritisiert worden.[4] Gleichwohl umschreiben diese Thesen doch auch reale Interessenkonstellationen, die weniger aus der Perspektive nationalstaatlichen Machthandelns als vielmehr aus den Handlungsbedingungen wie den "Sicherheitsinteressen" der internationalen Konzerne abzuleiten sind. So hat z.B. in der "Zeit vom 16. März 1990 der Chef des mächtigsten bundesdeutschen Konzerns, Edzard Reuter von Daimler-Benz/MBB, ganz im

---

2 So in der Tendenz: Ernst-Otto Czempiel, Konturen einer Gesellschaftswelt. Die neue Architektur der internationalen Politik, in: Merkur, Jg. 44 (1990), Heft 1011, Oktober/November 1990, S. 835 ff.

3 Richard Rosecrance, Der neue Handelsstaat. Herausforderungen für Politik und Wirtschaft, Frankfurt/Main 1987, S. 236.

4 Reinhard Meyers, Wie viele Schwalben machen einen Sommer? (Re-)Naissance der Internationalen Politischen Ökonomie, in: Neue Politische Literatur, Jg. 34 (1989), Heft 1, S. 5 ff.

Sinne der Grundkonzeption des "neuen Handelsstaates" für ein neues Denken und eine neue internationale Politik plädiert, die - nach dem Abschluß der Nachkriegsära globaler Sicherheitspolitik - durch ein "politisches Konzept für eine wirtschaftliche Internationalisierung" zugleich Sicherheitsstrukturen schafft, die dem Sachverhalt der globalen, ökonomischen Interdependenz Rechnung tragen sollen. "Weltwirtschaftlich richtig organisierte Strukturen können auch heute politische Abhängigkeiten schaffen, denen eine völlig neue strategische Qualität zukommt."

Eine erste Annäherung an die Bestimmung der weltgeschichtlichen Zäsur des Jahres 1989 legt die Erkenntnis nahe, daß es eher Autoren aus dem Kreis der neorealistischen Schule waren, die die Veränderung innerhalb des internationalen ökonomischen und politischen Systems, vor allem den Niedergang der Führungsmacht der USA wie der UdSSR, prognostizierten. Auf der anderen Seite kann aber nicht übersehen werden, daß der Anstoß für diese Veränderungen seit der Mitte der 80er Jahre von der neuen sowjetischen Führung unter Michail Gorbatschow ausging, die gerade unter Berufung auf die zentralen Prämissen der Interdependenz- bzw. der Globalismus-Theorie darauf verzichtete, die immer offener zutage tretende Krise des Blocks sozialistischer Staaten durch die Anwendung direkter politisch-militärischer Gewalt (wie noch 1968 in Prag) zeitweilig zu lösen, und die gleichzeitig für andere regionale Konfliktherde in der Weltpolitik (Afghanistan, Kambodscha, südliches Afrika, Mittelamerika usw.) ihre Bereitschaft signalisierte, für nicht-militärische Lösungen zu optieren.

Daß eine der zentralen Visionen der Gorbatschow'schen Perestroika, nämlich die Erneuerung und Stärkung des Sozialismus, dabei "unter die Räder geriet" und inzwischen infolge des Zusammenbruchs des Sozialismus der UdSSR - gänzlich hinfällig wurde -, führt freilich wieder in die Nähe jener neorealistischen Prämisse, daß der Verfall der nationalstaatlichen Macht unvermeidlich deren politische Gestaltungskompetenz in der Arena der internationalen Politik unterminieren und schließlich aushebeln muß. Mit anderen Worten: mit der Destabilisierung der ökonomischen, politischen und schließlich auch der militärischen Ordnung in der UdSSR verfiel auch die politische Macht des sowjetischen Staates, bei der Gestaltung der internationalen Ordnung für die Durchsetzung des "neuen Denkens" zu wirken, d.h. auch, die äußeren Rahmenbedingungen für eine innere Erneuerung des Sozialismus maßgebend zu beeinflussen.

2. Deutscher Machtgewinn im Übergangsprozeß

Aufschlußreich für die Rolle des Nationalstaates ist in jüngster Zeit die deutsche Einigung im Gefolge des Zusammenbruchs der DDR in einem für die europäische Nachkriegsgeschichte geradezu beispiellosen Vorgang der staatlichen Neubildung und des nationalen Machtzuwachses, den dieser mit sich bringt. Das geeinte Deutschland hat im Jahre 1990 alle Beschränkungen seiner Souveränität abgeschüttelt, die ihm nach 1945 auferlegt wurden. Die Politik des Anschlusses, die die Regierung der BRD seit Anfang 1990 betrieb, mag - im Blick auf die Rolle des Bundeskanzlers Helmut Kohl - als "staatsmännische Meisterleistung" à la Bismarck bewundert oder als eine moderne Variante imperialistischer Annexionspolitik kritisiert werden. Auf jeden Fall offenbarte sie einen weiten Handlungsspielraum der Bonner Regierungspolitik, die Machtentscheidung autonom vollzog und ihren Verbündeten in der EG und in der NATO, vor allem auch der sowjetischen Führung den Zwang zum Nachvollzug dieser Entscheidungen vorgab. Ralf Dahrendorf hat diese Dimension der Vereinigung treffend zusammengefaßt: "Das Deutschland, das 1990 entsteht, ist kein Provisorium mehr, sondern ein richtiger Nationalstaat".[5]

Robert W. Tucker hat aus amerikanischer Sicht die Erweiterung der Macht und des außenpolitischen Handlungsspielraumes des neuen, deutschen Staates als den bedeutsamsten Faktor in der Auflösung der Machtbalance des Kalten Krieges bezeichnet: "Die Einzigartigkeit der veränderten Position Deutschlands besteht gerade darin, daß sie nicht allein die Perspektive einer erheblich größeren Handlungsfreiheit enthält, sondern zugleich die Freiheit bedeutet, nunmehr eine expansionistische Außenpolitik im Namen jener grundlegenden Prinzipien der Legitimität zu betreiben, auf denen die Nachkriegsordnung begründet war. Dies ist eindeutig gewiß im Fall der Wiedervereinigung selbst; denn diese bedeutet ja nichts anderes als die Verwirklichung der jahrzehntelangen westlichen Verpflichtung auf das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Dies trifft jedoch ebenso auf eine Politik zu, die mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer ökonomischen Vormachtstellung Deutschlands über die Staaten Ost- und Mitteleuropas führen wird. Die Instrumente, mit denen diese Vorherrschaft erreicht werden wird, sind seit langem als völlig legitim anerkannt. Sie würden nämlich angewandt, um Ziele zu erreichen - ökonomisches Wachstum und Entwicklung -, die von diesen Staaten gierig angestrebt werden".[6] Die - von Dahrendorf so genannte - "Schlüsselfrage", ob dieser europäische Prozeß der Restituierung von nationalstaatlicher Macht und Autonomie in einen übergreifenden Prozeß a) der Beschleunigung der westeuropäischen, politischen Union im Rahmen der EG und damit des Souveränitätsverzichtes der beteiligten Staaten, und b) der Wiedervereinigung Europas eingebunden werden kann, muß zum Beginn der 90er Jahre als eine "offene Frage" angesehen werden.[7]

Die gegenwärtige Epoche des Übergangs zeichnet sich also dadurch aus, daß einerseits Strukturen der internationalen Vergesellschaftung entstanden sind, die die relevanten Akteure auf dem Felde der internationalen

---

5 Ralf Dahrendorf, Die Sache mit der Nation, in: Merkur, 44. Jg. (1990), Heft 10/11, Oktober/November 1990, S. 824.

6 Robert . Tucker, 1989 an All That, in: Foreign Affairs, Jg. 69 (1990), No. 4, S. 97/98.

7 Ralf Dahrendorf, Die Sache, a.a.O., S. 832.

Politik und Wirtschaft (Staaten, Unternehmen, internationale Organisationen) dazu zwingen, ihre Interessen nicht nach dem Vorbild der klassischen, imperialistischen Gewaltpolitik (wohlgemerkt: in bezug auf die Beziehungen zwischen den entwickelten kapitalistischen Staaten), sondern eher unter Berücksichtigung von transnationalen Interdependenzverhältnissen zu definieren. Diese haben ihrerseits gemeinsame "Sicherheitsinteressen" (freier Welthandel, Sicherheit der monetären Beziehungen und der internationalen Finanzmärkte, Sicherung der Rohstoffquellen, möglichst störungsfreies Funktionieren globaler Kommunikationsnetze sowie der Transportsysteme, Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse u.a.m.) und damit auch eine Entwertung von klassischen Funktionsbereichen nationalstaatlicher Souveränität hervorgebracht. Diese Sicherheitsinteressen, die vor allem von den internationalen Konzernen reklamiert werden, haben sich tendenziell von den militärischen Sicherungsfunktionen internationaler Machtverhältnisse abgelöst. Gleichwohl haben sie sich im Kontext von Machtstrukturen des internationalen Systems entwickelt, die durch die als "Sicherheitsschirm" wirkenden atomaren Potentiale der "Supermächte" charakterisiert waren. In diesen Konstellationen wirkte jene - vor allem in den USA als paradox beklagte - Logik der ungleichen Entwicklung, die den Abstieg der USA als hegemoniale Wirtschaftsmacht und den Aufstieg von Japan und Deutschland eingeleitet hat. "Japan erobert Amerika nicht mit Waffen, sondern mit Geld".[8]

Auf der anderen Seite versagen alle diejenigen Theorien im Begriff der Realität, die die neuen Sicherheitsstrukturen in der Perspektive einer Entnationalisierung oder gar der Ent-Machtung der internationalen Politik deuten wollen. Die Rede von den allgemeinen "Menschheitsinteressen", die nunmehr an die Stelle der antagonistischen Klassen- bzw. Systeminteressen getreten seien, verhüllte nur dürftig das Interesse der vormaligen Führung der UdSSR an einem innen- und außenpolitischen Systemwandel, der mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems im Innern die Sowjetunion nicht länger als den Gegner, sondern als den Partner der "Ersten Welt" anerkannt wissen will. Dabei läßt gerade die tiefe Staatskrise in der Sowjetunion erkennen, in welch hohem Maße die außenpolitische Handlungsfähigkeit eines Staates verfällt, wenn gleichzeitig die Verfügung über die inneren Machtressourcen zerbricht. Selbst am Beispiel der Krise der "realsozialistischen" Systeme läßt sich also die Erkenntnis gewinnen, daß der Nationalstaat nach wie vor der entscheidende Akteur im System der internationalen Machtbeziehungen geblieben ist. Zwar ist es nach der Auflösung der relativ klaren Strukturen der Nachkriegsordnung ("Keynes zu Hause, Adam Smith draußen") schwieriger geworden, die Beziehungen zwischen Nationalstaat und Weltmarkt

8 Reinhard Büscher u. Jochen Homann, Japan und Deutschland. Die späten Sieger? Zürich/Osnabrück 1990, S. 7.

präzise zu bestimmen.[9] Dennoch ergibt sich, daß sich die Anpassung der ökonomischen Strukturen an die Zwänge der Weltmarktkonkurrenz jeweils über die Staatstätigkeit vermittelt, die ihrerseits auf die Produktionsverhältnisse sowie auf den jeweiligen Typus der Regulierung der Klassenbeziehungen in den Staaten ("hegemoniale Blockbildung") bezogen ist.

Der Nationalstaat übt nicht nur auf dem Gebiet der Sicherheits- und Militärpolitik, sondern auch im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik - bis hin zur Außenwirtschafts- und Währungspolitik - zentrale Funktionen aus. Diese haben zwischen der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der Nationalökonomie und dem "Sachzwang" des Weltmarktes zu vermitteln. Dabei sind gerade im Hinblick auf die Bedeutung der Hochtechnologie-Sektoren für die internationale Konkurrenzfähigkeit im vergangenen Jahrzehnt Entscheidungen und Investitionen in den Bereichen der Wissenschafts- und Bildungspolitik, der Infrastrukturpolitik und selbst der Kulturpolitik immer wichtiger geworden. Schließlich ist der Nationalstaat auch die Arena für den Abschluß der "Sozialkontrakte" geblieben. In allen kapitalistischen Industriestaaten spielt bei Wahlentscheidungen die tatsächliche oder vermeintliche Verantwortung der jeweiligen Regierungen - bzw. des "Blocks an der Macht" - für Wirtschaftswachstum, soziale Sicherheit und Wohlstand nach wie vor eine entscheidende Rolle.

3. Der kurze Traum vom "Neuen Denken"

Paul Kennedy gründet seine These über die geschichtliche Dynamik des Aufstiegs und des Niedergangs der großen Mächte, damit der Auflösung und Neubildung von weltpolitischen Hegemonialordnungen u.a. auf die "Tatsache ..., daß Aufstieg und Fall der verschiedenen Reiche und Staaten im internationalen System durch den Ausgang der bedeutendsten Kriege der großen Mächte bestätigt wurden, in denen der Sieg immer der Seite mit den größeren Ressourcen zufiel". Das internationale System ist unabhängig von seiner historisch je spezifischen Machtstruktur bis in die Gegenwart "anarchisch" geblieben - "das heißt, es gibt keine größere Autorität als den souveränen, egoistischen Nationalstaat".[10] Entgegen solchen realistisch-pessimistischen Bewertungen internationaler Politik hatte in den letzten Jahren die Hoffnung auf einen grundlegenden Wandel in den internationalen Beziehungen zugenommen. So hatte Richard Rosecrance das Potential dieses Wandels darin gesehen, "daß der Nutzen von Handel und internationaler Zusammenarbeit schon heute den Nutzen militärischer Konkurrenz und territorialer Ausdehnung bei weitem übersteigt".[11] In der

9 Susan Strange, States an Markets, London 1988, S. 233.

10 Paul Kennedy, Aufstieg und Fall der großen Mächte, Frankfurt/Main 1989, S. 650.

11 Richard Rosecrance, a.a.O., S. 7.

Tradition der klassischen Freihandelslehren des 18. und 19. Jahrhunderts[12] wird hier - auf die Gegenwart bezogen - die These erneuert, daß durch Freihandel der allgemeine Wohlstand und die ökonomische Verflechtung der Staaten soweit vorangetrieben wird, daß schließlich dem Krieg als dem politischen Instrument der zwischenstaatlichen Konfliktbearbeitung und Konkurrenz der Boden entzogen werde.

Der Systemwandel, der sich mit der Auflösung des Ost-West-Gegensatzes und der Systemkonkurrenz als der bestimmenden Konfliktformation der Weltpolitik nach 1945 vollzog, schien solche Hoffnungen zu bestätigen, ja zu beflügeln. Wie immer auch der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaftssysteme in Mittel- und Osteuropa durch Massenbewegungen vollendet wurde, deren Gewalt letztlich die alten Machtordnungen zum Einsturz brachte, so haben die Umwälzungen der Jahre 1989/1990 doch niemals zu einer Verschärfung der internationalen Spannungen bis an den Rand militärischer, internationaler Konflikte herangeführt. Der wesentliche Grund dafür liegt zum einen darin, daß die herrschenden Apparate in diesen Ländern (natürlich in unterschiedlichem Ausmaß) entweder aktiv den Abschied vom Kommunismus betrieben oder den Forderungen der Massenbewegungen keinen gewaltsamen Widerstand mehr entgegengesetzt haben.

Zum anderen resultiert der relativ friedliche Charakter der Auflösung der Systemkonkurrenz in Europa aus dem Konsensus zwischen den mächtigsten Akteuren in der internationalen Politik. Die beiden Führungsmächte der alten, bipolaren Ordnung, die USA und die Sowjetunion, akzeptierten und förderten (direkt und indirekt) diesen Wandel ebenso wie die Staaten der EG. Der schnelle Prozeß der deutschen Einigung im Jahre 1990 war ebenfalls ein in der neueren Geschichte beispielloser Vorgang der territorialen Expansion und der Machterweiterung einer zentraleuropäischen Führungsmacht, der BRD, der seinerseits die nach dem Ende des zweiten Weltkrieges verfestigten Machtverhältnisse zwischen den großen europäischen Staaten (Frankreich, Großbritannien, BRD und Sowjetunion) nachhaltig verändert. Auch dieser Vorgang wurde zuerst durch die innere Krise und die daraus resultierende außenpolitische Schwäche des ehemals sozialistischen Staatensystems in Europa, danach durch den Konsensus zwischen den mächtigsten Akteuren ermöglicht, der die deutsche Frage nicht auf dem Wege eines internationalen Machtkampfes, sondern in der Perspektive der Erweiterung und Vertiefung der europäischen Integration sowie des Aufbaus eines neuen, europäischen Sicherheitssystems (unter Beteiligung der USA und der Sowjetunion) bearbeitet wissen wollte.

Das "neue Denken", das nunmehr die Hoffnungen auf eine friedliche und kooperative Bewältigung "globaler Probleme" inspirierte, wurde

[12] A. Smith, D. Ricardo, R. Cobden u.a. - vgl. Wolfgang Bärtschi u. Hanns-Dieter Jacobsen, Kritische Einführung in die Außenhandelstheorie, Reinbek bei Hamburg 1976, S. 102 ff.

seit 1985 am entschiedensten von der neuen sowjetischen Führung um Michail Gorbatschow propagiert.[13]

"Neues Denken" war ein Programm für die Neugestaltung der internationalen Beziehungen. Diese sollten sich vor allem auf die Lösung der gattungsbedrohenden, globalen Risiken (Umweltzerstörung, Hochrüstung, Unterentwicklung/Armut) konzentrieren. Es zielte darauf, Strukturen der Interdependenz (Sicherheitspartnerschaft) und der ökonomischen Kooperation zu etablieren, die wechselseitige Sicherheit erzeugen und damit die Konflikt- und Kriegsrisiken minimieren. Allerdings wurde das Programm des "neuen Denkens" auch als eine Strategie konzipiert, die auf tiefgreifende ökonomische, politische und gesellschaftliche Reformen in der Sowjetunion (Perestroika) - dann auch innerhalb des gesamten sozialistischen Staatensystems - gerichtet war. "Neues Denken" war insofern eine Antwort auf die neuen globalen Risikolagen und auf die - von den politischen Führungsgruppen zunächst erheblich unterschätzte - Existenzkrise des Sozialismus, der im Gefolge der Oktoberrevolution entstanden war.

Die neue Weltordnung, die mit der Anerkennung der wechselseitigen Sicherheitsinteressen vorbereitet werden sollte, würde nicht länger aus der Zuspitzung des systematischen Antagonismus, sondern aus dessen bewußter, kooperativer Überwindung auf dem Felde der internationalen Politik hervorgehen (exemplarisch durchgeführt in den Konfliktregionen: Afghanistan/Pakistan; Mittelamerika/Nicaragua; Südafrika/Angola/Namibia). Indem sie die Menschheits- bzw. die Gattungsinteressen als Bezugspunkt des außenpolitischen Handelns definierte, verabschiedete die sowjetische Politik sich von der seit Lenin gültigen imperialismustheoretischen Begründung internationaler Politik. Diese hatte die Perspektive der Bearbeitung von internationalen Konflikten und weltpolitischen Veränderungen stets - in letzter Instanz - auf die vom Imperialismus ausgehenden Tendenzen der sozialen Polarisierung sowie der politisch-militärischen Konfrontation zurückgeführt. Dennoch war mit diesem Paradigmenwechsel keineswegs die Vorstellung von einer Kapitulation sozialistischer Außenpolitik verbunden. Im Gegenteil - da die kombinierte Reform der Innen- wie der Außenpolitik der Sowjetunion zu ihrer Stärkung und zu einer erhöhten Attraktivität des Sozialismus in der Welt führen sollte, würden in der Konsequenz des "neuen Denkens" zugleich die "zugespitztesten Formen außerökonomischer Gewalt" im imperialistischen System weiter beschränkt und diejenigen politischen Kräfte gestärkt, "die dem Kapital Korrektive und Schranken der ihm immanenten Tendenz zur Ausbeutung und Zerstörung an Mensch und Natur setzen können".[14]

[13] Vgl. Michail S. Gorbatschow, Perestroika. Die zweite russische Revolution, München 1987, S. 169 ff.; Wolfgang F. Haug, Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken, Berlin 1989, S. 49 ff.

[14] Dieter Klein, Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus, Berlin 1988, S. 208.

Solche strategischen Überlegungen, die letztlich auf ein neues Modell der globalen Kooperation der Führungsmächte von kapitalistischen und sozialistischen Staatensystemen orientiert waren, hatten jedoch keinen Bestand. Der Verfall der früher so genannten "sozialistischen Staatengemeinschaft" (Warschauer Pakt, RGW), die deutsche Einigung und die Kumulation von inneren Krisen- und Verfallsprozessen in der Sowjetunion selbst haben schließlich dieses Projekt einer neuen Weltordnung als illusionär erwiesen und zum Scheitern verurteilt. Die "Rußlandhilfe", die Anfang 1991 auf Lastwagen der ehemaligen Nationalen Volksarmee der DDR nach Osten transportiert wurde, war insofern auch symbolischer Ausdruck des neuen subalternen Status der Sowjetunion, der dann während des Golf-Krieges durch die Nichtbeachtung des Gorbatschow'schen Friedensplanes durch die US-amerikanische Führung noch einmal unterstrichen wurde.

Diese strategische Option für eine neue Weltordnung, die noch im Kontext der überwiegend friedlichen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa in den Jahren 1989/90 die Diskurse über internationale Politik dominierte, ist also schnell wieder ins Reich der idealistischen Illusionen entschwunden. Daher stellt sich die Frage um so schärfer, welche Triebkräfte, Interessen- und Machtkonstellationen und welche Problemfelder nach der Auflösung der Bipolarität für eine neue Weltordnung bzw. für neue Weltordnungen von Bedeutung sind und welche spezifischen Ordnungsmittel zur Verfügung stehen, um die strategischen Ziele der Hauptakteure im internationalen System zu verwirklichen. Die Veränderungen innerhalb der ökonomischen und politischen Strukturen des kapitalistischen Weltsystems seit den 70er Jahren deuten allenfalls auf bestimmte Rahmenbedingungen und strukturelle Voraussetzungen des strategischen Handelns hin. Allerdings determinieren sie keineswegs eindeutige und zwingende Handlungsoptionen. Es ist gerade die Offenheit der geschichtlichen Konstellation, die sich in der Debatte über die verschiedenen Varianten von neuen Weltordnungen reflektiert. Diese erzeugt zugleich jene Labilität und Unsicherheit, die dann noch durch die reale Dynamik der gesellschaftlichen und politischen Prozesse der Jahre 1990/91 verstärkt wird. Insofern hat auch die Auflösung der bipolaren Machtstruktur der Weltpolitik überhaupt noch keine Klarheit darüber vermittelt, was diese Veränderungen für neue, stabile Ordnungsstrukturen bedeuten können.

4. Renaissance der Imperialismustheorie?

Das Ende der Systemkonkurrenz in der Folge des Zusammenbruchs der "real-sozialistischen" Systeme bedeutet den Abschluß einer geschichtlichen Epoche, die mit dem Sieg der russischen Oktoberrevolution im Jahre 1917 begann und deren systemische, globale Strukturen nach der Niederlage der faschistischen Achsenmächte Deutschland und Japan im Jahre 1945 ausgebildet wurden. Der Systemgegensatz bzw. der Ost-West-Konflikt war eine

eigenständige historische (weltpolitische) Formation, deren Spezifik nicht allein aus der Struktur zweier antagonistischer Entwicklungslogiken (Kapitalismus/Sozialismus), sondern vor allem aus den komplexen Verhältnissen der Wechselwirkung zwischen den beiden System resultierte. Solche Wirkungen beschränkten sich keineswegs ausschließlich auf das Gebiet der Sicherheits- und Rüstungspolitik (und die damit verbundenen Bündnis- und Hegemoniefragen). Sie erstreckten sich zugleich auf wesentliche Dimensionen der Innen- und Außenpolitik der kapitalistischen Industriestaaten.

- Eric Hobsbawm hat gerade an diese Beziehung, die für die Herausbildung der "fordistischen Formation" konstituiv war, erinnert: "Alles, was die westlichen Demokratien für die Massen lebenswert machte - soziale Sicherheit, der Wohlfahrtsstaat, hohe steigende Einkommen für die Lohnabhängigen und - in der Folge - die Verminderung der sozialen Ungleichheit sowie der Ungleichheit der Lebenschancen - all das war Ergebnis der Angst (der Reichen und der Kapitalisten). Angst vor den Armen und vor dem größten und am besten organisierten Block von Bürgern in den Industriestaaten, den Arbeitern; Angst vor einer Alternative, die tatsächlich bestand und die sich ausdehnen könnte, vor allem in der Form des sowjetischen Kommunismus. Angst vor der dem System eigenen Instabilität. Dies beunruhigte das Bewußtsein der westlichen Kapitalisten in den 30er Jahren. Und die Furcht vor dem sozialistischen Lager, das sich nach 1945 so dramatisch ausweitete und durch eine der beiden Supermächte repräsentiert wurde, beschäftigte sie nach dem Kriege sogar noch mehr. Was immer Stalin den Russen angetan hat, er war gut für die einfachen Menschen im Westen. Es ist daher kein Zufall gewesen, daß die Keynes-Roosevelt-Variante zur Rettung des Kapitalismus sich auf Wohlfahrt und soziale Sicherheit, auf steigende Einkommen für die Armen und auf ... Vollbeschäftigung, die für die Arbeiter besonders wichtig war, konzentrierte." [15]

- Die gesamte Struktur der politischen, militärischen und ökonomischen Bündnisbeziehungen zwischen den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten wurde durch den Systemgegensatz geprägt. Dabei war es nicht nur die "bipolare" Ordnung (also die durch Macht und Legitimation gestützte Führungsstruktur), sondern zugleich die Notwendigkeit zur Bewältigung von Konflikten und Interessendivergenzen zwischen diesen Staaten auf dem Wege der Kompromißbildung (und eben nicht der direkten politischen Gewalt), die in der Konfrontation der Systeme für eine lange Zeit für eine in der bisherigen Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft bzw. des "kapitalistischen Weltsystems" außergewöhnliche Stabilität sorgte.

So könnte nun in der Tat vermutet werden, daß mit dem Übergang in eine neue Ära jenseits der Systemkonkurrenz alte Probleme der

[15] Eric Hobsbawm, Goodbye To All That, in: Marxism Today, October 1990, S. 21.

Innen- und Außenpolitik entwickelter kapitalistischer Staaten wieder an Bedeutung gewinnen.[16] Mit der Etablierung der Großmacht Deutschland in Mitteleuropa, mit dem Zerfall der Sowjetunion als Staatenbund (z.B. über die Souveränität der baltischen Staaten), bei chronischen Wirtschaftskrisen und zunehmender Massenarmut in Polen und anderen südosteuropäischen, ehemals sozialistischen Staaten, die zudem durch Grenz- und Nationalitätenkonflikte bis zu Bürgerkriegen (Jugoslawien) politisch aufgeladen werden, häufen sich Hinweise, daß vermittels solcher Konstellationen gleichsam ein Rückfall Mittelosteuropas in die geopolitischen Konfliktstrukturen der Zwischenkriegsperiode erfolge. Solche Befürchtungen[17] deuten schon die Richtung von Widerspruchskomplexen jenseits der Systemkonkurrenz an, in denen zugleich die Problematik von Hegemonialordnungen - hier auf europäischem Boden - neu ausgefochten werden könnte.

Liegt es also nicht nahe, angesichts des Endes der Systemkonkurrenz und des Ost-West-Gegensatzes den Thesen der frühen Imperialismustheorien wieder größere Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen? Lenins These vom zeitweiligen Charakter zwischenimperialistischer Bündnisse als "Atempausen zwischen Kriegen", von der Winfried Wolf behauptet, daß sie "bis heute die Wirklichkeit und die Geschichte auf ihrer Seite" hat,[18] könnte also in einer Zeit zu ihrem Recht kommen, in der mit der Auflösung des "realen Sozialismus" der Druck auf die entwickelten kapitalistischen Industriestaaten entfällt, die Regulierung ihrer ökonomischen Konkurrenzbeziehungen der Stabilisierung ihrer politischen und vor allem sicherheitspolitischen Bündnisbeziehungen unterzuordnen. Dazu kommt, daß sich in der Reorganisation der Weltmarktbeziehungen seit den Krisen der 70er Jahre ein Konfliktpotential aufgebaut hat, das nicht nur der Nord-Süd-Konfliktformation, sondern der West-West-Konfliktformation mit ihrer Tendenz zur Herausbildung regionaler Blöcke (die "Triade") mit je besonderen Führungsmächten eine relativ eigenständige Entwicklungsdynamik verliehen hat, die in den 80er Jahren oftmals nur mühsam (oder - wie die Reagan'sche Politik in den USA - durch nationale Alleingänge, die jedoch das Konfliktpotential zwischen diesen Blöcken nur noch potenzierte) unter Kontrolle gehalten werden konnten. Insofern scheint es zunächst als durchaus plausibel, daß mit der Abwertung der Konfliktachse West-Ost nunmehr - wie es der amerikanische Soziologe Daniel Bell formulierte - eine Aufwertung der zwischenkapitalistischen Konkurrenz- und Konfliktverhältnisse erfolgt: "Heute ist der Kalte Krieg aller Wahrscheinlichkeit

[16] Fred Halliday, The Ends of Cold War, in: New Left Review, 190, March/April 1990, S. 21.

[17] Peter Glotz, Gesamteuropa - Skizze für einen schwierigen Weg, in: Europa-Archiv, Folge 2/1990, S. 41 ff.

[18] Winfried Wolf, Siebzehn Thesen zum Projekt westeuropäischer Binnenmarkt, in: Jutta Klaß (Hrg.), Die EGmbH der Bosse & Banker. Binnenmarkt '92, Frankfurt/Main 1989, S. 23.

nach zu Ende. West gegen West, insbesondere die ökonomische Rivalität zwischen Japan und den Vereinigten Staaten, ist dagegen in hohem Maße beherrschend geworden".[19]

Gegen die These von der ungebrochenen bzw. wieder aktualisierten Erklärungskraft der klassischen Imperialismustheorien für die gegenwärtigen weltwirtschaftlichen und -politischen Umbrüche lassen sich freilich einige Einwände formulieren. Diese sind einerseits auf innere Begriffsdefizite der Imperialismustheorien selbst, andererseits jedoch auf Vergesellschaftungsprozesse in der heutigen kapitalistischen Welt zurückzuführen, die mit dem klassischen Begriffsinstrumentarium nicht mehr adäquat zu erfassen und schon gar nicht in der für die marxistische Theorie zu Beginn dieses Jahrhunderts geradezu selbstverständlichen, fast naturwüchsigen revolutionären Perspektive der Überwindung des Kapitalismus zu interpretieren sind. Diese Einwände lassen sich folgendermaßen skizzieren:

- Die Imperialismustheorien gingen davon aus, daß der Expansionsdrang des Monopolkapitals auf den Weltmarkt seine wesentliche Ursache in den Schranken seiner Akkumulation auf den nationalen Binnenmärkten hat. Soll der "Kapitalüberschuß" profitabel verwertet werden, so stößt er auf absolute Grenzen. Sowohl die Konsumtionsfähigkeit der Massen, die sich in der Nachfragekapazität der Lohneinkommen ausdrückt, als auch - wie z.B. Lenin vermutete - die Rückständigkeit der Landwirtschaft blockieren den Fortgang der nationalen Akkumulation - und darin wurzelt letztlich das ökonomische und politische Krisenpotential des Kapitalismus, da das Elend der Massen durch den Kapitalexport fortgeschrieben wird und zugleich die Quelle für die soziale und politische Unzufriedenheit der Massen bildet.

Joan Robinson hat im Vorwort zur englischen Ausgabe von Rosa Luxemburgs "Akkumulation des Kapitals" (1951) auf zwei wesentliche Schwachpunkte ihrer Theorie hingewiesen. Sie "... vernachlässigt ... das Steigen der Reallöhne, das im Laufe der Entwicklung des Kapitalismus eintritt, und leugnet den inneren Anreiz zur Investition, der durch den technischen Fortschritt geschaffen wird, zwei Faktoren, die dazu beitragen, den Kapitalismus vor den Schwierigkeiten zu bewahren, die er sich selbst schafft".[20] Damit ist schon angedeutet, daß die Herausbildung der "fordistischen Formation" - zunächst in der Zwischenkriegsperiode in den USA, dann nach 1945 in Westeuropa - auf dem Boden des imperialismustheoretischen Akkumulationsbegriffs nicht angemessen erklärt werden kann. Der neue Wachstumsschub resultierte ja gerade aus der "inneren Landnahme" (Lutz), d.h. aus der Massenproduktion von Konsumgütern, der Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft, der Steigerung der Reallöhne und dem Ausbau des nationalen Wohlfahrtsstaates. Die Stabilität der Nach-

[19] Daniel Bell, Einige Ausblicke ins 21. Jahrhundert, in: Merkur, Jg. 44 (1990), Heft 10/11, Oktober/November 1990, S. 966.

[20] Joan Robinson, Über Keynes hinaus, Wien 1962, S. 90/91.

kriegsordnung beruhte auf der Trennung der internationalen Regulationsformen von Handel und Geld, die durch die US-Hegemonie bestimmt wurden, und der relativen Autonomie der Innenpolitik der kapitalistischen Industriestaaten.

- Die Imperialismustheorien analysierten die Veränderungen des Weltmarktes zu ihrer Zeit vor allem als einen Bedeutungszuwachs der Achse kapitalistischer Metropolen/Peripherie. Der Kapitalüberschuß wurde exportiert, um in der Peripherie profitabel angelegt zu werden oder um Rohstoffquellen zu sichern bzw. zu erschließen, die für die heimische Produktion dringend benötigt wurden. Die Veränderungen des Weltmarktes in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die ihrerseits die Grundstrukturen des internationalen politischen Systems bestimmen, bestehen jedoch gerade darin, daß 1. der intraindustrielle Austausch zu Lasten der substitutiven Handelsbeziehungen (Rohstoffe gegen Fertigwaren) immer wichtiger geworden ist und sich dabei immer mehr auf die kapitalistischen Industriestaaten selbst konzentriert. Die Direktinvestitionen in der Form der Expansion der international operierenden Konzerne sind 2. zur bestimmenden Form der internationalen Kapitalbewegung geworden. Hieraus sind Strukturen der ökonomischen Verflechtung und Interdependenz entstanden, die auf die internationalen Geld- und Finanzbeziehungen zurückwirken und damit die Fähigkeit der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Steuerung dieser Prozesse nach Maßgabe des Wachstums und der Produktivitätsentwicklung, d.h. auch der Konkurrenzfähigkeit der Nationalökonomie auf dem Weltmarkt maßgeblich begrenzen. Zumal in der Gegenwart hat der Kampf um die Beherrschung der Hochtechnologiesektoren diese widersprüchliche Tendenz zur globalen Interdependenz auf der einen und zu erweiterten Anforderungen an die Regulationsfunktionen der nationalen Regierungspolitik erheblich verstärkt.

- Der Machtbegriff der Imperialismustheorie ist auf das engste mit der Politik des imperialistischen Machtstaates verbunden. Militarisierung und Schutzzollpolitik sind die wichtigsten Instrumente einer aggressiven Außenpolitik, die dem "Griff nach der Weltmacht" (Fischer) bei den zu spät gekommenen, aufsteigenden imperialistischen Staaten dienen. In der Innenpolitik hat der starke, autoritäre Staat die Funktion, die sozialistische Gefahr zu bändigen. Der imperialistische Krieg war daher die gesetzmäßige Konsequenz. Die Imperialismustheorien konzedierten zwar die Möglichkeit von zwischenimperialistischen Bündnissen; gleichwohl erlaubt die - der Entwicklung in der ersten Hälfte des Jahrhunderts durchaus angemessene - Koppelung der Macht von nationalem Monopolkapital und Staat als die dominante Struktur der internationalen ökonomischen und politischen Konkurrenz keinen Begriff jener Interdependenz- und Verflechtungsstrukturen, die sich nach dem zweiten Weltkrieg - im Zeichen der US-Hegemonie wie der Systemkonkurrenz - herausgebildet haben und die nunmehr auch durch die Droh- und Vernichtungspotentiale der atomaren Waffensysteme über einen langen Zeitraum stabilisiert worden sind.

Es gehört ja gerade zu den neuzeitlichen Paradoxien des atomaren Zeitalters, daß die Steigerung der globalen Vernichtungskapazität insofern Sicherheit erzeugt hat, daß sie die Risiken eines atomaren Schlagabtausches zwischen den Systemen politisch zu minimieren suchte.

Selbstverständlich ist dabei die Macht- und Gewaltfunktion der Staaten (erinnert sei nur an die zahlreichen Kolonialkriege, die nach 1945 von Frankreich, Großbritannien, ja selbst den Niederlanden und Belgien geführt wurden) nicht aufgehoben oder an internationale Bündnisse - wie z.B. die NATO - übertragen worden. Dennoch tritt nunmehr - wie weiter oben gezeigt wurde - eine Vermittlungsfunktion der nationalstaatlichen Politik in den Vordergrund, die nicht mehr mit dem Mittel der Schutzzollpolitik operieren kann und die nicht mehr auf eine gewaltsame militärische Korrektur der ökonomischen und politischen Kräftekonstellationen zwischen den führenden imperialistischen Staaten gerichtet ist. Wenn nationales Wachstum, Produktivitätssteigerung und Innovation sowie die Steigerung der Reallöhne nur noch durch die Integration der Nationalökonomie in die Weltwirtschaft möglich sind, dann ergeben sich daraus Anforderungen an die Wirtschafts- und Außenpolitik der Nationalstaaten, die über "internationale Regime" und Vereinbarungen eine relative Stabilität dieser Ordnungen zu gewährleisten haben. Mit anderen Worten: die Verhinderung eines imperialistischen Krieges entspringt nicht allein aus der Vernichtungskapazität der atomaren Waffenarsenale, aus der hegemonialen Struktur dieser Bündnisbeziehungen bzw. aus der als Bedrohung wahrgenommenen Entwicklung eines "sozialistischen Staatensystems", sondern auch dem gemeinsamen Interesse der relevanten Akteure (Unternehmungen und Regierungen) an der Sicherung von Rahmenbedingungen der Weltmarktentwicklung, die eine relativ störungsfreie Internationalisierung des Kapitals begünstigen.

- Schließlich bestand für die Imperialismustheorie der sozialistischen Arbeiterbewegung ein selbstverständlicher Zusammenhang zwischen der imperialistischen Politik und einer Zuspitzung der objektiven wie subjektiven Bedingungen des Klassenkampfes. Wenn der Imperialismus gesetzmäßig a) die Lasten der Militarisierung auf das "Volk" (d.h. vor allem auf die Arbeiterklasse) abwälzt und auf diese Weise Verelendungstendenzen verstärkt, und b) in den Weltkrieg einmündet, dann radikalisiert sich notwendig die strategische Perspektive des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung. Diese definiert fortan - was sich vor allem in Deutschland zwischen 1918 und 1923 konkretisierte - den Weg zur "proletarischen Revolution" als eine Art "Zweifrontenkrieg": auf der einen Seite gegen den herrschenden Block, auf der anderen Seite gegen den sozialdemokratischen Reformismus, der zumindest zeitweilig in den herrschenden Block integriert wurde.

Für die entwickelten kapitalistischen Industriestaaten des Westens hingegen hat sich seit dem Ende des zweiten Weltkrieges eine solche strategi-

sche Perspektive, die Antonio Gramsci am Beispiel der russischen Oktoberrevolution und der revolutionären Bewegungen in Westeuropa am Ende des Krieges mit der Metapher vom "Bewegungskrieg" charakterisierte (und aus der westlichen Erfahrung des Scheiterns dieser Bewegungen kritisiert), als unrealistisch erwiesen.

5. Multipolare Weltordnung kapitalistischer Herrschaft

Die multipolare Weltordnung ist ein Projekt des Trilateralismus, also der reichen Zentren in der nördlichen Hemisphäre.[21] Seine ökonomischen Träger sind die transnationalen Konzerne der Hochtechnologiesektoren und des Dienstleistungskapitals. Jede exklusive Stabilisierung der weltwirtschaftlichen Beziehungen innerhalb der Triade muß die Spaltung zwischen den Zentren und der Peripherie, zwischen den reichen und den armen Regionen der Weltwirtschaft zementieren. Die Abhängigkeitsverhältnisse, die durch die internationale Verschuldung, durch die Entwicklung der Terms-of-Trade durch die Währungs- und Finanzpolitik in den Zentren sowie insgesamt durch die von den Zentren bestimmte Weltmarktkonjunktur reproduziert werden, wirken somit notwendig als Sprengsatz innerhalb der Weltordnung. Sofern also die Konstruktion neuer Ordnungen diesen globalen Herausforderungen gegenüber indifferent oder ohnmächtig bleibt, werden alle Strategien zur Reorganisation der weltwirtschaftlichen und -politischen Machtverhältnisse mit einem anwachsenden Konflikt- und Gewaltpotential konfrontiert werden, das in diesen Spaltungen seine wesentliche Ursache hat.

Da aber die Dritte Welt nicht als eine geschlossene politische Formation agiert, werden solche Konflikte eher als regionale Konflikte aufbrechen und ausgetragen werden. Nachdem die Systemkonkurrenz nicht länger als Begründung für gewaltsame Interventionen in der Dritten Welt herangezogen werden kann, tritt die gewaltsame Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der reichen, kapitalistischen Länder des Nordens, also der alten "Ersten Welt", immer deutlicher in den Vordergrund. Die Sicherung der Rohstoffzufuhr (vor allem Öl), die gewaltsame Stabilisierung von Konfliktregionen, militärische Interventionen im Drogenkrieg und bei Öko-Konflikten, politisch-administrative Maßnahmen, um den Strom von Einwanderern aus der Dritten Welt in die reichen Zentren des Nordens abzuwehren - das sind jene Ordnungsmittel, die die Kapitulation vor der Schaffung einer "gerechten Weltordnung" zur Voraussetzung haben und die letztlich als Instrumente des Krieges gegen alle möglichen Bedrohungen der westlichen Zivilisation eingesetzt werden.

[21] Christoph Scherrer, Handelskrieg oder Kooperation. Perspektiven transatlantischer Wirtschaftsbeziehungen, in: Das Argument, 182/1990, S. 575 ff.

Der Londoner "Sunday Telegraph" hat zum Beginn des Golf-Krieges am 20. Januar 1991 dieses neue Ordnungsdenken von politischen und militärischen Führungsgruppen im Westen (das sich leicht populistisch zu gebärden vermag) sehr klar ausgedrückt: "Der Interessengegensatz zwischen der Ersten und der Dritten Welt existiert und keine die erstgenannte zufriedenstellende internationale Ordnung sollte auf der Entscheidung einer Institution (hier: der UNO) aufbauen, die der Zahl nach von den letzteren dominiert wird. Früher oder später wird die Dritte Welt andere Herausforderungen aufwerfen. Aber wenn der Golfkrieg aufhört, wie er begonnen hat, kann es keinen Zweifel darüber geben, wer jetzt die Herren sind - jedenfalls für die nächste Generation ... Nicht nur unsere Waffen werden sich in spektakulärer Weise durchgesetzt haben, auch unsere Ideen." [22]

So zeichnen sich die Konturen einer Weltordnung ab, die sich radikal von den Visionen des "Neuen Denkens" abhebt. Dieses hatte das Ende des Ost-West-Gegensatzes und des Kalten Krieges als eine welthistorische Chance angesehen, kooperative Strategien für die Bewältigung der "globalen Menschheitsprobleme" (vor allem: Bevölkerungswachstum und Elend in der Dritten Welt, ökologische Katastrophenpotentiale) zu entwickeln, die mit der Abrüstung und der Überwindung der Abschreckungslogik zugleich über beträchtliche materielle Ressourcen verfügen könnte. Seit Anfang 1991 hat der Golf-Krieg allerdings den "Utopien von '89" ein schnelles Ende bereitet.[23] Nunmehr zeichnen sich die Konturen einer weltpolitischen Architektur ab, die die Regulation von multipolaren Machtbeziehungen innerhalb der Triade der kapitalistischen Zentren mit einer Kriegserklärung an die Dritte Welt verbinden. Die reichen Länder rücken - unter der politisch-militärischen Führung der USA - zusammen, um ihre Ökonomien, aber auch das Konsum- und Zivilisationsmodell der westlichen Welt mit Gewalt gegen alle Gefahren des Nationalismus, Fundamentalismus, Terrorismus etc. aus der Dritten Welt abzuschotten und zu verteidigen.

Diese Ordnung beruht auf militärischer Gewalt und sie erzeugt notwendig neue Gewaltverhältnisse; denn sie sichert ein Gesellschafts- und Herrschaftsmodell, das letztlich die Ursachen der Armut, der Ressourcenvernichtung, der Ohnmachterfahrung und der Frustration in den armen Regionen der Weltgesellschaft konserviert und damit gewaltsame Konflikte unvermeidlich werden läßt.

[22] Zit. nach: Andrè Gunder Frank, Der Krieg der Scheinheiligen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 36 (1991), Heft 3, S. 301.

[23] Rossana Rossanda, Das kurze Leben der Utopien von '89, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 36 (1991), Heft 3, S. 371 ff.

va&g • Neuerscheinung • va&g

Der Trümmerhaufen als Aussichtsturm

Historische, aktuelle und perspektivische Vermessungen einer gründlich veränderten Situation

Mit Beiträgen von:

Manfred Bobke-von Camen, Hansgeorg Conert, Dieter Fricke, Georg Fülberth, Jörg Goldberg, Peter Hess, Hans-Gerd Hofschen, Heinz Jung, Robert Katzenstein, Otto König, Dieter Kramer, Jürgen Kuczynski, André Leisewitz, Kaspar Maase, Gert Meyer, Klaus Pickshaus, Rainer Rilling, Karl Heinz Roth, Josef Schleifstein, Horst Schmitthenner, Johannes Steffen, Jörg Wollenberg

339 S., brosch., DM 48,00 – ISBN 3-89419-021-3

Linke, die einst Hoffnungen auf den Aufschwung der sozialen Bewegungen ab 1968 setzten und für die der Systemkonflikt ein kaum noch verrückbarer Rahmen ihres Handelns war, haben seit der Mitte der siebziger Jahre, vor allem aber nach 1989, allen Grund, an sich zu zweifeln: an den theoretischen Voraussetzungen, die für sie bislang nahezu selbstverständlich waren, und an ihrer Fähigkeit zu politischer Praxis. Dieser Band versammelt Berichte und erste Resultate von Versuchen, einen Umbruch zu erklären und in einer schwierigen Zukunft Fuß zu fassen. Es handelt sich um individuelle Bilanzen. Die Autoren sprechen in der Regel nicht von sich, sondern von ihrer Arbeit, die durch die Niederlage in Frage gestellt wurde und die zugleich ein Mittel ist, sie zu verstehen und – falls überhaupt möglich – zu überwinden. Dies alles wird hier mitgeteilt in der Hoffnung, daß die Vereinzelung, die zuweilen notwendig sein mag, um einen Schock zu überwinden, kein endgültiger Zustand ist.

Bezug über Ihre Buchhandlung oder gegen Scheck oder Voraus-Rechnung direkt bei:

Verlag Arbeit & Gesellschaft
Postfach 510 • 3550 Marburg

Jörg Huffschmid

Koloß auf tönernen Füßen ?

Zur These vom Niedergang der USA

1. Alles ändert sich - der Niedergang bleibt ?

Mindestens seit 20 Jahren steht für die meisten linken und viele rechte AnalytikerInnen weltwirtschaftlicher Kräfteverhältnisse und weltpolitischer Konstellationen eins fest: Die USA, seit Beginn des Jahrhunderts auf dem Vormarsch zur Welt-Hegemonie, 1945 als eigentlicher Sieger des 2. Weltkrieges dort angekommen,dann 10 Jahre auf dem Höhepunkt ihrer Macht, befinden sich mittlerweile im Niedergang: In den 50er und 60er Jahren entwickelte sich die Sowjetunion zur atomaren Supermacht und schränkte den weltpolitischen Handlungsspielraum der USA ein. Die 70er Jahre brachten nach der Niederlage in Vietnam den Zerfall des durch den Dollar dominierten Bretton-Woods-Währungssystems. In den 80er Jahren sind es die japanischen Konzerne und das sich um den EG-Binnenmarkt formierende Europa, die Amerika auf die Plätze verweisen. Die USA werden vom größten Gläubiger- zum größten Schuldnerland der Welt.

Bemerkenswerteweise hat diese fast zur festen Formel geronnene analytische Figur die umbruchartigen Veränderungen der Welt während der letzten beiden Jahre weitgehend unbeschadet überstanden: Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als machtpolitischem Antipoden der USA und nach dem von der US-Regierung gewollten, in der UNO durchgesetzten, und in kurzer Zeit fast ohne eigene Verluste gewonnenen Golfkrieg findet in vielen Analysen unverändert amerikanischer Hegemonieverlust statt.

Das Ritual hat etwas Tröstliches. Mit dem Sozialismus ist es zwar schiefgegangen - aber dem US-Imperialismus geht es auch nicht gut. Das empirische Phänomen wird dabei vorzugsweise als historisches Gesetz präsentiert. Schließlich hat Paul Kennedy unlängst gezeigt, daß alle imperialistischen Mächte in der Geschichte regelmäßig zugrundegegangen sind, wenn sie sich im "imperial overstretch" übernommen haben. Wer hätte das gedacht !

Flüchtigen, Oberflächenerscheinungen verhafteten BetrachterInnen vermitteln sich allerdings andere Eindrücke:

Ihnen kommt es erstens so vor, daß die USA, nachdem sie die Systemauseinandersetzung oder den Kalten Krieg als einziges westliches Land mit aller antikommunistischen Konsequenz und Härte, mit zu-Tode-Rüsten und Technologieblockade gegenüber der Sowjetunion geführt und

gewonnen haben (allerdings weniger wegen ihres Aufmarsches als wegen der inneren Defekte des Sozialismus), jetzt natürlich auch als eigentlicher Sieger dastehen. Die westeuropäischen Länder und Japan, die ja immer wieder Anflüge von ideologischer Knochenerweichung, Bereitschaft zu Kompromiß und Arrangement gegenüber dem realen Sozialismus gezeigt haben, stehen jetzt blamiert da.

Zweitens könnten unbefangene BeobachterInnen den Eindruck haben, als hätten die USA ihren Weltführungsanspruch im Golfkrieg auch den westlichen Bündnispartnern gegenüber nachdrücklich vermittelt. Nicht nur durch die verschiedenen Überlegungen des Präsidenten über eine neue Weltordnung, die natürlich unter Führung der USA etabliert werden müsse, weil diese das moralische Niveau habe und über die dazu erforderlichen Machtmittel verfüge. Auch praktisch wurde Führung demonstriert: Die Länder, die sich militärisch beteiligten, hatten nichts zu sagen, und die, die sich nicht beteiligten, mußten zahlen.

Gegenüber diesen tagespolitischen Eindrücken berufen sich VertreterInnen der Niedergangsthese vorwiegend auf materielle Grundtendenzen: der US-Wirtschaft fehle seit längerer Zeit die rechte Dynamik, nach innen befinde sie sich im Zustand fortgeschrittener Desintegration, nach außen sei sie seit längerem immer weniger wettbewerbsfähig geworden. Letztlich bestimmend seien aber die ökonomischen "fundamentals".

Mich überzeugt diese Argumentation aus zwei Gründen nicht:

Erstens halte ich die Aussagen über die ökonomische Schwäche der US-Ökonomie für allenfalls die halbe Wahrheit, die mehr die soziale und moralische Qualität der Wirtschaft als ihre Funktionsfähigkeit betrifft.

Zweitens bin ich auch nicht davon überzeugt, daß die zweifellos vorhandenen Schwachpunkte der amerikanischen Wirtschaft sich in absehbarer Zeit zwangsläufig in weltpolitischem Hegemonieverlust niederschlagen.

Dazu ein paar Hinweise, die sich freilich nicht auf eine sehr langfristige welthistorische Perspektive beziehen - hierüber verbiete ich mir angesichts der für mich wie vom Himmel gefallenen Umbrüche der letzten beiden Jahre jede Spekulation -, sondern auf eine einigermaßen überschaubare Zeit, etwa bis zum Ende dieses Jahrzehnts. Nur auf einen solchen Zeitraum sollte sich allerdings auch eine These erstrecken, die sich nicht gegen Erfahrungen immunisiert und sich in eine welthistorische Leerformel verflüchtigt.

Ökonomischer Niedergang der USA ?

Natürlich kann die aktuelle - milde und zur Zeit schon wieder zu Ende gehende - ökonomische Rezession in den USA die Niedergangsthese nicht begründen (was auch niemand behauptet). Etwas anderes wäre es schon, wenn über einen längeren Zeitraum eine deutlich schwächere

gesamtwirtschaftliche Entwicklung der USA im Vergleich zu anderen Ländern zu beobachten wäre. Das ist aber nicht der Fall. Die USA haben sich im Gegenteil nach der schweren Wirtschaftskrise der 70er Jahre als erstes Land erholt und eine neue und lange anhaltende Welle kapitalistischer Revitalisierung in Gang gesetzt, von deren Wirkungen auch die anderen Länder profitiert haben. Die Hauptelemente dieser neuen kapitalistischen Dynamik - Entwicklung und Einsatz neuer Technologien, ein Schub an Konzentration und Zentralisation sowie an internationaler Expansion sowie vor allem eine harte und konsequente Umverteilungs- und Deregulierungsoffensive zugunsten des Kapitals - sind im wesentlichen zunächst in den USA zum Tragen gekommen und haben sich von dort auch anderswo verbreitet.

Am Ende der 80er Jahre lag die Zahl der Erwerbstätigen in den USA um 18 Millionen oder 18,2% höher als zu Beginn des Jahrzehnts. Für Japan und die gesamte EG betragen die entsprechenden Zahlen jeweils 6 Millionen, was für die EG einen Anstieg von 6,9% und für Japan einen von 10,7% bedeutet.[1] Das durchschnittliche Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion belief sich von 1980 bis 1989 für die USA auf 3,0%, für Japan auf 3,9%, für die EG auf 2,5% und für die BRD auf 2,7%. Die Industrieproduktion war 1989 in den USA um 28,8% höher als 1980, in der BRD dagegen nur um 14,5% (in Japan allerdings um 41,8%). Die Anlageinvestitionen in den USA stiegen im vergangenen Jahrzehnt um 34,3%, in der BRD nur um 11,4%, in Japan allerdings um 68,1%.

Ob sich aus diesen längerfristigen Unterschieden in den gesamtwirtschaftlichen Größen relevante weltwirtschaftliche Kräfteverschiebungen ableiten lassen, erscheint mir fraglich. Zweifel hieran können mit einem Vergleich des Sozialprodukts der verschiedenen Blöcke begründet werden (Tab. 1)

Der Anteil der USA am aufsummierten Sozialprodukt der drei großen kapitalistischen Zentren ist in den 30 Jahren zwischen 1960 und 1990 von 50,7% auf 44,8%, also um 6 Prozentpunkte gefallen. Von diesem Rückgang hat nicht die EG (bzw. haben nicht die heutigen 12 Mitgliedsländer der EG) profitiert, deren Anteil sogar leicht zurückgegangen ist. Gewinner war vielmehr Japan, dessen Anteil sich mehr als verdoppelte. Dennoch: Das Sozialprodukt der USA ist auch heute noch mehr als zweieinhalbmal so hoch wie das Japans.

Gegenüber diesem Hinweis ist natürlich das relative Zurückbleiben der USA bei der Entwicklung der Produktivität ins Feld zu führen. Nach Angaben der OECD entwickelte sie sich seit 1960 in den drei großen Zyklen wie folgt (Tab.2)

---

1 Vgl. Die Zahlen dieses Abschnitts sind entnommen aus dem Gutachten 1990/91 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BT-Drucksache 11/8472, S.324ff.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt in Mrd. KKP* zu jeweiligen Marktpreisen

	1960	1970	1980	1990
USA	330	737	2740	6992
EG	270	666	2516	5980
Japan	51	210	937	2650
Summe	651	1613	6193	15622
Anteil der USA	50,7	45,7	44,2	44,8
Anteil der EG	41,5	41,2	40,6	38,3
Anteil Japans	7,8	13,0	15,1	17,0
USA in % der EG	122	111	109	117
USA in % von Japan	647	351	292	264

KKP=Kaufkraftparitäten*

Quelle: Europäische Wirtschaft, Nr. 42, 1989, S.247, eig. Berechnungen

Tabelle 2: Entwicklung der Produktivität in einigen OECD-Ländern, jahresdurchschnittliche Veränderungen in %

	Totalproduktivit.			Arbeitsproduktivit.			Kapitalproduktiv.		
	1960/1973	1973/1979	1979/1989	1960/1973	1973/1979	1979/1989	1960/1973	1973/1979	1979/1989
USA	1,6	-0,4	0,4	2,2	0,0	0,8	0,2	-1,1	-0,4
Japan	5,9	1,4	2,0	8,6	2,9	3,0	-2,7	-3,4	-1,3
Deutschland	2,8	1,8	0,8	4,4	3,1	1,6	-1,3	-1,1	-1,0
OECD Europa	3,4	1,4	1,3	5,0	2,6	2,1	-0,5	-1,4	-0,6

Quelle: OECD Economic Outlook 49, Paris July 1991, S.120

Dies sind zweifellos bedenkenswerte Hinweise. Sie gewinnen durch die bekannten Verweise auf japanische Weltspitzenpositionen in der

Halbleiterproduktion und einigen anderen Bereichen fortgeschrittener Technologie an Gewicht. Allerdings wird ihr Stellenwert durch zwei andere Tatsachen relativiert:

Erstens liegt trotz eines 30jährigen Rückstandes bei der Steigerung der Produktivität deren absolutes Niveau in den USA immer noch weit über dem anderer Zentren. Nach Angaben der EG-Kommission[2] betrug das Bruttoinlandsprodukt pro Beschäftigten im Jahre 1988 in Japan 35 000 Kaufkraftparitäten, in der EG 40 000 KKP und in den USA 55 000 KKP. Die Produktivität lag also in den USA um gut die Hälfte (57,1%) über der Japans und um gut ein Drittel (37,5%) über der der EG.

Zweitens ist es den Unternehmen der USA trotz der langsameren Steigerung ihrer Produktivität gelungen, ihre Profitrate in den letzten anderthalb Jahrzehnten deutlich höher zu halten als in Japan, Deutschland und den anderen OECD-Ländern und sie zudem in den letzten Jahren deutlich stärker zu steigern.

Tabelle 3:Profitrate im Unternehmenssektor

	1975-79	1980-86	1987-1991
USA	17,0	16,5	19,7
Japan	14,2	13,6	15,4
Deutschland	13,3	12,4	14,2
OECD Europa	11,6	11,4	13,1

Quelle: OECD Economic Outlook 49, July 1991, S. 129

Diese anhaltend höhere Rentabilität US-amerikanischer Unternehmen kann nicht aussschließlich auf die Profite aus Spekulation und Finanztransaktionen zurückgeführt werden, deren Wuchern im letzten Jahrzehnt dem amerikanischen Kapitalismus die Bezeichnung Kasino-Kapitalismus eingebracht hat. Das Fusions- und Übernahmefieber der 80er Jahre, die gewagten und zuletzt immer öfter geplatzten Finanzierungsmanöver hierbei sowie die wilden Bewegungen der Börse legen dieses Bild zweifelsohne nahe. Es zeichnet aber wohl nur die halbe Wahrheit: Die andere Hälfte besteht darin, daß in den USA zur gleichen Zeit auch eine Schicht technologisch orientierter Unternehmen entstanden ist, die neue Bewegung in die monopolisierten Kapitalstrukturen gebracht hat.

[2] Vgl. EG-Kommission, Industriepolitik in einem offenen und wettbewerbsorientierten Umfeld. Ansätze für ein Gemeinschaftskonzept. Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament v. 27.10.1990, Anhang Schaubild 5

Hierzu hat paradoxerweise auch die junk-bond-finanzierte Fusionswelle beigetragen: träge gewordene Geschäftsleitungen wurden durch Übernahmedrohungen auf Trab gebracht, bürokratisierte Konglomerate zerschlagen und ausgeschlachtet, funktionsfähige Teile wieder flottgemacht und der Rest stillgelegt. Die neue Dynamik kommt auch in der deutlich ausgeprägten Trendwende der Produktivitätsentwicklung zum Ausdruck, die in Japan sehr viel schwächer ausfällt und in Europa ganz fehlt.(Vgl. Tab.2)

Der behauptete Niedergang der USA-Ökonomie muß also im Lichte dieser Tatsachen stark relativiert werden. Eine plausible Hypothese für die Zukunft würde nur dann daraus, wenn längerfristig mit einem erheblich stärkeren Zurückbleiben zu rechnen wäre, die US-Wirtschaft sich also mittlerweile in einem Zustand der Zersetzung befände, der ihre künftige Funktionsfähigkeit mehr und mehr beeinträchtigt.

Dies behauptet eine weitere Gruppe von Begründungen für die Niedergangsthese, die auf die strukturellen Defizite abstellt:

- Die Vernachlässigung der *Infrastruktur* und die Deregulierungspolitik der 80er Jahre haben zu einem trostlosen Zustand von Straßen, Brücken, Eisenbahnen, zu katastrophalen Verhältnissen im Bildungs- und Gesundheitssystem geführt.
- Die *Krise des Finanzsektors* kostet die Steuerzahler Hunderte Milliarden Dollar, mehr als der Vietnamkrieg, und ein Ende ist nicht abzusehen.
- Die *soziale Polarisierung* hat in den 80er Jahren enorm zugenommen: Die Familieneinkommmen des unteren Fünftels von Einkommensbeziehern haben um 9,2% ab-, die des oberen Fünftels um 18,7% zugenommen. Mittlerweile leben knapp 15% aller US-Amerikaner unter der offiziellen Armutsgrenze.
- Das *Haushaltsdefizit* nimmt nicht ab, sondern zu: Im Fiskaljahr 1990 von 153 auf 220 Mrd $, in diesem Jahr auf über 300 Mrd. $.

Das Fazit, das in der Regel aus dieser - verlängerbaren - Aufzählung struktureller Probleme gezogen wird, lautet: Die Wirtschaftspolitik der Reagan- und Bush-Ära ist gescheitert und hat die amerikanische Wirtschaft an den Rand des Ruins gebracht. Zweifel sind angebracht:

- Einkommensumverteilung und Deregulierung waren politisch gewollt, die eingetretene soziale Polarisierung wird von der Führung als leistungsorientierte Differenzierung wahrgenommen und ebenso wie die weitere Schwächung der Gewerkschaften als Erfolg der Politik betrachtet.
- Die Krise im Finanzsektor war zwar nicht gewollt, wird aber gemanaged. Die Börsenkräche 1987 und 1989, die Sparkassen- und Bankenzusammenbrüche demonstrieren zwar eindrucksvoll den maroden Charakter des Sektors. Andererseits demonstrieren die harten und enorm

teuren gesetzlichen Maßnahmen der Regierung sowie die aktuellen Konzentrationsprozesse die Entschlossenheit, auch über diese Krise hinwegzukommen. Am Ende wird eine weitere Umverteilung zugunsten der großen Institute herauskommen.
- Von der Zersetzung der Infrastruktur wird in erster Linie die breite Masse der Bevölkerung geschädigt. Die Reichen und Unternehmen schaffen sich ihre eigene Infrastruktur, durch Alimentierung eines teuren Dienstleistungssektors, Privatschulen und -universitäten etc.
- Das Haushaltsdefizit ist zwar einerseits politisch unerwünscht, hat aber in den letzten Jahren auch als Wachstumsmotor gewirkt. Das damit verbundene Zinsproblem wird von der Zentralbank durch Zinssenkungen gelöst (oder verschoben, was für die jeweils aktuelle Entwicklung dasselbe ist).

Insgesamt ist die Wirtschaftspolitik des letzten Jahrzehnts nicht gescheitert, sondern sie hat die Bedingungen der Kapitalverwertung erheblich verbessert. Es ist nicht zu erwarten, daß diese Fortschritte in den nächsten Jahren zusammenknicken und eine weitere rentable Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus verhindern werden.

Natürlich fällt das Urteil anders und vernichtend aus, wenn wir *unsere* Ansprüche und Erwartungen an eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik und eine funktionierende Wirtschaft als Meßlatte nehmen: Da soll es einigermaßen überschaubar zugehen, es müssen gesamtwirtschaftliche, sektorale und regionale Proportionen eingehalten werden, es soll ein Mindestmaß an sozialem Ausgleich stattfinden, ökologische Imperative und öffentliche Prioritäten sind zu beachten usw. Gemessen an diesen Kriterien sind Reagan und Bush gescheitert, ist die amerikanische Wirtschaft nicht funktionsfähig und wird es auch auf absehbare Zeit nicht sein. Daraus läßt sich aber weder wirtschaftlicher Stillstand noch eine Tendenz zur letztendlichen Selbstzerstörung ableiten. Denn es handelt sich nicht um die Erfolgskriterien, die Motor der realen Entwicklung und Triebkraft der Unternehmen als Hauptträgern der kapitalistischen Wirtschaft sind. Der reale amerikanische Kapitalismus funktioniert chaotisch, bringt immer wieder Katastrophen hervor, die durch politisches Management mehr oder minder gut eingedämmt werden - aber er geht nicht daran kaputt, sondern funktioniert weiter im Sinne der Kapitalverwertung. Das geht zu Lasten und auf Kosten der Mehrheit der Menschen und der Umwelt, aber es geht. Selbstzerstörerische Tendenzen entwickeln sich nicht bis zu dem Punkt, an dem das Gesamtsystem gefährdet würde.

3. Politische Stabilität als Grundlage ökonomischer Dominanz

Die Unverwüstlichkeit des amerikanischen Kapitalismus ist nach meiner Ansicht in einer anscheinend völlig unerschütterlichen politisch-

gesellschaftlichen Gesamtstabilität begründet, die mit einem außerordentlich hohen Maß an Handlungsflexibilität einhergeht.

Die New York Times brachte es im vergangenen Frühjahr auf den Punkt: Die amerikanischen Ideale von Freiheit und Demokratie treten mit dem Zusammenbruch des Sozialismus ihren Siegeszug um die Welt an, und gleichzeitig versinkt die amerikanische Gesellschaft in einen Sumpf von Apathie, Banalität und Korruption.[3] Beispiele:

Apathie: die geringe - regelmäßig unter 50% liegende - Beteiligung des Volkes an der Wahl des Präsidenten, der Senatoren und Kongreßabgeordneten.

Banalität: die Verkommenheit der Wahlkämpfe, die nicht durch inhaltliche Auseinandersetzungen, sondern durch 30-Sekunden-spots gegen die konkurrierenden Kandidaten geführt und durch das hierfür ausgegebene Geld entschieden werden.

Korruption: die tiefgehende Verstrickung einer großen Zahl von Abgeordneten und Senatoren in die kriminellen Praktiken der amerikanischen Sparkassenhaie.

Bei alledem bleibt die gesamtpolitische Lage stabil. Es gibt *keine ökonomische und gesellschaftliche Alternativkonzeption*, die zu einer auch nur in Ansätzen dauerhaften relevanten Kraft geworden wäre. Demokraten und Republikaner haben ein unerschütterliches Duopol auf die politische Macht, und ihre Konflikte und Kooperationen absorbieren weitgehend die politischen Energien des Landes. Gesellschaftliche Bewegungen wie SANE/FREEZE oder die Jackson-Kampagne haben kurzzeitig eine gewisse Bedeutung gewonnen, sind aber mittlerweile wieder weitgehend marginalisiert. Die Gewerkschaften spielen schon lange nur eine untergeordnete und im Höchstfall syndikalistische Rolle. Sie sind durch die kompromißlose Reagan-Politik, die von Bush fortgesetzt wird, weiter geschwächt worden. Die Rassenkonflikte in vielen Städten der USA sind zweifellos zu einem erheblichen Teil durch soziale Diskriminierungen begründet. Sie werden jedoch als Rassenkrawalle wahrgenomen und erschüttern die Gemüter, aber nicht die politische Gesamtstabilität.

Eine wesentliche Stütze dieser Lage ist die durchgängige Stilisierung des *Individualismus* zum Inbegriff des american way of life. Individualität erscheint hier in doppelter Funktion: einerseits als Element der persönlichen Emanzipation und Selbstverwirklichung, und dies selbst da, wo die materiellen Bedingungen gegen Null tendieren. Dies macht die Gesellschaft so permissiv: trotz enormer sozialer Polarisierung ist individuell jeweils im Bereich der exogen vorgegebenen Grenzen außerordentlich viel an individuellem Arrangement und persönlicher Gestaltung möglich. Die Vielfalt der Medien, insbesondere des Fernsehens unterstreicht diese

[3] Vgl. New York Times v.18.3.1990, S.1 und 22

Permissivität - und zementiert andererseits die vorgefundenen Grenzen. Denn in diesem Rahmen können Gedanken an und Konzeptionen von Gegenwehr und Alternativen zu den vorgefundenen Großstrukturen schwer aufkommen. Totale Individualisierung erweist sich damit zugleich als Pulverisierung jeder gesellschaftlichen Gegenmacht.

Schließlich trägt zur politischen Stabilität auch die Existenz und Zunahme eines *aggressiven Fundamentalismus* bei, der bei aller Individualisierung ein Minimum an sozialem Zusammenhang und gesellschaftlicher Identität stiftet. Fundamentalistische Aggressivität richtet sich nach innen und außen.

4. Die Herausforderer in Schwierigkeiten

Die vorstehenden Tatsachen und Hinweise lassen mir die These zweifelhaft erscheinen, daß der in der Vergangenheit beobachtbare Rückgang des Gewichts der USA in der Weltwirtschaft sowie verschiedene Positionsverluste auf den Weltmärkten bereits den Niedergang der US-Hegemonie in der Welt oder gar der Anfang vom Ende der USA als Weltmacht seien. Mir scheint - in aller Vorläufigkeit - eher das Gegenteil plausibel:

Die Zeichen für das amerikanische Kapital stehen - jenseits der aktuellen konjunkturellen Rezession - nicht auf Rückzug oder Krise, sondern auf Modernisierung und Expansion. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als Großmacht gibt es keine Kraft auf der Welt mehr, die den USA Paroli bieten könnte. Der Golfkrieg hat das amerikanische Vietnam-Trauma endgültig unter sich begraben. Die USA haben zunächst den Führungsanspruch bei der Neuordnung der Welt angemeldet und nebenbei ihre schützenden Hände auf die Ölvorräte gelegt, von denen Westeuropa und in besonderem Maße Japan wesentlich abhängig sind. Sie haben sodann einigen Ländern die "partnership in leadership" angeboten. Es wird wohl deutlich auf Juniorpartnerschaft hinauslaufen.

Die konkurrierenden kapitalistischen Länder wurden im Golfkrieg auf die Plätze verwiesen und haben dem US-amerikanischen Führungsanspruch in absehbarer Zeit wenig entgegenzusetzen.

Im militärischen Bereich ist dies offensichtlich: Die Aufrüstung und Militarisierung Japans hat zwar begonnen, steckt aber noch in Anfängen. In Europa werden die USA auch weiterhin - wenn auch in vermindertem Umfang - präsent sein, und in der NATO werden sie weiterhin den Ton angeben. Von einer europäischen Militärmacht ist - trotz gegenteiliger Bemühungen des EG-Präsidenten - noch nichts zu sehen. Da aber das Verschwinden der Systemkonfrontation paradoxerweise mit einer gewissen Remilitarisierung der internationalen Beziehungen verbunden ist - der Golfkrieg ist in dieser Hinsicht erst der Anfang -, dürfte die unbestreitbare

militärische Dominanz der USA auch zu einer Stärkung ihrer weltpolitischen Hegemonie führen.

Aber auch ökonomisch zeichnet sich für die überschaubare Zeit - jenseits spektakulärer Einzelerfolge - keine potente Gegenmacht ab. Auch hier sind die Verhältnisse vielmehr relativ günstiger für die USA geworden:

Die EG befindet sich zur Zeit in einer außerordentlich schwierigen Phase der Neuorientierung und ist gleichzeitig mit den Problemen konfrontiert, die sich erstens aus den Schwierigkeiten und Defiziten der bisherigen Integration, zweitens aus der deutschen Einigung und drittens aus dem Zusammenbruch Osteuropas ergeben. Als langfristige Perspektive zeichnet sich hier möglicherweise die Formierung eines potenten europäischen Machtblocks unter deutscher Führung ab, für die nächsten Jahre ist dies jedoch nicht zu erwarten, und für die Zeit darüberhinaus ist die Unsicherheit außerordentlich groß.

Japan hat zwar in den letzten beiden Jahrzehnten ein spektakuläres Wirtschaftswachstum erlebt, seine Spitzenkonzerne verbreiten Furcht und Schrecken bei den Konkurrenten in aller Welt. Eine echte Bedrohung für die Hegemonieposition der USA ergibt sich hieraus jedoch deshalb nicht, weil Japan sehr viel verwundbarer durch die USA ist als es umgekehrt der Fall ist: Japan hängt zum einen in hohem Maße von der Einfuhr von Rohöl ab, die durch politische Maßnahmen der USA indirekt oder direkt beeinflußt werden kann. Zum anderen ist Japan sehr stark von äußeren Absatzmärkten und Kapitalanlagefeldern abhängig, während die USA-Unternehmen sich bei ihren Wachstumsstrategien auf einen großen und entwickelten Binnenmarkt stützen können. Eine hohe außenwirtschaftliche Abhängigkeit und daher auch Verwundbarkeit kann nur durch ein besonders großes politisches oder militärisches Machtpotential kompensiert werden. Weder das eine noch das andere ist im Falle Japans vorhanden.

Alle diese Faktoren - dies will ich noch einmal betonen - können sich in der längeren Frist ändern, und sie werden sich natürlich verändern. Die Richtung und Struktur dieser Veränderungen sind nach meiner Ansicht aber offener, als es die Niedergangsthese unterstellt. Das Festhalten an dieser halte ich aus zwei Gründen für methodisch problematisch: Erstens schreibt es einzelne Entwicklungen der Vergangenheit trotz der umbruchartigen Veränderungen der Welt während der letzten beiden Jahre einfach fort, statt zu untersuchen, welchen Einfluß letztere auf erstere ausüben. Zweitens werden diese einzelnen Entwicklungen als das ganze Bild genommen und gegenläufige Tendenzen, die sich im Verlauf des letzten Jahrzehnts herausgebildet haben, ignoriert. Die Berücksichtigung dieser Gegentendenzen und der jüngsten Umbrüche liefern m.E. aber gute Argumente für die Vermutung, daß es für die nächsten Jahre nicht zu einer Auflösung, sondern zu einer Festigung der Machtposition der USA in der Welt kommen wird.

Werner Ruf

Von der Chaos-Macht zum Ohnmachts-Chaos

Die sogenannte Dritte Welt nach dem Ende der Bipolarität

Spätestens mit Verabschiedung der Resolution Nr. 678 vom 29. November 1990, die der anti-irakischen Kriegsallianz im Namen der Weltorganisation den Waffengang gegen den Irak legitimierte, trat die Sowjetunion als eigenständig handelnder Akteur aus der Weltgeschichte aus. Dabei ist es unerheblich, ob "die Stimme der UdSSR ... mit sieben Milliarden Dollar 'gekauft' wurde" (so der frühere US-Justizminister Ramsey Clark, 1991, S. 42). Mit ihrer derzeit stattfindenden Selbstauflösung scheint die Sowjetunion sich endgültig als Akteur von der internationalen Szene zu verabschieden: Wieso sollte die russische Republik die Rechtsnachfolge der ehemals in der Sowjetunion zusammengeschlossenen Vielzahl von Republiken antreten? Damit dürfte letztlich der ständige Sitz der Sowjetunion im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zur Disposition stehen, worauf zurückzukommen sein wird.

Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden grundlegenden Veränderungen in der Sowjetunion prognostierte Dieter Senghaas in der ihm eigenen Scharfsinnigkeit: "Von der Reformfähigkeit der osteuropäischen Gesellschaften wird abhängen, ob sie ein höheres Maß an innerer *Legitimation* und damit mehr *Stabilität* als bisher erreichen, denn *beides ist Voraussetzung dafür, daß der Innovationsdruck von West nach Ost abgefedert bzw. konstruktiv verarbeitet werden kann* und die Beziehungen zwischen beiden Hälften Europas in allen Dimensionen freizügiger werden können" (Senghaas 1988, S. 43, kursiv im Text).

Für die Handlungsspielräume der Staaten der sogenannten Peripherie oder Dritten Welt leitete er aus einer, wie man sagen möchte, reformierten Bipolarität nicht unerhebliche Handlungsspielräume ab: "Vor allem arme und schwache Gesellschaften werden, nicht anders als in den vergangenen 20 Jahren, in besonderem Maße östlicher Einflußnahme offenstehen. Dabei sind kurzfristige außenpolitische Partnerwechsel wahrscheinlich. In einer wachsenden Zahl von Entwicklungsländern wird jedoch eine Art von Chaos-Macht entstehen, die es allmählich beiden Weltmächten ratsam erscheinen lassen könnte, keine eindeutigen und schon gar nicht kostspielige Verpflichtungen einzugehen. Die Ausweitung solcher Chaos-Macht - Ergebnis eines tiefgreifenden sozialen Wandels und der daraus resultierenden Politisierung von Dritt-Welt-Gesellschaften - kann also durchaus positive Nebenwirkungen auf die Ost-West-Beziehungen haben: Wo innergesellschaftliche Verhältnisse und vor allem zwischenstaatliche Beziehungen

unkalkulierbar und von außen unkontrollierbar werden, kann die Neigung zu interventionistischer Politik gedämpft werden." (Senghaas 1988, S. 44f).

Dabei verweist Dieter Senghaas - durchaus zu Recht - darauf, daß bis dahin die Auseinandersetzungen zwischen den beiden "Supermächten" als ein schlichtes Nullsummenspiel begriffen worden war, das Senghaas - abermals zu Recht - zwar als falsches Konzept bezeichnet, was aber nichts an der Tatsache ändert, daß in den Chefetagen der Politikberatung dieses Nullsummenspiel Grundlage außenpolitischer Entscheidungen war, nach dem Motto: der Gewinn von Einfluß auf Staat X durch Supermacht A = der Verlust von Einfluß seitens Supermacht B.

Zwischen den beiden Blöcken hatte sich, beginnend mit der Bandung-Konferenz die Bewegung der Blockfreien Staaten etabliert, eine Bewegung, die gerade aus der Systemkonkurrenz Freiheitsgrade, Unabhängigkeitselemente und Handlungsspielräume zu entwickeln versuchte, indem sie, durchaus im Sinne der von Senghaas definierten Chaos-Macht, durch real vollzogenenen tendenziellen Frontwechsel oder auch nur durch die Androhung desselben ("Schaukelpolitik") politische Souveränitätsgrade zu erringen versuchte, die die ökonomische Abhängigkeit abfedern sollten.

Nichts hat mehr das Ende der Bipolarität demonstriert als das Verhalten der Sowjetunion im UN-Sicherheitsrat nach der - völkerrechtswidrigen - Annexion Kuwaits durch den Irak. Dennoch ist festzuhalten, daß erstmalig - und bisher einmalig - Sanktionen ergriffen und dann auch durchgeführt wurden, wie sie bis dato nur einmal stattfanden, im Korea-Krieg: Dort allerdings war die Legitimation für die Intervention der USA und der Alliierten nur zustande gekommen, weil die Sowjetunion der Abstimmung deshalb ferngeblieben war, weil die USA der Delegation der Volksrepublik China die Teilnahme verweigert hatten (vgl. Paech 1991, S. 64). Keine Verletzung des Völkerrechts, keine Annexion fremden Territoriums (um nur im arabischen Raum zu bleiben: Die Besetzung des Westjordanlands und des Gaza-Streifens durch Israel, die Annexion Ost-Jerusalems und der Golan-Höhen durch Israel, die Annexion der West-Sahara durch Marokko, die Annexion Nord-Zyperns durch die Türkei) hatten je dazu geführt, daß die Vereinten Nationen Sanktionen verhängt hätten.

Mit der Zustimmung der Sowjetunion (und der Stimmenthaltung der Volksrepublik China) zu den Anti-Irak-Resolutionen des UN-Sicherheitsrates offenbarte sich der internationalen Öffentlichkeit das Ende der Bipolarität. In *diesem einen* Fall wurde nicht nur ein Agressor eindeutig verurteilt, es wurden ihm Gewaltmaßnahmen angedroht - und schließlich durchgeführt - wie sie in der bisherigen Praxis der internationalen Beziehungen undenkbar schienen. Signalisierte doch die Sowjetunion letztlich durch ihr Einschwenken auf die Position der USA gleichzeitig die prinzipielle Aufgabe ihres Mitspracherechts in Angelegenheiten der "Weltordnung" (vgl. Ruf 1991a, S. 74-82).Die Ohnmacht der Dritten Welt

dokumentierte sich letztlich auch im - angesichts der Abstimmungsverhältnisse irrelevanten - Abstimmungsverhalten der Volksrepublik Jemen und Kubas. Da die Nichtständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates ohnehin nicht über ein Veto-Recht verfügen, da die ökonomischen und politischen Abhängigkeitsverhältnisse die "prowestlichen" Vertreter der Dritte-Welt-Staaten ohnehin zu einem Einschwenken auf die Positionen der Vormächte zwingen, war ihr Abstimmungsverhalten letztlich für die Beschlußfassung irrelevant. Das Ende der Blockfreiheit zeigt sich hier noch in dem hilflosen und wirkungslosen Versuch ohnmächtiger Opposition.

Wie in einem Brennglas dokumentieren die Anti-Irak-Resolutionen des UN-Sicherheitsrates vor Beginn der militärischen Intervention die veränderte weltpolitische Gesamtkonstellation: Es scheint als habe sich die Weltgesellschaft in ein unipolares System verwandelt, in dem nicht nur die Sowjetunion keine Rolle mehr zu spielen scheint, in dem die Volksrepublik China offenkundig nicht mehr Teil der sogenannten Dritten Welt oder der Blockfreien-Bewegung ist, sondern in dem die 1945 elaborierte Charta der Vereinten Nationen sich transformiert in ein Welt-Herrschafts-Modell der kapitalistischen Führungsmächte. Hier stellt sich mittelfristig die Frage nach der Legitimität der Vereinten Nationen: 1945 gegründet als Antwort auf die Expansionskriege des Hitler-Faschismus und des japanischen Imperialismus, bildet die Charta der Vereinten Nationen das Kräfteverhältnis der damaligen Welt ab: Ständige Mitglieder im UN-Sicherheitsrat waren (und sind): Die USA, Großbritannien, Frankreich, die Sowjetunion und - 1945 - das China Tschiang Kai Tscheks. Es dauerte Jahrzehnte, bis die Volksrepublik China legitimerweise den Sitz Nationalchinas einnehmen konnte. Im Rahmen des bipolaren Systems war letztendlich die Sowjetunion mit ihrem Veto-Recht die einzige Gegenmacht gegen die Interessen der kapitalistischen Vormächte, von Intermezzi wie der Suez-Krise abgesehen, in der es den USA im wesentlichen auch darum ging, die regionale Oberherrschaft der absteigenden Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich zu brechen und sich deren Märkte in Asien und Afrika zu öffnen.

Aber: Seit 1945 hat sich die Zahl der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen mehr als verdreifacht. Die Neumitglieder sind so gut wie ausschließlich ehemalige Kolonialländer, deren Souveränität durch die Einbindung in den Weltmarkt, durch monostrukturelle Exportorientierung und durch verbliebene Bevormundungsmechanismen durch die ehemaligen "Mutterländer" mehr oder weniger gravierend eingeschränkt bleibt. Durchaus im Sinne bürgerlich-liberalen parlamentarischen Denkens bedingten die Großmachtverhältnisse einen wesentlichen Geburtsfehler der Vereinten Nationen: Zwar wurde eine Vollversammlung geschaffen, die ihrerseits Resolutionen in Form von Empfehlungen verabschieden konnte, die einzige Exekutive blieb jedoch bei den aus diesem Krieg hervorgegangenen "Großmächten", die, als Ständige Mitglieder des Sicherheitsrates,

ausgestattet mit einem Veto-Recht, nur im Konsens eine exekutive Gewalt ausüben konnten, die nicht kontrollierbar war und ist durch die Vollversammlung der Mitglieder. So ergab sich das Kuriosum, daß der aus der Bipolarität resultierende Interessengegensatz, in Kombination mit dem Spielraum der den blockfreien Nichtständigen Mitgliedern zuwuchs, zwar einerseits den Sicherheitsrat in vielen Konflikten handlungsunfähig machte, andererseits jedoch zu Minimalkompromissen zwang, die immerhin einen moralischen Druck der Vereinten Nationen bewirken konnte, wie beispielsweise im Falle des Algerienkriegs, des Vietnamkriegs, des Überfalls auf Grenada und nicht zuletzt aufgrund der israelischen Expansions- und Annexionspolitik im Nahen Osten.

All dies erscheint nunmehr passé: Im Falle des Zweiten Golfkriegs deutet eine überwältigende Vielzahl von Indizien darauf hin, daß dieser Krieg nicht nur gewollt war, sondern daß die irakische Führung gezielt in eine Falle geführt wurde, aus der sie nicht mehr entlassen wurde (Billing/Trautner 1990, Clark 1991, Frank/Jaber 1991, Ruf 1991b, Salinger/Laurent 1991). Jenseits der Frage der (militärischen) Kontrolle über die lebenswichtigen Ressourcen der Industrienationen bzw. der sich abzeichnenden Triade innerimperialistischer Konkurrenzen zwischen den USA, Europa und Japan (Deppe 1991, Ruf 1991c) ist von Wichtigkeit, daß der UN-Sicherheitsrat uni sono mit Stimmen seiner Ständigen Mitglieder und ohne jede Legitimation durch die Vollversammlung sich mit der Resolution Nr. 687 die Legitimation geschaffen hat, sich in die inneren Angelegenheiten eines Mitgliedstaates massiv einzumischen und dieses Recht auch materiell ausübt:

So sieht die Resolution Nr. 687 des UN-Sicherheitsrates vor, daß

"(der UN-Sicherheitsrat) beschließt, daß der Irak die unter internationaler Aufsicht erfolgende Vernichtung, Beseitigung oder Unschädlichmachung

a) aller chemischen und biologischen Waffen und aller Kampfstoffbestände sowie aller damit zusammenhängenden Subsysteme und -komponenten und aller Forschungs-, Entwicklungs-, Unterstützungs- und Produktionseinrichtungen;

b) aller ballistischen Flugkörper mit einer Reichweite von mehr 150 km und der dazugehörigen größeren Bestandteile sowie der Reparatur- und Produktionseinrichtungen bedingungslos zu akzeptieren hat;

9. beschließt zur Umsetzung von Ziffer 8 folgendes:

a) der Irak hat dem Generalsekretär innerhalb von 15 Tagen nach Verabschiedung dieser Resolution eine Deklaration der Standorte, Mengen und Arten sämtlicher in Zf. 8 aufgeführter Gegenstände vorzulegen und einer umgehenden Inspektion an Ort und Stelle, wie nachgehend ausgeführt, zuzustimmen".

Die darüber hinausgehenden Eingriffe in die innere Souveränität eines Staates, dem von außen Exportquoten zwecks Bezahlung der von ihm verursachten "unmittelbaren Verluste, Schäden, einschließlich Umweltschäden und der Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und Beeinträchtigungen ..., die ausländischen Regierungen, Staatsangehörigen und Unternehmen als Folge der unrechtmäßigen Invasion und Besetzung Kuwaits ... entstanden sind ..." sollen hier nicht in extenso zitiert werden, sie sind in besagter Resolution des UN-Sicherheitsrates nachzulesen (§ 16, Europa-Archiv, Folge 9/1991 D 227-233).

Es kann hier nicht darum gehen, den diktatorischen Charakter des irakischen Terrorregimes zu rechtfertigen oder die irakische Annexion Kuwaits zu entschuldigen. Gegenstand der Argumentation ist vielmehr die durch den Sicherheitsrat vorgenommene normative Setzung völkerrechtlicher Normen und ihre gleichzeitige faktische Umsetzung in bezug auf *einen* Staat der Dritten Welt, der die "Arroganz" besaß, sich Massenvernichtungsmittel zu beschaffen. Im Sinne des Völkerrechts erhebt sich hier die nicht nur moralische, sondern auch prinzipielle Frage der Gleichheit der Völkerrechtssubjekte. Mit der realen Arroganz der Macht wird hier *einem* Staat der Dritten Welt das Recht über die Verfügungsgewalt von Massenvernichtungsmitteln abgesprochen. Die Welt hat mit der Tatsache zu leben, daß in voraussichtlich ca. fünf Jahren allein in der Region des Nahen Ostens jenseits von Israel auch Saudi-Arabien, Syrien, Ägypten und Iran über Massenvernichtungsmittel und die entsprechenden Trägersysteme verfügen werden (US-Army War College, in: Mediatus 1-2/1991, S. 7) und weltweit ca. 20 bis 30 Staaten über entsprechende Systeme verfügen dürften. Die Gewinnung der Verfügungsgewalt ist nichts anderes als die Konsequenz marktwirtschaftlicher Ordnung in den Staaten der sogenannten Ersten Welt. Gegen solche marktwirtschaftliche Kraft dürften auch nationale Gesetze zur Rüstungsexportbeschränkung, sollten sie denn ernst gemeint sein, kaum helfen (vgl.auch Strutynski 1991). Jenseits des mehr oder weniger diktatorisch-terroristischen Charakters und der damit sicherlich brüchigen Legitimität vieler Regime in der Dritten Welt erhebt sich an dieser Stelle die grundsätzliche Frage nach der Gleichheit der Völkerrechtssubjekte: Mit welchem Recht arrogieren sich die sich als "Zivilgesellschaften" verstehenden parlamentarisch-demokratisch verfaßten Systeme der obsiegenden Marktwirtschaft das Recht, nicht "zivil"-gesellschaftliche Systeme ihres Bedrohungspotentials gegenüber dem ökonomisch-militärischen Drohpotential aus dem Norden zu berauben? (Die bissigste und treffendste Kritik an der "Zivilgesellschaft" - wenn auch nur auf die derzeitige "linke" Debatte bezogen, findet sich bei Fülberth 1991). Jenseits der moralisch-juristischen Frage nach der Verfügung über das Drohpotential und die potentielle reale Anwendung von Massenvernichtungsmitteln durch "zivile" oder "zivilisierte" Mächte gegenüber "unzivilisierten" Diktaturen stellt sich am Exempel Irak ganz konkret die Frage der - offensichtlich beliebigen - Selektivität: Da davon auszugehen ist, daß bis zum Jahr 2000 zwanzig bis dreißig Staaten des Erdballs über Massenvernichtungsmittel verfügen werden (was aufgrund

marktwirtschaftlicher Mechanismen kaum zu vermeiden sein wird), zeigt sich am Beispiel der Irak-Intervention die Willkür nicht nur der Schuldzuweisung, sondern auch der Bestrafung. Konkret: Wo bleiben die Entwaffnungsschläge gegen Brasilien, Argentinien, Südafrika, Israel, Pakistan, Indien und viele andere mehr? Angesichts der Kriegführung gegen den Irak (s. Clark 1991) erhebt sich darüber hinaus die Frage, ob "Zivilgesellschaften" fähig und willens sind, einen "zivilisierten" Krieg zu führen, der sowohl dem Buchstaben wie dem Geist der Genfer Konventionen entspricht, so er denn überhaupt notwendig, geschweige denn rechtfertigbar gewesen sei.

Krieg als Mittel der Politik scheint nicht nur wieder möglich geworden zu sein, nachdem die Hemmschuhe der Bipolarität entfernt worden sind. Krieg als Mittel der Politik entpuppt sich dabei gleichzeitig als arbiträres Mittel zur Bekämpfung eines momentan ausersehenen und aufgrund einer augenblicklichen Interessenkonstellation auserkorenen Feindes. Schlimmer noch: Wenn, wie mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen ist, die Zerstörung des Militärpotentials des Irak (die "Befreiung" Kuwaits ist ja inzwischen als Kriegsziel auf die untere Rangskala gerutscht und hat mit der Art der Durchführung der Resolution 678 und erst recht mit der Resolution 687 nichts mehr zu tun) nur Vorwand, nicht aber das eigentliche Kriegsziel war, dann bleibt als solches nur die militärische Kontrolle der USA über jene Ressourcen, die in der Tat von lebenswichtigem Interesse sind - aber für die EG und Japan (Ruf 1991e)!

Krieg als Mittel der Politik kann nicht nur für die sogenannten Zivilgesellschaften legitimiert werden - er erfährt auch bedrohliche Legitimation für die nicht so "zivilisierten", barbarisch-diktatorischen Regime, die dann wiederum aufgrund ihres repressiven (i.e. nicht-zivilgesellschaftlichen Charakters) umso bekämpfenswerter erscheinen. Hinter der ausgehöhlten völkerrechtlichen Fassade der Vereinten Nationen erscheint das Faustrecht wieder als mögliches Prinzip der internationalen Politik. Naheliegende Konsequenz dieses Prozesses ist die Delegitimation der Vereinten Nationen als supranationale konfliktschlichtende und friedenstiftende Organisation.

Die Auflösung der Machtbalance im UN-Sicherheitsrat und dessen Instrumentalisierung durch die westlichen Großmächte unter Führung der USA demonstriert eklatant die Kluft zwischen den Interessen der Ständigen Mitglieder des Rates einerseits und der überwältigenden Mehrheit der Dritte-Welt-Staaten in der Vollversammlung. Die selektive Anwendung von Zwangsmaßnahmen bis hin zum Einsatz militärischer Gewalt und zu gravierenden Eingriffen in die Souveränität einzelner, beliebig zum Feind des Weltfriedens deklarierter Länder birgt letztlich in sich die Gefahr, die Vereinten Nationen insgesamt zu delegitimieren, ihr friedenstiftendes Potential gegen Null zu reduzieren und - entsprechend dem Beispiel der "Großen" - Gewalt als Mittel der Politik schlechthin zu legitimieren. Dies

mag dann reichen von der militärischen Durchsetzung regionaler Hegemonialansprüche innerhalb der Peripherie bis zum Anwachsen des sogenannten internationalen Terrorismus als Ausdruck der Verzeifelten und Entrechteten. Um beim Beispiel des Nahen Ostens zu bleiben: Nachdem in der Folge des Golfkriegs und der großen Ankündigungen bezüglich einer Lösung der brennenden Probleme dieser Region überdeutlich geworden ist, daß keines dieser Probleme gelöst werden wird, ja daß sie sich eher noch verschärfen (Ruf 1991d), erscheint es fraglich, ob die relativ friedliche, sich auf zivilen Ungehorsam und Steinewerfen beschränkende Intifada in dieser Form fortgesetzt werden wird. Gleichfalls stellt sich die Frage, ob die palästinensische Befreiungsorganisation sich über den sogenannten Friedensprozeß nicht spalten wird und ob einzelne ihrer Gruppierungen nicht wieder zum Mittel des "internationalen Terrorismus" greifen werden. Der Verlust an Gewicht und Einfluß, den die PLO ohnehin erlitten hat, birgt außerdem die Gefahr, daß die islamistische Hamas-Bewegung weiter erstarkt und damit der rechtsgerichteten israelischen Regierung genau jene Vorwände liefert, die sie benötigt, um den "Transfer", d.h. die Deportation der Palästinenser nach Jordanien durchführen zu können und so den Traum von Eretz- (Groß-)Israel verwirklichen zu können. Akuter denn je stellt sich die Kurdenfrage nach dem Golfkrieg, waren doch die Kurden dazu animiert worden, ihren Teil zur Beseitigung der Herrschaft des irakischen Diktators zu leisten. Erst nach ihrem Aufstand scheint sich in den Entscheidungszentralen der USA die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, daß ein Erfolg des kurdischen Nationalismus die gesamte Territorialordnung des Raumes in Frage stellen würde. Über Nacht wurde der "Hitler von Bagdad" (Bittermann 1991) wieder zum nützlichen Ordnungsfaktor in der Region, was allein schon am Sprachgebrauch der Medien festzustellen ist: War vom 2. August 1990 bis zum Ende der Kampfhandlungen Saddam Hussein die Personifizierung des Bösen und scheinbar der einzige Bewohner des Irak, verschwand er nach Ende der Kampfhandlungen ebenso schlagartig wieder aus den Medien: Politischer Akteur wurde wieder "der Irak". Das Massensterben und Elend, das seine Soldateska unter tatkräftiger Mithilfe des türkischen Militärs vor den Augen der Weltöffentlichkeit anrichten durfte, unterstreicht abermals die Beliebigkeit, mit der über das Schicksal von Völkern verfügt wird. Daß letztendlich die irakische Bevölkerung Geisel und Opfer nicht nur der militärischen Intervention, sondern des nach (!) der Militärintervention radikal praktizierten Embargos ist, unterstreicht in alarmierender Weise der Bericht der UN-Mission (UNO 15.07.1991), der wiederum in den Medien kaum Aufmerksamkeit erregt hat.

Während in Westeuropa, nicht zuletzt in der Bundesrepublik, die Hysterie gegen Flüchtlinge und Asylbewerber gesteigert wird, während in Bari Italien stellvertretend demonstriert, wie die Festung Europa zu verteidigen sein wird, produziert eine menschenverachtende, sich auf "neue Ordnun-

gen" berufende Politik millionenfach eben jene Flüchtlingsströme von Menschen, deren Existenzgrundlage in zynischer Weise vernichtet wird.

Frank Deppe hat in seiner brillanten Studie "Jenseits der Systemkonkurrenz - Überlegungen zur neuen Weltordnung" (1991) vor allem die Veränderungen und perspektivischen Entwicklungen der hegemonialen Strukturen im internationalen System zum Gegenstand seiner Analyse gemacht. Dabei arbeitet er die Aktualität der klassischen Imperialismustheorien heraus. Und richtig ist: "Die Krise von hegemonialen Strukturen im internationalen System beginnt mit der Krise des jeweiligen Akkumulationstyps und des ihm zugehörenden Modells der gesellschaftlichen Regulation. ... Perioden der Hegemoniekrise im internationalen System zeichnen sich daher durch Konflikte um den Umbau der Gesellschaft im Innern *und durch Kämpfe und Kriege um die Neuverteilung der ökonomischen und politischen Macht in den globalen Dimensionen aus*" (kursiv im Text; Deppe 1991, S. 210). Wendet man nun den Blick vom Zentrum und von den in ihm aufbrechenden neuen hegemonialen Rivalitäten (vgl. auch Ruf 1991c) auf die sogenannte Peripherie, so scheint auch hier der Golfkrieg eine wichtige qualitative Zäsur anzudeuten.

War der "klassische" Imperialismus noch gekennzeichnet durch eine territoriale Aufteilung der Welt unter den kapitalistischen Hegemonialmächten, so stellt sich heute zunehmend die Frage, ob jene "neue Weltordnung", die von qualitativ neuen Bedürfnissen und Möglichkeiten der Kapitalverwertung und -akkumulation gekennzeichnet ist, nicht auch eine neue Qualität imperialistischer Kontrolle hervorbringt. In der Zeit des klassischen Imperialismus ging es ohne jede Frage um Kapitalexport und um die Sicherung von Märkten, diese erfolgte jedoch in vielen Fällen geradezu präventiv: Die Kontinente der Welt wurden in Interessenzonen und Kolonien aufgeteilt, oft ohne daß bereits bekannt gewesen wäre, welche Ressourcen denn in den verschiedenen Gebieten zu holen wären. Imperialismus/Kolonialismus der "klassischen" Periode implizierte notwendigerweise auch die Inbesitznahme der Territorien, ihre militärische und ökonomische Durchdringung und damit auch eine gewisse Inwertsetzung. Bereits mit der formalen Dekolonisierung entlasteten sich die "Zentren" weitgehend von dieser Bürde, die zwar den privaten Unternehmen Profite sicherte, die öffentlichen Haushalte insbesondere angesichts des Anwachsens der Befreiungsbewegungen erheblich belastete. Die Unternehmen selbst, allen voran die multinationalen Konzerne, konnten ihre Dominanz qua ökonomischer und finanzieller Kontrolle gegenüber den staatlich rudimentären schwachen politischen Systemen der Dritten Welt in der Regel auch ohne die militärische Kontrolle durch die "Mutterländer" ausüben. Somit blieb jenen Ländern (darunter gerade den ärmsten!) in der Zeit der Bipolarität und der geostrategischen Nullsummenspiele als einzige Karte das politische Lavieren zwischen Ost und West bzw. die "Blockfreiheit".

Inzwischen ist der Globus prospektiert, die Ressourcen sind kartographiert, oder auch - in den sogenannten am wenigsten entwickelten Ländern - nahezu erloschen. Das Wissen hierüber liegt nicht in den nationalen Ministerien der Länder selbst, sondern in den Schubladen jener, die über Satellitenaufklärung verfügen. Die neue Qualität des Interesses hat sich auch in der Begrifflichkeit niedergeschlagen: Es geht jetzt nicht mehr um Territorien, sondern um "lebenswichtige Ressourcen". Hanns W. Maull hat dies bereits 1989 auf den Punkt gebracht in seinem Aufsatz "Energy and Resources: The strategic dimensions": "Während die Abhängigkeit von Öl und strategischen Mineralien zweifelsohne in den 70er und 80er Jahren in der westlichen Politik gegenüber dem Mittleren Osten und Südafrika eine Rolle spielten, ist die Verletzlichkeit der Ressourcen jetzt Teil des Hintergrundgeräusches auswärtiger Politik geworden. Sie bilden eines der vielen Elemente komplexer ökonomischer Interdependenz, die in zunehmendem Maße auswärtige Politik verändern und beeinflussen ..." (Maull 1989, S. 505, Übers. W.R.). Und weiter: "(Rohstoffsicherheitsprobleme) ... scheinen überlagert worden zu sein durch den Wechsel von einem 'territorialen Machtspiel' zu einem 'Wohlstandsspiel' in der internationalen Politik ..." (Maull 1989, S. 513).

Vieles deutet darauf hin, daß Ressourcensicherung - und nicht mehr die Kontrolle und Sicherung von Territorien - entscheidend geworden ist für die staatlichen Sicherungsmaßnahmen des neuen Akkumulationsmodells. Es scheint, als ob das Ende der Bipolarität und das neue auf Ressourcensicherung angelegte Akkumulationsmodell ganz wesentlich die "Neue Weltordnung" prägen: Mit der Beendigung geostrategischer Rivalitäten spielt die Ressourcensicherung der hegemonialen kapitalistischen Mächte die determinierende Rolle. Dies zeigt sich bereits überdeutlich am wachsenden Desinteresse der Hegemoniemächte - von ganz wenigen Ausnahmen wie beispielsweise Zaire abgesehen - am gesamten schwarzafrikanischen Kontinent. Ob die Bevölkerung dieses Kontinents an Hunger, Seuchen (Aids, aber nicht nur) und in Bürgerkriegen zugrunde geht, ob dort die ökologische Vernichtung durch letzte verzweifelte Versuche der Existenzsicherung der Menschen gigantische Ausmaße annimmt, scheint nicht mehr von Interesse zu sein. Ähnliches scheint zu gelten für die Armenhaus-Staaten des Indischen Subkontinents wie beispielsweise Bangladesch. Mit dem Ende der Bipolarität und einer zumindest quantitativ zu erwartenden Abrüstung - was die Weiterentwicklung hochmoderner Waffensysteme keineswegs ausschließt - reduziert sich relativ auch das Interesse an strategisch wichtigen Mineralien. Im Gefolge der rapide voranschreitenden Umweltvernichtung werden dagegen lebenswichtige natürliche Ressourcen von zentraler Bedeutung - sicherlich nicht zufällig widmet Hanns W. Maull der Ressource Wasser ein Unterkapitel seines Aufsatzes. So wie heute der Kampf um die Kontrolle des Rohstoffs Öl geführt wird, indem sich bereits die neuen hegemonialen Rivalitäten abzeichnen (Ruf 1991e), so mag morgen der Kampf um die Sicherung der lebenswichtigen

Ressource Wasser gehen und übermorgen, warum auch nicht, um einen sicheren, vom Ozonloch nicht bedrohten Platz auf dem Planeten.

LITERATUR

Ahlers, Ingolf: "Neue Weltordnung" und regionaler Klientelismus - 16 Thesen anläßlich der neokolonialen Strafexpedition gegen den Irak, in: SPW, Zeitschr. f. sozialistische Politik und Wirtschaft 2/91, S. 27-34.

Berndt, Michael: Das Eine tun und das Andere nicht lassen. Der Golfkrieg und die militärpolitische Emanzipation der Bundesrepublik Deutschland, in: Ruf, Werner (Hrsg.) 1991, S. 114-129.

Bittermann, Klaus (Hrsg.): Liebesgrüße aus Bagdad - Die "edlen Seelen" der Friedensbewegung und der Krieg am Golf, Berlin 1991.

Chomsky, Noam: Barmherzigkeit ist nicht zu erwarten - der Süden in der neuen Weltordnung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/1990, S. 1319-1326.

Clark, Ramsey, Rede vor der Internationalen Kommission zur Untersuchung der US-Kriegsverbrechen gegen den Irak, Brüssel Juni 1991, in: Dritte Welt, H. 8-9/1991, S. 39-41.

Deppe, Frank: Jenseits der Systemkonkurrenz - Überlegungen zur neuen Weltordnung, Marburg 1991.

Frank, Andre Gunder/Jaber, Salah: The Gulf War and the New World Order, Notebooks for Study and Research, International Institute for Research and Education, H. 14, Amsterdam/Montreuil 1991.

Fülberth, Georg: Zivilgesellschaft als Nationalreligion; in: Konkret Nr. 5/1991, S. 46.

Grill, Bartholomäus/Matthies, Volker: Chaos-Macht Afrika? In: Kursbuch H. Nr. 105, Sept. 1991, S. 153-165

Maull, Hanns W.: Energy and Resources: The strategic dimensions, in: Survival Nov./Dez. 1989, S. 500-515.

Ruf, Werner: Das "vitale Interesse" am Öl - Regionale und weltpolitische Perspektiven,1991a, in: Ruf, Werner (Hrsg.): Vom Kalten Krieg zur heißen Ordnung, 1991, S. 74-82.

ders.: Vom Krieg in die Krise zum Krieg - Der Golfkrieg: Eine bewußte Eskalation? 1991b.In: ders., 1991, S., 51-73.

ders.: Aussichten auf die neue Welt-Un-Ordnung, 1991c, in: ders., 1991, S. 81-96.

ders.: Zusammenfassung oder: Wo ist die Ordnung? 1991d.In: ders., 1991, S. 130-133.

ders.: Kein Blut für Öl? Kuwait und die neue Weltordnung, 1991e, in: Forum Wissenschaft, H. 1/1991, S. 19-22.

Salinger, Pierre/Laurent, Eric: Guerre du Golfe, Le Dossier Secret, Paris 1991.

Senghaas, Dieter: Konfliktformationen im internationalen System, Frankfurt 1988.

Strutynski, Peter: Von der Rüstungsexportkontrolle zum Rüstungsproduktionsstopp, in: Ruf, Werner (Hrsg.) 1991, S. 168-187.

United Nations, Report to the Secretary-General on humanitarian needs in Iraq by a mission led by Sadruddin Aga Khan, executive delegate of the Secretary-General, 15. Juli 1991.

Wolfgang Harich

Weltrevolution jetzt

Zur jüngsten Veröffentlichung des Club of Rome

Vor drei Jahren noch hielt der Club of Rome es keineswegs für ratsam, mit einer Stimme sprechen zu wollen. "Obwohl wir uns in der gemeinsamen Sorge um die Zukunft der Menschheit einig sind, sind doch Herkunft, Ideologien und Denkansätze für die Lösung der Probleme bei unseren Mitgliedern so unterschiedlich, daß die Bemühung um Konsens unvermeidlich zu einem substanzlosen, ja einfältigen Kompromiß in der Beurteilung der Weltlage führen müßte." So Sir Alexander King in seiner Einführung zum Bericht "Jenseits der Grenzen des Wachstums", den 1988 Eduard Pestel wie gewohnt *an* den Club und nicht etwa in dessen Namen erstattet hatte. Inzwischen haben die nunmehr hundert Mitglieder sich eines Besseren besonnen. Hinter dem soeben erschienenen neuesten Bericht, "Die globale Revolution" (Spiegel Spezial 2/1991), stehen sie erstmals alle, einmütig, King nicht ausgenommen. Die prekäre Weltlage hat sie dazu gebracht, "über ihre Differenzen in einzelnen Fragen hinwegzusehen, um sich auf eine gemeinsame Analyse zu verständigen und gemeinsame Ziele zu proklamieren".

Gemeinsame Ziele - das ist auch inhaltlich prinzipiell neu. Es bedeutet viel. Zumindest wird es das Gerede über - vermeintliche - Kassandrarufe beenden helfen. Denn Kassandra sagt *unaufhaltsames* Verhängnis voraus. Die Berichte an den Club of Rome dagegen haben stets nur Alarm geschlagen vor dem, was geschehen könnte, falls nichts getan werde, um die in ihnen geäußerten Befürchtungen zu widerlegen. Ihre Autoren gleichen darin den zur Umkehr rufenden biblischen Propheten, deren - mit Ernst Bloch zu sprechen - "*aktivierende* Donnerpredigt" nicht so sehr Vorhersage des Schicksals als vielmehr Anweisung zu seiner Vermeidung ist und folglich geradezu einen "Anti-Kassandra-Effekt" hat (für den als Symbolfigur am ehesten die trommelnde Kattrin aus Brechts "Mutter Courage" sich anböte). Systemanalytische Prognostik spricht, prosaischer, von "alternativen Annahmen im Modell", von denen, laut Pestel, "Verfahren vom Typ 'Wenn ... dann' oder vom Typ 'Was .. wenn' verwendet werden". Zur Vorausschau solch nichtfatalistischer Art kommt nun aber der Appell an zielbewußtes Wollen und Handeln, das beeinflußbare Faktoren ins Kalkül zu ziehen weiß, hinzu. Und beeinflußbar, weil nicht durch Instinktzwang festgelegt, weil obendrein lernfähig, ist, bei gleichzeitiger Konstanz seines Selbsterhaltungstriebs, allemal der Mensch.

Durch die beiden neuen Momente zusammen erhält die Hauptsache, die dem Buch den Titel gibt, erst ihr volles Gewicht. Noch 1988 hat Pestel,

weiland Kultusminister im CDU-regierten Niedersachsen, denjenigen, denen in den siebziger Jahren "die Welt für umsturzreif" gegolten, nachträglich eine schneidende Absage erteilt. Ihnen sei damals die dem Club unterstellte (!) Forderung nach Nullwachstum, zum Schaden für die Sache, "als gratis gelieferte Munition gegen das Establishment äußerst gelegen" gekommen. Dies dürfte sich gegen Ansichten etwa Manfred Siebkers richten, und gemeint ist gewiß erst recht die Idee eines wachstumslosen, homöostatischen Weltkommunismus, ableitbar aus Prämissen, wie 1972 die aufsehenerregende MIT-Studie "Grenzen des Wachstums", von Dennis Meadows u.a., sie enthielt. Jetzt, 1991, hält offenbar der Club in corpore die Welt für "umsturzreif". Wie anders sollte es zu verstehen sein, daß er gleich eingangs eine "große Revolution auf globaler Ebene" - ersichtlich wäre "Weltrevolution" nur ein anderes Wort dafür - erwartet und bereits auf der nächsten Seite vor den verheerenden Konsequenzen warnt, die "sich aus dem unveränderten Fortbestand der wirtschaftlichen Systeme und des menschlichen Verhaltens ergeben würden". Fortbesteht das kapitalistische Wirtschaftssystem.

Linker Einstellung kommen, bewußt oder unbewußt, weitere Einsichten entgegen: Durch Marktmechanismen allein ließen sich globale Probleme nicht lösen, "wenn diese einen langfristigen strategischen Ansatz erfordern oder es sich um Probleme der Verteilung handelt". Die in einer Marktwirtschaft wirksamen Kräfte könnten überdies "gefährliche Nebenwirkungen haben, weil sie nicht auf dem allgemeinen Interesse gründen", wobei die internationale Finanzspekulation "ein besonders eindrückliches Beispiel für die Exzesse eines Kapitalmarkts" sei, der "von dem aberwitzigen Prinzip des Profits um jeden Preis beherrscht" werde. Der Markt kümmere sich nicht "um Langzeitfolgen, um das Wohl künftiger Generationen oder um Ressourcen, die Gemeingut sind". Er fördere Eigennutz und Habgier. Ungezügelt führe sein brutales Wirken "zu Ausbeutung, Vernachlässigung sozialer Aufgaben, Zerstörung der Umwelt" sowie zur Verschwendung von für die Zukunft lebenswichtigen Gütern. Ähnlich problematisiert der Club die landläufige Überschätzung der pluralistischen Demokratie. Die sei kein Patentrezept, bekomme nicht alles in den Griff, kenne ihre eigenen Grenzen nicht. "Die Komplexität und die technische Natur vieler heutiger Probleme gestatten es nicht immer, daß gewählte Volksvertreter zur rechten Zeit kompetente Entscheidungen treffen." Zu sehr kreise die Tätigkeit der politischen Parteien um Wahltermine und Rivalitäten, zu kurzsichtig bevorzugten Regierungen Lösungen, die nächstliegenden Nutzen brächten, auf Kosten langfristiger Perspektiven. "Regieren verkommt zur regelmäßig wiederkehrenden Krisenbewältigung, zum Taumeln von einem Notfall zum anderen".

Das historische Selbstverständnis, mit dem der Club seine eigene Genesis begreift, bewegt sich auf derselben Linie. Die "große Wende" habe das Jahr 1968 gebracht. In Koinzidenz mit dem Ende einer langen Nachkriegsperiode raschen wirtschaftlichen Wachstums in den

Industrieländern, mit sozialen Unruhen und Studentenrevolten, mit Anzeichen von Entfremdung und kulturkritischem Protest, mit "ersten Ansätzen eines breiten, öffentlich artikulierten Umweltbewußtseins" habe just damals eine Gruppe unabhängiger Denker zusammengefunden, um die Arbeit der öffentlichen Organisationen durch die Auseinandersetzung mit mehr langfristigen und grundsätzlichen Problemen zu ergänzen. Dies muß blasphemisch klingen für manchen, der, aus Befangenheit in zu engem Epochenbewußtsein oder aus antikommunistischem Ressentiment, den Begriff "große Wende" lieber dem Jahr 1989 vorbehalten sähe, dem Datum, das für den Zusammenbruch des "real existierenden Sozialismus" in Osteuropa und der Sowjetunion am repräsentativsten ist. Vom Club of Rome wird, demgegenüber, auf der einen Seite die Bedeutung der hiermit zusammenhängenden Ereignisse nüchtern durch die Feststellung relativiert, daß ja noch vor kurzem die Comecon-Länder in der Weltwirtschaft keine große Rolle gespielt hätten. Andererseits erkennt der Club, frei von Triumphgefühl, die Ambivalenz ihres Debakels, das Chancen, aber auch Risiken in sich birgt: das Risiko nicht nur der Destabilisierung dieses Weltteils, sondern auch das einer weiter sich verschlechternden Situation der Entwicklungsländer im Süden und zugleich die Chance "wahrhaft globalen Engagements", zumal in der Abrüstung. Es sei "unwahrscheinlich, daß uns die Geschichte noch einmal eine Gelegenheit bietet, die so umfassend und vielversprechend ist wie diese, und es ist deshalb entscheidend, daß die Menschheit sie weise nutzt". Die Verhältnisse seien "extrem im Fluß", kaum gäbe es mehr Beschränkungen, und möglicherweise könne aus ihrer Konsolidierung "die Umstrukturierung und Erneuerung einer viel größeren Region und vielleicht des ganzen Weltsystems" erwachsen.

Ob jemals die Weltrevolution im Realsozialismus eine Basis hatte, ist heute, auch für Nichttrotzkisten, mehr als zweifelhaft. Daß sie einer solchen, in Gestalt irgendeines anderen "Sozialismus in einem Land", künftig gänzlich und endgültig wird entraten müssen, scheint gewiß. Fragt sich, wie, mit welch konkreter Aufgabenstellung die Revolution nun, gleichsam ab ovo, neu ins Werk zu setzen sein wird, wenn anders die Spontaneität der sie objektiv vorantreibenden - oder von ihr aufzuhaltenden - Prozesse nicht in ein weltweites totales Chaos münden soll. Der Club of Rome schätzt die Schizophrenien des gegenwärtigen Weltzustandes als dermaßen gewaltig, verwickelt und unheildrohend ein, daß es eigentlich "tausend Stiere gleichzeitig bei den Hörnern zu packen" gelte. Er hebt aber - und Anhänger Lenins dürfen sich hier in der ihnen vertrauten Lehre vom "Hauptkettenglied" nahezu bestätigt sehen - aus der gesamten Weltproblematik drei Bereiche heraus, die sofort in Angriff genommen werden müßten: "Schwerter zu Pflugscharen", das heißt Abrüstung unter Umwandlung der Produktion aller militärisch-industriellen Komplexe in eine zivile Wirtschaft; Stopp der Klimakatastrophe, besonders der globalen Erwärmung unter Bewältigung der damit verbundenen Energieprobleme; Überwindung der Weltarmut und der krassen Unterschiede zwischen den

Ländern, nicht zuletzt mit dem Ziel, auf moralisch legitime, menschenwürdige Weise die Bevölkerungslawine aufzuhalten.

Dabei setzt die Reihenfolge der Aufzählung keine differente Priorität. Eins ist so dringlich wie das andere. Die fundamentalste Bedeutung kommt an sich zwar dem zweiten Bereich zu. Doch da - zum Beispiel - die Rettung der noch verbliebenen Waldbestände, namentlich der tropischen Regenwälder in den Armutszonen des Südens, für die Stabilisierung des Klimas von enormer Wichtigkeit, voraussetzt, daß die drückendste Not der dort ansässigen Bevölkerung schnell behoben wird, wofür wiederum die für Rüstungszwecke aufgewendeten Etatmittel aller Staaten gebraucht werden, kann von einer Rangfolge der dergestalt ineinander verzahnten Erfordernisse keine Rede sein. Und andersherum: Weil die für dauerhafte Friedensbewahrung, sollte ihr der Vorrang einzuräumen sein, so unentbehrliche Rüstungskonversion ökonomisch wie ökologisch nur noch größeren Schaden anrichtete, wenn fortan "statt Panzern Automobile, statt Kriegsschiffen und Unterseebooten Handelsschiffe und Tanker gebaut" würden, hängt sachgerechtes Angehen der ersten Aufgabe vom ständigen Mitbedenken der zweiten ab. Das "Hauptkettenglied", mithin, ist schon in sich komplex verwoben. Selbst bei strenger Auswahl des Vordringlichen gelingt die Konzentration auf ein einziges, schlechthin zentrales Anliegen nicht mehr. Lenins taktisch kluger Rat bedarf also zeitgemäßer Anreicherung. Und jene "tausend Stiere" stellen sich nachgerade doch ein, sobald man die drei wildesten unter ihnen nur fest genug bei den Hörnern packt. Etwa so: Der nötigen Hilfe für die ehemals dritte Welt gesellt sich die für die ehemals zweite bei; Völkerwanderungen machen sich sonst aus Ost wie Süd auf den Weg. Oder: Hinter der ökologisch höchst empfehlenswerten Stillegung auch der meisten zivilen Motorenwerke, mit der zwangsläufigen Folge geschlossener Tankstellen und Autoreparaturbertriebe, erhebt sich riesengroß das Problem immer mehr um sich greifender Arbeitslosigkeit. Oder: Allgemeine und vollständige Abrüstung wird absehbar bei weitem nicht nur auf den Widerstand der an Produktion und Absatz von Waffen profitierenden Konzerne stoßen, sondern, kaum minder riskant, wieder zahlreiche Arbeiter und außerdem hochqualifizierte Wissenschaftler unbekannten Namens treffen, deren Prestige, vom Einkommen gar nicht zu reden, auf "Erfolgen im Konkurrenzkampf innerhalb eines abgeschotteten Metiers" beruht. Und so weiter und so fort. Eins zieht alleweil das andere nach sich.

Die Linke, die grüne wie die rosafarbene wie die rote, Kommunisten stalinistischer und trotzkistischer Herkunft einbegriffen, kann unzweifelhaft politisch besten Gewissens die drei genannten Kernaufgaben der globalen, der Weltrevolution bejahen. Aus Nabelschau, mutloser Lethargie, einander ausgrenzendem Richtungsstreit sollte sie daher herausfinden, um sich, zu Aktionseinheit und Bündnispolitik bereit, hingebungsvoll in den Dienst dieser drei Aufgaben zu stellen, und so wieder offensiv werden. Gelingen wird ihr das freilich nur, wenn sie den Sinn des "neuen Denkens" in seiner

ganzen Tragweite begreift, anerkennt, ernstnimmt und im eigenen Handeln zur Geltung bringt. Dazu gehören: die Unterordnung spezieller Interessen unter allgemeinere, speziell proletarischer unter allgemeinmenschliche - die allerdings wahrlich nicht mit den hyperspeziellen der Großbourgeoisie identisch sind -, ferner die resolute Abkehr von gewalttätigen Kampfmethoden und, neben manch Weiterem, die Absage an jedwedes Diktaturtheorem undemokratischer Art, wobei der letztgenannte Punkt an dieser Stelle insofern besonders zu unterstreichen ist, als besagte Idee eines wachstumslosen, homöostatischen Kommunismus in ihrer ursprünglichen, einzig bekannt gewordenen Version, von 1974 f., mit dem Gedanken an eine Ökodiktatur kontaminiert war und die Berufung auf das Demokratieverständnis des Club of Rome den - irrtümlichen - Verdacht nahelegt, daß daran hier nach wie vor festgehalten werde. Im "real existierenden Sozialismus" der Breshnew und Honecker ist, gleichviel, ob die nicht konnten oder nicht wollten, die sie blauäugig umwerbende, an ihr Verantwortungsbewußtsein appellierende Offerte, das ihnen zu Gebote stehende Machtinstrumentarium verschont zu lassen, ja zu rechtfertigen, falls sie es, unter Absage an westliche Konsumnormen, vorbeugend gegen tödliche Zukunftsgefahren einsetzten, nie auch nur in Erwägung gezogen worden. Sie haben das Angebot unterdrückt, verfolgt, verleumdet wie jede andere Dissidens. Nachdem ihr System zusammengebrochen ist, könnten, von dessen immerhin nichtkapitalistischer sozial-ökonomischer Basis losgelöst, antidemokratische Konzepte nur noch imperialistischem, womöglich rechtsextremem Diktaturgelüst Vorschub leisten. Denkbar wäre das faschistoide Zerrbild einer Ökodiktatur, die mit Hilfe kurzlebiger technologischer Pseudolösungen einen allenfalls mittelfristig noch gedeihenden Naturschutzpark als hübsche Umgebung für die Herrenrasse herstellt, die, verschanzt hinter Mauer und Stacheldraht, eine aus Süd und Ost verzweifelt andrängende Menschenflut sich notfalls durch atomaren Genozid vom Leibe hält. Nein danke!

Der Gedanke der Ökodiktatur war, übrigens, von einer historisch nicht hinreichend belehrten Erinnerung an den Beginn des Zweiten Weltkriegs eingegeben. Von einem Tag zum anderen waren am 1. September 1939 Lebensmittel und andere Gebrauchsgüter in Hitlerdeutschland streng rationiert, war hier Autobesitzern das Fahren mit ihren Wagen untersagt worden; sie bekamen auch kein Benzin mehr. Wenn die Bevölkerung für die Durchsetzung verbrecherischer Aggressionsziele derartige Einschränkungen hingenommen hatte - und die waren das einzig Erträgliche, um nicht zu sagen Angenehme an dem damaligen Krieg -, dann schien es kaum abwegig, einer roten Diktatur,einer, die sich anderen, entgegengesetzten Zielen verpflichtet wußte als die braune der Nazis, angesichts der ökologischen Krise analoge Maßnahmen abzuverlangen, damit der Selbstvernichtung des Homo sapiens Einhalt geboten werde. Noch heute erklärt der Club of Rome ja selbst, daß die Menschen als Ansporn "eine gemeinsame Motivation, einen gemeinsamen Feind" brauchten, daß die neuen

Feinde, nicht weniger wirklich als die früheren, nun "die ganze Menschheit bedrohten" und daß sie "Umweltverschmutzung, Wasserknappheit, Hunger, Unterernährung, Analphabetismus und Arbeitslosigkeit" hießen. Die Assoziation eines rettenden "Kriegskommunismus" samt Diktatur, aufzubieten gegen diese Widersacher menschlicher Wohlfahrt, mag sich da abermals aufdrängen.

Doch so zu denken ist eben grundverkehrt. Schon die historische Ausgangsüberlegung stimmt nicht. Die Briten in ihrem Krieg von 1939 ff., einem ausnahmsweise gerechten, haben, ohne die Demokratie abzuschaffen, sich die erforderlichen Versagungen im breiten Konsens von Konservativen, Labour-Partei und Liberalen auferlegt, und auf demokratische Konsensbildung aller politischen Kräfte zur Bannung der bereits anhebenden globalen Katastrophen dringt der Club of Rome. Linke mögen es als abstoßend empfinden, wenn Pestel in diesem Kontext sogar die in Japan tradierte paternalistische Konsenspflege ins Spiel bringt, die es nur auf die Umweltherausforderungen auszudehnen gelte. Für Linke annehmbar sollte es auf jeden Fall sein, daß das Autorenkollektiv der "Globalen Revolution" sagt: "Unterschiedliche Wert- und Moralvorstellungen gibt es überall in der Gesellschaft, und wir müssen auch hier schließen, daß nur durch eine übergeordnete gemeinsame Ethik des Überlebens der Menschheit und unseres Planeten auseinanderstrebende Interessen harmonisiert werden können oder zumindest eine gegenseitige Toleranz erzielt werden kann."

Alten Kommunisten dürfte dies schwerlich absolut ungewohnt vorkommen, jüngere, Kenner ihrer Parteigeschichte, werden es wissen. Demokratischen Konsens gegen den Faschismus hat einst der VII. Weltkongreß der Komintern angestrebt. Freilich, die von ihm initiierte Volksfrontpolitik war aufs schwerste und schädlichste stalinistisch belastet. Sie kam viel zu spät, als daß sie in Deutschland Hitlers Machtantritt beizeiten hätte vereiteln können. Sie hat danach, gezügelt durch die sowjetische Außenpolitik, das in Frankreich und mehr noch in Spanien aussichtsreiche Hinüberwachsen der Bewegung ins Sozialistische abgeblockt. Diesen Klassenverrat wiederum sicherte in der Sowjetunion Stalin nach innen mit blutigem Präventivterror gegen die Trotzkisten und deren Umfeld ab. Und als der Bumerang all seiner Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen nebst den sie flankierenden Verbrechen dann furchtbar auf die Volksfront zurückschlug, da blieb die fast zwei Jahre lang gelähmt durch den Hitler-Stalin-Pakt. So viel ist leider wahr. Trotzdem haben von 1935 an Kommunisten in aller Welt bündnispolitisch Beträchtliches geleistet und partnerschaftlich-kooperatives Verhalten, ganz im Sinne Pestels, eingeübt, das ihnen heute, besännen sie sich darauf und entsagten sie dabei jedwedem hegemonialen Hintergedanken, als Mitstreitern der globalen, der Weltrevolution sehr zustatten käme. "Neues Denken" mag sie dazu beflügeln, um so mehr, als sie auf einengende Großmachtinteressen eines "Vaterlandes aller Werktätigen" keinerlei Rücksicht mehr zu nehmen brauchen. Der globale Charakter der anstehenden drei Kardinalaufgaben könnte ihrer internationalistischen Tradition neuen Auftrieb geben, ihr eine neue, gediegenere, den Zeichen der Zeit gemäße Qualität verleihen. Ihre Beweggründe, Trübsal zu blasen, dürften sie hinter sich lassen, ihr Mittun wäre, immer noch und wieder, gefragt.

Wer soll das Subjekt der globalen Revolution sein? Antwort: Alle! Weil die Existenz aller auf dem Spiel steht, muß es möglich sein, jeden einzelnen dahin zu bringen, daß sein elementarer Egoismus sich herausgefordert sieht und so für ein "weltweit aufgeklärtes und gemeinsames Eigeninteresse" der Menschheit im ganzen gewonnen und mobilisiert werden kann. Dieser Egoismus ist bei den meisten Menschen nun "nicht auf ihre eigene Lebensspanne beschränkt, sondern erstreckt sich auf die ihrer Kinder und Enkel, mit deren Dasein sie sich identifizieren", weshalb es nicht von vornherein aussichtslos ist, "'egoistisch' auf Verhältnisse hinzuarbeiten, die künftigen Generationen eine würdige und wahrhaft menschliche Existenz ermöglichen". Das Klasseninteresse der Herrschenden wird bei dieser Argumentation des Club of Rome zwar nicht eigens thematisiert, aber er redet auch keineswegs der Illusion zu Munde, es ließe sich ignorieren. Es illusionslos in Rechnung zu stellen, es des Schlimmsten für fähig zu halten, es in seiner gesetzmäßigen Bedingtheit durch das kapitalistische System zu durchschauen und auf den Begriff zu bringen, bleibt marxistischem Denken unverwehrt. Die Gesellschaftsanalyse des Marxismus hat, recht verstanden, namentlich leninistisch verstanden, jedoch nie auf einen Fatalismus hinausgeführt, und deshalb ist mit ihr der Appell des Clubs durchaus zu vereinbaren, der jegliches Sonderinteresse, das der Bewahrung des Lebens auf der Erde, der Rettung der menschlichen Gesellschaft widerstreitet, mit der Anklage zu konfrontieren gebietet, insgeheim auf den teuflischsten, niederträchtigsten aller Hintergedanken, auf die Maxime "Nach mir die Sintflut" eingeschworen zu sein. Unschwer ist einzusehen, daß es ein wirksameres Verfahren, den Kapitalismus mit wissenschaftlicher Begründung zum Offenbarungseid zu zwingen, heute gar nicht geben kann. Und genau so zu verfahren verlangt die Logik des "neuen Denkens". Das partnerschaftliche, kooperationsbereite Konsensangebot an alle, also auch an die reaktionärsten, destruktivsten Kräfte, läßt diesen, so wie die Dinge jetzt liegen, gar keine andere Wahl, als entweder umzukehren oder sich eine schlechthin tödliche moralische Blöße zu geben. Wahrscheinlich müßte als Auftakt des Bewußtmachens dieser Alternative ein weltweites Referendum organisiert werden, das den Fortbestand der Menschen und ihre die Sintflut heraufbeschwörenden Süchte und Gewohnheiten zur Wahl stellt.

Von den globalen Herausforderungen nun haben unleugbar die sich überstürzenden Ereignisse der letzten Jahre die öffentliche Aufmerksamkeit immer mehr abgelenkt. Der wiedererwachende Nationalismus war und ist daran wohl am meisten beteiligt. So sehr der Club of Rome, dieser Aeropag edler Humanisten und Kosmopoliten, ihn mißbilligt, so wenig läßt er

sich durch ihn entmutigen. Es zeugt von seiner Weisheit, daß er, in diesem Zusammenhang, der sich machtvoll regenden ethnischen Egozentrik, ungeachtet ihrer vielfach gar nicht zu verkennenden bornierten Züge, sogar gute Seiten abgewinnt, weil sie ihm die Verlagerung politischer Verantwortlichkeit vom zentralisierten Nationalstaat weg, hin zur lokalen Basis zu begünstigen scheint, im Sinne des zweiten Teils seiner Parole: "Global denken, lokal handeln!" In vertikaler Aufwärtsrichtung will der Club gleichzeitig Kompetenzen, die weltweite Überlebensprobleme tangieren, vom Nationalstaat weg, hinauf zu einer neu zu ordnenden UNO verlagert sehen. Sogut wie alle Darlegungen auch hierzu, mit Einschluß der Gedanken zu zeitgemäßerer Qualifikation der Politiker, sind außerordentlich klug, bedeutungsvoll und hilfreich. Angeregt wird die Schaffung eines Umweltsicherheitsrats der Vereinten Nationen, in dem "nicht nur die Mitglieder des bestehenden Weltsicherheitsrats, sondern auch die Entwicklungsländer stark vertreten sein" sollten. (Mutmaßlich würde das postulierte Gremium gegen den Golfkrieg sein Veto eingelegt haben, vielleicht mit dem Erfolg, daß es brennende Ölquellen in Kuweit nicht gäbe.) Vorgeschlagen werden weiter Weltentwicklungskonferenzen, etwa nach dem Muster der Zollsenkungsrunden des Gatt, ein "umfassendes Weltprojekt zur Entwicklung alternativer Energien", zu organisieren nach der Art eines Netzwerks, das der "üblichen bürokratischen Unbeweglichkeit ... eines konventionellen internationalen Zentrums" vorzuziehen wäre, sowie eine Studie zum Energieproblem in der Landwirtschaft, mit dem Ziel, deren Energieverbrauch zu senken und ihre Emissionen an Klimagasen zu reduzieren. In flexiblen und dynamischen Institutionen, oft nur provisorisch und auf Zeit einzurichten, elastisch statt stabil, fähig zur Anpassung an sich wandelnde Anforderungen, soll eine Politik neuer ethischer und lernfähiger Qualität zum Zuge kommen, erleuchtet von interdisziplinärer wissenschaftlicher Erkenntnis, motiviert nicht mehr durch den Genuß der Macht und der mit ihr verbundenen Privilegien, sondern durch "die Befriedigung, der Gesellschaft dienen zu dürfen".

Diese und weitere Tugenden müßte, nach Meinung des Clubs, vor allen anderen öffentlichen Persönlichkeiten der Generalsekretär der Vereinten Nationen in sich verkörpern, ein Amt, von dem im übrigen nicht einzusehen ist, wieso man es immer nur Männern anvertraut habe: Frauen seien bisher nicht einmal als Kandidaten dafür in Betracht gezogen worden. Ein erster, leiser Anflug von Feminismus wird da spürbar, was aber in keiner Weise als ausreichend betrachtet werden kann. Die biologische Verknüpfung von Mütterlichkeit und Zukunftssorgen, die unterschiedliche Rolle der Frau in den diversen Kulturen der interdependenten Welt, Programm und Perspektive einer generellen Feminisierung der Gesellschaft, die Vorzüge eines neuen Matriarchats sind Themen, für die das Buch bedauerlicherweise kein Interesse aufbringt. Zu wünschen wäre dem Club of Rome, daß er sich von diesbezüglichen Überlegungen, wie sie etwa eine Françoise d'Eaubonne bereits in den siebziger Jahren angestellt hat,

inspirieren ließe und, dementsprechend, sich dazu entschlösse, in seinen Mitgliederkreis streitbare Feministinnen aufzunehmen. Ein anderes zu rügendes Defizit besteht im Mangel an kulturpolitischer Dimension. Dem künftig abzuhelfen wäre im Hinblick auf die Fragen sinnerfüllten Lebens, welche die Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung aufwerfen, dringend vonnöten. Philosophie und Geisteswissenschaft, Dichtung, bildende Kunst und Musik, rezeptiv genossen, aktiv betrieben, mit Ehrgeiz und Lernbereitschaft diskutiert, der massenhafte Erwerb klassischer humanistischer Bildung in Wechselwirkung mit der Entfaltung der schöpferischen Potenzen des Individuums, könnte die trostlos niederdrückende Qual des Gefühls, überflüssig zu sein, nicht gebraucht zu werden, zu freudig bejahter Muße für höhere Betätigungen und Zwecke wandeln und obendrein noch die meist mit materiellen Ansprüchen gekoppelten kompensatorischen Bedürfnisse zurückdrängen helfen, die ohne Rohstoffverschwendung und umweltbelastendes Verhalten kaum je zu befriedigen sind. Und was, vollends, wäre geeigneter, die Armseligkeit und Öde eines Universums erahnen und begreifen zu lehren, in welchem die Erde, für Menschen unbewohnbar, auf ihrer elliptischen Bahn um das Zentralgestirn unseres Planetensystems dahinzöge, was wäre anspornender, dies unter keinen Umständen, um keinen Preis zuzulassen, als innige Vertrautheit mit den Gipfelleistungen der Hochkultur! (Daß Raffael und Rembrandt, Shakespeare und Goethe, Bach, Mozart und Beethoven, Aristoteles und Hegel, Balzac und Tolstoi nicht letztlich umsonst gelebt haben dürfen, daß wir alles daransetzen, ihr Fortwirken bis zum Erkalten der Sonne zu gewährleisten, das sind wir den Galaxien des Kosmos schuldig.)

Diesen Beanstandungen sei zum Schluß noch eine Erwägung hinzugefügt, die global orientiertem Denken zu speziell erscheinen mag, als daß es Gegenstand berechtigten Einwandes sein könnte, sie in dem Buch ebenfalls zu vermissen. Sie betrifft die revolutionären Auspizien des nationalen Dilemmas der heutigen Deutschen. Außer Zweifel steht - und der Club of Rome spricht dies mit dankenswert rücksichtsloser Offenheit aus -, daß die Lösung der Weltproblematik der gegenwärtigen Generation, namentlich in den industrialisierten und Wohlstandsregionen, viele materielle Opfer abverlangen wird. Die Initiative, die nötige Bereitschaft dazu zu wecken und ein Vorbild dafür zu liefern, ist vor allem von dem nun wiedervereinigten Deutschland zu erhoffen, und das aus dem einfachen Grund, weil das westöstliche Wohlstandsgefälle hier in einem Staat fortbesteht, dessen Verfassung Gleichheit der Lebensverhältnisse in allen seinen Teilen vorschreibt, herzustellen nicht erst in zwei oder fünf oder zehn Jahren, sondern sofort. Alle Bestrebungen, diesen Mißstand durch Anhebung des Lebensstandards im Territorium der Ex-DDR auf westdeutsches Niveau zu überwinden, laufen den Intentionen des Club of Rome diametral entgegen. Richtig und sinnvoll, seinen Ratschlägen gemäß wäre es, den umgekehrten Weg zu beschreiten: den einer Angleichung nach unten, unter drastischen materiellen Einbußen für die alten Bundesländer, verbunden mit mehr sozialer Sicher-

heit (auf gleichmäßig bescheidenem Niveau) und verbesserter Lebens*qualität* für alle. Dies läge auf der strategischen Linie der lebensrettenden globalen Revolution und wäre überdies auch noch revolutionär im althergebrachten Sinn: Friede den Hütten, Krieg den Palästen (gewaltfreier "Krieg" versteht sich)! Denn was hätte es zur Folge, in Westdeutschland, wo, laut Vermögensstatistik, 40 Milliardäre und knapp 90 000 Millionäre ansässig sind, wo die Regierenden Gehälter, die Abgeordneten Diäten von schändlicher Unmäßigkeit beziehen, den dort weniger begüterten Volksmassen patriotisch begründbaren Verzicht aufzuerlegen? Die Frage stellen heißt sie beantworten. Brächte Deutschland diese revolutionäre Leistung zustande, statt eines ökologisch ganz und gar unerwünschten Wirtschaftswunders nach dem Modell der fünfziger Jahre im Osten, dann hätten jene allzu Reichen mit Recht das Nachsehen, aber der ganzen übrigen Welt wäre ein nicht hoch genug zu veranschlagender Dienst erwiesen: Sie würde erleben, daß so zu verfahren möglich ist, und das wieder würde Schule machen, überall. Mit gutem Grund könnte die Völkergemeinschaft dann erst den Deutschen all das vergeben, was der Hitlerfaschismus ihr im düstersten Jahrzwölft der deutschen Geschichte angetan hat.

Deutschland fällt, so gesehen, eine Schlüsselrolle in der globalen, der Weltrevolution zu. Den deutschen Linken ist daher zu allererst zu raten, sich gründlichem Studium der neuen Veröffentlichung des Club of Rome zu widmen, die darin entwickelten Lehren und Vorschläge sich zu eigen zu machen und sie mit den unverzichtbaren, wertbeständigen, zeitüberdauernden Wahrheiten der marxistischen Überlieferung zu verknüpfen, um die Synthese beider Errungenschaften des Menschengeistes alsbald in Praxis umzusetzen. Und wenn der Club of Rome sein Vorhaben, nationale Assoziationen in rund dreißig Ländern auf fünf Erdteilen ins Leben zu rufen, auch in Deutschland wahrmacht - und vielleicht hat er dies schon getan -, dann dürfen gerade hier die Linken sich von niemandem darin übertreffen lassen, mit ihm in Verbindung zu treten, bei ihm kontinuierlich Rat zu suchen, an ihn die sie bewegenden Fragen heranzutragen.

André Leisewitz

Ökologischer Imperialismus

Historisches Material zur Diskussion eines aktuellen Begriffs

I. Kolonialismus und Weltmarkt

Die Weltbank hat 1990 erstmals einen globalen Umweltbericht vorgelegt.[1] Bei der diesjährigen IWF- und Weltbank-Tagung spielten Konflikte um Ökologieprobleme eine wesentliche Rolle.[2] Die Vorbereitung der 1992 in Rio stattfindenden UN-Umweltkonferenz[3] wirft das Problem der internationalen Regulierung von Emissionen, des Umgangs mit begrenzten Ressourcen und der Möglichkeiten und Schranken für einen Übergang zu einer nachhaltigen, umweltverträglichen und -reproduktiven Wirtschaftsweise erneut auf, das besonders durch den Brundtland-Bericht von 1987 thematisiert worden war.[4] Bei den laufenden Gatt-Verhandlungen geht es um die Frage, ob auch in Zukunft durch die Agrarpolitik der USA und der EG und die von ihnen diktierten Weltagrarmarktbedingungen die Entwicklung einer selbstversorgenden und regional angepaßten Nahrungsmittelproduktion in Dritte-Welt-Ländern systematisch blockiert[5] und damit das Heer der 500 Millionen Hungernden der Welt[6] weiter vergrößert wird. Zugleich läßt der Zusammenbruch der sozialistischen Länder einerseits die Dimension ihrer ökologischen Folgelasten erkennen und stellt andererseits die noch völlig ungewissen Probleme der ökologischen Kosten ihrer kapitalistischen Rekonstruktion in den Raum.[7] In den jüngsten Thesen des

---

1 The World Bank and the Environment. First Annual Report Fiscal 1990, Washington 1990.

2 Bei der Vorstellung des 91er Umweltberichts der Weltbank im Oktober 1991 in Bangkok beanspruchte deren neuer Umwelt-Direktor El-Ashry eine "Führungsrolle" beim globalem Managment von Naturressourcen und Öko-Problemen. Umweltorganisationen kritisierten die Weltbank-Politik als völlig unzureichend bzw. ökologisch katastrophal, ebenso die parallel tagende Konferenz der NGO. Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 14.10.1991, Frankfurter Rundschau v. 15. und 16.10.1991.

3 Zur Vorbereitung der UNCED 92 vgl. Ökologische Briefe, Frankfurt/M., lfd.

4 Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Berlin 1988. Der Bericht war offizielles Dokument der UN-Vollversammlung.

5 Kevin Watkins, Die Weltagrarhandelskrise und die Uruguay-Runde: Auswirkungen für den Süden. GATT-briefing 4/1990.

6 Vermutlich zwanzig Prozent der Weltbevölkerung - eine Milliarde Menschen - leiden an ernährungsbedingten Mangelerscheinungen. Frankfurter Rundschau v. 16.10.1991.

7 Zu den ökologischen Problemen der ehemaligen UdSSR vgl. die Übersichtsdarstellung des DIW "Umweltprobleme in der Sowjetunion und Möglichkeiten für die internationale Zusammenarbeit", DIW-Wochenbericht 20/1991, S. 267ff., sowie: Philip R. Pryde, Environmental managment in the Soviet Union, Cambridge 1991.

Club of Rome werden "die Spannungen zwischen den armen und reichen Ländern" und die mit ihnen eng verwobenen globalen Umweltprobleme als die zentralen Konfliktfelder der Zukunft herausgestellt.[8] All das verweist auf die gewiß nicht neue Einsicht, daß die globale Dimension der Umweltprobleme und die Formen ihrer Regulierung im Rahmen der sich herausbildenden neuen Weltordnung, besonders aber der "Nord-Süd"-Beziehungen[9], zu einem zentralen Politikthema geworden sind. Dabei zeichnet sich, wenn man die internationalen Umwelt-, insbesondere die Klimakonferenzen und die bei ihnen demonstrierten Einstellungen der "Big Three" der kapitalistischen Zentren verfolgt, deren Neigung ab, auch in Zukunft die globalen Umweltprobleme als Randprobleme den nationalen Wirtschafts- und Herrschaftsinteressen unterzuordnen bzw. sie jenen Ländern als Problem zu überlassen, die heute schon in erster Linie unter ihnen zu leiden haben: den Ländern der Dritten Welt. Damit wird man ihre Brisanz jedoch nicht los. Denn es ist ebensowenig eine Propaganda-Formel, wenn in diesem Zusammenhang von einer Überlebenskrise der Menschheit gesprochen wird, wie es eine Übertreibung darstellt, wenn für deren Bewältigung radikale Veränderungen der Produktions- und Lebensweise in den kapitalistischen Zentren erforderlich gehalten werden. Gerade letzteres stellt aber auch die Arbeiterbewegung vor gravierende Einstellungsprobleme.[10]

Die großen regionalen Ökosysteme sind der Ort, an dem es heute zu jenen ökologischen Störungen, Regressionen und Katastrophen kommt, die zusammen mit den Veränderungen in der Atmosphäre das Bild einer drohenden Umweltkatastrophe von globalem Ausmaß ergeben. Der Zusammenbruch von evolutionsgeschichtlich entstandenen Ökosystemen erfolgt dabei in erster Linie in der 3. Welt. "Rund 90 % des Artensterbens, der Bodenerosion, der Waldvernichtung ... und der Wüstenbildung finden gegenwärtig in den Entwicklungsländern statt."[11]

8 Alexander King, Bertrand Schneider, Die globale Revolution. Ein Bericht des Rates des Club of Rome, Spiegel Spezial 2/1991, Hamburg 1991, S. 9ff.

9 Frank Deppe, Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zu einer neuen Weltordnung, Marburg 1991, S. 157ff. "Nunmehr zeichnen sich die Konturen einer weltpolitischen Architektur ab, die die Regulation von multipolaren Machtbeziehungen innerhalb der Triade der kapitalistischen Zentren mit einer Kriegserklärung an die Dritte Welt verbinden." Ebenda, S. 160.

10 Demokratische Kontrolle der technischen Entwicklung insbesondere im Interesse einer gesunden Umwelt und Verwendung des im Norden angehäuften Reichtums für eine menschenwürdige Entwicklung in der Dritten Welt nennt Detlef Hensche an erster Stelle bei der Frage nach gewerkschaftlichen Zukunftszielen. Detlef Hensche, Gewerkschaften zwischen Stabilität und Krise, in: IG Medien Forum 21/1991, S. 18. Vgl. auch André Leisewitz/Klaus Pickshaus, Globale Ökokrise - ein "hartes Thema" für Gewerkschaften? In: Der Trümmerhaufen als Aussichtsturm, Marburg 1991, S. 285ff.

11 Ernst Ulrich von Weizsäcker, Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt, 2. akt. A., Darmstadt 1990, S. 112. Vgl. auch Manfred Wöhlcke, Umweltzerstörung in der Dritten Welt, München 1987; Horst Siebert unter Mitarbeit von Asit Datta, Die vergeudete Umwelt. Steht die Dritte Welt vor dem ökologischen Bankrott? Frankfurt/M. 1990.

Die heutigen globalen Umweltprobleme stehen in engem Zusammenhang mit den Umbrüchen, die vor nunmehr fünfhundert Jahren unter dem Zeichen von Welteroberung und Kolonialismus eingeleitet wurden. Bekanntlich war dies mit ursprünglicher Akkumulation, Expansion der Warenproduktion und -zirkulation und Herstellung des Weltmarktes die "Morgenröte"[12] der heute weltweit herrschenden kapitalistischen Produktionsweise. Sie setzte sich zuerst in den klimatisch gemäßigten Zonen durch, um von dort aus den übrigen Weltregionen und dabei auch deren Ökosystemen ihren Stempel aufzudrücken. Dieser von Alfred W. Crosby als "ecological imperialism"[13] bezeichnete geschichtliche Vorgang steht am Beginn der "modernen", zuerst regionalen, heute globalen Umweltprobleme. Ihm soll im folgenden nachgegangen werden. In einem späteren Beitrag werden gegenwärtige Formen der Entstehung und globalpolitischen Regulierung von Ökologieproblemen diskutiert.

II. Große Ökosysteme - Natur- und Sozialgeschichte

Für die Einteilung der Erde in Groß-Ökosysteme[14] liefert ihre Gliederung in Vegetationszonen einen ersten Anhaltspunkt. Die Pflanzen als Elemente sind die Produzenten der Ökosysteme; eine unterschiedliche Zusammensetzung der Pflanzendecke wirkt sich auf deren Stuktur und Stoffkreisläufe aus. Die Vegetationszonen - insgesamt werden zehn solcher Zonen unterschieden - stellen primär vom Großklima bestimmte regionale Einheiten dar. Der äquatorialen immerfeuchten Klimazone entspricht z.B. die Vegetationszone des immergrünen tropischen Regenwaldes, die in Südamerika das Amazonasbecken und in Afrika das Kongobecken und die Guineaküste umfaßt, sich in Asien von den Südhängen des Himalaja über Burma und Indonesien bis nach Neuguinea erstreckt und von dort auf die Ostküste Australiens übergreift.

12 Karl Marx, Das Kapital, 1. Bd., in: Marx/Engels, Werke Bd. 23, Berlin/DDR 1962, S. 779.

13 Vgl. Alfred W. Crosby, Die Früchte des weißen Mannes. Ökologischer Imperialismus 900 - 1900, Frankfurt/M. 1991.

14 Der Begriff wird hier der Einfachheit halber als Synonym für Ökosysteme und die sog. Biome verwendet-größere Lebensräume mit zusammenhängenden und vergleichbaren Ökosystemen unter relativ einheitlichen klimatischen Bedingungen. Walter und Breckle unterscheiden in ihrer "Ökologie der Erde" neun klimatisch geprägte ökologische Großeinheiten, die sog. Zonobiome. Die Gesamtheit der Biome bildet die Biosphäre. Zur Klassifikation ökologischer Systeme vgl. Rudolf Schubert (Hrsg.), Lehrbuch der Ökologie, 3. überarb. A., Jena 1991, S. 64 ff.; Heinrich Walter, Siegmar-W. Breckle, Ökologie der Erde: Geo-Biosphäre. Bd. 1, Ökologische Grundlagen in globaler Sicht, 2. bearb. A., Stuttgart 1991; Bd. 2, Spezielle Ökologie der Tropischen und Subtropischen Zonen, 2. unv. A., Stuttgart 1991; Bd. 3, Spezielle Ökologie der Gemäßigten und Arktischen Zonen Euro-Nordasiens, Stuttgart 1986; Bd. 4, Spezielle Ökologie der Gemäßigten und Arktischen Zonen außerhalb Euro-Nordasiens, Stuttgart 1990; Hans Joachim Müller (Hrg.), Ökologie. Bearbeitet von R. Bährmann u.a., 2. überarb. A., Jena 1991, S. 118ff., 279ff.

Die empirisch anhand der Faunen- und Florenstruktur gewonnene Unterscheidung in die sechs großen Floren- bzw. fünf Faunenreiche der Erde reflektiert einen anderen übergreifenden Faktor, den man als "Zeitpfeil" der Erdgeschichte bezeichnen könnte. Er repräsentiert zwei wesentliche Vorgänge: die globale Verteilung ursprünglich zusammenhängender, dann auseinanderdriftender Erdmassen, und die (Ko-)Evolution regional ("areal", d.h. an ihre Verbreitungsgebiete) gebundener pflanzlicher und tierischer Organismen.[15] Die Kontinentalplatten waren lange zusammengefügt (Pangäa); sie trennten sich bis zum Trias in zwei große Landmassen (Laurasia und Gondwana, durch das Tethys-Meer getrennt). Höhere Pflanzen und Tiere konnten sich über ganz Pangäa ausbreiten, auch zwischen Gondwana und Laurasia bestanden zeitweilige Brücken. Die heute vorherrschenden angiospermen Pflanzen (Bedecktsamer) entstanden erst kurz vor dem Auseinanderbrechen Gondwanas in die südlichen Kontinente; sie konnten sich gerade noch über alle neuen Erdteile ausbreiten. Säugetiere traten erst später auf und schafften nicht mehr den Sprung auf alle Kontinente. Der Floren- und Faunenbesatz der einzelnen Erdteile ist daher sehr unterschiedlich. Australis z.B. teilt von seinen zehntausend Pflanzenarten mit anderen Florenreichen nur 15 Prozent; moderne, mit einer Placenta ausgerüstete Säugetiere haben das von den übrigen Süd-Kontinenten wegdriftende Australien nicht besiedelt und erst sekundär, vermutlich als Gefährten des Menschen erreicht. Nach Neuseeland gelangten überhaupt keine Säuger auf natürlichem Wege.

Die großen Ökosysteme haben sich als Teilelemente der Biosphäre weitgehend isoliert voneinander entwickelt. Sie verfügen über eigene Stoffkreisläufe und reproduzieren sich im Rahmen der großen Kreislaufsysteme[16] relativ autonom. Das bedeutendste geschlossene Areal der Vegetationszone "immergrüner tropischer Regenwald", das Amazonasbecken, ist ein Beispiel hierfür. Es zeichnet sich durch ausgeglichene Jahrestemperaturen und hohe Jahresniederschläge sowie eine spezifische Bodenstruktur aus: fehlender Dauerhumus bei rascher Zersetzung organischer Substanz und rascher Auswaschung von Mineralien. Die extrem nährstoffarmen Böden tragen die üppigste Vegetation der Erde überhaupt, bei der sich der gesamte Nährstoffvorrat, den die Vegetation benötigt, in einem direkten, sehr schnellen Kreislauf befindet: er ist entweder in der Pflanzenmasse selbst gebunden oder wird bei deren Absterben rasch freigesetzt und sofort wieder resorbiert. Der Zerstörung der Vegetation, etwa durch Brandrodung, folgt die völlige Erschöpfung des Bodens innerhalb weniger

[15] Heinrich Walter, Siegmar-W. Breckle, Ökologie der Erde, Bd. 1, a.a.O., S. 6 ff. Zu den hier nicht zu erörternden Problemen der modernen Biogeographie in der Nachfolge der Wegenerschen Pangäa-Theorie vgl. Ernst Mayr, Die Entwicklung der biologischen Gedankenwelt, Berlin/Heidelberg/New York/Tokyo 1984, S. 360ff. Zur Bedeutung Wegeners: Natur und Museum. Bericht der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft, Bd. 110, H. 11/1980 (Gedächtnisheft zum 100. Todestag).

[16] Zu den verschiedenen Kreislaufsystemen vgl. Frank A. Klötzli, Ökosysteme. Aufbau, Funktionen, Störungen. 2., völlig überarb. A., Stuttgart 1989, S. 89-207.

Jahre. Demgegenüber regeneriert die Vegetation unter natürlichen Bedingungen nicht nur aus sich selbst, sie schafft auch ihre spezifischen klimatischen Bedingungen. Die vom Osten einströmende feuchte Luft des Atlantiks regnet, bis sie die Anden erreicht, etwa sechs bis siebenmal ab, wird jeweils gespeichert und wieder als Feuchtigkeit an die Luft abgegeben. Entwicklung, Selbstregeneration und -regulation in einem dem Evolutionsgeschehen entsprechenden zeitlichen Rhythmus ("Evolutionsuhr") kennzeichnen also entsprechende "ursprüngliche" Großökosysteme.

Die Naturgeschichte der großen Ökosysteme ist stark durch ihr Auseinanderdriften, ihre Isolation gegeneinander und damit durch getrennte Entwicklungspfade unter jeweils spezifischen Bedingungen bestimmt. Die Organismen sind evolutionsgeschichtlich in diese Strukturen und Prozesse eingebunden. Nimmt man z.B. die Vegetation der wegen ihres heute vergleichbaren Klimas so genannten "mediterranen Zonen" (Mittelmeerraum, Kapregion, Kalifornien, Chile, SW-Australien), so handelt es sich um völlig verschiedene Pflanzen und Pflanzengesellschaften, die schon bei Entstehung der jeweiligen Kontinente unterschiedlich waren und die sich unter dem selektierenden Einfluß der besonderen Klimageschichte der einzelnen Regionen evolutiv weiter auseinanderentwickelt haben. Die Faunenreiche unterscheiden sich von den Florenreichen u.a. deswegen, weil die Ausbreitungsmöglichkeit und -geschwindigkeit der Tiere im Vergleich zu den Pflanzen größer war - was auch für den Menschen gilt. Beide wanderten z.B. über die pleistozäne Landverbindung im Bereich der Beringstraße aus Asien in die amerikanischen Subkontinente ein.

Die Erde kennt viele kosmopolitische Tier- und Pflanzen-Arten und solche, die (wie die Zugvögel) über große Entfernungen wandern und voneinander getrennte Ökosysteme miteinander verbinden. Außerdem stellen die Meere, die hohen Gebirgsrücken und die Wüsten nur relative Barrieren (wenn auch sehr mächtige) dar. Aber erst die im Evolutionsgeschehen erfolgreichste Art, der Mensch, hat dem naturgeschichtlichen, durch Kontinentalverschiebung und Evolutionsuhr bestimmten "Zeitpfeil" nachhaltig eine andere Größe und Richtung geben können, indem er diese isolierenden Barrieren überwand und die großen Ökosysteme entgegen der zentrifugalen Tendenz durch Besiedlung und Weltmarkt re-integrierte. Mit seinem besonderen, arbeitsbestimmten Naturverhältnis[17] zwang er ihnen einen anderen zeitlichen Entwicklungsrhythmus und neue, gesellschaftliche Entwicklungsdeterminanten auf.

Seit der Zeit des Kolonialismus[18] gehen daher die Uhren für alle Floren- und Faunenreiche, für alle großen Ökosysteme anders, und sie laufen

[17] Vgl. Karl Hermann Tjaden, Mensch - Gesellschaftsformation - Biosphäre. Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur, Marburg 1990.

[18] Vgl. Manfred Nussbaum, "Kolonialismus", in: Institut für Wirtschaftsgeschichte der AdW der DDR (Hrsg.), Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Berlin/DDR 1981, Bd. 1, S. 580ff.; ders., "Kolonialismus und Neokolonialismus", ebd., Bd. 2, S. 701ff.

zunehmend synchron. Die Ausbreitung von Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen über ihre bisherigen Verbreitungsgebiete hinaus, die Beschleunigung des Aussterbens von Arten und weltweit grassierende Seuchen waren die ersten Zeichen dafür. Kluge Zeitzeugen wie der Naturhistoriker Karl Ernst von Baer registrierten dies schon Mitte letzten Jahrhunderts.[19]

III. Ökokolonialismus - globale Areal-Veränderungen

Die von Europa ausgehende Kolonisierung der Welt seit dem 16. Jahrhundert stellt nicht die erste Ausbreitungswelle des Menschen dar. Über zeitweilig existierende Landbrücken hatte in der Frühgeschichte eine "geographische Vorhut" die später voneinander isolierten Erdteile (die amerikanischen Subkontinente, Australien) erreicht und als Urbevölkerung besiedelt. Sie blieb aber in den Rhythmus gegeneinander abgeschlossener, naturgeschichtlicher Entwicklung der Ökosysteme, in und von denen sie lebte, eingebunden und beeinträchtigte die Selbstregulation dieser Systeme nicht oder höchstens am Rande. Die durch Arbeit vermittelte Beziehung der Menschen zu diesen Ökosystemen entwickelte sich dabei in unterschiedlichen Formen und sehr ungleichzeitig. Vergleicht man, um dies zu illustrieren, wieder die mediterranen Zonen, so wird das erste Auftreten des Menschen als Jäger und Sammler in Südafrika auf die Zeit vor etwa 500, im Mittelmeerraum vor 400, in Australien vor 40, in Kalifornien vor 14 und in Chile vor 11 Tausend Jahren datiert. Ackerbau wurde dagegen erst vor etwa 300 (Südafrika), 10.000 bis 6.000 (Mittelmeer), 150 (Australien und Kalifornien) und vielleicht 1.000 (Chile) Jahren registriert. Mit dem unterschiedlichen Ausmaß von Naturbearbeitung und - eingriffen war damit auch ein regional völlig unterschiedlicher Grad der Umgestaltung der natürlichen zu einer anthropogenen Kulturlandschaft verbunden - man denke nur an die urgesellschaftlichen Jäger Australiens im Vergleich zu den Bewässerungs- und Terassenbodenbau betreibenden Andenvölkern im heutigen Chile und den Bewohnern des seit dem frühen Altertum dicht besiedelten Mittelmeerraums, der durch Rodung, Beweidung und

[19] Karl Ernst von Baer, Über das Aussterben der Thierarten in physiologischer und nichtphysiologischer Hinsicht, und den Untergang von Arten, die mit dem Menschen zusammengelebt haben, insbesondere (1861). Die Ursachen für "das Aussterben gewisser Menschenstämme bei naher Berührung mit civilisierten Völkern" sind "Vernichtung durch Kampf", Landraub und Tauschwirtschaft sowie "Brandtwein, Pocken und Lustseuche". Artenvernichtung als andere Seite der Medaille beschreibt v. Baer am Beispiel der Stellerschen Seekuh, bei der man "das Jahr, in welcher die Europäische Erwerbsucht mit dieser Thier-Art in Berührung kam, so wie das Jahr, in welchem das letzte Opfer fiel, angeben kann und zwischen beiden Terminen nur 27 Jahr verliefen." Durchaus prophetisch ist v. Baers Bemerkung "Die Zahl der Arten, deren Aussterben in historischer Zeit nachgewiesen werden kann, (ist) keineswegs ganz klein. Im Laufe weniger Jahrhunderte wird sie viel ansehnlicher sein, wenn man nicht Vorkehrungen künstlicher Schonung trifft." Zit. nach: Engelbert Schramm (Hrsg.), Ökologie-Lesebuch. Ausgewählte Texte zur Entwicklung ökologischen Denkens, Frankfurt/M. 1984, S. 91ff.

Landwirtschaft mit den bekannten Erosions- und Verkarstungsfolgen völlig in eine anthropogene Kulturlandschaft umgewandelt worden war.[20]

Mit der zweiten Ausbreitungswelle des Menschen, diesmal von Europa aus, wurde unter dem Zeichen von Kolonialismus und Weltmarkt diese Ungleichzeitigkeit mit weitgehender Ausrottung und Unterwerfung der Urbevölkerungen aufgehoben, die Isolation der Erdteile einschließlich ihrer Ökosysteme sukzessive aufgebrochen und insofern eine zunehmend einheitliche Welt[21] konstituiert. Die Folgewirkungen dieser großen Umwälzung prägen bis heute Antlitz und ökologische Konstitution des Globus. Dabei verlief die Entwicklung in den klimatischen Großregionen - Tropen, Subtropen und gemäßigte Zonen - z. T. sehr unterschiedlich[22], was im einzelnen zu berücksichtigen sein wird.

III.1 Die "Europäisierung" der Ökosysteme der gemäßigten Zone

Die koloniale Eroberung und Besiedlung der hinsichtlich ihrer klimatischen und Bodenverhältnisse mit Europa vergleichbaren ("gemäßigten") Zonen Amerikas sowie Australiens und Neuseelands hat dort zu einer radikalen Veränderung der vorgefundenen Ökosysteme geführt. Diese Regionen, die heute von allen Ländern der Erde am meisten Nahrungsmittel europäischer Herkunft exportieren, kannten vor 500 Jahren weder Weizen noch Gerste, noch Reis, noch Rinder, Schweine, Schafe oder Ziegen. Nicht nur ihre Urbevölkerung, sondern auch ihre ursprüngliche Pflanzen- und Tierwelt sah völlig anders aus als heute. Von den fünfzehn wichtigsten Nutzpflanzenarten der USA stammt nur der Mais aus dem eigenen Land.[23] In diese "neoeuropäischen" Regionen importierte Haustiere (Vieh) sowie Nutzpflanzen, besonders aber Unkräuter, breiteten sich rasch aus und drängten einheimische Arten zurück. Einige Beispiele: Die Vegetation im zentralen Hochland Mexikos wurde durch riesige Herden spanischer Rinder kahlgefressen und so strapaziert, daß sich mitgeführte Unkräuter ("Kolonistenpflanzen") explosionsartig vermehrten. "Wahrscheinlich war die zentralmexikanische Unkrautflora um 1600 bereits weitgehend identisch mit der heutigen und bestand aus Pflanzen vorwiegend eurasischer, besonders mediterraner Herkunft."[24] Das importierte und bald verwilderte Vieh aus Europa ruinierte seit Ende des 16. Jahrhunderts "mit Zähnen und

[20] Vgl. Autorenkollektiv unter Leitung von Heinz Grünert, Geschichte der Urgesellschaft, Berlin/DDR 1982, S. 138ff.; Luis Vitale, Umwelt in Lateinamerika. Die Geschichte einer Zerstörung. Von den Kulturen der Eingeborenen zur ökologischen Krise der Gegenwart, Frankfurt/M. 1990, S. 48ff.; Heinrich Walter, Siegmar-W. Breckle, Ökologie der Erde, Bd. 4, a.a.O., S. 6 und 14.

[21] Deren schrittweises Zusammenwachsen beschreibt Fernand Braudel, Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts, Bd. 3: Aufbruch zur Weltwirtschaft, München 1986.

[22] Dies stellt besonders W. G. Moore heraus: The Geography of Capitalism, London 1938.

[23] Asit Datta, Welthandel und Welthunger, 4. A., München 1988, S. 19.

[24] Alfred W. Crosby, Die Früchte des weißen Mannes, a.a.O., S. 151.

Hufen" den Boden und die Flora der südamerikanischen Pampa und öffneten sie für europäische Gräser und andere Unkräuter. Darwin studierte hier 1833 riesige Artischockendickichte und konnte sich an keinen Fall entsinnen, "wo sich eine Pflanze so umfassend gegen die Urbewohner durchgesetzt hat". Anfang des 20. Jahrhunderts waren von allen wildwachsenden Pflanzen der Pampa nur noch ein Viertel einheimische Arten.[25] Darwin und der bedeutendste zeitgenössische Botaniker Großbritanniens, Hooker, wunderten sich über "die schreckliche Niederlage" (Darwin) der einheimischen und die "usurpatorischen Tendenzen" (Hooker) der europäischen Importpflanzen in Amerika und Australien. Ein umgekehrter Austausch von Tier- und Pflanzenarten aus der neuen in die alte Welt (den sie erwartet hatten) fand mit wenigen Ausnahmen nicht statt. Das gleiche Muster gilt für die Ausbreitung von Mikroorganismen als Urheber von Seuchen, an die das Immunsystem der Urbevölkerung der kolonisierten Kontinente nicht angepaßt war und denen sie daher massenhaft zum Opfer fiel.[26] Auch hier dominierte im wesentlichen der Export in eine Richtung - aus Europa in die neoeuropäischen Regionen.

Nach Crosbys Ansicht liegt diesem "ökologischen Imperialismus" folgender Zusammenhang zugrunde: Die großen Ökosysteme und die in ihnen lebenden Menschen hatten sich in getrennten Bahnen und isoliert voneinander entwickelt. In der alten Welt entstand mit der neolithischen Revolution (Übergang zu Ackerbau und Viehzucht, Seßhaftigkeit, wachsende Bevölkerungsdichte, Vorratswirtschaft mit zunehmender Abfalldeponierung am Siedlungsort) ein neues, auch bei Wanderung mitgeschlepptes Existenzmilieu der Menschen, für das neben dem engen Kontakt zu domestizierten Tieren auch die Ausbildung einer ganzen Palette von Unkräutern, Parasiten, Schädlingen und Krankheits(Seuchen-)erregern charakteristisch war. Die nach Amerika und Australien eingewanderten Frühmenschen erreichten diese Entwicklungsstufe später und nur begrenzt; sie verfügten entsprechend der "verschiedne(n) Naturbegabung der beiden großen Erdkontinente"[27] über weniger Nutzpflanzen und sehr viel weniger Tierarten,

[25] Ebenda, S. 161. Zum "Pampa-Problem" vgl. Heinrich Walter, Siegmar-W. Breckle, Ökologie der Erde, Bd. 4, a.a.O., S. 385ff.

[26] Nach Berechnungen des brasilianischen Anthropologen Darcy Ribeiro sind mehr als die Hälfte der eingeborenen Bevölkerung Amerikas, Australiens und der ozeanischen Inseln auf diese Weise umgekommen. Vgl. Eduardo Galeano, Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart, Wuppertal 1973, S. 28.

[27] Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: Marx/Engels, Werke Bd. 21, Berlin/DDR 1975, S. 32. "Nun besaß der östliche Kontinent ... fast alle zur Zähmung tauglichen Tiere und alle kulturfähigen Getreidearten außer einer; der westliche, Amerika, von zähmbaren Säugetieren nur das Lama ... und von allen Kulturgetreiden nur ... den Mais. Diese verschiednen Naturbedingungen bewirken, daß von nun an die Bevölkerung jeder Halbkugel ihren besondern Gang geht ..." Zu dem heute breiteren Kenntnisstand über die Naturgrundlagen in den Entstehungszentren von Pflanzenbau und Tierzucht vgl. Autorenkollektiv unter Leitung von Heinz Grünert, Geschichte der Urgesellschaft, a.a.O., S. 174ff. (Vorderasien), S. 204ff. (Südostasien, China, Nord- und Süd-Amerika).

und auch Seuchen waren bei ihnen (u.a. wegen der meist geringeren Siedlungsdichte) weniger ausgeprägt. Zugleich entstanden in den später "neoeuropäischen" Regionen ökologische Nischen durch das Aussterben großer Tiere. Warum dies der Fall war und ob sie, wie eine Reihe Forscher vermuten, von Frühmenschen als Beutetiere ausgerottet wurden, ist umstritten.[28]

Mit der kolonialen Eroberung stießen die einwandernden Europäer in diese Ökonischen. Die von ihnen mitgebrachten Nutztiere vermehrten sich meist sehr rasch, verwilderten und zerstörten oft die vorgefundene Vegetation. Sie schufen damit Raum für die Ausbreitung von ebenfalls importierten Sukzessionspflanzen, die aufgrund ihrer jahrtausendelangen Koexistenz mit den in der alten Welt domestizierten Vieharten weniger empfindlich gegen deren Beweidung und Betritt waren.[29] Dazu kamen Abholzung und Abbrennen von Wäldern und Grasflächen, Bodenbearbeitung, Erschließung, Durchsiedlung und später Industrialisierung der kolonisierten Regionen. Zu den Folgen dieser radikalen Umgestaltung großer Ökosysteme der gemäßigten Zone gehört z.B. auch die globale Ausbreitung der an die europäische Kulturlandschaft angepaßten Haussperlinge und Stare, die es zu Beginn des 19. Jahrhunderts weder in Amerika noch den anderen neoeuropäischen Regionen gegeben hatte.

Die hier genannten ökologischen Aspekte des Kolonialismus wurden in der zeitgenössischen Naturforschung des 18. und 19. Jahrhunderts durchaus wahrgenommen und diskutiert.[30] Unklarheit herrschte über Ausmaß und den zugrundeliegenden ökologischen Mechanismus. Der Tausch von Flora, Fauna und Mikroorganismen zwischen der alten und der neuen Welt blieb nicht nur wegen der "verschiednen Naturbedingungen" ungleich, sondern

[28] Einer Zusammenstellung von Andrew Goudie zufolge ist die Artenvernichtung durch die Frühmenschen nicht zu unterschätzen. Das gilt zuerst für Afrika und Süd-Asien, später für Europa, Nord-Asien, Amerika und Australien. In Nord-West-Europa wurden mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit große Jagdtiere in beträchtlicher Artenzahl lange vor dem Neolithikum (im späten Pleistozän) ausgerottet. Andrew Goudie, The changing human impact, in: The Fragile Environment. The Darwin College Lectures, ed. by Laurie Friday and Ronald Laskey, Cambridge 1991, S.7.

[29] Alfred W. Crosby, a.a.O., S. 233. "Infolge der Einführung der europäischen Haustiere in diesen Gebieten wurden dort die eingeschleppten europäischen Weidepflanzen und -unkräuter begünstigt. Denn diese waren durch die jahrtausendelange Selektion verbiß- und trittresistent geworden, während diese Eigenschaften den einheimischen Arten fehlten. Dadurch nahmen die weiten beweideten Flächen ebenfalls ein europäisches Gepräge an." Heinrich Walter, Siegmar-W. Breckle, Ökologie der Erde, Bd. 4, a.a.O., S. 25.

[30] Als Übersicht Clarence J. Gacken, Zum Wandel der Vorstellungen über den menschlichen Lebensraum, in: Rolf Peter Sieferle (Hrsg.), Fortschritte der Naturzerstörung, Frankfurt/M. 1988, S. 158ff. Engels bringt als Beispiel für den Mechanismus von Viehexport, Vegetations- und Bodenzerstörung und anschließender Ausbreitung der von Kolonisten zugeführten Pflanzen (der Mensch "versetzt Nutzpflanzen und Haustiere von einem Land ins andre und ändert so die Vegetation und das Tierleben ganzer Weltteile") die Insel St. Helena. Friedrich Engels, Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen, in: Marx/Engels, Werke Bd. 20, Berlin/DDR 1968, S. 451.

auch, weil die längst zu Kulturlandschaften umgestalteten, also anthropogenen Ökosysteme der alten Welt jetzt geschlossen und intakt blieben und nicht, wie in den kolonisierten Zonen, durch Vieh, Äxte und Feuer großflächig degradiert und damit für Sukzessoren geöffnet wurden. Nach Crosbys Ansicht bewirkte die Zerstörung und Umwälzung der vorgefundenen Ökosysteme "tiefergehende Veränderungen ... als alle Eingriffe, die unser Planet seit der großen Artenvernichtung am Ende der Eiszeit erlebt hatte"; zugleich war sie mit der Dezimierung der Urbevölkerung - durch Gewalt, eingeschleppte Krankheitserreger (Typhus, Pocken), Zwangsarbeit - "die gewaltigste demographische Katastrophe der Weltgeschichte."[31]

III.2 Raubbau, anthropogene Vegetation und Plantagenwirtschaft in den Tropen

Die oft zitierte Bemerkung von Marx, daß die kapitalistische Produktionsweise "die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter", ist mit einem Verweis auf die Vereinigten Staaten verbunden.[32] Die Landwirtschaft Nordamerikas wurde, obwohl von Bodenerosion geplagt, schon 1880 zum größten Getreideexporteur der Welt und hat seither mit ihrer Überproduktion den internationalen Agrarmarkt überschwemmt.[33] Die Verwandlung weiter Teile Nordamerikas in eine fruchtbare Kulturlandschaft konnte sich dabei auf eine ungewöhnliche Naturgunst stützen (gute Böden, lange Vegetationsperiode, ausreichende Niederschläge), hing aber ebenso davon ab, daß die Kolonisierung des Landes und die agrarische Umgestaltung seiner Ökosysteme einem anderen Muster als die abhängige Wirtschaft in den tropischen und subtropischen Kolonien z.B. des südamerikanischen Kontinents folgte. Dort setzte sich viel krasser und ruinöser die "Raubwirthschaft" durch, die der von Marx im "Kapital" zitierte Liebig kritisiert hatte.

Die Kolonisierung der tropischen und subtropischen Regionen erwies sich im Vergleich zu den neoeuropäischen Zonen als ungleich schwieriger. Die tropischen Regionen blieben für die Kolonisatoren schwerer zugänglich

31 Alfred W. Crosby, a.a.O., S. 216, 206. Galeano schreibt mit Verweis auf den bereits zitierten Darcy Ribeiro: "Die Indios des amerikanischen Kontinents zählten nicht weniger als siebzig Millionen, wenn nicht sogar mehr, als die ausländischen Konquistadoren am Horizont auftauchten; anderthalb Jahrhunderte später waren sie auf nur dreieinhalb Millionen zusammengeschmolzen." Eduardo Galeano, Die offenen Adern Lateinamerikas, a.a.O., S. 50.

32 Karl Marx, Das Kapital, 1. Bd., in: Marx/Engels, Werke Bd. 23, Berlin/DDR 1962, S. 529f. Auszüge zu "Geschichte des Feldbaus in Nordamerika" und "Ausraubung der Felder an den Bedingungen ihrer Fruchtbarkeit" aus Justus von Liebigs "Einleitung in die Naturgesetze des Feldbaus", auf die Marx sich bezieht, sind abgedruckt bei E. Schramm (Hrsg.), Ökologie-Lesebuch, a.a.O., S. 117ff.

33 Vgl. Donald Worster, "Dust Bowl", Dürre und Winderosion im amerikanischen Südwesten, in: Rolf Peter Sieferle (Hrsg.), Fortschritte der Naturzerstörung, a.a.O., S. 118ff.; Roland Hahn, Die USA als Natur- und Wirtschaftsraum, in: Hans-Georg Wehling, USA, Stuttgart u.a. 1980, S. 23ff.

und ihre Durchsetzung mit europäischen Vieh- und Planzenarten konnte aus klimatischen Gründen kaum oder nur sehr begrenzt gelingen.[34] Generell gilt, was Nicolo Gligo und Jorge Morello für Lateinamerika feststellten, daß sich der koloniale "Eingriff in die Ökosysteme bevorzugt in gemäßigten Zonen (vollzog). Die Eingriffe in die Tropen waren auf den Einflußbereich der Küstengebiete und auf die Einsetzung von ökologischen Enklaven ... beschränkt."[35] Die systematische Verbreitung von Nutzpflanzen, die mit dem Kolonialismus in den Tropen und Subtropen verbunden war, erfolgte im Rahmen des tropisch/subtropischen Klimagürtels und trug in Verbindung mit vielfältigen Formen des Raubbaus zu einer rigorosen Veränderung der ursprünglichen Ökosysteme bei.

Die Ausbeutung der tropischen und subtropischen Kolonialgebiete[36] nahm im Zuge der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals zuerst die Form einer mehr oder weniger systematischen Plünderung an ("Extraktivismus"[37]). Die neuen Regionen wurden nach menschlichen (Sklaven), mineralischen (Edelmetalle), pflanzlichen (Holz, Früchte, Gewürze) und tierischen Ressourcen durchforstet, die in die Mutterländer abtransportiert oder über den sich herausbildenden Weltmarkt in andere Kolonialgebiete verkauft wurden. Letzteres, z.B. der Dreieckshandel mit Sklaven, Kolonialprodukten und Industriewaren, setzte aber bereits eine Umstrukturierung der Kolonialwirtschaft voraus. Mit wachsender Bedeutung der industriellen Produktion und des Massenverbrauchs (Nahrungsmittelversorgung) in den imperialen Kolonialländern etablierte sich in den Kolonien eine exportorientierte Minen-, Plantagen- und Weidewirtschaft mit Monokultur-Strukturen, die als entwickeltere Form des "Extraktivismus" der dauerhaften Rohstoffversorgung der industriellen Metropolen diente. Hier wurden zuerst unter Einsatz verschiedener Formen der direkten Zwangsarbeit (besonders Sklavenwirtschaft), dann der Lohnarbeit der Natur mineralische, pflanzliche und tierische Produkte abgewonnen, die in den Metropolen nicht oder nicht ausreichend verfügbar waren. Neben Raubbau an Vegetation und Boden - dies gilt besonders für die Holznutzung der Tropen - zog der Übergang zur Plantagenwirtschaft die Verfrachtung von Nutzpflanzen innerhalb des tropischen bzw.

34 W. G. Moore, The Geography of Capitalism, a.a.O., S. 14ff.; Alfred W. Crosby, Die Früchte des weißen Mannes, a.a.O., S. 133ff. Afrika blieb lange von einer direkten Kolonisation ausgenommen (was dem Sklavenhandel keinen Abbruch tat); erst nach 1880 nahmen die Kolonialmächte große Teile des Landes in Besitz. Die für Europa charakteristische Kombination von Ackerbau und Viehzucht ist in weiten Teilen Afrikas wegen der für das Vieh tödlichen Trypanosomiasis nicht denkbar. Vgl. Paul Harrison, Afrika stirbt nicht, Reinbek b. Hamburg 1988, S. 29ff. und 47ff.

35 Zit. nach Luis Vitale, Umwelt in Lateinamerika, a.a.O., S. 88.

36 Vgl. Parviz Khalatbari, "Koloniale Vergangenheit", in: Institut für Wirtschaftsgeschichte der AdW der DDR (Hrsg.), Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Berlin/DDR 1981, Bd. 2, S. 836ff.

37 Elmar Altvater, Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung - der Fall Brasilien, Hamburg 1987, S. 157.

subtropischen Gürtels um den ganzen Erdball nach sich. Ziel waren die Ausweitung von Anbauregionen und die Brechung regionaler bzw. nationaler Monopolstellungen bei der Erzeugung wichtiger Rohstoffe. Einige Daten zur Ausbreitung der wichtigsten Nutzpflanzen des tropisch-subtropischen Gürtels unter dem Kolonialregime können als Illustrierung dienen.[38]

Während verschiedene Arten von Baumwolle sowohl in der Alten wie der Neuen Welt heimisch waren, kam Reis nur in Asien und Afrika vor und wurde im 17. Jahrhundert nach Amerika überführt. Tee: heimisch in China, in Indien nach seiner Entdeckung 1823 in Assam systematisch als Kulturpflanze verbreitet; ebenso Jute, die von Indien nach Ostasien und Afrika exportiert wurde. Der in Afrika in verschiedenen Arten bodenständige Kaffee fand im gesamten Tropengürtel Verbreitung, Kakao aus dem nördlichen Südamerika wurde auf beiden amerikanischen Subkontinenten sowie in Afrika und Ostasien angesiedelt. Die wichtigsten Gewürzpflanzen wurden ebenso mehr oder weniger über die gesamten Tropen verbreitet. Bananenpflanzen kamen aus Südostasien über die Kanaren nach Mittelamerika; umgekehrt gelangte durch die Spanier Ananas aus Mexiko/Brasilien in den übrigen Tropenbereich, durch die Portugiesen Maniok, Mais und Batate nach Afrika. usw.

In Brasilien[39] folgte auf die erste Phase massiver Holzausbeutung ("Brasil Holz") der Übergang zum Zuckerrohranbau auf Plantagen. Zu diesem Zweck wurden in Nordostbrasilien im 17. Jahrhundert riesige Waldflächen gerodet. "Die Brände, durch die die Erde für die Pflanzungen freigelegt wurde, verwüsteten den Wald und mit ihm die Fauna; es verschwanden die Hirsche, die Wildschweine, die Tapire, die Kaninchen, die Pakas und die Gürteltiere. Der Pflanzenteppich, Flora und Fauna wurden auf den Altären der Monokultur dem Zuckerrohr geopfert. Die extensive Bewirtschaftung erschöpfte den Boden schnell."[40] Gleiches auf den Karibischen Inseln oder auf Kuba. Wälder, Weidefelder, Anbauflächen anderer Pflanzen wurden für Zuckerrohrkulturen umgewidmet. Die Inseln konnten sich plötzlich selbst nicht mehr ernähren und die Bodenfruchtbarkeit ging rapide zurück. Gleiche Folgen brachten die Kakao-Monokulturen und der Kaffeeanbau auf Großplantagen oder die spätere "Bananisierung" Mittelamerikas. Datta schreibt über das Guatemala des 17. Jahrhunderts: "Die Exportorientierung der Landwirtschaft hatte zur Folge, daß die Plantagenwirtschaft immer mehr auf Kosten der einheimischen Nahrungsmittelproduktion ausgeweitet wurde." Auf die Kakao-Monokultur folgten Indigo und Conchenille, die in Europas Textilindustrie gefragten Färbemittel; ferner

38 Daten nach Joseph Partsch, Geographie des Welthandels, Breslau 1927, S. 201-264; Asit Datta, Welthandel und Welthunger, a.a.O.; Josef Schmithüsen, Allgemeine Vegetationsgeographie, 3. erw. A., Berlin 1968, S. 117ff.

39 Asit Datta, Welthandel und Welthunger, a.a.O., S. 30ff.

40 Eduardo Galeano, Die offenen Adern Lateinamerikas, a.a.O., S. 75f.

Baumwolle. Im 19. Jahrhundert kam die Umstellung auf Kaffee. Zugleich verfestigte sich im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung nach Ansicht von Luis Vitale die Rolle der Länder Lateinamerikas "als reine Rohstofflieferanten und Importeure von industriellen Produkten". Dies bedeutete Konzentration auf wenige Rohstoffe, Nutzung der besten Böden für die Exportwirtschaft, Beschleunigung der Zerstörung der Wälder.[41] Gliogo und Morello nennen als Hauptprobleme für die Ökosysteme Lateinamerikas die Monokulturen für Baumwolle, Kaffee, Kakao und Zucker, die ersatzlose Waldabholzung für Bergbau und Erzschmelze sowie die Überweidung und Bodenerosion besonders in den trockeneren Regionen durch intensive Viehhaltung für den Fleischexport. Zugleich drängte die Ausweitung der großen Latifundien und die Aneignung der Produktionsüberschüsse durch die großen Landbesitzer die kleinen Bauern zu einer übermäßigen Ausbeutung der Böden.[42]

Welche Dimension nahmen diese Eingriffe ein? Daß ganze Inseln wie Kuba und größere Regionen Mittel- und Südamerikas auf Jahrhunderte an Monokulturen und deren negative Folgen für die Bodenfruchtbarkeit gebunden wurden, ist bekannt. Mansilla hat versucht, anhand alter Quellen das Aussehen der Landschaft und einiger wesentlicher Ökosysteme im Bolivien der vorspanischen Zeit zu rekonstruieren und die kolonialen Veränderungen bis zur Gegenwart auch quantitativ zu bewerten.[43] Die bolivianische Hochebene, die heute eine baumlose, stark erodierte Steppe mit Übergang in eine reine Wüste darstellt, "beherbergte die entwickeltsten Hochkulturen der vorspanischen Zeit" und war eine überaus fruchtbare Region. Den spanischen Kolonialisten, die eine wald- und vegetationsreiche, fruchtbare Landschaft vorfanden, gelang es, dieses "ökologisch einmalige Großsystem in einer relativ kurzen Zeitspanne von höchstens hundertfünfzig Jahren zu zerrütten". Durch Einführung neuer Agrartechniken (Pflug, Brandrodung) und Pflanzen (Getreide) sowie Tiere (Kühe, Schafe, Ziegen, Pferde) und systematische Abholzung für den Bergbau wurde die Hochebene sehr rasch aus ihrem ökologischen Gleichgewicht gebracht - mit der Folge zunehmender Bodenerosion und Versteppung bis Mitte des 17. Jahrhunderts. Bis zum Ende des folgenden Jahrhunderts hatte die Bodenerosion mehr als 10 Prozent der Gesamtfläche des Landes erfaßt. Dieser Prozeß weitete sich in den folgenden anderthalb Jahrhunderten mit Ausdehnung der Agrar- und Weideflächen sowie der Anlage von Kautschukplantagen auf mehr als das Doppelte aus.[44] Die Erosion betraf jedoch in der Hauptsache die klimatisch gemäßigteren Regionen des Lan-

41 Luis Vitale, Umwelt in Lateinamerika, a.a.O., S. 85ff.

42 Nicolo Gligo, Jorge Morello, zit. bei Luis Vitale, Umwelt in Lateinamerika, a.a.O., S. 88ff.

43 H.C.F. Mansilla, Nationale Identität, gesellschaftliche Wahrnehmung natürlicher Ressourcen und ökologische Probleme in Bolivien, München 1984, S. 130ff. und 139ff.

44 Ebenda, S. 144ff.

des; die heute zu einem Drittel erodierten tropischen und subtropischen Zonen Boliviens wurden in der spanischen Kolonialzeit kaum geschädigt.[45]

IV. Kurze Zwischenbilanz: eine, aber eine geteilte Welt

1. Crosbys Meinung, der Umbruch der Ökosysteme in der Folge des Kolonialismus stelle den tiefsten Einschnitt seit der großen Artenvernichtung am Ende der Eiszeit dar, wird man nur begrenzt, in erster Linie qualitativ zustimmen können. Denn einerseits fällt in diese Zeit die neolithische Revolution mit dem Übergang zu Ackerbau, Viehzucht und Seßhaftigkeit mit allen geschilderten Folgen, insbesondere auch den Umwälzungen der Ökosysteme im vorderasiatischen, besonders dem europäischen Raum. Und andererseits blieben die kolonialen Eingriffe in die Ökosysteme der tropischen und subtropischen Zonen wenn auch regional unterschiedlich, so doch insgesamt quantitativ sehr begrenzt. Der große Faunen- und Florenschnitt, den wir heute mit der Beschleunigung des Artensterbens erleben, wurde damals erst eingeleitet. Macht man diese Einschränkung, so fällt andererseits die Wucht auf, mit der die koloniale Vereinheitlichung der Welt in den "neoeuropäischen" (gemäßigten) Zonen und punktuell auch den tropisch/subtropischen Zonen ihren ökologischen Tribut forderte. Sich entwickelnder Kapitalismus, Weltmarkt und internationale Arbeitsteilung stellten die "natürliche Bestimmung"[46] der einzelnen Ökosysteme gehörig auf den Kopf. Das hatten freilich auch die Neolithiker und ihre Nachfahren in Europa getan. Die Degradierung der Ökosysteme West- und Mitteleuropas und des Mittelmeerraumes führte zur Herausbildung anthropogener Ökosysteme mit z.T. äußerst geringer Nutzungsmöglichkeit. Die lange zurückliegende Waldvernichtung in den atlantischen Zonen Westeuropas zog den Nährstoffverlust der armen Böden und deren Versauerung bzw. Vermoorung nach sich.[47] Die ursprüngliche Vegetation Mitteleuropas war schon in der Mitte des Jahrtausends in weiten Bereichen einer rein anthropogenen Pflanzendecke gewichen. Im Vergleich zu den atlantischen Zonen boten die andere Bodenstruktur und das Klima hier jedoch günstige Voraussetzungen für eine intensiv genutzte Kulturlandschaft.[48] Über den Mittelmeerraum ist das Notwendige schon gesagt

45 Ebenda, S. 152, 166.

46 "Man sagt uns zum Beispiel, daß der Freihandel eine internationale Arbeitsteilung ins Leben rufen und damit jedem Lande eine mit seinen natürlichen Vorteilen harmonierende Produktion zuweisen würde. Sie glauben vielleicht ... ,daß die Produktion von Kaffee und Zucker die natürliche Bestimmung von Westindien sei. Vor zwei Jahrhunderten hatte die Natur, die sich nicht um den Handel kümmert, dort weder Kaffeebäume noch Zuckerrohr gepflanzt." Karl Marx, Rede über die Frage des Freihandels (1848), in: Marx/Engels, Werke Bd. 4, Berlin/DDR 1959, S. 456.

47 Heinrich Walter, Siegmar-W. Breckle, Ökologie der Erde, Bd. 3, a.a.O., S. 12ff. Dieser Prozeß ist mit der Zerstörung von tropischen Böden durchaus vergleichbar.

48 Vgl. ebenda, S. 27ff. und 93f.

worden. Aber der anthropogene Umbruch der Ökosysteme, der sich in Europa in einer Zeitspanne von mehr als zweitausend Jahren vollzogen hatte, brach jetzt abrupt in höchstens einigen Jahrhunderten über die koloniale Peripherie herein.

2. Hatten Darwin, Hooker und andere im 19. Jahrhundert noch einen gleichen, sozusagen "gerechten" Austausch bei Flora und Fauna zwischen imperialistischen Zentren und Kolonialländern erwartet, so blieb diese Umgestaltung im großen und ganzen eine Einbahnstraße. Die Ursachen sind genannt worden. Die gesellschaftlichen Bedingungen, die mit der kolonialen Expansion auch die (sukzessive) ökologische Umgestaltung des Globus in Gang setzten, machten auch daraus einen abhängigen, von den Metropolen ausgelösten und gesteuerten Prozeß. Wenn die Indianer Nordamerikas Plantago, den Wegerich - ein harmloses, in vieler Hinsicht nützliches, für Wundbehandlung ebenso wie als Nahrungsbeimischung brauchbares, freilich expansives Unkraut - "die Spur des weißen Mannes" nannten,[49] so war dies die Spur der siegreichen Eroberer.

3. "Amerika, du hast es besser"? Ernesto Galeano hat, mit Blick auf die beiden Amerikas, die entscheidende und aktuelle Frage gestellt: "Warum ist der Norden reich und der Süden arm?" Die Antwort[50] hängt auch mit den Naturbedingungen zusammen. Der Süden winkte mit Gold und Silber, einer in Bergwerken und auf Plantagen ausbeutbaren Bevölkerung und "tropischen Böden von märchenhafter Fruchtbarkeit". Die Kolonien in den gemäßigten Zonen des Nordens boten all das nicht, insbesondere boten sie zumindest zu Anfang keine Komplementärprodukte, die es lukrativ gemacht hätten, das Land auf den Status des abhängigen Rohstofflieferanten mit ökonomischer und außerökonomischer Gewalt[51] festzuschreiben. Dem "Extraktivismus" des Südens und seinen von der kolonialen Abhängigkeit profitierenden Oligarchien standen Plantagenwirtschaft und Industrialisierung für den sich entfaltenden inneren Markt und die Expansion nach außen gegenüber. "Nicht das tropische Klima mit seiner überwuchernden Vegetation, sondern die gemäßigte Zone ist das Mutterland des Kapitals."

49 Luis Vitale, Umwelt in Lateinamerika, a.a.O., S. 43.

50 Ernesto Galeano, Die offenen Adern Lateinamerikas, a.a.O., S. 151ff.; vgl. auch Luis Vitale, Umwelt in Lateinamerika, a.a.O., S. 68ff.; Karl Marx, Das Kapital, I. Bd., a.a.O., S. 535ff.

51 Die portugiesische Königin verbot 1785 jede Industrialisierung Brasiliens und ließ dort anzutreffende Manufakturen zerstören; der Hauptakt der East India Company bestand darin, den indischen Textilmanufakturen den Rohstoff zu entziehen und damit Indien aus einem textilexportierenden zu einem textilimportierenden Rohstofflieferanten zu machen. Vgl. Asit Datta, Welthandel und Welthunger, a.a.O., S. 30ff. und 40ff.

Jürgen Reusch

Krieg und Frieden nach dem Ende des Ost-West-Konflikts - Probleme, Konzeptionen, Perspektiven

1. Das Ende einer Epoche - Blick in die Welt von heute

Nach etwas über siebzig Jahren erleben wir das unwiderrufliche Ende der durch die russische Oktoberrevolution geprägten Epoche. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der meisten anderen sozialistischen Gesellschaften und zumeist auch ihrer staatlichen Verfaßtheit, dem Ende der Bipolarität und dem Ende der Blockkonfrontation müssen auch die weiterhin ungelösten Probleme von Krieg und Frieden in einem neuen weltpolitischen Koordinatensystem gesehen werden. Wodurch ist dieses Koordinatensystem gekennzeichnet?

Die Tragweite des realsozialistischen Zusammenbruchs kann kaum überschätzt werden. Die Oktoberrevolution hatte in einer historischen Situation gesiegt, in der eine marode kapitalistische Welt gründlich zu Bruch gegangen und zu keiner Konsolidierung mehr fähig erschien[1]. Sie war der manifeste Beginn einer geschichtsmächtigen Bewegung, die eine große und nicht zu ignorierende Herausforderung für den Kapitalismus darstellte. Bei allen gravierenden Einschränkungen, die notwendig sind, führt doch kein Weg um die Feststellung herum, so hier die These, daß der 1917 begründete "reale Sozialismus" mit seinem antikolonialistischen, antifaschistischen und den Kapitalismus einschränkenden und zivilisierenden Potential in der bipolaren Welt und der klassengespaltenen Gesellschaft für eine begrenzte Zeit eine geschichtswirksame fortschrittliche Zukunftstendenz bedeutete, deren Fortfall auf Entwicklung und Verlauf internationaler Konflikte gravierende Auswirkungen haben wird.[2]

Allerdings kann der epochale Umbruch nicht auf das Ende des Sozialismus reduziert werden. Eine adäquate Einschätzung hat Veränderungen und Umstrukturierungen innerhalb der kapitalistischen Systeme und der Weltwirtschaft mitzudenken, die schon in den siebziger Jahren einsetzten und in deren Verlauf der Wettstreit zwischen den Systemantagonisten strategisch entschieden wurde. Gemeint ist die Krise des fordistischen Akkumulations- und Regulierungstyps und der machtvoll einsetzende

1 Eric Hobsbawm: Der Tag nach dem Ende des Zeitalters. In: Sozialismus, 1991, Heft 2, S. 24

2 André Leisewitz/Jürgen Reusch: Zusammenbruch des "realen Sozialismus" und marxistische Theorie. In: Z (Zeitschrift Marxistische Erneuerung), 1991, H. 5, S. 21.

Modernisierungsschub, der neben einer Revitalisierung der kapitalistischen Gesellschaften "ganz neue Widerspruchs- und Konfliktpotentiale im internationalen System" hervorbrachte, "die weder nach dem traditionellen Begriffschema des Ost-West-Konfliktes noch nach dem traditionellen Selbstverständnis der westlichen Welt zu begreifen, geschweige denn zu lösen sind."[3] Die Krise der bipolaren Weltordnung und der von den beiden Großmächten geführten Hegemonialsysteme, der vor allem durch die Überrüstung bedingte relative Abstieg von USA und UdSSR, Trilateralismus, die Tendenz zur Regionalsierung der Weltwirtschaft, die hoffnungslose Verarmung und Marginalsierung der Dritten Welt, der ökonomische Aufstieg Westeuropas und Japans, Bevölkerungsexplosion, Umweltkatastrophen in globalen Ausmaßen - das sind nur einige charakteristische Stichworte dafür.

In dieser Situation treten internationale Konzerne und Kapitalgruppen gegenüber den Nationalstaaten und ihren Regierungen zunehmend als handelnde Subjekte auf, die aus der globalen Vergesellschaftung resultierende Interessen artikulieren. Gleichwohl ist es nicht zu einem Bedeutungsverlust der Nationalstaaten gekommen, sondern im Gegenteil zu einer Renationalisierung. Der wachsende globale Problemdruck zieht nicht automatisch eine Überwindung des Nationalstaats nach sich, wie verschiedentlich angenommen wird, sondern diese bleiben vielmehr die maßgebenden Subjekte und Institutionen. Das betrifft vor allem die großen kapitalistisch-imperialistischen Mächte (in der Hauptsache die OECD-Staaten) als Hauptakteure bei der Gestaltung eines neuen internationalen Systems. Das Widersprüchliche besteht allerdings darin, daß in Anbetracht der Interdependenz die Nationalstaaten ihre Ordnungs- und Regulierungsfunktion immer weniger aus eigener Kraft ausüben können.[4]

Mit diesen Widerspruchskonstellationen und Strukturveränderungen stellt sich die Frage nach einer neuen Weltordnung, in der Krieg und Frieden nicht mehr durch die politischen und ideologischen Grundmuster des Systemkonflikts bestimmt sein werden. Versuche, diese neue Situation mit den Mitteln marxistischer Theorie zu analysieren und zu alternativen Handlungsentwürfen beizutragen, stecken noch in den Anfängen. Sie müssen aus der Sicht des Autors ohnehin mit der selbstkritischen Aufarbeitung bisheriger Theorietraditionen verknüpft sein.[5]

3 Frank Deppe: Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung. Marburg 1991, S. 73.

4 Deppe, ebd., S. 84 ff.

5 Anmerkung der Redaktion: In dem der Redaktion eingesandten Manuskript setzt sich Jürgen Reusch mit der Leninschen Imperialismustheorie auseinander und liefert zugleich einen kritischen Rückblick - mit aktuellen Bezügen - auf das *Neue Denken*. Aus Raumgründen können diese Abschnitte hier leider nicht veröffentlicht werden.

2. Friedensfähiger Kapitalismus?

Mit der strategischen Orientierung der Außenpolitk der UdSSR unter Gorbatschow nach 1985 auf dauerhafte intersystemare Kooperation, vollständige Abrüstung usw. war die Frage nach den Realisierungsmöglichkeiten solcher Zielstellungen aufgeworfen. Die Frage, ob, auf welche Weise und unter welchen Umständen der Kapitalismus "friedensfähig" sein könne, war damit verbunden. Die These vom friedensfähigen Kapitalismus löste in der marxistisch-kommunistischen Linken der BRD heftige und kontroverse Diskussionen aus. Im Zuge einer kritischen Überprüfung bisheriger Erneuerungsversuche marxistischer theoretischer Ansätze zur Krieg-Frieden-Frage ist hier ein selbstkritischer Rückblick erforderlich, zumal der Verfasser selbst in vielen Veröffentlichungen den theoretischen Ansatz eines friedensfähigen Kapitalismus aufgenommen hatte und als tragfähig zur Überwindung alter Dogmen und zur Erarbeitung eines neuen, zeitgemäßen Kapitalismusbilds betrachtete.[6]

Für die marxistisch-kommunistische Richtung war natürlich die Frage nach den Chancen zur Verhinderung eines Weltkriegs und zur Abrüstung noch während der Existenz des Imperialismus nicht neu. Sie wurde seit dem 20. Parteitag der KPdSU (1956) positiv beantwortet. Mit der These vom friedensfähigen Kapitalismus ging es aber nicht mehr nur darum, diesen gegen seinen Willen und seine scheinbar unveränderliche Natur zum Frieden zu zwingen, sei es auch für einen längeren historischen Zeitraum, sondern es ging darum, zu prüfen, ob sich in seinen grundlegenden ökonomischen Strukturen unter dem Druck der globalen Probleme und der Interdependenz neue Interessenlagen an rationalem Verhalten herausbildeten und politisch mobilisierbar waren. Dies implizierte eine fundamentale Kritik an der bisherigen marxistisch-leninistischen Kapitalismus- und Imperialismustheorie und Zweifel daran, ob sie die heutige Realität zutreffend analysieren und aus ihr eine wirksame gesellschaftsverändernde revolutionäre Praxis entwickeln könne.Die kommunistisch-konservative Kritik an der These vom friedensfähigen Kapitalismus (die sich heute, durchaus zu Unrecht, bestätigt glaubt[7]) resultierte im wesentlichen aus einer Enthistorisierung und Dogmatisierung der Marxschen Kapitalismuskritik und der

6 S. v.a. Jürgen Reusch: Neues Denken und die marxistische Wissenschaft vom Frieden. In: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 15, Frankfurt am Main 1989, S. 11 ff.

7 Heute sind kurzsichtige Triumphe mancher Vertreter des kommunistischen Konservatismus anzutreffen, die schon immer gewußt haben wollen, daß Neues Denken und Perestroika die Destruktion des Sozialismus bedeuteten. Allerdings kritisieren sie das Neue Denken vom Standpunkt der Vergangenheit, vom Standpunkt der scheinbaren Idylle des bürokratisch-administrativen Staatssozialismus, der 1985 längst in die historische Sackgasse hineinmanövriert war, dessen völligen Bankrott sie aber nicht nur nicht gesehen, sondern sogar auf höchst militante Art gegen sozialistische Kritiker verteidigt haben. Die Probleme, die das Neue Denken aus marxistischer Sicht endlich thematisierte, hatten sie gar nicht erkannt, sie haben z.T. ihre Existenz direkt bestritten. Insofern lassen sich heute aus dieser Kritik keine nach vorne weisenden Anregungen gewinnen.

Leninschen Imperialismusanalyse[8]. Sie hielt an der traditionalistischen Auffassung fest, wirklichen Frieden könne es erst nach der Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus geben (wobei dieser mit dem "realen Sozialismus" stillschweigend identifiziert wurde). Das Neue Denken wandte dagegen völlig zu Recht ein, darauf könne im Zeitalter der globalen Probleme nicht gewartet werden.

Es mag durchaus sein, daß die These vom friedensfähigen Kapitalismus zunächst ganz pragmatisch den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion, der DDR usw. entsprang und daß die theoretischen Begründungen erst nachträglich geliefert wurden. Das tat der Ernsthaftigkeit der Fragestellung aber keinen Abbruch. Sie besaß in der inneren Entwicklungsdynamik des Kapitalismus und in seinen veränderten internationalen Existenzbedingungen eine reale Grundlage, "die das Konzept des friedensfähigen Kapitalismus als strategische politische Orientierung marxistischer Politik nicht nur ermöglichen, sondern auf seine Ausarbeitung und Verwirklichung drängen" konnte[9]. Die Frage nach einem friedensfähigen Kapitalismus war die Frage nach einer möglichen, sich im Heute keimhaft herausbildenden Zukunft. Sie war keine Beschreibung des Ist-Zustands und implizierte zunächst keinerlei Verharmlosung der militaristischen kapitalistischen Realität. Sie konnte sich aber auf zahlreiche Interessenbekundungen von Repräsentanten der internationalen Konzerne und der ihnen nahestehenden Politiker stützen, die aufgrund ihrer sensiblen Weltmarktbindungen mehr die zivilen und ökonomischen und weniger die militärisch-machtpolitischen Seiten kapitalistischer Interessen betonten.

Die These vom friedensfähigen Kapitalismus knüpfte an die Marxsche These an, daß ökonomisches und politisches Handeln von Menschen ja selbst Bestandteil der Grundstrukturen und Gesetze des Kapitalismus sei[10] und schlußfolgerte daraus, daß das Wesen des Kapitalismus sich in reformoffene Richtung verändern könne, weil die Regulierung des ökonomischen Systems im heutigen Kapitalismus mehr und mehr eine Angelegenheit der Politik und damit der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sei. Ergänzend dazu wurde vielfach die These vom objektiven Bedeutungsverlust des militärischen Faktors aufgestellt: Die entwickelten kapitalistischen Länder seien strukturell längst kriegsuntauglich geworden und sie seien auch immer weniger in der Lage, ökonomische Probleme im internationalen System mit militärischer Gewalt zu lösen.

Hier gilt die gleiche Kritik wie beim Neuen Denken generell: Der Denkansatz war richtig und auch notwendig und begründet. Er wurde aber theoretisch nur unzureichend fortgeführt; v.a. wurden die konkreten Bedingun-

8 S. dazu und zum folgenden Jörg Huffschmid: Friedensfähigkeit des Kapitalismus und Imperialismustheorie. In: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 15. Frankfurt am Main 1989, S. 83 ff.

9 Ebd., S. 89.

10 Ebd.

gen unzureichend analysiert, unter denen die Ansätze zu einem friedensfähigen Kapitalismus hätten realisiert oder eben nicht realisiert werden können. Praktisch erlitt dieser Ansatz seine Niederlag mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus selbst: Damit entfiel die wichtigste Bedingung zur Durchsetzung der konstatierten Möglichkeiten. Das enthebt die Linken heute allerdings mitnichten der Aufgabe, in den Strukturen des nun weltweit siegreichen Kapitalismus nach Möglichkeiten und Ansätzen zur politischen Durchsetzung von Frieden, Abrüstung, Konversion usw. zu suchen.

3. Neue Weltordnungen?

Neue hegemoniale Strukturen sind nach dem Ende der Bipolarität vorerst nicht in Sicht. Klar ist aber, daß die entscheidende Rolle bei der Herausbildung solcher Strukturen den imperialistisch-kapitalistischen Hauptländern zukommen wird. Welche Entwicklungstendenzen sind hier erkennbar?

Hier ist besonders auf den Niedergang der US-Hegemonie zu verweisen[11], der in erster Linie ökonomisch bedingt ist. Vor allem die jahrzehntelangen hohen Militärausgaben haben in den USA den Effekt des "imperial overstretch" erzeugt, haben sich negativ ausgewirkt auf Produktivität, Außenhandel und Haushalt und die USA in wenigen Jahren zu einem Schuldnerland gemacht. Die Kluft zwischen den Weltmachtzielen und der dazu erforderlichen materiellen Basis ist immer größer geworden. Die Erosion der US-amerikanischen Macht (deutlich geworden im Scheitern der Reaganschen Überlegenheitsstrategie) war vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Aufstiegs Westeuropas (vor allem der BRD) und Japans das zentrale Thema strategischer Debatten in der politischen Klasse der USA und ihrer Brain-Trusts und wurde schon um 1989 herum unter dem Begriff "school of decline" zusammengefaßt[12].

Die Tendenz ist zutreffend. Allerdings ist gegenüber allzu kurzschlüssigen Abstiegsprognosen Skepsis angebracht. Zwar stimmen die angeführten sozialökonomischen Kennziffern, aber sie sind nur ein Teil des Koordinatensystems, in dem sich die Politik der imperialistischen Hauptmacht herausbildet[13]. Der Golf-Krieg, der ja von der US-Regierung gegen innen- und außenpolitische Widerstände und Bedenken bewußt und systematisch herbeigeführt wurde, wurde in kürzester Zeit zum Katalysator einer Revitalisierung des militärischen Faktors und wischte alle "decline"-Debatten

11 S. dazu Deppe, a.a.O., S. 54 ff.

12 Ebd., S. 20.

13 Skepsis gegenüber den Abstiegsprognosen meldet auch Heinz Jung an in seiner Rezension zu Frank Deppes Buch, s. Z, 1991, H. 7, S. 203.

mit einem Schlag vom Tisch[14]. Bush bekannte sich klar zum Krieg als Mittel der Politik und ließ gegenüber dem amerikanischen Unilateralismus keinerlei multipolare Weltordnungsvorstellungen gelten. Zwar werden auch gegen die von George Bush verkündeten Pläne zu einer Pax Americana, einer "neuen Weltordnung" unter klarer Führung der USA[15] Einwände geltend gemacht, die auf die begrenzten ökonomischen Ressourcen der USA und die wirtschaftliche Stärkeposition der anderen imperialistischen Zentren, überhaupt auf den Bedeutungszuwachs ökonomischer Parameter für das Maß von Macht und Einfluß verweisen und auf die Tatsache, daß die amerikanische Diskussion sich inzwischen nach kurzer Euphorie wieder verstärkt den inneren Problemen zugewandt habe, aber es bleiben doch auch Fakten wie: Die US-Regierung zeigte sich in der Lage, mit klarem Blick auf den Erhalt ihrer Weltmachtrolle, massive innen- und außenpolitische Hindernisse auf dem Weg zum Golfkrieg zu überwinden, die UNO eingeschlossen; es gelang ihr, die Sowjetunion im Rahmen der UNO auf Wohlverhalten festzulegen, von zögernden oder schwankenden Verbündeten die ihr selbst fehlenden finanziellen Mittel für den Krieg zu akquirieren und sie teilweise zum Mitmachen zu bewegen, die Überlegenheit amerikanischer Technologien zu beweisen, weitere ambitionierte regionale Militärmächte in der Dritten Welt abzuschrecken und einzuschüchtern und dem militärischen Faktor in der internationalen Politik eine erneute Bedeutung zu geben, die nach dem Ende des Kalten Kriegs zunächst nicht mehr möglich erschienen war. Bush ließ auch durchaus Problembewußtsein in Bezug auf die angeschlagene Rolle der USA erkennen und forderte, die zur Ausfüllung der US-Weltmachtrolle fehlenden Voraussetzungen zielstrebig zu schaffen, vor allem die Überwindung der schweren inneren ökonomischen und sozialen Probleme und Schwächen und zweitens eine Wiederbelebung des schon verschiedentlich totgeglaubten SDI-Programms in modifizierter Form mit dem Schwerpunkt auf einer "Super-Patriot-Rakete" zur Durchsetzung des militärischen Führungsanspruchs gegenüber den "Waffenstaaten" in der Dritten Welt[16]. Sicherlich sind die amerikanischen Zielvorstellungen in ihrer reinen unilateralistischen Form anachronistische Wunschträume, und in der Tat ist der Widerspruch zwischen Wunsch und Wirklichkeit groß. Aber: "Unter dem Eindruck des Golfkrieges ist es offenkundig, daß es in den USA nicht genügend rationale Bremsfaktoren gibt. Den zukünftigen Kurs der USA mit einiger Sicherheit vorauszusagen, ist deswegen unmöglich.... Wir leben, mehr als je zuvor, mit dem Problem Amerika und seiner Zukunft, mit seiner historischen Unfähigkeit, so zu handeln, daß ein Gleichgewicht zwischen

14 Gilbert Ziebura: Golfkrieg, "neue Weltordnung" und die Folgen für Deutschland. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1991, H. 3, S. 135.

15 S. v.a. Bushs Rede "Zur Lage der Nation" vom 29. 1. 1991 in: Frankfurter Rundschau, 8. 2. 1991.

16 Ziebura, a.a.O., S. 135.

globalen Bestrebungen, regionalen Interessen und Prioritäten und begrenzten Ressourcen hergestellt wird."[17]

Die beträchtliche Bedeutungszunahme der Wirtschaftsmächte Westeuropa und Japan gegenüber den USA und die daraus resultierenden Interessenkonflikte sind ein bekannter Fakt, der hier nicht weiter ausgeführt zu werden braucht, auch nicht die Tatsache, daß diese beiden imperialistischen Zentren mehr auf wirtschaftliche Expansion denn auf militärische Intervention setzen. Allerdings folgt daraus keine prinzipielle Absage an militärisch abgesicherte machtpolitische Ambitionen - weder an die der USA noch der eigenen. Westeuropa und Japan ließen im Vorfeld des Golfkriegs zwar zunächst eine gewisse abwartende Haltung erkennen, sie machten dann aber doch mit (Großbritannien, Frankreich, Italien) oder betätigten sich als Finanzier wie die Bundesrepublik. In jedem Fall aber hatten sie auf den Gang der Dinge keinen Einfluß, sie folgten den amerikanischen Entscheidungen. So hat der Golf-Krieg auch die ernüchternde Tatsache gezeigt: "Europa, in welcher Form auch immer, steht als machtpolitisches Korrektiv zu den USA nicht zur Verfügung"[18]. Mehr noch: Der Rückfall in nationale Handlungsmuster brachte politische Integrationsziele praktisch zum Scheitern.[19]

Im Gegenteil hat in Westeuropa eine deutliche Tendenz zur Stärkung der militär- und sicherheitspolitischen Eigenständigkeit eingesetzt, die sich in teilweise krisenhaft verlaufenden Grundsatzdebatten über die Zukunft der NATO niederschlägt. Das Ende der Bipolarität und des Kalten Krieges, der Verlust von Feindbildern und bisherigen Legitimationsmustern usw. haben die Bedeutung der NATO als transatlantisches Militärbündnis reduziert und ihre bisherigen Strukturen und Strategien in Frage gestellt. Mit der Auflösung des Warschauer Pakts stand sogar die Auflösungsfrage auch für die NATO. Die NATO bastelt an einer neuen Strategie, ohne von ihrem herkömmlichen Sicherheitsdenken Abschied nehmen zu wollen. Die US-Regierung hat auf diese Verunsicherungen mit einem vagen "neuen atlantischen Denken" reagiert, während in Westeuropa Versuche zunahmen, eine größere militärpolitische Autonomie für Westeuropa anzustreben. Die NATO-Frühjahrstagung 1991 wurde zum Austragungsort für diese Widersprüche, die mit vorläufigen Formelkompromissen nur aufgeschoben, aber nicht gelöst wurden. Während die US-Regierung substantielle Schritte zu einer eigenständigeren westeuropäischen Militärmacht ablehnt und zu verhindern sucht, wurden in Westeuropa vor allem nach dem Golf-Krieg, eben weil er auch Westeuropas weltpolitische Machtlosigkeit demonstrierte, Planungen zu einer eigenständigeren Sicherheitspolitik

17 Gabriel Kolko: Stunde der Wahrheit. Über die Zukunft der amerikanischen Außenpolitik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1991, H. 6, S. 674.

18 Arthur Heinrich: Mutmaßungen über die Neue Weltordnung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1991, H. 5, S. 553.

19 Klaus Peter Weiner: Feuertaufe einer neuen Weltordnung? In: spw (Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft), 1991, H. 58, S. 38.

konkretisiert, vor allem von Deutschland und Frankreich. Perspektivisch werden die Umbrüche und Probleme in ganz Europa eine Bedeutung erhalten, die der NATO als von den USA geführtes antisozialistisches Militärbündnis ihre bisherige zentrale Rolle nehmen oder sie zumindest abbauen werden. Virulent bleiben auch Bestrebungen, den Zuständigkeitsbereich der NATO in Bezug auf internationale Konflikte zu erweitern; der Golfkrieg war in diesem Sinne ein Testfall. Wie auch die Entwicklung im einzelnen konkret aussehen wird: Eine weitere Militarisierung der westeuropäischen Politik scheint heute schon unbestreitbare Tatsache zu sein. In ihr widerspiegeln sich weltpolitische Führungsansprüche, der Wunsch nach militärischer Einhegung unabsehbarer Konflikte in der bisherigen UdSSR und anderen osteuropäischen Ländern und der Anspruch auf machtpolitische Präsenz in der Dritten Welt[20]. Ein sinnvoller Ansatz für gesamteuropäische Konfliktlösungen ergibt sich daraus nicht, im Gegenteil.

Das wiedervereinigte Deutschland spielt in diesem Europa eine hegemoniale Rolle. Bisher ist der auf Interdependenz und Kooperation setzende "Genscherismus" Programm und Strategie der deutschen Hegemonie in Europa gewesen[21]. Allerdings haben sowohl der Golf-Krieg mit seiner Aufwertung des militärischen Faktors wie auch die Wiedervereinigung, die europäischen Umwälzungen, die innergesellschaftlichen sozialökonomischen Probleme und die politischen Spannungen in Europa zu einer Krise und Differenzierung des Genscherismus geführt, die mit einer Identitätskrise des konservativen herrschenden Blocks und einer strategischen Grundsatzdebatte einhergeht, in der sich eine Revitalisierung nationalstaatlichen Machtdenkens abzeichnet. Es geht um die Beantwortung der Frage, auf welche Weise Deutschland als europäische Hegemonialmacht seiner weltpolitischen Verantwortung am besten gerecht wird. Vieles spricht dafür, daß auch der Genscherismus von der zentralen Vorstellung des Neuen Denkens Abschied nehmen wird, nämlich daß die globalen Interdependenzen zu einem Bedeutungsverlust der politisch-militärischen Macht von Staaten führen. Deutschland könnte auf diese Weise zu einem ganz "normalen" Staat werden, der sich zu nationaler, auch militärischer, Interessen- und Machtpolitik bekennt (ohne seine Weltmarktorientierung aufzugeben) und seine hegemoniale Stellung in Europa als Beitrag zu einer internationalen imperialistischen Konsortialführung benutzt. Der bis 1989/90 unangefochten geltende Konsens des herrschenden Blocks wäre damit aufgebrochen[22] und würde sich auf gefährliche Weise neu herausbilden.

Wie könnten die Konturen einer neuen Weltordnung aussehen? Kommt es zu einer Neuauflage der politischen, strategischen und technologischen Führung der USA (trotz ihrer ökonomischen Schwäche), sekundiert von

20 S.a. Weiner, a.a.O.

21 Deppe, a.a.O., S. 182.

22 S. ausführlich Deppe, ebd., S. 188 - 204.

Japan und Europa (vor allem Deutschland)? Oder zu einer Konsortial-Führung, in die sich die drei imperialistischen Zentren teilen? Oder gar zu neuen Strukturen, bei denen USA und Japan einen Block und Europa und Rußland einen weiteren bilden?[23] Diese Konturen werden nicht am Reißbrett entworfen. Zwischen den geschilderten Möglichkeiten werden viele Übergangsstufen möglich sein. Auf jeden Fall "zeichnen sich die Konturen einer weltpolitischen Architektur ab, die die Regulation der multipolaren Machtbeziehungen innerhalb der Triade der kapitalistischen Zentren mit einer Kriegserklärung an die Dritte Welt verbinden. Die reichen Länder rücken - unter der politisch-militärischen Führung der USA - zusammen, um ihre Ökonomien, aber auch das Konsum -und Zivilisationsmodell der westlichen Welt mit Gewalt gegen alle Gefahren des Nationalismus, Fundamentalismus, Terrorismus etc. aus der Dritten Welt abzuschotten und zu verteidigen."[24] Das ist die wesentlichste Konsequenz der Zusammenbrüche von 1989 ff: Der Kapitalismus braucht keine Angst mehr zu haben und hat sie auch nicht. Er hält zwar für die globalen Probleme der Menschheit keinerlei Lösung bereit, im Gegenteil, aber es gibt derzeit keine Kraft, die ein überzeugendes alternatives System zum Kapitalismus darstellen oder ihn auch nur behindern und bremsen könnte[25]. Bei aller Begrenztheit seiner materiellen Möglichkeiten bedeutet das: Das politische und militärische Abenteurertum nimmt zu. Eine neue, voraussichtlich längere Phase der Instabilität und neuer Konflikte steht bevor, für die vorerst kein Ende abzusehen ist.

4. Sicherheitsprobleme der nächsten Zukunft

Der Wegfall des Systemantagonismus, der mit der Auflösung der Sowjetunion als nunmehr im wesentlichen abgeschlossener Sachverhalt gelten muß, hat der ideologischen Überformung und Überforderung zahlreicher im internationalen System wirksamer Konflikte und destabilisierender Tendenzen ein Ende gemacht. Die Probleme von Krieg und Frieden können nicht mehr durch das Prisma des Ost-West-Konflikts betrachtet werden. Sie treten dadurch um so schärfer als ungelöste Probleme hervor. Die Bedingungen ihrer Wirksamkeit und ihrer Eindämmung und Lösung müssen neu bestimmt werden. Einige der wichtigsten Problemkomplexe sollen hier knapp angedeutet werden.

Erstens: Die weltweite Aufrüstung geht auf etwa gleichbleibend hohem Niveau ungebrochen weiter[26]. Die Ursachen dafür sind sehr vielfältig. Sie lie-

[23] So Immanuel Wallerstein: Die posthegemoniale Ära. In: Die Tageszeitung, 24. 12. 1990.

[24] Deppe, a.a.O., S. 160.

[25] Hobsbawm, a.a.O., S. 26.

[26] S. zum folgenden Burkhardt J. Huck: Zur Zukunft der Rüstung. In: Informationsdienst Wissenschaft und Frieden, 1991, H. 3, S. 31 ff. sowie: World Armaments and Disarmament. SIPRI Yearbook 1991, Oxford 1991.

gen sowohl im Einfluß der militärisch-industriellen Komplexe als auch in der zunehmenden Bereitschaft der Politik, Sicherheitsprobleme mit militärischer Gewalt lösen zu wollen. Die Weltmilitärausgaben lagen 1990 bei etwa 950 Milliarden Dollar, d.h. sie bewegen sich seit 1986 mit geringen Schwankungen auf ungefähr dem gleichen hohen Niveau. Auch das Jahr 1991 läßt keine durchgreifend andere Tendenz erkennen. Die Militärhaushalte der USA (291 Mrd. Dollar) und der Bundesrepublik (50 Mrd. DM) unterscheiden sich nur geringfügig von denen des Vorjahres. Mit Blick auf die globalen Probleme muß gesagt werden: Der Zeitpunkt ist längst überschritten, da diese Tendenz aushaltbar erschien, "so lange eben nur kein Krieg ausbrach". Zwar sind inzwischen das Abkommen über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) und der START-Vertrag für die strategischen Nuklearwaffen der USA und der UdSSR unterzeichnet und dürfen in ihrer Bedeutung auch nicht unterschätzt werden. Die Ergebnisse des START-Vertrages sind allerdings viel bescheidener als ursprünglich erhofft, und das qualitative Wettrüsten auf hohem technologischem Niveau geht auf konventionellem und auch atomarem Gebiet (hier vor allem bei see- und luftgestützen Nuklearwaffen) in Richtung auf Kriegführungsfähigkeit ungebrochen weiter. Beide Verträge klammern dieses Problem aus. Der KSE-Vertrag hat darüberhinaus ein relativ begrenztes Anwendungsgebiet. Bemerkenswerterweise wurde z.B. der START-Vertrag in seiner Reichweite durch den Wegfall des Ost-West-Konflikts nicht merklich positiv beeinflußt - was doch eigentlich nahegelegen hätte.

Inzwischen ist durch den Zerfall der UdSSR und die krisenhafte Zuspitzung im August 1991 ein neues Problem aufgetaucht, nämlich wo zukünftig die verbleibenden sowjetischen Atomwaffen stationiert sein werden und in wessen Verfügungsgewalt sie sich befinden. Denkbar und wahrscheinlich ist, daß sie alle auf russisches Territorium zurückgezogen werden; nicht auszuschließen ist aber auch eine Lösung, in der sich die vier Stationierungsrepubliken (Rußland, Ukraine, Weißrußland und Kasachstan) in die Verfügung teilen. Die Entwicklung ist offen; allerdings ist deutlich geworden, daß die heikle strategische Balance noch instabiler werden könnte. Außerdem besteht die Gefahr, daß bürgerkriegsähnliche Konflikte auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR zu unkontrollierter Verfügung und Weiterverbreitung von Atomwaffen führen könnte. Drastische Reduzierungen vor allem bei den strategischen Atomwaffen, aber auch im gesamten nuklearen und konventionellen Bereich wären die naheliegendste Konsequenz. Naheliegend wäre es auch, daß die schon aus ökonomischen Gründen an kostspieligen Modernisierungen desinteressierten Stationierungsrepubliken der ehemaligen UdSSR neue Abrüstungsinitiativen ergreifen.

Im Oktober 1991 traten zunächst die USA und wenige Tage später der sowjetische Präsident Gorbatschow (in Abstimmung mit dem russischen Präsidenten Jelzin) mit neuen Abrüstungsinitiativen an die Öffentlichkeit. Diese Schritte erscheinen vor dem Hintergrund der weltpolitischen Ent-

wicklung überfällig. Der Kern von Bushs Initiative war die Vernichtung der landgestützten Nuklearwaffen in Europa und Asien und der Abzug der seegestützten Atomwaffen sowie die Einstellung der Modernisierung bei landgestützten strategischen Atomwaffen. Atomtests sollten allerdings weitergehen. Die Funktion der Atomwaffen kürzerer Reichweiten in Europa war in der NATO schon lange umstritten und schien nun nach dem Ende der Warschauer Vertragsorganisation vollends obsolet. Ursprünglich gegen die Sowjetunion gerichtete Waffenprogramme wie der B-2-Bomber sollten - sicherlich mit Blick auf die Dritte Welt - aber offenbar weiterentwickelt werden. Gorbatschow, der an frühere Vorschläge anknüpfen konnte und auch die Idee einer atomwaffenfreien Welt nach langer Zeit wieder in die Diskussion brachte, ging deutlich weiter als Bush. Er kündigte die Vernichtung und Verschrottung der land- und seegestützten taktischen Nuklearwaffen an und schlug den Rückzug aller luftgestützten Atomwaffen in Europa vor. Außerdem kündigte er einen einseitigen einjährigen Atomteststopp, einen strategischen Modernisierungsstopp und eine einseitige Reduzierung der strategischen Atomsprengköpfe über den START-Vertrag hinaus um weitere 1000 auf 5000 an. Damit wurde ein weiterer Schritt zum Ausstieg aus der alten Abschreckungs- und Rüstungslogik vollzogen, zumal für Europa, wo solches Denken nun erst recht anachronistisch wäre. Fragwürdig wirkten allerdings Andeutungen, es könne ja gemeinsam mit den USA ein Raketenabwehrsystem geschaffen werden (ähnlich SDI). Gegen wen sollte das gerichtet sein? Gegen Dritte-Welt-Staaten? Dennoch: Trotz dieser im ganzen begüßenswerten Initiative bleiben zunächst Rüstung und Abschreckungsdenken weiter wirksam. Die Militarisierung der Dritten Welt und der Rüstungsexport sind davon ebenfalls unberührt. Die sinnlose und die Menschheit gefährdende Ressourcenvergeudung der Rüstung geht weiter. Es fehlt nach wie vor an durchgreifender Abrüstungsbereitschaft und entsprechenden Vereinbarungen sowohl in West und (bisher) Ost wie auch im Süden. Noch nie gab es so viele plausible Gründe für Abrüstung - aber der politische Wille vor allem in den NATO-Staaten entspricht ihnen in keiner Weise. Abrüstung bleibt nach wie vor eine aktuelle und unerfüllte Forderung.

Zweitens: Abrüstung ist auch die logische Schlußfolgerung aus der Tatsache, daß zahlreiche regionale Konflikte in der Dritten Welt oder zwischen Dritte-Welt-Staaten und kapitalistischen Ländern wie auch zunehmend in Europa mit dem Wegfall der Blockkonfrontation und der nuklearen Eskalations- und Vergeltungsdrohungen des Abschreckungssystems immer ungehemmter mit machtpolitischen und militärischen Mitteln ausgetragen werden.

Viele Länder der Dritten Welt sind mit modernen konventionellen, chemischen, einige wenige auch mit nuklearen Waffen versehen. Die Heterogenität der Länder, die die sogenannte Dritte Welt bilden, hat weiter zugenommen. Die Umbrüche der vergangenen Jahre haben das Gewicht der Dritten Welt in der Weltpolitik und auf dem Weltmarkt insgesamt rapide

schwinden lassen. Viele antiimperialistische Bewegungen haben ihre Kraft verloren. Über lange Zeit mitgeschleppte und ungelöste Konflikte schwelen weiter, die Verelendung und Marginalsierung der Dritten Welt hat neue Konflikte geschaffen. Sie brechen als regionale Konflikte auf und werden häufig mit militärischen Mitteln ausgetragen[27], unterfüttert von nationalistischen, fundamentalistischen u.ä. Strömungen.

Zur gleichen Zeit hat die Interventionsbereitschaft der imperialistischen Hauptländer gegenüber der Dritten Welt deutlich zugenommen. Der Golf-Krieg war der erste Krieg der postrealsozialistischen Ära, der ohne propagandistischen Bezug auf eine Bedrohung aus dem Osten und bei rascher Mobilisierung neuer Feindbilder offen als Krieg der reichen Länder der nördlichen Metropolen gegen den Süden geführt wurde. Er wird voraussichtlich nicht der letzte gewesen sein. Der Schwerpunkt der Rüstungen und der militärstrategischen Umorientierungen in Westeuropa und den USA weist in diese Richtung. Das zeigen sowohl die Bildung schneller Eingreiftruppen in Westeuopa wie auch die Vorbereitung der USA auf "Konflikte mittlerer Intensität", d.h. auf Kriege gegen regional bedeutsame Dritte-Welt-Staaten, in denen nicht nur leichte Guerilla-Einheiten, sondern (häufig vom Westen) gut gerüstete Militärpotentiale bekämpft werden sollen, ohne daß diese Kriege nuklear eskalieren sollen (das wären "Konflikte hoher Intensität")[28].

Inzwischen ist auch deutlich geworden, daß Osteuropa (zur Zeit genauer: Mittel- und Südosteuropa) in der Folge der dortigen gesellschaftpolitischen Zusammenbrüche eine Region sich verschärfender und in vielen Fällen mit militärischer Gewalt ausgetragener Widersprüche und Konflikte ist. Damit erhalten die europäischen Sicherheitsprobleme eine neue Dimension. Europa erweist sich als eine Region wachsender Instabilität und ungelöster Sicherheitsprobleme. Der Ost-West-Konflikt im herkömmlichen Sinne existiert zwar nicht mehr, aber eine neue europäische Sicherheitsordnung erscheint weiter entfernt denn je. Die Spaltung Europas in reiche westliche Zentren und eine verarmende östliche Peripherie ist äußerst risikoträchtig. Die Beispiele Jugoslawien und Sowjetunion zeigen, wie vor dem Hintergrund dramatischer wirtschaftlicher und sozialer und jahrzehntelang überdeckter nationaler Probleme die Auflösung der sozialistischen Staatsmacht und das Fehlen neuer politischer Handlungssubjekte nationalistische Kräfte und Strömungen nach oben tragen und Krieg und Bürgerkrieg nach sich ziehen. Die mächtigeren EG-Staaten reagieren mit verstärktem Rückgriff auf machtpolitische Ordnungsmittel und nutzen die Konflikte, um Platzvorteile im Kampf um die hegemoniale Füh-

---

27 Deppe, a.a.O., S. 158 f.

28 Michael T. Klare: Krieg den Aufsteigern. Die neue US-Doktrin der "Konflikte mittlerer Intensität" (MIC). In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1991, H. 3, S. 320 ff.

rungsrolle in Europa zu ergattern[29]. Die NATO erweist sich diesen Problemen gegenüber als unfähig, ja als Hindernis zu ihrer Entschärfung. Ihre Überflüssigkeit könnte kaum deutlicher demonstriert werden als hier. Die KSZE, die ja die osteuropäischen Länder einschließt, könnte der geeignete Rahmen zur Schaffung stabiler Strukturen sein oder werden. Allerdings wächst in der KSZE, vor allem auf deutsche Initiative hin, die Bereitschaft, sich z.B. gegenüber Jugoslawien ein Recht zur Einmischung vorzubehalten, das später auch gegen andere Länder, etwa die ehemalige UdSSR, angewandt werden könnte. Wirkliche politische Lösungen, z.B. für eine osteuropäische Entwicklungspolitik, sind dagegen nicht in Sicht. Abrüstung in Westeuropa zur Finanzierung der notwendigsten wirtschaftlichen Hilfsprogramme wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Drittens: Der Nord-Süd-Konflikt tritt als nicht neue, aber nun ausschlaggebende Konfliktkonstellation im internationalen System in den Vordergrund. Diese These wird innerhalb der linken Diskussion verschiedentlich bestritten oder relativiert[30], vor allem mit dem Hinweis auf die zunehmende innere Differenzierung und Heterogenität der Dritten Welt wie auch auf ihre Marginalisierung, die sie ihrer politischen Subjektrolle weitgehend beraubt habe. Diese Hinweise sind durchaus zutreffend, dennoch ist einzuwenden[31]: Die Länder der Dritten Welt bilden bei aller Differenzierung die große Mehrheit der Weltbevölkerung, erst recht, nachdem ein Teil der früheren sozialistischen Länder hinzugezählt werden muß. Der Widerspruch zwischen reicher und armer Welt wird voraussichtlich eines der entscheidenden Probleme der Zukunft sein[32]. Bevölkerungswachstum, Klimakatastrophe, Ressourcenverknappung, Migrationen ungeahnten Ausmaßes und andere globale Probleme treffen die Dritte Welt in besonderem Maße und verdichten sich dort zusammen mit Verelendung und Verschuldung zu explosiven Problemkonstellationen. Die Prognose mag zutreffen, daß die Länder der Dritten Welt für lange Zeit politisch wenig handlungsfähig sein werden, schon gar nicht gemeinsam - die imperialistischen Metropolen werden aber ihre Probleme durch das Prisma des Nord-Süd-Gegensatzes sehen und definieren. Die in den USA und der NATO im Gange befindlichen Umrüstungen weisen ja schon in diese Richtung, ebenso die sich verdichtende Festungs-Mentalität in den imperialistischen Hauptländern. Und es erscheint durchaus wahrscheinlich, daß Verschiebungen und Erschütterungen der imperialistischen Weltordnung hauptsächlich von Konflikten und Krisenprozessen in der Dritten Welt ausgehen werden.

[29] Deppe, a.a.O., S. 157.

[30] So von Deppe, a.a.O., S. 206 und Dieter Boris: Das Ende des Ost-West-Konflikts und die Dritte Welt. In: Dritte Welt, 1991, H. 4/5, S. 8.

[31] S. auch die Rezension von Heinz Jung zu Deppe, a.a.O., S. 205.

[32] Hobsbawm, a.a.O., S. 26.

Globale ökologische Krise und Unterentwicklung der großen Mehrheit der Weltbevölkerung lassen gegenüber einer Fortsetzung anachronistischer Sicherheitspolitik nur die Wahl einer zivilen, reformorientierten Politik internationaler Kooperation, der ein neuer, breiter Sicherheitsbegriff zugrundeliegt, der im positiven Sinne an das Neue Denken anknüpfen kann und Sicherheit nicht militärisch gegen äußere Gegner, sondern im Sinne der gemeinsamen Lösung menschheitsbedrohender Gefährdungen definiert. Dazu bedarf es internationaler Strukturen, in denen vor allem der UNO größere Bedeutung zukommen müßte. Reiche kapitalistische Länder wie die Bundesrepublik müssen dazu gedrängt werden, ihr Potential zur Lösung der Menschheitsprobleme einzusetzen. Heute dürfte mehr denn je klar sein, daß die Lösung der globalen Probleme und vor allem der Kriegs- und Abrüstungsproblematik nicht an die Überwindung des Kapitalismus geknüpft werden kann. Dies erfordert auf längere Sicht die Rekonstruktion antikapitalistischer Gegenmacht, denn freiwillig wird das Monopolkapital kaum Zugeständnisse machen. Es erfordert aber auch eine Reformstrategie, die das in den entwickelten kapitalistischen Ländern vorhandene und in diesem Sinne auch unentbehrliche materielle und geistige Potential für internationale konstruktive Lösungen mobilisiert. Die extreme Ungleichmäßigkeit der imperialistischen Entwicklung - ein heute aktueller Sachverhalt, auf den Lenin in seiner Imperialismusanalyse hinwies - ‚verbindet sich mit der rasanten Dynamik der kapitalistischen Weltwirtschaft, dem hohen Ausmaß von Rüstung und Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Tendenz nationalstaatlicher Revitalisierung, während die relativen Sicherungen des bisherigen Abschreckungssystems entfallen. Das alles läßt eine zunehmende Tendenz zur militärischen Konfliktaustragung befürchten. Demgegenüber schaffen allerdings wachsende Interdependenz und weltwirtschaftliche Verflechtung, die militärisch nicht stabilisierbaren globalen Risikopotentiale und die schwindende Problemlösungskompetenz der Nationalstaaten einen Druck in Richtung auf internationale Kooperation. Die Entwicklung ist auf absehbare Zeit offen. Vieles wird davon abhängen, ob und wie sich eine demokratische und linke Opposition entwickelt. Für die sozialistische Linke wird dabei entscheidend sein, wie sie es versteht, die Themen der Zeit aufzunehmen und zu einer politikfähigen Alternative zu verdichten.

Jörg Goldberg

Vom Ost-West- zum Nord-Süd-Konflikt?

Ist es berechtigt, vom Wechsel des Ost-West-Konflikts zum Nord-Süd-Gegensatz als Hauptachse der internationalen Beziehungen zu sprechen?

Die Frage kann auf mehreren Ebenen beantwortet werden. Knüpft man am jetzt abgelösten Ost-West-Konflikt an und fragt, ob in absehbarer Zeit ähnliche Strukturen in den Nord-Süd-Beziehungen auftauchen werden, so fällt die Antwort m.E. leicht. Der Ost-West-Konflikt war ein Konflikt von zwei politisch relativ geschlossenen und als solchen handlungsfähigen Blöcken, der alle Ebenen der internationalen Politik und Wirtschaft erfaßte und in seiner Eigenschaft als Systemkonflikt starke Bezüge zur Innenpolitik der Staaten hatte. Er beinhaltete eine gegenseitige ökonomische Abschottung, d.h. auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden verschiedenen Systemen waren weitgehend politisch gestaltet. Die Bipolarität der Blöcke prägte auch - allerdings in abnehmendem Maße - die zwischenstaatlichen Beziehungen innerhalb der Blöcke.

Daß die Nord-Süd-Beziehungen (von "Gegensatz" zu sprechen halte ich aus unten erläuterten Gründen für problematisch) derzeit und in den nächsten Jahren einen völlig anderen Charakter haben, scheint mir auf der Hand zu liegen. Vor allem ist der "Süden" als handelndes Subjekt - wenn er eine solche Handlungsfähigkeit je besessen haben sollte - schon vor dem Osten von der internationalen Bühne abgetreten.

Dabei ist zunächst anzumerken, daß die Herausbildung gemeinsamer Positionen des Südens eng verknüpft war mit der Entwicklung des Ost-West-Konflikts. Der Ost-West-Konflikt war geradezu der Taufpate des Südens als politisches Subjekt. Für die "Bewegung der Blockfreien", 1961 auf der ersten Gipfelkonferenz in Belgrad aus der Taufe gehoben, war die "Äquidistanz", die Unabhängigkeit von den beiden großen Blöcken, das wichtigste verbindende Moment. Das Manövrieren der Länder der Dritten Welt zwischen den Blöcken verschaffte diesen einen gewissen Bewegungsspielraum.

In diesem Zusammenhang ist ebenfalls daran zu erinnern, daß umgekehrt auch für die Politik der beiden Blöcke der Nord-Süd-Konflikt von Anfang an eine erhebliche Bedeutung hatte: Spätestens mit dem Erfolg der kubanischen Revolution und dem weitgehenden Abschluß des Entkolonialisierungsprozesses war deutlich geworden, daß eine Veränderung in den Gewichten der beiden Blöcke zueinander in hohem Maße von deren jeweiliger Attraktivität für die Dritte Welt abhängt. Die sozialistischen Länder,

die ja überwiegend ebenfalls Entwicklungsländer waren, hatten dabei anfangs durchaus erhebliche Startvorteile.

Es ist zu konstatieren, daß die Logik des Ost-West-Konflikts, der für den (historisch schließlich recht kurzen) Zeitraum zwischen 1945/46 und 1989 prägend war, immer auch beeinflußt wurde vom Nord-Süd-Gegensatz. Dieser entwickelte sich im Schatten des Ost-West-Konflikts.

Das neben der Blockfreiheit einzige inhaltlich verbindende Element des Südens, der Antikolonialismus und die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen, gewann bis zum Anfang der siebziger Jahre an Gewicht. Dabei wurde die ökonomische Unabhängigkeit und die Entwicklungsproblematik, also die Frontstellung gegen den Neokolonialismus, zum Hauptgegenstand der Auseinandersetzungen. Mit UNCTAD III wurde 1972 die Forderung des Südens nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung (NWWO) zu einem zentralen Gegenstand der Debatten in der UNO. Der Erfolg der OPEC 1973/74 gab den Bemühungen um eine NWWO und ihren Kernforderungen - Integriertes Rohstoffprogramm und Gemeinsamer Fonds als Basis für die Gestaltung gerechter Rohstoffpreise - weiteren Auftrieb. Gerade die Auseinandersetzungen um die damit verbundenen Detailfragen machten aber deutlich, daß auf der konkreten Ebene der Vorrat an gemeinsamen Interessen des Südens gering war, während der Norden - also der Osten und der Westen - die Forderungen der Blockfreien aus unterschiedlichen Gründen und mit unterschiedlichen Methoden -(aber letzten Endes doch gemeinsam) zu Fall brachte. Die Ölpreispolitik der OPEC, die in den 70er Jahren Ausdruck der erstarkenden Durchsetzungsfähigkeit des Südens zu sein schien, führte im Ergebnis zur Entsolidarisierung und bewirkte eine weitere Differenzierung innerhalb der Dritten Welt. Der Ausbruch der Schuldenkrise 1982 stellte einen letzten Test für die Handlungsfähigkeit des Südens dar. Gegen die "Case-by-case"-Logik des Nordens gelang es nicht, eine Globalisierung und Politisierung der Schuldenfrage zu erreichen.

In dem Maße, wie der Ost-West-Konflikt in den 80er Jahren durch Krisenerscheinungen des Ostens (z.B. Polen) gekennzeichnet wurde und sich dessen militärische und wirtschaftliche Unterlegenheit mit teilweise katastrophalen Folgen für die einen "nichtkapitalistischen Weg" gehenden Entwicklungsländer abzeichnete, zerfiel der Süden im Sinne einer politisch handlungsfähigen Gruppierung. Das Ende des Ost-West-Konflikts scheint auch das Ende der bisherigen gemeinsamen Orientierung des Südens im Schatten der Block-Gegensätze zu signalisieren. Dieser muß eine neue Basis seines Zusammenhalts suchen. Die 9. Gipfelkonferenz der Blockfreien in Belgrad konnte zwar 1989 mit der Aufnahme des 102. Staates als Vollmitglied (Venezuela) quantitativ einen Rekord markieren, entzog sich aber mit dem auch verbalen Verzicht auf antiimperialistische Positionen im gewissen Sinne die bisherige Grundlage der Gemeinsamkeit. Damit trug sie den neuen weltpolitischen Realitäten und natürlich den Wünschen des

Nordens Rechnung - ohne daß bislang sichtbar geworden ist, ob diese "Wende" vom Norden in irgendeiner Weise honoriert wird.

Der 1991 auf der Außenministerkonferenz in Accra/Ghana vollzogene Bruch Argentiniens mit den Blockfreien ("Argentinien gehört in die Erste Welt") ist symptomatisch für die Schwierigkeiten des Südens, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eine neue Basis für gemeinsame Handlungsstrategien zu finden. Dafür erscheinen die Aussichten heute ungünstiger denn je. Da sind einmal die wachsenden Entwicklungsunterschiede und die zunehmende ökonomische Differenzierung zwischen den Ländern und Regionen des Südens. Die gescheiterten Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde des GATT haben deutlich gemacht, wie gering der Vorrat an gemeinsamen Interessen des Südens ist. Zeichnete sich bei der Frage des besseren Marktzugangs für Industriewaren noch eine gewisse gemeinsame Linie des Südens ab (ohne Erfolg allerdings), so war in der wichtigen Frage des Agrarhandels von Anfang an eine ganz andere Kräftekonstellation sichtbar. Zum anderen scheitern die Versuche, die regionalen Integrationsbeziehungen zwischen den Ländern des Südens zu intensivieren oft an den ähnlichen Wirtschaftsstrukturen: Eine Intensivierung des Warenaustausches erscheint dann wenig sinnvoll. Die Anbindung solcher Räume an Industrieländer bietet sich als bessere Lösung an. Damit wird aber die Basis für gemeinsame Positionen des Südens noch schmaler.

Die Entwicklungsdynamik in den internationalen wirtschaftlichen Beziehungen scheint heute eher auf eine neue Blockbildung hinauszulaufen, die sich an der schon in der achtziger Jahren sichtbaren Tripolarität festmacht, also der Konstellation USA - Japan - Westeuropa. Die Regionen der Dritten Welt intensivieren ihre Beziehungen zu den jeweiligen Machtblöcken des Nordens. Die USA scheinen in diese Richtung am weitesten vorangeschritten zu sein. Die traditionelle ökonomische Präsenz in Lateinamerika hat diese Weltregion seit jeher zu ihrem bevorzugten Einflußgebiet gemacht. Mit der scheinbar erfolgreichen Errichtung einer nordamerikanischen Freihandelszone unter Einschluß Mexikos besitzen die USA gute Voraussetzungen für eine intensivere Durchdringung von ganz Lateinamerika.

Japan ist auf diesem Wege noch ein gutes Stück zurück, in den letzten Jahren wurden aber die Bemühungen um die Zurückdrängung des US-amerikanischen Einflusses in Asien intensiviert. Mit einer Verstärkung der Entwicklungshilfe (Japan ist inzwischen der größte internationale Geber) und dem Versuch, den aus den imperialistischen Abenteuern der 30er und 40er Jahre dieses Jahrhunderts herrührenden Geruch des Aggressors loszuwerden, bemüht sich Japan um eine zentrale Rolle in Asien, unter Einschluß Chinas. Auch hier spielen die zahlreichen Ansätze zur Herstellung einer Freihandelszone eine wichtige Rolle, wobei die Durchdringung mit japanischem Kapital ebenfalls eine große Bedeutung hat.

Am wenigsten überschaubar erscheint die Situation in Europa. Ob es zu einem einheitlichen europäischen Wirtschaftsraum kommt und welche Kräftekonstellationen dort dominieren werden, ist derzeit ungewiß. Auch eine stärkere Anbindung Afrikas an die europäischen Märkte ist derzeit nicht sichtbar - was sowohl mit den großen inneren Problemen des alten Kontinents nach dem Zerfall der bisherigen Strukturen in Osteuropa und der Sowjetunion zusammmenhängt als auch mit der latenten Krise der afrikanischen Länder und ihrer ökonomischen Unattraktivität selbst.

Derzeit scheinen sich in den internationalen Beziehungen also eher multipolare Strukturen herauszubilden, konzentriert um die drei Zentren USA, Japan und Westeuropa. Es spricht auf den ersten Blick einiges dafür, daß dies zur "Hauptachse der internationalen Beziehungen" werden könnte.

Trotzdem neige ich der Ansicht zu, daß die Beziehungen zwischen den drei derzeitigen Hauptmächten der Welt (darunter auch die vieldiskutierten Kräfteverschiebungen zwischen Japan und den USA) im Schatten der Nord-Süd-Problematik stehen werden.

Dafür gibt es m.E. einige gute Gründe:

- Der hohe Grad der internationalen wirtschaftlichen Integration erfordert gemeinsame ökonomische Sicherheitsstrukturen der dominierenden Blöcke. Die Verfolgung von Einzelinteressen findet seine Grenzen dort, wo dies gemeinsame Interessen gefährdet. Sicherlich entfällt mit dem Systemkonflikt ein wichtiges Moment, das die ja schon früher bestehenden Interessengegensätze zwischen den großen kapitalistischen Ländern überlagert hatte. Die gegenseitige ökonomische Abhängigkeit stellt aber ein nicht minder wichtiges gemeinsames Band dar, welches der Austragung von Interessenkonflikten Schranken setzt und einen "friedlichen" Ausgleich erzwingt.

- Diese gemeinsamen ökonomischen Sicherheitsinteressen stellen auch einen Ausgangspunkt in den Nord-Süd-Beziehungen dar. Sie sind inhaltlich eindeutig definiert durch die Interessen des Nordens und beschränken die Handlungsfähigkeit des Südens. Am krassesten wird das beim Rohstoffproblem deutlich: Nicht nur eine Gefährdung der Versorgungssicherheit, sondern schon bloße Preiserhöhungen werden bereits als Störung der gemeinsamen Sicherheitsinteressen definiert und rufen Pressionen des Nordens hervor. Demgegenüber gibt es keinerlei verbindlichen internationalen Schutzmechanismus gegen die Folgen von Mißernten, Naturkatastrophen oder die Erschöpfung von Rohstoffvorkommen. Noch nicht einmal gegen einen Preisverfall von Rohstoffen werden die Produzentenländer geschützt. Die NWWO - deren Kernforderungen in Belgrad 1989 zumindest verbal immer noch aufrecht erhalten wurden - dürfte im Norden als Störung der ökonomischen Sicherheit interpretiert werden.

- Auch in vielen anderen Fragen gibt es globale Sicherheitsinteressen, deren konkreter Inhalt aber ebenfalls weitgehend vom Norden bestimmt wird. Dies sind vor allem die neuen entwicklungspolitischen Themen Umwelt und Drogenbekämpfung. Beides sicherlich abstrakt globale Themen, die derzeit aber nur für den Norden vorrangig sind. Für die Länder des Südens ist immer noch das Problem der Armut und der ökonomischen Unterentwicklung von überlebenswichtiger aktueller Bedeutung.

- Ein weiteres Konfliktpotential zeichnet sich auf dem Gebiet der Bevölkerungsentwicklung ab. Während eine einseitige Beschränkung der Bewegungsfreiheit von Waren und Kapital als Eingriff in die internationale ökonomische Sicherheit verstanden wird, beschränken die entwickelten Länder weiter und z.T. verstärkt die internationale Bewegungsfreiheit der Arbeitskräfte und damit der Menschen. Angesicht der Flüchtlingsströme wächst so der Druck auf die Länder der Dritten Welt, die die Hauptlast der internationalen Migrationsbewegungen zu tragen haben. Auch in diesem Punkt zeigt sich, daß die als global bezeichneten Interessen, zu deren Verfolgung sich die großen kapitalistischen Länder zusammengetan haben, inhaltlich Interessen des Nordens sind.

- Etwas anders sieht es auf dem Gebiet der militärischen Sicherheit aus. Mit dem Wegfall des Ost-West-Konflikts sind lokale und regionale Gegensätze in der Dritten Welt verstärkt aufgebrochen. Ein Zerfall der bisherigen staatlichen Strukturen droht zu einem unkontrollierbaren Konfliktherd zu werden mit unübersehbaren Folgen vor allem für die Dritte Welt. Die Verhinderung von einseitigen Grenzrevisionen und von militärischen Aggressionshandlungen in der Dritten Welt liegt vor allem im gemeinsamen Interesse des Südens. Eine einseitige Veränderung der Kräfteverhältnisse durch die Herausbildung regionaler Großmächte mit Vormachtanspruch innerhalb des Südens - eine Thematik, die im Golfkrieg eine große Rolle spielte und die auch in anderen Weltregionen auf der Tagesordnung steht - kann bislang nur durch die militärischen Eingreiftruppen des Nordens verhindert werden. Es ist allerdings fraglich, ob die im Golfkrieg demonstrierte Gemeinsamkeit auch dann ausreicht, wenn keine vitalen Interessen des Nordens (das Öl) auf dem Spiel stehen. Die Empörung in großen Teilen der Dritten Welt über das Vorgehen des Nordens war weniger bestimmt durch Verständnis für die Aggressionshandlungen des Irak (dies stellt für viele Länder eher eine Bedrohung dar) als durch die Kritik an der Einseitigkeit, die Grenzverschiebungen z.B. durch Israel toleriert.

Die Überwindung der Bipolarität des Ost-West-Konflikts und die sich abzeichnende Ablösung durch die tripolaren Beziehungen USA-Japan-Westeuropa vollzieht sich in einem Milieu der internationalen wirtschaftlichen Integration und einer scheinbaren gegenseitigen Abhängigkeit. Insofern werden die Gegensätze und ihre Austragung begrenzt durch einen erheblichen Vorrat von gemeinsamen, globalen Interessen. Definiert wird der konkrete Inhalt dieser globalen Interessen aber durch das

Bestreben des Nordens, sein Produktions- und Konsumtionsmodell um jeden Preis zu erhalten. Dies kann nur gelingen, wenn die Massen der Dritten Welt davon ausgeschlossen bleiben. Dies ist der Kern der Sicherheitsinteressen des Nordens und stellt dort ein womöglich noch viel engeres gemeinsames Band dar als der Ost-West-Systemkonflikt. Denn während der Ost-West-Konflikt immer auch Beziehung zu innergesellschaftlichen Interessengegensätzen hatte, so ist das beim Nord-Süd-Gegensatz (jedenfalls bis jetzt) anders: Dabei geht es um die Verteidigung eines Zivilisationsmodells, welches auf Ausschließung der Mehrheit der Weltbevölkerung zungunsten einer Minderheit basiert.

Die bisher vorliegenden Materialien und Erklärungen zum für 1992 geplanten "Erdgipfel" der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro verweisen auf die "Marschroute" des Südens gegenüber dem Norden: Die auch schon in der Vergangenheit immer wieder gestellten Forderungen der NWWO, die letzten Endes darauf hinauslaufen, den Ressourcenabfluß vom Süden in den Norden zu stoppen (Stabilisierung der Rohstoffpreise bzw. Ausgleich für Preisverluste, Schuldenerlaß, Anhebung der Entwicklungshilfegelder auf 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts der Geberländer), werden mit dem Verweis auf die globalen Interessenkonstellationen lediglich neu begründet. Gesamttenor: Wenn der Norden vom Süden "globales" Wohlverhalten erwartet (Stichworte; Tropenwälder und Klimaschutz, Bevölkerungspolitik, Stop des Drogenanbaus, Verzicht auf nationale Verfügung über Ressourcen mit weltweiter Bedeutung), so muß er diesem bei seiner Entwicklung wirksam helfen. Die diskutierte CO2- Steuer z.B., mit der die Länder des Nordens ihren Energieverbrauch zugunsten der Länder des Südens besteuern sollen, stellt diesen Zusammenhang sichtbar her. Es ist aber nicht absehbar, wie diese Forderungen durchgesetzt werden sollen. In dem Maße, wie sich die ökonomische Situation in der Dritten Welt weiter differenziert und wie diese im Rahmen von Wirtschaftszonen an bestimmte regionale Blöcke gebunden werden (aus denen ein Ausscheren nicht möglich ist), schwinden die Voraussetzungen für gemeinsame Schritte. Angesichts der abnehmenden ökonomischen Bedeutung auf den Weltmärkten wird der Manövrierspielraum des Südens enger.

Insofern fällt die Antwort auf die eingangs gestellte Frage widersprüchlich aus: Mit der vorläufigen Erledigung der Systemfrage als Hintergrund des Ost-West-Konflikts rückt die Verteidigung und Erhaltung des herrschenden Produktions- und Konsumtionsmodells in den Mittelpunkt des Geschehens. Dies ist gegenwärtig der Hauptinhalt der Nord-Süd-Problematik und prägt die Beziehungen zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern. In diesem Sinne wäre die Frage also zu bejahen: Die Nord-Süd-Problematik stellt die Hauptachse der internationalen Beziehungen dar, weil das Gesellschaftsmodell des Nordens die Ausschließung des Südens voraussetzt und dessen Verteidigung der gemeinsame Nenner der Großmächte ist. Dieser gemeinsame Nenner setzt der Austragung innerimpe-

rialistischer Gegensätze mindestens so enge Grenzen wie früher der Systemgegensatz.

Andererseits fällt es schwer, von einem Nord-Süd-Gegensatz zu sprechen, weil dies eine gewisse Handlungsfähigkeit des Südens auf der Grundlage gemeinsamer Interessen voraussetzt. Dafür scheinen mit der Entwicklung zur Tripolarität und der entsprechenden Anbindung von Teilen der Dritten Welt an die jeweiligen Zentren (denen gegenüber eine politische Schaukelpolitik nicht möglich ist) die Voraussetzungen eher schlechter zu werden.

Diese pessimistische Zustandsbeschreibung schließt nicht aus, daß sich in fernerer Zukunft neue Konstellationen herausbilden, die wieder erweiterte gemeinsame Handlungsmöglichkeiten im Süden möglich machen. Es ist auch nicht auszuschließen, daß regionale Kooperationsbeziehungen entstehen, in deren Rahmen Staatengruppen der Dritten Welt wirksam Druck entfalten können. Schließlich erscheint auch nicht unmöglich, daß es im Norden zu einer Verflechtung der Nord-Süd-Problematik mit innenpolitischen Gegensätzen kommt, deren Basis vernünftige Lösungen z.B. für ökologische Probleme oder für Fragen der internationalen Migration sein könnten. Aussagen darüber aber haben einen weiten Zeithorizont. Die schlechten Erfahrungen der Vergangenheit mit längerfristigen Prognosen mahnen zur Bescheidenheit.



Parviz Khalatbari

Unterentwicklung als globales Problem

Das Problem der zunehmenden Polarisierung unserer Welt in Arme und Reiche und die Teilung der Welt in unterentwickelte und entwickelte Länder steht seit langem im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit von Politikern und Wissenschaftlern. Es rückt auch immer stärker in das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit.

Sicher ist die Polarisierung der Gesellschaften in Arme und Reiche, sind Armut und Verwahrlosung auf seiten der arbeitenden Bevölkerung nichts Neues in der Geschichte der Zivilisation. Es ist auch nicht neu, daß mit der gesellschaftlichen Entwicklung der Arbeit die Intensität der Polarisierung zunimmt. Es ist aber bemerkenswert, daß die Polarisierung der Gesellschaften in Arme und Reiche in der Geschichte nie ein solches globales Ausmaß erreichte wie heute in unserer Welt als Ganzes. Armut und Verwahrlosung auf seiten der arbeitenden Bevölkerung hatten niemals eine derartige Tiefe und Breite wie heute in den Entwicklungsländern. Und die Reichtümer waren in den Händen einer Minderheit der Weltbevölkerung nie so konzentriert wie heute.

1985 befanden sich 70 Prozent der Getreideproduktion und 85 Prozent der Industrieproduktion der Welt in den sogenannten reichen Ländern, die nur 23 Prozent der Weltbevölkerung ausmachten. Diese 23 Prozent der Weltbevölkerung verfügen über 85 Prozent des produzierten Nationaleinkommens der Welt, sie verbrauchen 85 Prozent der erzeugten Weltenergie. über 90 Prozent der Weltausgaben für das Gesundheitswesen und die Bildung, für die Wissenschaft und Technik kommen ihnen heute zugute.

Das Bild in den Entwicklungsländern sieht ganz anders aus. Hier haben 70 Prozent der ländlichen und 25 Prozent der städtischen Bevölkerung (also fast 2 Milliarden Menschen) kein sauberes Wasser zur Verfügung. Fast 50 Prozent der städtischen und 87 Prozent der ländlichen Bevölkerung hatten noch 1980 keine anständigen Anlagen für die Müllbeseitigung. Die Zahl der Ärzte liegt in diesen Ländern bei 22 pro 100 000 Einwohner und die Zahl der Hebammen und Krankenschwestern liegt bei 52 pro 100 000 Menschen. (Diese Zahlen liegen in den hochentwickelten Ländern im Durchschnitt bei 217 zu 100 000 bzw. 526 zu 100 000). Über 1,5 Milliarden Menschen haben in diesen Ländern keinen Zugang zu medizinischer Betreuung. Für 60 bis 80 Prozent der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten besteht keinerlei Möglichkeit an die aller wesentlichsten und notwendigsten Medikamente heranzukommen. Dabei leiden über 2 Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern unter verschiedenen Krankheiten.

Es stehen also zwei diametral entgegengesetzte Welten nebeneinander. Der Abstand zwischen diesen Welten - der Abstand zwischen Reichen und Armen - nimmt ständig zu. Ein Beispiel: Das Bruttosozialprodukt pro Kopf in den industriell entwickelten Staaten betrug 1960 ca. 4 690 Dollar und stand damit um 3 900 Dollar höher als der gleiche Indikator in den Entwicklungsländern. 1988 betrug dieser Indikator in den reichen Ländern 14 350 Dollar pro Kopf im Durchschnitt und stand um 12 180 Dollar über dem Bruttosozialprodukt pro Kopf in den Entwicklungsländern.[1] D. h., allein im Zusammenhang mit diesem Indikator ist der Abstand zwischen Armen und Reichen innerhalb von 28 Jahren um das Dreifache gestiegen.

Ob die Konzentration des Reichtums, des Wohlstands, ja sogar des Überflusses bei einer Minderheit der Weltbevölkerung und Armut bei der überwiegenden Mehrheit der Weltbevölkerung für lange Zeit gutgehen kann, ist ein Problem, das uns zum Nachdenken zwingen muß! Solch eine krasse Polarisierung der Welt in Arme und Reiche kann die Menschheit, und zwar nicht in sehr ferner Zukunft, mit einer Reihe verheerender ökonomischer, sozialer und politischer Konflikte konfrontieren. Es ist gar nicht abwegig zu meinen, daß dieser Prozeß eine gefährliche Wende nehmen und u. U. sogar zur Auslösung eines atomaren Krieges führen kann, was den Untergang unserer Zivilisation bedeuten würde. Auf diese Möglichkeit ist schon längst eine Reihe weitsichtiger Wissenschaftler aufmerksam geworden und hat auch rechtzeitig die Weltöffentlichkeit vor dieser Gefahr gewarnt. Hinweisend auf die Armut und Verschlechterung der Lebensbedingungen der überwiegenden Mehrheit der Weltbevölkerung, regte z. B. Bertrand Russell durch folgendes zum Nachdenken an: "The deterioration in living conditions must be expected to produce increasing discontent and increasing envy of the more prosperous part of the world. Such feelings tend to produce war even if in sane survey, war can bring no good to anybody."[2] Somit gewinnt die Problematik der Unterentwicklung mit ihren Konsequenzen in der Gegenwart eine völlig neue Dimension und bringt einen wesentlichen Aspekt der gegenwärtigen Krise der Zivilisation zum Ausdruck.

Aus dieser Sicht ist die nochmalige Behandlung des Phänomens Unterentwicklung erforderlich.

1 UNO. Human Development Report 1991. Oxford University Press. New York, Oxford. 1991. S. 24ff.

2 Bertrand Russell. Population Pressure and War. in: The Population Crisis and the Use of World Resources. Edited by: Stuart Mudd. The Hague. 1964. S. 3

Zur Vorgeschichte der Unterentwicklung

Historisch betrachtet ist die Unterentwicklung bzw. die Teilung der Welt in Reiche und Arme ein relativ neues Phänomen, das mit dem Prozeß der Expansion des Kapitals in den Kolonien eng verbunden ist.

Die traditionelle Wirtschaft der Kolonien war auf die Befriedigung der unmittelbaren bescheidenen Bedürfnisse der zahlenmäßig begrenzten Produzenten sowie der verschwenderischen aber immerhin begrenzten Bedürfnisse der herrschenden Klasse ausgerichtet. Das System orientierte sich an der Produktion vom Gebrauchswerten. Die Warenproduktion und Zirkulation spielten hier eine untergeordnete Rolle. Produktion hörte an der Stelle auf, wo die Bedürfnisse erfüllt waren. Aus dem Charakter dieser Wirtschaft entspringt kein unbeschränkter Bedarf nach Mehrprodukt. Sie ist im Prinzip wenig dynamisch und relativ stagnierend. Das ausländische Kapital übte auf diese Wirtschaft zwei widersprüchliche Wirkungen aus - eine auflösende bzw. erneuernde und eine konservierende Wirkung. Durch diese Wirkungen wurden die neuen kapitalistischen Elemente in die Kolonien übertragen. Dadurch wurde die traditionelle Wirtschaft Schritt für Schritt an der Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgabe, die in der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung lag, gehindert. Sie wurde zunehmend den jeweiligen Verwertungsbedürfnissen des ausländischen Kapitals angepaßt - mit dem Ziel: die Reichtümer der Kolonien systematisch abzuziehen und in den Metropolen zu akkumulieren.

Der ganze Prozeß begann mit der Penetration des Handelskapitals in den Kolonien. Das Kapital hat die Produkte, die eigentlich nicht als Ware produziert wurden, gewaltsam zur Ware umgewandelt und unter ihrem Wert erworben. Auf diese Weise eignete es sich das produzierte Mehrprodukt in den Kolonien an und transferierte es in die Metropolen. Somit wurde zwar die Isolation der Kolonien schrittweise aufgehoben, aber gleichzeitig wurde der Polarisierungsprozeß in Gang gesetzt.

Mit dem Fortschritt in der industriellen Revolution unter der Herrschaft des Kapitals wurden die Kolonien auf der Grundlage der traditionellen Produktionsverfahren zur Produktion von agrikolen Rohstoffen und Nahrungsmitteln gezwungen. Die Märkte der Kolonien wurden gewaltsam erschlossen. Als sich die Epoche der Herrschaft des Industriekapitals im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts ihrem Ende zuneigte, waren bereits die Konturen einer *neuen internationalen Arbeitsteilung* zwischen den Metropolen und den Kolonien deutlich erkennbar: Ein Teil der Welt (die Industriestaaten) wurde vorzugsweise zum Standort der Industrieproduktion. Der andere Teil (die Kolonien) wurde vorzugsweise zum Lieferanten der Rohstoffe aller Art für die Industriestaaten.[3]

3 Vgl. Karl Marx. Das Kapital Bd. I. in: MEW. Bd. 23. Berlin. 1979. S. 475

Diese Arbeitsteilung bildet bis heute die Grundlage der Beziehungen zwischen diesen beiden Teilen der Welt. Der Mechanismus der Wechselbeziehungen zwischen beiden Teilen der Welt war von Beginn an einseitig ausgerichtet. Er beruhte auf dem berüchtigten "Colonial Act", wonach "colonies are made by and for their mother countries". Nach diesem Mechanismus wurde von Beginn an ein Teil der Welt dem anderen, die Kolonien den Industriestaaten und der Süden dem Norden unterworfen. Dieses Herrschaftsverhältnis determinierte den Inhalt, die Richtung und das Ausmaß der "Kooperation" beider Teile der Welt und sicherte die Funktionstüchtigkeit des Ganzen im Interesse der "Mutterländer". Das Ergebnis war die zunehmende Polarisierung der Welt. An einem Pol wurden immer mehr Reichtümer und Wohlstand konzentriert, am anderen Pol die Armut.

Die Entstehung der strukturellen Unterentwicklung

Mit dem Übergang des Kapitalismus in seine monopolistische Phase, die mit einer ungeheuren Konzentration des Kapitals und der Produktion verbunden war und die technischen Entwicklungen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Grundlage hatte, stellten die Proportionen der kapitalistische Weltproduktion mit Nachdruck neue Anforderungen an Struktur, Umfang und Stabilität der internationalen Arbeitsteilung. Das exponentielle Wachstum des Bedarfs an traditionellen und neuen Rohstoffen hatte schon Anfang des 20. Jahrhunderts ein solches Ausmaß angenommen, daß er durch herkömmliche Produktionsverfahren in den Kolonien nicht mehr zu bewältigen war. Die Übernahme der Rohstoffproduktion durch die Monopole selbst wurde zur Voraussetzung für einen reibungslosen Reproduktionsprozeß in den Metropolen. Seit Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts wurden die modernen kapitalistischen Betriebe des Bergbaus und der Landwirtschaft als Enklaven in die Kolonien verpflanzt.

Die Transplantation der modernen Technologien und kapitalistischen Produktionsverfahren bildete einen Wendepunkt in der Geschichte der Kolonien. Das trug zur organischen Integration der Wirtschaft der Kolonien in die kapitalistischen Weltproduktion bei und festigte ihre Stellung als Rohstofflieferant in der internationalen Arbeitsteilung.

Allerdings blieben die Effekte der Transplantation nicht nur auf die Wirtschaftssphäre begrenzt. Sie löste eine Reihe demographischer, sozialer und politischer Umwälzungen aus, die in ihren Wechselbeziehungen die Hintergründe jenes Phänomens bilden, das wir heute mit dem Begriff *Unterentwicklung* bezeichnen.

Dazu kommt folgendes: Die objektive Entwicklung des Kapitalismus in den Metropolen und die Zunahme des Anteils der Schwerindustrie an der Gesamtproduktion erforderten die Schaffung von Märkten für die Investitionsgüter auch in den Kolonien. Nach dem 1. Weltkrieg und im Zuge des Übergangs von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft und der auftretenden

Marktschwierigkeiten wurde die "Industrialisierung" der Kolonien zur Verwertungsbedingung des metropolitanen Kapitals.[4] In einer Reihe der Kolonien entstanden moderne und vor allem verarbeitende Industriebetriebe. Für die Beschaffung ihrer stofflichen Elemente waren sie von den Metropolen abhängig. Gleichzeitig befriedigten sie die zunehmenden Marktbedürfnisse der Industriestaaten. Dabei blieb, trotz aller dieser Änderungen, die traditionelle Landwirtschaft weiterhin aufrechterhalten. Diese grundverschiedenen Wirtschaftssektoren standen nebeneinander und wirkten aufeinander. In ihrem Ensemble stellten sie eine ausgesprochen heterogene Struktur dar, die bis heute besteht und sich weiter entwikkelt. Aus der Sicht des Kapitalismus als System waren alle diese Umwandlungen notwendig und gesetzmäßig. Sie sicherten den wachsenden Bedarf der Industriestaaten an Rohstoffen, erweiterten die Märkte für Industrieprodukte und trugen zu Reichtum und Wohlstand in den Metropolen bei.

Vom Standpunkt der Kolonien bzw. der Entwicklungsländer trugen diese Umwandlungen einen widersprüchlichen Charakter. Sie brachten einerseits - wenn auch mit zunehmender Verschuldung - bestimmte Entwicklungen in der Produktionssphäre zum Ausdruck, die sich manchmal sogar mit verblüffend raschem Tempo vollzogen. Andererseits aber konnten diese Umwandlungen nicht die Mission einer industriellen Revolution übernehmen. Sie konnten nicht die traditionellen und vorkapitalistischen Verhältnisse in der Landwirtschaft abschaffen und einen Durchbruch in die moderne Gesellschaft durchsetzen. Somit trug das geschaffene System von Anfang an einen *hybriden* Charakter. Es kann zwar die Bedürfnisse der Industriestaaten immer perfekter befriedigen, es kann aber nicht mit den Problemen fertig werden, die durch die Transplantation der modernen Industrie in ein traditionelles Umfeld entstehen.

Bevölkerungsexplosion - unmittelbare Konsequenz der Unterentwicklung

Die Transplantation der modernen Industrie in die Kolonien setzte die Durchführung einer Reihe von Maßnahmen voraus, die als elementare Bedingungen für die Funktionstüchtigkeit der Enklaven zu bezeichnen sind. Die Bekämpfung der Epidemien, Schaffung von minimalen sanitären Einrichtungen und eines Netzes medizinischer Betreuung sowie die Unterbindung der Stammeskriege zählen zu diesen elementaren Maßnahmen.

Aus diesen Maßnahmen ging eine Reihe demographischer Konsequenzen in Richtung der Reduktion der Sterblichkeit hervor. Als das Kolonialsystem zusammenbrach, lag die Sterblichkeit in den meisten Ko-

[4] Vgl. Maurice Dobb. Entwicklung des Kapitalismus vom Spätfeudalismus bis zur Gegenwart. Köln, Berlin. 1972. S. 372

lonien mit ca. 24 Promille erheblich unter dem traditionellen Niveau der Sterblichkeit. Die Geburtenrate blieb aber weiterhin traditionell hoch. Das ist wiederum zum einen auf die innere Festigkeit der traditionellen Wirtschaft, der gesellschaftlichen Verhältnisse und Normen zurückzuführen, zum anderen aber auch auf die konservierende Wirkung, die das ausländische Kapital auf die rückständige sozialökonomische Struktur ausübte. Dadurch blieben gesellschaftliche Umwälzungen, die auf die generative Verhaltensweise revolutionär wirken, weitgehend aus. Als das Kolonialsystem zusammenbrach, war für die Entwicklungsländer eine Geburtenrate von ca. 40 Promille charakteristisch, die sich nicht im geringsten von den traditionellen Werten der Geburtenrate unterscheidet. Somit begann die Bevölkerungsexplosion längst bevor diese Länder ihr wirtschaftliches Wachstum beginnen wollten.

Nach der Unabhängigkeit verschärfte sich diese demographische Situation. Die Sterblichkeit wurde z. T. durch die Gesundheitspolitik der Regierungen der jungen Nationalstaaten und den Import medizinischer Errungenschaften aus dem Ausland gesenkt. Zum Teil trug auch die fortschreitende Verjüngung der Struktur der Bevölkerung dazu bei.

Die Geburtenrate verzeichnet dagegen nur einen geringfügigen Rückgang. Die Struktur der Bevölkerung ist jugendlich. Heute sind 35 Prozent der Bevölkerung der Entwicklungsländer unter 14 Jahre alt. Die Kinder von heute sind die Eltern von morgen. Die Zahl der Frauen im reproduktiven Alter wird von knapp 400 Millionen 1950 auf 1,3 Milliarden bis zum Jahr 2000 und auf 1,8 Milliarden bis zum Jahr 2025 ansteigen. Selbst wenn die optimistischen Prognosen zutreffen und die Zahl der Kinder pro Frau über das Jahr 2000 hinaus ständig sinkt, reicht dennoch die absolute Zahl der Frauen im reproduktiven Alter vollkommen aus, um den weiteren Zuwachs der Bevölkerung zu garantieren. Die Bevölkerungszahl dieser Länder ist von 1 Milliarde (1900) auf 2 Milliarden (1960) und 1990 auf 4 Milliarden angestiegen. Bis zum Jahr 2000 wird ihre Zahl knapp 5 Milliarden sein. Und bis 2025 wird sie sogar die Grenze von 7 Milliarden überschreiten. Damit verlagert sich das Schwergewicht der Weltbevölkerungskonzentration immer stärker in die Entwicklungsländer. Sie machte 1950 ca. 67 Prozent der Weltbevölkerung aus. 1985 war ihr Anteil an der Weltbevölkerung bereits 76 Prozent. Bis zum Jahr 2000 werden 80 Prozent und bis 2025 sogar 84 Prozent der Weltbevölkerung in den Entwicklungsländern leben (zu diesem Zeitpunkt werden die Industriestaaten einschließlich der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern lediglich eine Minderheit von 16 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen).

Die zunehmende Konzentration der Weltbevölkerung ausgerechnet in dem Teil der Welt, der als unterentwickelt zu bezeichnen ist und dessen Wirtschaft nicht vornehmlich auf die Erfüllung der Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung ausgerichtet ist, reproduziert zwangsläufig eine Reihe von Problemen, die rasch eine globale Dimension erhalten.

Agrarische Überbevölkerung und Umweltprobleme

Die traditionelle Landwirtschaft mit ihrer rückständigen Technik und begrenzten Kapazität ist nur mit einem bestimmten Quantum an Bevölkerung als Produzent und Konsument vereinbar. Sie kann eine wachsende Bevölkerung nicht absorbieren. Es herrscht hier der Zustand des zunehmenden Drucks der Bevölkerung auf den Grund und Boden als dem Hauptproduktionsmittel. Die zunehmende Bodenknappheit und Landlosigkeit in den Entwicklungsländern deutet auf einen sich potenzierenden Zustand der Überbevölkerung. Die unmittelbare Folge des Drucks der Bevölkerung auf den Grund und Boden ist die sich verschärfende Ernährungsfrage. Die relativ stagnierende Landwirtschaft kann nicht mit einer rasch wachsenden Bevölkerung Schritt halten. Schon heute sind 600 Millionen Menschen in den Entwicklungsländern unterernährt. Nach manchen Angaben sterben jährlich 14 bis 15 Millionen Menschen an den Folgen von Entkräftung durch Hunger. (Dabei sind auf unserer Welt die Nahrungsmittel nicht knapp. Jährlich werden 1,8 bis 1,9 Milliarden Tonnen Getreide produziert. Das reicht vollkommen aus, um alle Bürger der Welt ausreichend zu ernähren. Dennoch ist die Nahrungsmittelkonsumtion in unserer Welt polarisiert. Eine Minderheit der Weltbevölkerung ist überernährt und die Mehrheit unterernährt. Eine 4-köpfige Familie in den USA verzehrt soviel Nahrungsmittel wie eine 18-köpfige Familie in Indien.[5])

Dazu kommt folgendes: In den letzten Dekaden wurde in den Entwicklungsländern zunehmend Grund und Boden von der Produktion für Nahrungsmittel der einheimischen Bevölkerung ausgegliedert, modernisiert und auf den Export orientiert. Die Erzeugung einer Reihe hochwertiger Nahrungs- und Genußmittel wurde unter dem Einfluß multinationaler Gesellschaften in die Entwicklungsländer verlagert, da hier die Arbeitskräfte billig sind und der Profit hoch ist.

Diese Erneuerung hat zwar die Metropolen mit billigen Nahrungs-, Genuß- und Luxusgütern versorgt und den multinationalen Gesellschaften ausreichend Profit gesichert, dennoch trug sie zur Verschärfung der ohnehin akuten Ernährungs- und Beschäftigungssituation in den Entwicklungsländern stark bei. Die Einführung der modernen Technik in der Landwirtschaft erzeugt zunehmend offene Arbeitslosigkeit. Jeder Traktor ersetzt 4 bis 5 Arbeiter.

Schätzungsweise soll in den letzten Dekaden die Zahl dieser Kategorie der Arbeitslosen die Grenze von 70 Millionen überschritten haben. Die nun arbeitslos gewordenen Bauern produzieren ihre eigenen Nahrungsmittel nicht mehr. Sie können auch keine Nahrungsmittel kaufen, weil sie dafür als Arbeitslose kein Geld haben. Die Ernährungsfrage verschärft sich. Um nicht zu verhungern, sind die Produzenten zur Vergewaltigung der Natur

5 UNO. Population, Resources, Environment and Development. (ST/ESA/SER.A/90) New York. 1984. S. 67

gezwungen. So werden sie die minderwertigen Böden unter den Pflug nehmen. Die Brachezeit wird verkürzt. Diese Maßnahmen stören den normalen Regenerationsprozeß des Bodens, mindern die Fruchtbarkeit, verstärken die Erosionsgefahr und führen letztendlich zur Verwüstung.

Der zunehmende Bedarf der wachsenden Bevölkerung nach Anbauflächen und Brennholz hat einen weiteren Umwelteffekt - die Rodung der Wälder. Jährlich werden 12 Millionen Hektar Wälder, vornehmlich zwecks Umwandlung zu Anbauflächen, vernichtet. Dabei sind auf diese Weise gewonnene Böden biologisch arm und für den Ackerbau nicht geeignet. Sie verwandeln sich zu Steppen und Wüsten, sobald sie den Schutz verlieren, den das reiche Blätterwerk der tropischen Wälder bietet.[6] Nach Angaben der UNFPA hat sich die Anbaufläche in den Entwicklungsländern im Zeitraum 1971 bis 1986 um 59 Millionen Hektar erweitert. Das geschah vornehmlich auf Kosten der Wälder. Im gleichen Zeitraum hat der Umfang von Wäldern um 125 Millionen Hektar abgenommen.[7] Wenn es so weitergehen würde, dann würden bis zum Jahr 2000 etwa 12 Prozent der tropischen Wälder vernichtet sein und bis zum selben Zeitpunkt würde sich die Wüstenfläche der Erde verdreifachen.[8]

Migration, Industrialisierung und Pauperismus

Der zunehmende Druck der Bevölkerung auf den Grund und Boden löst zwangsläufig einen Wanderungsprozeß vom Land in die Stadt aus. Auf der Suche nach Arbeit wandern jährlich (1985-1990) im Durchschnitt ca. 35 Millionen Menschen aus den ländlichen Gebieten in die Städte ab. Trotz dieses massiven Abzugs nimmt die Zahl der ländlichen Bevölkerung im Zuge der natürlichen Vermehrungsrate jährlich um 20 Millionen zu. Die spontane Abwanderung wirkt somit kaum entlastend auf den Bevölkerungsdruck in den ländlichen Gebieten. Doch sorgt sie für ein übermäßiges Wachstum der Bevölkerung in den Städten. Die Zahl der städtischen Bevölkerung nimmt seit 1950 im Durchschnitt mit 4 Prozent pro Jahr zu. Mit diesem Tempo kann sich die städtische Bevölkerung alle 15 Jahre verdoppeln. Dabei sind die Städte nicht in der Lage, die Schar der Einwanderer zu absorbieren.

Das Tempo der Industrialisierung kann nicht mit dem Tempo des Wachstums der Arbeitskräfte Schritt halten, zumal die "Industrialisierung" selbst z. T. eine Quelle für die Erzeugung der Arbeitslosigkeit ist. In der Regel entstand die moderne maschinelle Industrie in solchen Bereichen der Wirtschaft, in denen noch Millionen handwerklicher Kleinbetriebe tä-

6 Vgl. Mihailo Mesarovic/Eduard Pestel. Die Menschheit am Wendepunkt. 2. Bericht an den Club of Rome zur Weltlage. Stuttgart. 1974. S. 152

7 UNFPA. The State of World Population 1990. New York. 1990. S. 11

8 Vgl. UNO. Population, Resources, Environment and Development. a.a.O. S. 191

tig sind. Diese konnten der Konkurrenz der maschinellen Industrie nicht widerstehen. Mit der Entstehung jeder solcher modernen Fabrik gingen Tausende von Handwerksbetrieben zugrunde.[9]

Somit wird die Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern durch recht unterschiedliche Mechanismen erzeugt. Die Zahl der Arbeitslosen wächst von Jahr zu Jahr. 1950 fielen schätzungsweise 90 Millionen Menschen unter die verschiedenen Kategorien der Arbeitslosigkeit. 1988 waren es bereits 500 Millionen. Das macht 35 bis 40 Prozent des Arbeitskräftepotentials aus. Dabei kommen jährlich ca. 40 Millionen neue Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt hinzu. Bis zum Jahr 2000 wird die Zahl der Arbeitskräfte mit 1,9 Milliarden geschätzt und die Zahl der Arbeitslosen voraussichtlich mit 800 Millionen!

Die Unfähigkeit des Systems, die wachsende Zahl an Arbeitskräften zu absorbieren und sinnvoll zu beschäftigen, führt zur Herausbildung und Entwicklung eines neuen Phänomens, das eine wachsende soziale Deformation in diesen Ländern zum Ausdruck bringt. Die entwurzelten Bauern, die in den Städten auch keine Arbeit finden, ziehen in die Umgebung der Städte. Sie sind die Einwohner der Elendsviertel. Die Zahl der Slumbewohner nimmt in erstaunlichem Tempo zu. Schon 1980 wohnten 25 bis 30 Prozent der Menschen in vielen Großstädten in wilden Siedlungen, und der Trend weist steil nach oben.[10] In der Regel sind diese Menschen arbeitslos, brotlos und obdachlos. Mit einem Wort, sie sind *Pauper* - eine neue soziale Schicht mit ihrem eigenen Charakter. Die physische und seelische Degenerierung, moralische Degradation, Unwissenheit und Brutalität sind eigentümlich für diese Schicht.

Wir sind heute in den Entwicklungsländern Zeugen eines dramatischen Prozesses der Umwandlung vor allem der Bauern in Pauper. Kriminalität, soziale Unruhen, ethnische Spannungen und politische Unsicherheit nehmen mit dem Anwachsen des Pauperismus zu. Der Haß gegen die bestehende und ungerechte Gesellschaft befähigt diese wachsende Schicht u. U., mit aller Brutalität gegen die bestehende Gesellschaft vorzugehen, die sie genau so brutal verworfen und verlassen hat. Diese Schicht kann mißbraucht und manipuliert werden. Sie kann zur sozialen Basis von Abenteurercliquen werden, die, indem sie sich auf die Pauper stützen, die Macht ergreifen und eine reaktionäre, unberechenbare und agressive Diktatur des Lumpenproletariats errichten. Die künftige Entwicklung einiger oder mehrerer Entwicklungsländer könnte auf diese Weise zur Herstellung immer neuer Krisenherde führen.

In diesem Zusammenhang zwingt uns die folgende Tatsache zum Nachdenken: Mit aktiver Unterstützung der profitsüchtigen Großunternehmer

9 Vgl. Robert McNamara. Opening Adress. 1975 Annual Meetings of the Boards of Governors IBRD, IFC, IDA. Summary Proceeding. Washington D.C. 1975. S. 30

10 Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten. Frankfurt/M. 1980. S. 44f.

der Industriestaaten kommen die Entwicklungsländer immer mehr in den Besitz moderner Waffen. In den kommenden Jahren werden Dutzende von Entwicklungsländern, allerdings mit aktiver Unterstützung der Großunternehmern der Industriestaaten, sogar zur Herstellung von Kernwaffen in der Lage sein. Damit geriete die Produktion dieser Waffen zunehmend außer Kontrolle.

Die agressiven und unberechenbaren Regime können dadurch sogar die Sicherheit des Weltfriedens ernsthaft gefährden. D. h. die Konsequenzen der Unterentwicklung schließen sogar den Ausbruch eines atomaren Krieges nicht aus. Auf diese Gefahr hat schon vor über 30 Jahren Bertrand Russell mit folgenden Worten hingewiesen: "Nothing is more likely to lead to an H-bomb war than the threat of universal destitution through overpopulation."[11]

Somit ist in unserer Welt ein merkwürdiger Prozeß im Gange, der zwar für eine Minderheit der Weltbevölkerung Wohlstand, Reichtum und Profit "sichert", dennoch versetzt er zunehmend die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung in Armut, Arbeitslosigkeit und Verzweiflung. Er ruiniert rasch und rücksichtslos unsere Umwelt, gefährdet zunehmend den Frieden und führt die Menschheit an den Abgrund.

Was nun?

Daß das Phänomen Unterentwicklung vielseitige Gefahren für die bestehende Zivilisation in sich birgt, ist schon längst von vielen Wissenschaftlern und Politikern erkannt worden. Es besteht auch eine "optimistische" Einigung darüber, daß unsere Welt über enorme materielle, technische und intellektuelle Ressourcen verfügt, die die Überwindung dieser Gefahren ermöglichen. Dennoch gehen die Meinungen stark auseinander, sobald es um die Wege zur Überwindung der Unterentwicklung als Erzeugerin dieser Gefahr geht. Je nachdem wie man dieses Phänomen erfaßt, ist auch der Lösungsweg unterschiedlich.

Wir leiten das Phänomen Unterentwicklung vom Hauptwiderspruch unserer Epoche ab. Dieser Widerspruch besteht darin, daß Wissenschaft und Technik weit entwickelt sind und sich zeitlich am Ende des 20. Jahrhunderts befinden. Die bestehenden Verhältnisse in unserer Welt, unsere Institutionen und Denkweisen bewegen sich dagegen immer noch in den Kategorien des 18. und 19. Jahrhunderts.

Sicher stellten diese im 19. Jahrhundert gebildeten Verhältnisse und Institutionen seinerzeit eine solide Basis für die Entwicklung des Kapitalismus und Wohlstands in den Industriestaaten dar. Auf diesen Grundlagen und über den Mechanismus der Profitmaxmimierung erlebte die Technologie

[11] Bertrand Russell. Population Pressure and War. a.a.O. S. 1

eine bis dahin unbekannte Entwicklung. Der Konkurrenzkampf zwischen den Industriestaaten orientierte diese Entwicklung allerdings vornehmlich in eine den Menschheitsinteressen fremde Richtung - in Richtung der Militärtechnik. Das verleiht der Entwicklung der Technik eine bestimmte "Selbständigkeit" bzw. Unkontrollierbarkeit. Es steht nun ein Zustand bevor, den Kingsley Davis wie folgt charakterisiert:

"The industrial societies are traveling an unknown road at highspeed - expanding their complex technology with little knowledge or appreciation of the long-run consequences."[12]

Es herrscht tatsächlich eine paradoxe Situation. Unsere Technologie ermöglicht die Eroberung des Alls, während auf der Erde Milliarden Menschen verzweifelt unter menschenunwürdigem Zustand leben! Dabei rückt unsere Welt, im Zuge des Fortschritts in der wissenschaftlich-technischen Revolution, immer mehr zusammen. Die Entfernungen zwischen Kontinenten und Regionen nehmen ab. Die entwickelten Massenmedien bringen die Menschen in der Welt immer näher zueinander. Die Interdependenz nimmt zu. Die Welt wird immer kleiner. Auf diesem zusammengeschrumpften Planeten werden bald 6 Milliarden Menschen leben, deren Schicksal eng miteinander verflochten ist. In diesem kleinen Raumschiff Erde müssen nun entweder alle zusammen leben oder sterben. Das ist eine völlig neue Situation. Sie kann offensichtlich nicht mehr mit den veralteten Systemen des 19. Jahrhunderts geregelt werden und ihre Probleme können mit ihnen nicht gelöst werden. Das erfordert die Etablierung einer neuen und *solidarischen Weltgemeinschaft*, die die Lösung der globalen Probleme zum Ziel hat. Ein System, das nach dem Abbau der Polarisierung der Welt strebt, indem es die moderne Technologie in den Dienst der ganzen Menschheit stellt und den Wohlstand, d.h. ein zeitgemäßes und menschenwürdiges Dasein für alle Bürger der Welt sucht. Die materielle Basis für die Etablierung einer solidarischen Weltgemeinschaft existiert bereits. Was fehlt, ist die radikale Änderung in unsere *Handlungs-, Regierungs- und Denkweisen*, die sich immer noch in den Kategorien des 18. und 19. Jahrhunderts bewegen:

1. In den internationalen Beziehungen stützt sich unsere Handlungsweise u. a. immer noch auf das Modell der internationalen Arbeitsteilung des 19. Jahrhunderts. Die Entwicklungsländer bleiben weiterhin Rohstofflieferanten für die Industriestaaten und die Industriestaaten bleiben weiterhin Exporteure der Industrieprodukte. Das Ziel der gesamten Transaktion bleibt weiterhin die Sicherung des Wohlstands in den Industriestaaten. An dieser Handlungsweise hat sich bis heute nichts geändert. Vielmehr wird sie als Grundlage für anhaltenden Wohlstand in den Industriestaaten weiter gepflegt und weiter prakti-

[12] Kingsley Davis. The Continuing Demographic Revolution in Industrial Societies. in: The Third Century - America as a Post-Industrial Society. Edited by: Seymour Martin Lipset. Hoover Institution Press. Standford, California. 1977. S. 62

ziert. So lesen wir z. B. in einer rezenten Publikation des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit folgende Standpunkte: "Wir brauchen Rohstoffe für *unseren Wohlstand*... Wir sind auch auf Ausfuhren angewiesen. Es ginge uns schlecht, wenn die Entwicklungsländer nicht mehr bei uns einkaufen würden ... Dies bedeutet, daß *unser Wohlstand* ohne Export nicht zu halten wäre."[13] Was im Mittelpunkt der internationalen Zusammenarbeit steht, ist wie zuvor "*unser Wohlstand*" - der Wohlstand einer Minderheit der Weltbevölkerung.

2. Die Regierungssysteme in der gegenwärtigen Welt sind im besten Fall nationale Regierungen Typus 19. Jahrhundert. Sie sind für einen relativ kurzen Zeitabschnitt gewählt, um die bestimmten national-begrenzten Probleme im Interesse der jeweiligen Nation zu lösen. Ihre Wiederwahl hängt von ihrer Fähigkeit zur Lösung dieser auf nationaler Basis gestellten Probleme ab. Sie können weder ernsthaft global denken noch operieren, weil sie einfach nicht zu diesem Zweck geschaffen sind. Zu diesem Zweck ist eine supranationale Regierung - eine "Weltregierung" erforderlich - eine Sache, die nicht einmal in ihren Konturen in Aussicht steht.
3. Auch stehen die tradierten Vorstellungen, Vorurteile und Denkweisen von 6 Milliarden Menschen der Etablierung einer solidarischen Weltgemeinschaft im Wege. Profitsucht und Klassenhaß, Rassismus und Nationalismus, ideologische und religiöse Konflikte herrschen stärker als je in unserer Welt. Das alles läßt kaum Platz für eine weltweite und organisierte Solidarität, die wir heute zur Lösung der globalen Probleme bitter nötig haben.

Trotz all dieser Hindernisse hat nun die wissenschaftlich-technische Revolution unsere Welt zu einem Punkt gebracht, wo der Übergang zu etwas völlig Neuem unvermeidlich geworden ist. Die veralteten Verhältnisse, Regierungssysteme und Denkweisen sind mit den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution absolut nicht vereinbar. Sie sind bereits von der Geschichte widerlegt, und es führt kein Weg zurück. Entweder müssen sie radikal verändert werden oder wir "treiben auf eine unvergleichliche Katastrophe zu", wie es einst Albert Einstein sagte. Andere Alternativen stehen der Menschheit nicht zur Verfügung.

Wie richtig schrieb Lord Boyd Orr vor 40 Jahren: "Die menschliche Gesellschaft ist in ihrem gegenwärtigen Zustand der schnellen Übergänge, wie eine Puppe, in der Metarmorphose begriffen. Die Puppe kann sich entwickeln und zum Schmetterling werden; sie kann auch sterben; aber sie kann niemals wieder zur Raupe werden"[14]

---

13 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Politik der Partner. Bonn. 1990. S. 57

14 John Boyd Orr. Werden nur die Reichen satt? Des weißen Mannes Schicksalstunde. Düsseldorf. 1954. S. 13

Andrea Lederer/Dieter Liehmann

Können Rüstungsexporte wirksam begrenzt werden?

Der letzte Weltwirtschaftsgipfel in London (15. bis 17. Juli 1991) und erste Gespräche der fünf Ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrats der Vereinten Nationen in Paris (8./9. Juli 1991) befaßten sich mit der Nichtweiterverbreitung von ABC-Waffen, modernen Raketentechnologien und dem Transfer konventioneller Waffen. Erklärte Absicht dieser beiden internationalen Treffen ist es, ein internationales Rüstungsexportkontrollregime einzurichten und sich auf einen allgemeinen "Verhaltenskodex" zu verständigen. Die angestrebte Internationalisierung der Rüstungsexportkontrolle im allgemeinen und der Nichtverbreitung von ABC-Waffen sowie der Raketentechnologien im besonderen sind der Einsicht geschuldet, daß nationalstaatliche Kontrollen einzelner Ausfuhrländer wirkungslos geblieben sind (Schmitt-Report an den US-Kongreß). Zum anderen haben die führenden Industriestaaten und Waffenexporteure der Welt die Konsequenzen aus dem letzten Golfkrieg gezogen: schließlich trugen eben jene Staaten die Hauptverantwortung dafür, daß der Irak seine regionalen Hegemoniebestrebungen (Annexion Kuweits) meinte militärisch umsetzen zu können und sowohl im Bereich der ABC-Waffen als auch hinsichtlich der Raketentechnologien durch entsprechende Importe die Nichtverbreitungsregimes durchbrach. Bei den in London und Paris verabschiedeten Absichtsbekundungen ging es aber weder um ein generelles Verbot von Rüstungsexporten aller Art, noch um deren Ächtung.

Die Etablierung eines internationalen Rüstungskontrollregimes folgt vielmehr den Rüstungsexportinteressen der führenden Staaten auf diesem Gebiet, ihre Absatzmärkte neu aufzuteilen und vor allem die Länder der Dritten Welt in Schach zu halten. Es ist also Ausdruck des sich verschärfenden Nord-Süd-Konflikts, der nach der Beendigung der Ost-West-Konfrontation offen zutage tritt.

Waffengeschäfte in der Krise?

Nach dem jüngsten Weltbank-Bericht wurden weltweit über eine Billion US-Dollar für Verteidigungszwecke ausgegeben. Die Hälfte aller Waffenexporte gingen in die Dritte Welt, darunter befinden sich die besten Kunden im Mittleren Osten. In dieser Region konnten in den letzten 10 Jahren Waffen im Werte von 260 Mrd. US-Dollar abgesetzt werden.

Hinsichtlich der Weltmarktanteile bei der Waffenproduktion führen die USA mit 40% vor der Sowjetunion (29%), Frankreich (8,2%), Großbritannien (5,6%), Deutschland (4,4%) und die VR China (4%). Bei den offiziell registrierten Rüstungsexporten ist die Sowjetunion Spitzenreiter. In den Jahren 1986-1990 exportierte sie Waffen im Werte von 60,8 Mrd. US-Dollar, gefolgt von den USA (53,8 Mrd.), Frankreich (13,8 Mrd.), Großbritannien (7,75 Mrd.), VR China (7,68 Mrd.) und Deutschland mit 4,75 Mrd. US-Dollar (Angaben nach SIPRI). Hauptlieferanten für die Dritte Welt waren die Sowjetunion mit einem Anteil von 71% ihrer Gesamtexporte, Frankreich mit 76%, Großbritannien mit 80% und die VR China mit 98,5%, während die USA ihren größten Absatzmarkt in den Nato-Ländern haben. Das gilt übrigens auch für die Bundesrepublik Deutschland.

Die Tendenz der Wachstumsraten der Rüstungsexporte ist steigend; im letzten Jahr konnten die USA und die Bundesrepublik Deutschland ihre Ausfuhren in diesem Bereich nahezu verdoppeln, Frankreich verzeichnete eine Zuwachsrate von 67% gegenüber 1989.

Daß dennoch allenthalben Klagen über Absatzsorgen und engere Märkte aus den Rüstungskonzernetagen zu vernehmen sind, hat folgende Ursachen.

Erstens entfällt das potentielle "Schlachtfeld Europa" nach dem Ende des Ost-West-Konflikts; im Schnitt sanken die staatlichen Rüstungsetats in den Industrieländern um 5%, in den USA auch infolge ihrer prekären Haushaltsverschuldung. Die Abrüstungsvereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion (START) und die Vereinbarungen von Wien (VKSE) tun ein übriges, den Bedarf an neuen Waffen zu begrenzen. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts wurde den Staaten gleichzeitig eine wesentliche politische Legitimationsgrundlage ("Bedrohung aus dem Osten") entzogen.

Zweitens entfallen potentielle Absatzregionen in der Dritten Welt, in denen die beiden Supermächte bisher ihre "Stellvertreterkriege" führten: Afghanistan, Kambodscha, Angola, Mozambique, Mittelamerika - um nur die wesentlichen Konfliktherde zu nennen. Dort wurden mit unterschiedlichem Erfolg Friedensprozesse und Verhandlungen eingeleitet, die aus der Verständigung der beiden atomaren Großmächte resultierten. Es handelt sich hierbei gewissermaßen um "Altlasten" der Ost-West-Konfrontation, die im Zuge der neuen sowjetischen Außenpolitik abgearbeitet werden.

Drittens sind die derzeitigen Bemühungen um die Errichtung eines internationalen Rüstungskontrollregimes im Lichte des letzten Golfkrieges zu werten. Jedes Land lieferte die Waffen, die der Irak begehrte bzw. die die Waffenverkäufer dem Regime Saddam Husseins anpreisen konnten. Zum Teil legal, zum Teil illegal wurden auch die Ambitionen des irakischen Regimes nach dem Bau einer Atombombe, biologischen und chemischen Waffen sowie der Modernisierung seiner Raketentechnologien befriedigt.

Der Golfkrieg veranschaulichte aber auch, daß die irakischen Streitkräfte zwar quantitativ, nicht jedoch qualitativ aufgerüstet wurden; Saddam mußte erkennen, daß ihm weitgehend veraltete Waffen geliefert worden waren und seine Armee daher vollkommen unterlegen war. Daraus ergibt sich im allgemeinen für alle Rüstungskäufer der Dritten Welt, sich künftig nicht mehr mit Waffen älterer Bauart abspeisen zu lassen. Hierin liegen zweierlei Schlußfolgerungen nahe: Zum einen ein erneutes Drehen der Rüstungsspirale bei den konventionellen Waffen, denn wenn nunmehr die moderneren Waffentechnologien nachgefragt werden, dann wird der Westen alles daransetzen, seinen technologischen Vorsprung durch die Entwicklung neuer Waffengenerationen zu halten und sogar noch auszubauen. Zum anderen ist es naheliegend, daß militärische "Schwellenländer" wie Brasilien, Argentinien, Südafrika, Israel, Indien usw. ihre eigenen Rüstungsindustrien weiterentwikkeln, westliches Know-how kopieren und selbst als Konkurrenten auf diesen Märkten auftreten. Das gilt auch für den Bereich der ABC-Waffen.

Viertens setzt die prekäre Außenverschuldung vieler Länder der Dritten Welt den Rüstungsimporten engere Grenzen. Je mehr Devisen in die Bedienung der Schulden fließen, je weniger steht für die Beschaffung von Waffen bereit.

Fünftens schließlich drängen die westlichen Rüstungskonzerne auf Kompensation ihrer Absatzmärkte nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Hinzu kommt, daß die Sowjetunion sich infolge ihres chronischen Devisenmangels Waffenexportgeschäfte auf Kreditbasis immer weniger leisten kann. In diese nunmehr frei werdenden Absatzmärkte werden die westlichen Exporteure treten. Vor allem im Mittleren Osten ist eine solche "Wachablösung" in vollem Gange. Um nun einen harten Konkurrenzkampf einzudämmen, ist die Einsicht in den führenden Industrieländern gewachsen, sich über eine friedliche Neuaufteilung der Märkte zu verständigen.

Vor diesen genannten Hintergründen sind die weltweiten Rüstungskontrollbemühungen zu sehen.

Der Londoner G-7-Gipfel

Die sieben westlichen Industriestaaten (USA, Kanada, Japan, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien) sind entschlossen, den Gefahren für die internationale Völkergemeinschaft, die aus der unkontrollierten Verbreitung von Waffen entstehen, "sowohl im Nahen Osten als auch anderswo entgegenzutreten".

Hinsichtlich des Transfers konventioneller Waffen beabsichtigen sie die Einrichtung eines Waffenexportkontrollregisters bei den Vereinten Natio-

nen, damit die Völkergemeinschaft darauf aufmerksam gemacht werden kann, wenn ein Staat sich Waffen zulegt, die "über ein vernünftiges Maß hinausgehen". Gleichzeitg wird von den G-7-Staaten anerkannt, daß jedes Land ein "naturgegebenes Recht der Selbstverteidigung" besitze und "zur Gewährleistung eines angemessenen Sicherheitsniveaus auf Waffenimporte angewiesen" sei. Man wolle sich gegenseitig konsultieren, gemeinsame Exportrichtlinien vereinbaren und "das Anhäufen unverhältnismäßig großer Arsenale" verhindern. Bezüglich des Transfers von Hochtechnologiewaffen in Länder, die "zu besonderer Sorge Anlaß geben", wolle man besondere "Zurückhaltung" üben. Sehr vage ist ferner im Abschlußkommunique die Rede davon, "sensitive Gegenstände und Produktionskapazitäten für fortgeschrittene Waffen zu definieren", auf die Kontrollbeschränkungen entfallen sollen.

Gemeint sind damit vor allem die sogenannten "dual use"-Waren wie etwa Werkzeugmaschinen, die auch Raketenbestandteile fertigen können, Pestizidanlagen, in denen auch Chemiewaffen hergestellt werden könnten, oder spezielle Fermenter, in denen auch biologische Waffen erzeugt werden können (Alle Zitate aus: Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels, Frankfurter Rundschau (Dokumentation) vom 18.7.1991).

Die Definition eines "angemessenes Sicherheitsniveaus" und der "Unverhältnismäßigkeit" obliegt allein den führenden Waffenexporteuren selbst. Hier gibt es im Grunde zwei Alternativen. Entweder man fährt die Rüstungsexporte auf Null herunter, denn wer keine Waffen besitzt, kann sie auch nicht gegen andere Staaten einsetzen. Oder aber - und das ist beabsichtigt - der betreffende Staat erhält die gewünschten Waffen, um im Sinne der Aufrechterhaltung eines regionalen Gleichgewichts und der Stabilität die Nachbarstaaten ebenfalls mit neuen Waffen auszurüsten. Die geplanten Rüstungsexporte in den Nahen Osten, allein die USA haben Bestellungen in Höhe von 18 Mrd. US-Dollar in dieser Region entgegengenommen, zeigen die Richtung an.

Im Ansatz dieser G-7-Erklärung wird auch erkennbar, daß sich dieses Rüstungskontrollregime weniger gegen die eigenen Rüstungsexportinteressen richtet, sondern vielmehr gegen die Länder und Regionen in der Dritten Welt; hier droht ein neues "CoCom" gegen die südliche Hemisphäre, das sich zunächst auf die Waffenexportkontrolle, genauer: auf eine angemessene Aufteilung dieser Märkte, konzentriert, aber wie im Falle von CoCom sich auch auf den "zivilen" Technologietransfer auszuweiten beginnt.

Bezüglich der Einhaltung der Nichtverbreitung von ABC-Waffen sowie moderner Raketentechnologien wird eine verstärkte Einhaltung des Nichtverbreitungsregimes von Atomwaffen gemäß dem Nichtverbreitungsvertrag (NVV) und der Kontrollinstanz in Form der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) gefordert, der Beitritt Südafrikas zum NVV und die Bereitschaft Brasiliens und Argentiniens, sich der IAEO-Kontrolle

zu unterwerfen, begrüßt. Neue Maßnahmen für eine "angemessene" Exportkontrolle von sogenannten "dual use"-Technologien, die auch zur Herstellung von A-Waffen dienen können, sollen ergriffen werden.

Hinsichtlich der biologischen Waffen wird eine Überprüfungskonferenz im kommenden September angestrebt, um Verifizierungsmaßnahmen und Kontrollmechanismen zu verbessern, die das bestehende Verbot unterfüttern sollen. Bei den chemischen Waffen wollen die G-7-Staaten ein generelles Verbot aushandeln und ansonsten die Kontrollmechanismen der "Australien-Gruppe", der inzwischen 18 Länder angehören, verbessern.

Die Pariser Konferenz

Eine Woche zuvor trafen sich auf Initiative des französischen Staatspräsidenten Mitterand hohe Regierungsbeamte der fünf größten Waffenexporteure der Welt (der USA, der Sowjetunion, Frankreichs, Großbritanniens und der VR China), die zugleich Ständige Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und Atommächte sind, in Paris, um einen internationalen "Verhaltenskodex" für Waffenexporte auszuhandeln. Während es Frankreich um einen Kodex zur "Meisterung von Rüstung und Abrüstung im globalen Rahmen" ging, um ein weltweites Austarieren der Interessensphären der Rüstungsexporteure zu erreichen, wollen die USA ein auf den Mittleren Osten begrenztes Abkommen erzielen.

Im gemeinsamen Abschlußkommunique wird die Handschrift der USA daran deutlich, daß der Mittlere Osten zu einer von ABC-Waffen freien Zone werden soll; die dort stationierten Boden-Boden-Raketen müßten eingefroren und dann abgebaut werden. Alle Länder dieser Region hätten ihre nuklearen Aktivitäten der IAEO zu unterstellen, was wohl zu unvermeidlichen Konflikten mit Israel führen dürfte. Alle Bestandteile und Komponenten von ABC-Waffen und Raketen sollen einem generellen Exportverbot unterliegen - über konventionelle Waffenexporte sind vorherige Konsultationen der Fünf vorgesehen.

Über jene Waffen, die im Golfkrieg eine nur allzu deutliche und vernichtende "Sprache" sprachen, die konventionellen nämlich, bestätigten die fünf Staaten wiederum das "legitime Recht auf Verteidigung" und betonten lediglich, die Umstände zu "berücksichtigen", die die Stabilität in dieser Region gefährden könnten. Wie in London sprach sich auch die Pariser Konferenz für ein Waffenkontrollregister bei der UNO aus.

Es ist in all diesen Dokumenten nicht einmal von Abrüstung die Rede, sondern von Rüstungskontrolle. Ein "zweites Irak" soll es künftig nicht mehr geben, Zuwiderhandlungen hätten entsprechende Folgen. Hinsichtlich des Waffenexportkontrollregisters steckt das berühmte Teufelchen im Detail: Welche Waffen sollen unter welchen Kategorien überhaupt registriert und erfaßt werden? Was ist mit Waffenbestandteilen sowie Aus-

rüstungen, Anlagen und "dual use"-Waren? Soll eine Einteilung in sogenannte Defensiv- und Offensivwaffen erfolgen, die sich in der Praxis als schwierig erweisen dürfte?

Und zeigt sich anhand des geplanten UNO-Registers nicht auch die Diskriminierung der Dritten Welt? Ausgerechnet jene Staaten, die den Rüstungsmarkt zu 85% beherrschen, wollen ein Kontrollregime errichten. Die Verantwortlichen für die Rüstungsexporte kontrollieren sich selbst. Das gewiß nicht exportfeindliche "Handelsblatt" kommentierte die Fünferkonferenz lakonisch, ob das Treffen nicht vielmehr dazu gedient habe, den "lukrativen Markt für Rüstungsgüter aller Art ... neu unter sich aufzuteilen" (11.7.91).

Genau so ist es. Die US-Rüstungskonzerne feierten ihren "zweiten Sieg" nach dem Golfkrieg, denn in einem Geheimbericht des Weißen Hauses an den US-Kongreß wurde diesem mitgeteilt, an fünf Staaten des Mittleren Ostens (Ägypten, Saudi-Arabien, Israel, Kuweit und Bahrein) würden neue Waffen im Werte von 18 Mrd. US-Dollar geliefert (Die Zeit 29-1991); Frankreich erklärte durch seine neue Ministerpräsidentin Cresson die Waffenexporte geradezu zur Staatsräson, als eine sehr wichtige Deviseneinnahmequelle für die Zahlungsbilanz und als unverzichtbar für eine halbwegs rentable Rüstungsproduktion. Der britische Premier John Major schließlich sprach sich für das UNO-Register aus, das aber nicht die "legitimen Sicherheitsinteressen" der britischen Rüstungsindustrie "beeinträchtigen" dürfe.

In dieser Rangordnung - USA, Frankreich, Großbritannien - wird der Markt im Mittleren Osten neu verteilt, zumal die Sowjetunion von den westlichen Lieferanten weitgehend verdrängt werden wird. Es geht also auch um die Aufteilung der Rüstungserblasten der Sowjetunion und damit um zusätzliche Absatzmärkte.

CoCom

Das bisher umfassendste Rüstungskontrollsystem besteht seit 1949 im CoCom (Coordination Committee) in Paris, dem nahezu alle westlichen Industriestaaten angehören. Das CoCom resultierte aus dem Kalten Krieg und den von den USA durchgesetzten Handelsembargos gegenüber den realsozialistischen Staaten. Mit dem Argument, der Sowjetunion keine neuen Technologien zu liefern, die diese zu ihrer Aufrüstung benötigen könnte, wurde eine umfangreiche CoCom-Liste von Waren erstellt, die den Handel mit dem Osten erheblich einschränkte. Selbst für simple Toaster, sofern sie einen Mikrochip enthielten, der sich auch als Steuerungselement für Raketen eignet, bestand Ausfuhrverbot. In der CoCom-Verbotsliste befinden sich beispielsweise auch Werkzeugmaschinen und andere "dual use"-Waren, die sich auch militärisch verwenden ließen.

Auch nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation weigern sich die USA, die CoCom-Liste zu lockern, was vor allem von den westeuropäischen Ländern gefordert wird. Letztere argumentieren, daß man die osteuropäischen Staaten technologisch nicht diskriminieren dürfe, wenn es dort um die Modernisierung ihrer Industrien auf marktwirtschaftlicher Basis gehe.

Genau dieses CoCom-Regime, das faktisch ein Handelsembargo von Hochtechnologien militärischer und ziviler Art darstellt, haben einige Fürsprecher in den USA nun auch für den Bereich der Dritten Welt als sogenanntes "Super-CoCom" im Auge.

Allerdings hat auch CoCom in der Praxis eine "technologische Abkoppelung" der früheren RGW-Staaten nie bewirken können. Besteht ein entsprechender Nachfragemarkt für solche Güter, dann gibt es auch mehr oder weniger illegale Wege der Umgehung der CoCom-Bestimmungen. Der Bereich "Kommerzielle Koordinierung" des Alexander Schalck-Golodkowski mit den zahlreichen Auslandsfirmen im Westen, geheimdienstliche Aktivitäten usw., aber auch ganz normale Geschäftsabwicklungen über Drittländer haben dafür gesorgt, daß die Sowjetunion oder andere osteuropäische Staaten die CoCom-Beschränkungen durchbrechen konnten. Je weniger Ökonomien staatlichen Reglementierungen unterliegen, wie das bei den Marktwirtschaften grundsätzlich der Fall ist, desto mehr Möglichkeiten gibt es, solche Bestimmungen immer wieder zu umgehen.

Atomwaffen

Der Bereich der Atomwaffen ist international dem NV-Vertrag unterworfen, als Kontrollinstanz fungiert die IAEO. Erstens sind jedoch nicht alle Länder dem Abkommen beigetreten - darunter die atomaren "Schwellenländer" - und zweitens akzeptieren auch die Mitgliedsländer nicht vollständig die Kontrollmechanismen, die sich auf den atomaren Brennstoffkreislauf konzentrieren. Die Zangger- und Trigger-Listen des Londoner Suppliers-Clubs enthalten alle relevanten Waren und Bestandteile des nuklearen Bereichs, die in den Mitgliedsländern nationalen Ausfuhrkontrollen unterworfen sind - in der Bundesrepublik entsprechen diese Listen Teil B der Ausfuhrliste (vergl. "Die Reform von Außenwirtschaftsrecht und -kontrolle", Dokumentation des Bundesministeriums für Wirtschaft Nr. 309, Bonn).

Waren der Trigger-Liste sind nur noch dann exportfähig, wenn das Empfangsland seine Nuklearanlagen den IAEO-Kontrollen unterwirft, so jedenfalls beschloß es die 4. Überprüfungskonferenz zum NV-Vertrag im Sommer letzten Jahres. Für "dual use"-Waren in diesem Bereich, in dem eine Grenzziehung zwischen erlaubter friedlicher und unerlaubter militärischer Nutzung der Atomenergie ohnehin schwer verifizierbar ist, verständigte sich die Konferenz auf besondere Genehmigungspflichten; einbe-

zogen sind nach den Irak-Erfahrungen nunmehr auch maschinelle Ausrüstungen und Gaszentrifugen-Anlagen zur Urananreicherung. Erst vor kurzem ist Südafrika dem NV-Vertrag beigetreten, während die beiden weiteren atomaren "Schwellenländer" Brasilien und Argentinien die Bestimmungen der IAEO akzeptieren.

Nach der bereits erwähnten Schmitt-Studie für den US-Kongreß, die Anfang dieses Jahres vorlag, gehören neben Südafrika und den beiden lateinamerikanischen Staaten außerdem Indien, Israel, Pakistan und der Irak zu den potentiellen Atommächten, die entweder bereits über Atomwaffen verfügen, oder über die technologische Fähigkeit, dieses bald tun zu können. Einige dieser Staaten lehnen jegliche Kontrolle über diesen sensiblen Bereich ab. Der Irak-Krieg hat nunmehr gezeigt, daß Verstöße bei der Nichtverbreitung von Atomwaffen offensichtlich dann von den Kontrolleuren hingenommen werden, wenn sich diese Staaten im Sinne der außenpolitischen Interessen der USA konform verhalten; das gilt speziell für Israel und Südafrika. Sollten jedoch Staaten wie der Irak versuchen, ihre atomaren Ambitionen mit regional-hegemonialen Bestrebungen, die den Interessen einer 'Neuen Weltordnung' zuwiderlaufen, zu verknüpfen, dann müssen sie mit der militärischen, kriegerischen Vernichtung ihrer nuklearen Anlagen rechnen. Dem Irak scheint dies unmittelbar bevorzustehen.

Damit wurden den atomaren "Schwellenländern" enge Grenzen gezogen, sich in der von den führenden Industriestaaten anvisierten "Weltordnung" zu mäßigen, um nicht bei Zuwiderhandlung bestraft zu werden. Das ist nichts anderes als die Übertragung der Abschreckungsdoktrin auf die Dritte Welt. Das hat jedoch zur Folge, daß die betreffenden Regimes ihre militärischen Nuklearprogramme noch hermetischer gegenüber der Außenwelt absichern und daß die illegalen Praktiken des Handels auf diesem Gebiet noch zunehmen werden, denn ein vollständiges Verbot läßt sich unter den gegebenen Verhältnissen nirgendwo durchsetzen.

Biologische und chemische Waffen

Bei den biologischen Waffen existiert bereits ein internationales Verbots-Übereinkommen, und eine kommende Überprüfungskonferenz soll das Kontroll- und Überwachungsregime verschärfen. In der Bundesrepublik Deutschland sind alle diesbezüglichen Bestandteile, Ausrüstungen, Maschinen und Grundstoffe in Liste E der Ausfuhrlisten enthalten und unterliegen einer Genehmigungspflicht. Hier stellt sich das Problem der "dual use"-Waren; Anlagen wie die Fermenter lassen sich sowohl zur zivilen als auch zur militärischen Herstellung verwenden, bestimmte Viren- und Bakterienkulturen ebenfalls. Eine 100%ige Kontrolle ist daher nicht möglich, es sei denn, die betreffenden Staaten werden von Entwicklungen im Bereich der modernen Biotechnologien abgekoppelt.

Im Prinzip stößt man bei den chemischen Waffen auf ähnliche Probleme. Im Rahmen der "Australien-Gruppe", der inzwischen 18 Staaten angehören, sind 10 chemische Grund- und Rohstoffe erfaßt, die der Giftgasherstellung dienen können und Kontrollbestimmungen unterworfen sind. Darüber hinaus wurde ein internationales Frühwarnsystem für weitere 40 Stoffe eingerichtet, an das sich die chemischen Industrien halten sollen.

Zwar hat die Bundesregierung per Verordnung vom 15.3.89 für alle 50 Stoffe eine Genehmigungspflicht eingeführt (Teil D der Ausfuhrliste), nach den Bestimmungen der EG besteht jedoch nur eine Genehmigungspflicht für die 10 Stoffe der "Australien-Gruppe". Es ist beabsichtigt, daß die "Australien-Gruppe" auch entsprechende Verbotslisten für den B-Waffen-Bereich anfertigt.

Nachdem bundesdeutsche Firmen zunächst im libyschen Rabta, dann im irakischen Samarra dabei "ertappt" wurden, dort Giftgasanlagen errichtet zu haben, ist das hiesige Warenverbotsregister entsprechend erweitert worden, aber nach wie vor sind längst nicht alle Anlagen, Maschinen, Ausrüstungen und Stoffe erfaßt.

So als ob nichts gewesen wäre, bahnen bundesdeutsche Firmen ein brisantes Geschäft mit dem Iran zur Lieferung einer chemischen Pestizid-Anlage an, das bereits genehmigt wurde. Der Iran hat versichert, die Anlage für internationale Kontrollen zu öffnen. Aber wer kann für die Zukunft ausschließen, daß das dortige Regime sich veranlaßt sehen könnte, auch Giftgas herzustellen?

Raketensysteme

Massenvernichtungswaffen werden erst recht eine Gefahr und Bedrohung für die Menschheit, wenn die betreffenden Staaten über die entsprechenden Trägersysteme, möglichst weitreichende und zielgenaue Raketen verfügen. Über die technologischen Fähigkeiten zur Herstellung mehrstufiger Raketen zur zivilen wie zur militärischen Verwendung verfügen die fünf Atommächte, die EG-Länder (u.a. über ihr Weltraumprogramm "Ariane") und Japan.

Raketen mit kürzeren Reichweiten und mindestens einer Zündungsstufe wurden in mindestens 10 weiteren Staaten entwickelt bzw. weiterentwikkelt. Indien, Pakistan, der Irak, der Iran, Israel, Brasilien, Argentinien, Libyen, Ägypten und Südafrika dürften über entsprechende Raketensysteme verfügen.

Auch bundesdeutsche Firmen und Ingenieure waren und sind an der Entwicklung und der Verbesserung von Raketentechnologien beteiligt; über das ORTRAG-Unternehmen, das sich zunächst in Zaire der Entwicklung einer eigenen Rakete widmete, danach angeblich in Libyen, später in

Skandinavien aktiv gewesen sein soll; über das "Condor"-Projekt in Argentinien und an der Militäranlage Saad '16 im Irak.

Hinsichtlich der Raketen existiert seit 1987 das sogenannte Trägertechnologie-Regime (Missile Technology Control Regime, MTCR), dem mittlerweile 16 Staaten angehören. Die dort vereinbarten Exportbeschränkungen entsprechen weitgehend den CoCom-Bestimmungen. Insbesondere nach dem Bekanntwerden des bundesdeutschen Saad '16-Projekts sah sich die Bundesregierung veranlaßt, die Exportgenehmigungspflicht auf eine Reihe von Anlagen und Ausrüstungen auszudehnen, besonders im Bereich der Fließdruck- und Werkzeugmaschinen (Ausfuhrverordnung zum Außenwirtschaftsgesetz vom 18.7.90).

Das geht über die MTCR-Vereinbarungen hinaus, die eine Genehmigungspflicht für Raketen mit einer Traglast von 50 kg und einer Reichweite über 800 km vorsehen; die irakischen Scud-Raketen fielen demnach nicht unter das Kontrollregime.

Insgesamt stellt sich im Falle der Raketentechnologien das bekannte "dual use"-Problem; international existiert ein weites, undurchsichtiges Netz von Beschaffungs- und Tarnfirmen, Ingenieur- und Technikbüros, stellen Raketentechniker aus den Industriestaaten ihr Know-how den interessierten Ländern zur Verfügung. Scheinbar harmlose technische Einzelteile werden über den internationalen Handel besorgt und erst im Empfangsland wie ein Puzzle zusammengesetzt.

Generell stellt sich das Problem des sogenannten Transithandels über Drittstaaten, für die die Ausfuhrbestimmungen nicht angewandt werden, ebenso wie solche Geschäfte, die ein Unternehmen direkt über das Ausland abwickelt, um die nationalen Kontrollbestimmungen zu umgehen. So veranlaßten beispielsweise bundesdeutsche Firmen die Lieferung von Schwerem Wasser (wesentlicher Bestandteil bei der Urananreicherung) über Norwegen nach Pakistan.

Letztlich ließe sich eine Verbreitung von Raketentechnologien und ABC-Waffen nur über eine strikte Endverbleibskontrolle regeln, die aber ein von allen Staaten akzeptiertes internationales Kontrollsystem ebenso voraussetzen würde, wie weitreichende Eingriffe in die nationalstaatliche Souveränität. Sofort stellt sich wiederum das Problem einer "technologischen Apartheid" zwischen Nord und Süd; die Staaten des Nordens werden sich schon allein aus Wettbewerbs-, Sicherheits- und Geheimhaltungsgründen - man denke nur an die US-amerikanischen Entwicklungsprogramme und SDI - einer Endverbleibskontrolle verweigern. Sie hätte also nur Gültigkeit gegenüber den potentiellen "Schwellenländern" auf den genannten Gebieten.

Konventionelle Waffen

Für die Ausfuhr konventioneller Waffen existiert derzeit ausschließlich das internationale CoCom-Regime gegenüber den Ländern des ehemaligen Warschauer Paktes. Darüber hinaus unterliegen die konventionellen Waffenexporte sehr unterschiedlichen nationalen Ausfuhrbestimmungen. Dabei gilt als Faustregel, daß der Waffenhandel innerhalb der Nato-Länder, weiterer OECD-Staaten und der ASEAN-Gruppe weitgehend frei ist.

Die Erklärungen des Londoner G-7-Gipfels sowie die Verlautbarungen der fünf Atommächte von Paris, ein internationales Rüstungskontrollregime mit einem gemeinsamen "Verhaltenskodex" und einem Waffenregister bei den Vereinten Nationen einrichten zu wollen, folgt - wie gezeigt - weder den Forderungen nach einem Verbot oder der Ächtung dieser Ausfuhren, sondern den Absatz- und außenpolitischen Interessen der Hauptexportländer. Außerdem müßte eine gewisse Kompatibilität zwischen einem solchen Kontrollregime und den sehr unterschiedlichen nationalen Ausfuhrbestimmungen hergestellt werden, die sich zum Teil diametral widersprechen.

Fazit

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts tritt in der internationalen Arena der Nord-Süd-Konflikt immer deutlicher zutage. Die Bemühungen der führenden Industriestaaten, die Ausbreitung von ABC-Waffen und Raketentechnologien wirksam zu begrenzen und nun auch im konventionellen Bereich ein internationales Kontrollregime zu etablieren, tragen die deutliche Handschrift, auch auf diesen Gebieten den gehörigen Abstand zur Dritten Welt festzuschreiben. So notwendig eine Nichtverbreitung von ABC-Waffen auch ist, so kann die Gefahr nicht von der Hand gewiesen werden, daß nunmehr der Dritten Welt ein "CoCom" droht, das diesen Ländern den Zugang zu modernen Technologien insgesamt erschwert. Das heißt natürlich nicht, einer Aufhebung der Nichtverbreitung das Wort zu reden. Ein international kontrolliertes Produktionsverbot von ABC-Waffen in allen Staaten könnte das Dilemma lösen. Solange dies nicht durchsetzbar ist, kann es nur darum gehen, im nationalen Rahmen für ein generelles Verbot von Rüstungsexporten und für die Abschaffung von Rüstungsproduktion zu streiten.

Hinsichtlich der konventionellen Waffen geht es den Rüstungsexporteuren nicht um das vollständige Verbot von Ausfuhren, der wirksamsten Waffe zur Verhinderung von Kriegen, sondern um eine friedliche Neuaufteilung der Waffenmärkte unter den führenden Exportstaaten. Damit wird die 'Neue Weltordnung' alles andere als friedlich sein.

Aufruf zur Rettung der MEGA

Seit die "Treuhand-Anstalt" im Februar 1991 die Konten des gemeinnützigen Vereins MEGA-STIFTUNG e.V. gesperrt hat, ist eines der wichtigsten wissenschaftlichen Projekte aus der Hinterlassenschaft der DDR akut gefährdet: die Arbeit an der historisch-kritischen Gesamtausgabe der Werke von Marx und Engels (MEGA). Wenn nicht sofort etwas geschieht, muß mit dem Abbruch dieses Projekts gerechnet werden.

Formal mag das Verhalten der Treuhand korrekt sein. Das Geld der parteiunabhängigen MEGA-STIFTUNG stammt aus einer Spende der PDS. Es steht damit unter demselben Überprüfungsvorbehalt wie alle Gelder aus den Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR.

Die Bundesregierung, als die Vorgesetzte der Treuhand, darf jedoch nicht passiv bleiben, sondern muß dafür Sorge tragen, daß die Weiterführung der Edition möglich ist. Wartet sie länger, dann zerstreuen sich kaum ersetzbare Spezialisten.

Die bisher erschienenen 44 Bände (von 130 geplanten) haben aufgrund ihrer vorbildlichen editorischen Qualität weltweite Anerkennung gefunden.

Lag bis 1989 die Herausgeberschaft bei Parteiinstituten, so sind 1990 die Zuständigkeiten an die internationale Marx-Engels-Stiftung (IMES) unter Federführung des Amsterdamer Internationalen Instituts für Sozialgeschichte übergegangen, die bisher über keine Mittel verfügt. Dieses neue Netz wissenschaftlicher Kooperationsbeziehungen hat bereits internationale Anerkennung gefunden.

Wie das Werk von Aristoteles oder anderen Autoren der theoretischen Weltliteratur wird das Werk von Marx noch in Jahrhunderten immer wieder gelesen werden. Auch in Zukunft werden in allen Weltgegenden Gelehrte Deutsch lernen, um Marx lesen zu können.

Das Schicksal dieser Edition ist von menschheitlichem Interesse und muß aus dem Konkurs des DDR-Staates und dem politischen Streit herausgehalten werden.

Es darf nicht geschehen, daß die durch das Zusammenspiel von Nazismus und Stalinismus schon einmal abgebrochene MEGA nun ausgerechnet der deutschen Vereinigung zum Opfer fällt.

Und doch scheint genau dieser Notfall jetzt einzutreten. Das Votum des Wissenschaftsrates für die Weiterführung hat bis heute ebenso wenig bewirkt wie die vielen Einzelappelle aus aller Welt an die Treuhand.

In dieser Situation appellieren die Unterzeichner an den Bundeskanzler und die Bundesregierung, sofort das Nötige zu veranlassen, damit die Edition fortgesetzt werden kann.

(Unterschrift bitte an W.F. Haug, Krottnauerstr. 72, W-1000 Berlin 38 * Tel. (030) 803 73 82; oder an Thomas Weber * Tel. (030) 455 35 73; oder an Barbara Biernaczyk, Hellersdorfer Str. 43, O-1144 Berlin * Tel. 561 05 25; oder Telefax an Argument-Verlag (040) 44 51 89; oder Telefax an ISDA e.V. Berlin (Ost) 2814186)

AutorInnen

Hans-Henning Adler - Oldenburg, Rechtsanwalt

Dr. Hermann Bömer - Dortmund, Hochschullehrer

Dr. André Brie - Berlin, Gesellschaftswissenschaftler, stellvertretender Vorsitzender der PDS

Prof. Dr. Frank Deppe - Marburg, Hochschullehrer

Dr. Jörg Goldberg - Frankfurt/M., Mitarbeiter der MEMO-Gruppe

Manfred Grieger - Bochum, Historiker

Dr. Peter Haferstroh - Leipzig, Historiker

Dr. Jörg Hahn - Grafenau, Mathematiker

Prof. Dr. Wolfgang Harich - Berlin, Philosoph

Dr. Michael Heinrich - Berlin, Mitarbeiter am Otto-Suhr-Institut der FU, Redakteur von PROKLA

Prof. Dr. Jörg Huffschmid - Bremen, Hochschullehrer, Mitherausgeber von Z

Dr. Wulf D. Hund - Reinbek, Soziologe, Hochschullehrer

Dr. Heinz Jung - Weilrod/Ts., Ökonom, Mitherausgeber und Redakteur von Z

Dr. Robert Katzenstein - Berlin, Ökonom

Prof. Dr. habil. Parviz Khalatbari - Berlin, Hochschullehrer

Prof. Dr. Klaus Kinner - Leipzig, Hochschullehrer

Dr. Fritz Krause - Frankfurt/M., Historiker, Mitherausgber von Z, Vorsitzender des "Forum Marxistische Erneuerung e.V."

Prof. Dr. Martin Kutscha - Berlin, Hochschullehrer

Andrea Lederer - Bonn/Berlin, Rechtsanwältin, MdB

Dr. André Leisewitz - Frankfurt/M., Biologe, Redakteur, Vorstandsmitglied des IMSF e.V.

Dieter Liehmann - Berlin, Soziologe, wiss. Mitarbeiter der Bundestagsgruppe der PDS/Linke Liste

Hans-Jürgen Podszuweit - Hamburg, Angestellter

Dr. Jürgen Reusch - Bad Homburg, Politikwissenschaftler, Vorsitzender des IMSF e.V., Mitherausgeber von Z

Fritz Rische - Düsseldorf, ehemaliges MdB, Prozeßbevollmächtigter der KPD beim Bundesverfassungsgericht

Prof. Dr. Werner Ruf - Kassel, Hochschullehrer

Ulrich Sander - Dortmund, Journalist, Mitarbeiter der "Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges"

Dr. Thomas Schmidt - Leipzig, Historiker

Pierre Vidal-Naquet - Paris, Historiker

Peter Haferstroh/Klaus Kinner/Thomas Schmidt

"Imperialismus" - ein linker Kampfbegriff?

Zur Geschichte der kommunistischen Kapitalismuskritik

Mit den epochalen Wandlungen am Ende dieses Jahrhunderts, dem Ende des Realsozialismus und dem triumphierenden Kapitalismus, scheint auch linke Kapitalismuskritik der Abwicklung zu unterliegen. Indes wird immer deutlicher, daß die nunmehr ungehemmte kapitalistische Entwicklung nach dem Ende der Bipolarität die existentiellen Menschheitsprobleme keineswegs einer Lösung entgegenführt. Mechanismen, die in den klassischen Imperialismustheorien seit dem Beginn des Jahrhunderts beschrieben wurden, laufen gegenwärtig partiell in erstaunlicher Transparenz. Es scheint uns jedoch allzu kurzschlüssig zu sein, von einer Renaissance dieser Theorien zu sprechen, wie dies hier und da im linken Spektrum bereits zu hören ist.

Das Desaster der kommunistischen Parteien zumindest in den ehemaligen sozialistischen Ländern und des sowjetmarxistischen Theorietyps erfordert es jedoch, auch das Instrumentarium linker Kapitalismuskritik einer kritischen Revision zu unterziehen.

Die in der Marxschen Tradition stehende Kapitalismusanalyse und -kritik entwickelte sich im 20. Jahrhundert vor allem im Gewande der Imperialismustheorien.

Das Phänomen "Imperialismus" löste zu Beginn des Jahrhunderts zahlreiche politische und sozialwissenschaftliche Debatten aus und stellte eine Herausforderung für die in der Tradition Marxschen Denkens stehenden Intellektuellen dar. Die theoretische Reflexion der strukturellen Veränderungen des Kapitalismus jener Jahrzehnte wurde zu einem Ausgangspunkt politischer und ideologischer Differenzierungsprozesse in der Arbeiterbewegung. Es entstanden verschiedene Interpretationsmodelle des Imperialismus, die zum Teil an die Marxsche Kapitalanalyse in ihrer zeitgenössisch überlieferten Form anknüpften, sie jedoch zum Teil auch revidierten. Infolge der Spaltung der Arbeiterbewegung 1917-20 in sich organisatorisch und ideologisch ausgrenzende Strömungen verschwand schließlich das breite pluralistische Forum internationaler sozialistischer Imperialismusdeutung. Die Interpretation und Kritik des Imperialismus in der kommunistischen Bewegung, die Gegenstand dieser Skizze ist, war nur ein Strang dieses Diskurses.

Es wird im folgenden davon ausgegangen, daß der Begriff Imperialismus einen Übergangskapitalismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beschreibt. Die bürgerliche Gesellschaft vollzog in einem widersprüchlichen und konfliktreichen Umbruchprozeß den Übergang vom Regulierungsmechanismus der freien Konkurrenz zum staatsmonopolistischen Regulierungsmechanismus, vom Typ der vorwiegend extensiv erweiterten Reproduktion zum Typ der vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktion. Die für den Übergang typische Verkopplung von Monopol und freier Konkurrenz, der Einsatz imperialistischer Politik als Mittel schneller Potenzierung von Profit und Stärke führten zu schweren politischen und sozialen Krisenprozessen der Gesellschaft. In der Zwischenkriegszeit verharrten die wichtigsten Industrieländer in einer relativen Wachstumsschwäche (so fiel die Produktion mehrfach unter das Niveau von 1913 zurück). Die für die Überwindung dieser Krisenprozesse notwendigen Veränderungen in Regulierungsmechanismus und Reproduktionstyp setzten einen bewußten Lernprozeß der bürgerlichen Eliten voraus. Das Umdenken war vom Druck des Klassenkampfes innerhalb der kapitalistischen Länder und von der Systemkonkurrenz mit dem entstehenden Frühsozialismus in der Sowjetunion maßgeblich geprägt. Die Ambivalenz des bürgerlichen Lernprozesses brachte immer wieder alte Vorbehalte gegen staatliche Wirtschaftstätigkeit hervor, führte unter dem Einfluß des Kulturpessimismus und der "Großen Krise" (1929-33) teilweise zu faschistischen Lösungsversuchen. Der Übergang vollendete sich erst nach dem zweiten Weltkrieg mit der Konsolidierung des neuen staatsmonopolistischen Regulierungsmechanismus und der bürgerlichen Demokratie im nationalen und internationalen Maßstab.

Die Debatte über den Imperialismus in den am Marxismus orientierten Teilen der Arbeiterbewegung war von Anfang an mit der Frage nach den historischen Grenzen des Kapitalismus, nach dessen "Zusammenbruch" verbunden. Noch am Ende des 19. Jahrhunderts verbreitete sich unter den marxistischen Intellektuellen die Vorstellung, daß die überseeische Expansion der kapitalistischen Wirtschaft eine vorübergehende Erholung bringe. Die zu erschließenden "Außenmärkte" wurden als endlich angesehen, hatte schließlich selbst F. Engels sich vom unvermeidlichen Stillstand der Markterweiterung die "Endkrise" des Kapitalismus erhofft.[1] Unter den verschiedenen Erklärungen einer historischen Wachstumsgrenze des Imperialismus zeichnete sich besonders Rosa Luxemburgs Akkumulationstheorie als ein zugespitztes Denkmodell aus. Neben Luxemburg erwarteten auch Otto Bauer, Karl Radek und andere, daß die imperialistische Politik systemzerstörende Tendenzen zeuge, die die positiven Effekte der Markterweiterung für den Kapitalismus wieder zunichte machten. Der Glaube, Wettrüsten und Krieg würden die Massen der Revolution zutreiben, mündete in die Forderung nach einer radikaleren Strategie und Taktik der Sozialdemokratie. Dagegen suchte K. Kautsky nach einem dritten Weg zu der ihm widerstrebenden Alternative "Barbarei oder Sozialismus" und drängte danach, pazifistische Tendenzen innerhalb des Kapitalismus hervorzuheben. So entstand schließlich 1914/15

1 MEW, Bd. 9, S. 14f.

seine Deutung vom Imperialismus als innerhalb des Systems revidierbarer Politik.[2]

W. I. Lenins Interpretationsansatz zielte darauf ab, den Imperialismus als konsequente Folge und Kulmination einer Entwicklung anzusehen, die eng mit Strukturveränderungen des modernen Kapitalismus verknüpft sei. In Anknüpfung an Arbeiten von R. Hilferding und N. I. Bucharin arbeitete er heraus, daß die neue Monopolstruktur die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals veränderte, zur Expansion drängte und ständig mit dem Prinzip der Konkurrenz kollidierte. Bei Lenin und Bucharin entstanden erste Ansätze einer Deutung des "Extraprofits" und "Monopolprofits", der auch auf eine höhere Arbeitsproduktivität in der internationalen Arbeitsteilung zurückzuführen sei. Damit wurde der Blick frei für die potentielle Fähigkeit westlicher Industriegesellschaften zu einer tendenziellen Integration bestimmter Arbeitnehmerschichten. Die These von der "Bestechung der Arbeiteraristokratie" fand unter den Linksradikalen Europas eine starke Resonanz angesichts des Versagens der II. Internationale und wurde später zu einem wichtigen ideologischen Pfeiler der kommunistischen Identität. Aber auch in der Prognose des "historischen Platzes" des Imperialismus trafen sich die Positionen der Linksradikalen der Sozialdemokratie mit denen der russischen Bolschewiki. Ungeachtet der unterschiedlichen Erklärungen der imperialistischen Expansion gingen sie von kurzen Fristen eines "sterbenden Kapitalismus" aus, der zugleich "Vorabend der proletarischen Revolution" sei. Weltkrieg und Erschütterungen der Nachkriegszeit gaben der Vorstellung von einer "absolut ausweglosen Lage des Kapitalismus" realen Nährboden.

Das Selbstverständnis der sich 1918/19 zur Komintern formierenden kommunistischen Bewegung war entscheidend von der Erwartung geprägt, die Kommunisten würden sich als der subjektive Faktor erweisen, der dem Kapitalismus in absehbaren Fristen den Todesstoß versetzen würde. Auch die Weltwirtschaftskrise von 1920/21 nährte neue Hoffnungen auf einen Zerfall des Kapitalismus bis zu dessen "Zusammenbruch". In der jungen KPD galt Rosa Luxemburgs Akkumulationstheorie geradezu als "Schlüssel" zum Verständnis des Imperialismus.[3] Die Grundannahme dieser Konzeption lautete: kapitalistische Akkumulation (das Gesamtkapital betreffend) und damit die Entwicklung des Kapitalismus überhaupt seien nur möglich bei Existenz nichtkapitalistischer Gebiete und im ständigen Austausch mit diesen. Ohne solche Bereiche könnte der für Akkumulationszwecke vorgesehene Mehrwertteil nicht realisiert werden. Die fortschreitende Umwandlung solcher Bereiche in kapitalistisch produzierende, eine zwangsläufige Folge der Kapitalakkumulation selbst, würde dem Kapitalismus die eigene Lebensgrundlage entziehen und immer näher an seinen "Endpunkt" heranführen. Gab es keine

2 Vgl. Hans-Christoph Schröder, Sozialistische Imperialismusforschung, Göttingen 1973, S. 15-45.

3 A. Thalheimer, Die theoretische Arbeit Rosa Luxemburgs, in: Die Internationale, Jg. 1920, Heft 19/20, S. 18ff.

nichtkapitalistischen Bereiche mehr, konnte nach Luxemburg die Realisierung des Mehrwertes nicht mehr erfolgen und weitere Kapitalakkumulation nicht mehr vorgenommen werden. Der Kapitalismus würde dann zwar nicht automatisch zusammenbrechen, aber in Krisen ("Schlußkrisen"), Kriegen und Revolutionen so lange dahinvegetieren, bis ihm das Proletariat durch die Weltrevolution ein Ende bereitete.[4] Diese Gedankengänge beeinflußten u. a. A. Thalheimer und E. Alexander, die Theoretiker in der KPD nach Luxemburg.

Hinter diesen Denkmodellen standen Einsichten in reale Veränderungen in der Zirkulationssphäre des Weltkapitalismus. Bereits vor dem Weltkrieg wurde die Zuspitzung des Widerspruches zwischen Produktion und Markt ("Marktproblem") deutlich. Zahlreiche Marxisten sahen diesen Konflikt als Grundwiderspruch des Kapitalismus, vor allem dessen imperialistischer Periode an. In zeitgenössischer Sicht lag es nahe, mit dem Wachstumstyp der kapitalistischen Weltwirtschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein "normales" Funktionieren der kapitalistischen Produktion und Akkumulation zu verknüpfen. Grenzen dieses vorwiegend extensiv erweiterten Reproduktionstyps - z. B. die Strukturkrisen der Schwerindustrie als traditioneller Wachstumsindustrie - konnten dann als Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt gelten. Das sogenannte "Marktproblem" stand auch im Hintergrund der Debatten der sowjetischen Ökonomen in den zwanziger Jahren.

Von den in der KPdSU(B) tätigen Theoretikern erlangten besonders N. I. Bucharin und Eugen Varga maßgeblichen Einfluß auf die Analyse der Weltwirtschaft durch die Komintern. Bucharin stellte 1921 das Postulat einer "erweiterten negativen Reproduktion" auf.[5] Beginnend mit der Diskussion auf dem III. Kongreß der Komintern (Sommer 1921) entwickelte Varga bis 1922 Grundpositionen seiner Konzeption "Niedergangsperiode des Kapitalismus": Erstens habe der Weltkrieg zu einem Trendbruch in der Entwicklung des Kapitalismus geführt. Die Periode des "normalen", d. h. aufsteigenden Kapitalismus sei durch die des "Niedergangs" und "Zerfalls" abgelöst worden. Zweitens gebe es nach den bis 1922 gewonnenen Erkenntnissen keinen wirklichen Ausweg für den Kapitalismus aus der "Niedergangsperiode". Der Zerfall der Weltwirtschaft in ein Über- (USA, Japan, England) und ein Unterproduktionsgebiet (Mittel- und Osteuropa) ohne die Möglichkeit eines Ausgleiches würde einen in der Tendenz stetigen Niedergang des Kapitalismus bewirken. Drittens vollziehe sich dieser Niedergang zyklisch, d. h. im Wechsel von akuten Krisen und Aufschwungphasen. Entsprechend der Grundtendenz würden aber die Krisen in immer kürzeren Abständen aufeinander folgen

4 Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zu ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Berlin 1913.

5 N. Bucharin, Ökonomik der Transformationsperiode, Hamburg 1922, S. 28ff, 184ff.

und dabei an Tiefe gewinnen. Die Aufschwungsphasen fielen demgegenüber immer flacher aus.[6]

An der Jahreswende 1925/26 sah sich Varga veranlaßt, an seiner Konzeption Veränderungen vorzunehmen. Der konjunkturelle Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft seit dem Herbst 1924 wurde als teilweise und temporäre Stabilisierung im Verhältnis zu den ersten Nachkriegsjahren bewertet. Ein durchgreifender und dauerhafter Aufschwung der kapitalistischen Weltwirtschaft sei infolge tiefgreifender struktureller Veränderungen seit Kriegsende nicht mehr möglich. Die erheblich gewachsene Weltproduktion (USA, Japan, Rüstungsindustrie während des Krieges, Industrialisierung in Kolonialländern) treffen nun auf durch die allgemeine Verarmung der werktätigen Massen stark eingeschränkte Binnenmärkte und auf einen verengten Weltmarkt (Wegfall des russischen Marktes). Varga zog die Schlußfolgerung, der "Widerspruch zwischen Produktions- und Verwertungsmöglichkeiten der Industrie" sei zum ständigen Widerspruch, das "Marktproblem" zum Hauptproblem des Nachkriegskapitalismus geworden. Hätte der Kapitalismus in seiner aufsteigenden Phase vor dem Weltkrieg das "Marktproblem" durch periodische Ausdehnung des Absatzmarktes in damals noch nicht vom kapitalistischen Weltmarkt einbezogene Gebiete lösen können, so bleibe dem europäischen Nachkriegskapitalismus eine solche Lösungsmöglichkeit versperrt. Für ihn könne es nur heißen: Anpassung der Produktion an den zu eng gewordenen Markt, d. h. Vernichtung von Produktionsmitteln, Produktionseinschränkungen, Stillegungen, anhaltende Massenarbeitslosigkeit.[7]

Diese Vision vom "Niedergang" des kapitalistischen Europa schien ihre Bestätigung in Erscheinungen der damaligen Rationalisierungswelle zu finden. Ein aus der Imperialismusdeutung der Vorkriegszeit bekanntes Problem trat erneut hervor: die Orientierung an den Verhältnissen des 19. Jahrhunderts und insbesondere an der Aufschwungphase zwischen 1895 und 1913 als dem Maßstab für "normalen", d. h. aufsteigenden Kapitalismus. Die Rückwärtsorientiertheit der bürgerlichen Eliten, gerichtet auf Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse in der Wirtschaft, legte solche Gedankengänge nahe. Daß es sich bei der Rationalisierung in den kapitalistischen Hauptländern und insbesondere in Deutschland um die ersten größeren Schritte zur Erschließung neuer Wachstumsmöglichkeiten über einen neuen Reproduktionstyp (vorwiegend intensiv erweiterte Reproduktion) und einen dazugehörigen neuen, weitaus komplizierteren Regulierungsmechanismus handelte, blieb den kommunistischen Theoretikern, aber nicht nur ihnen, weitgehend verborgen.

Unter den sowjetischen Ökonomen wurden zwischen 1922 und 1926 auch alternative Erklärungsmodelle zur Vargaschen Konzeption diskutiert. Die originellste Position brachte N.D. Kondratieff ein, der bereits 1922 hinsichtlich des langfristigen Wachstumstrends eine Analogie von der 1920/21 eingeleiteten Entwicklungsetappe des Weltkapitalismus zur "Großen Depression" von 1873 bis 1896 zog.[8] Dagegen hatte bereits im Juni 1923 L.D. Trotzki geäußert, daß die "langen Wellen" eine falsche Verallgemeinerung auf der Grundlage der formalen Logik seien.[9] Die Kondratieffsche Idee fand in der Komintern kaum Resonanz, war aber im wissenschaftlichen Leben in der Sowjetunion immer wieder Gegenstand von Diskussionen. Im Februar 1926 fand eine Diskussion zwischen Vertretern des Konjunkturinstitutes und der Kommunistischen Akademie statt. Kondratieff versuchte, mit statistischen Reihen zur Entwicklung von Preisen, Produktion und Löhnen drei "große Zyklen" nachzuweisen, die über 40 bis 50 Jahre reichten, und stellte dazu empirische Regeln auf (Zusammenfall von technologischen Umwälzungen, Ausdehnung der Goldproduktion, sozialen Unruhen und Agrarkrisen). Er meinte, damit sei die Wahrscheinlichkeit der "großen Zyklen" nachgewiesen, und gab folgende hypothetische Erklärung: Grundlage der großen Zyklen könnte die Abnutzung, Auswechslung und Erweiterung der grundlegenden Kapitalanlagen sein, die längere Zeit und größere Ausgaben zu ihrer Herstellung erfordern. D.I. Oparin konzentrierte seine Kritik auf die Berechnungsmethode Kondratieffs (Methode des kleinsten Quadrates), die seiner Meinung nach zu willkürlichen Kurven führe. Daher seien die von Kondratieff angegebenen langfristigen Schwankungen ausschließlich für das Preisniveau vorhanden. Im Auftritt M.I. Spektators, eines führenden Vertreters der Kommunistischen Akademie, kündigte sich jedoch bereits die spätere Denunziation mit Hilfe des "ideologischen Knüppels" an. Er bezichtigte sowohl Kondratieff als auch Oparin der Revision der Marxschen Lehre, weil sie von einer "normalen" Aufwärtsentwicklung des Kapitalismus ausgehen und damit der sozialen Revolution die Legitimation absprechen würden.[10] Dies sollte 1928 zur offiziellen Sprachregelung in den sowjetischen Wissenschaftseinrichtungen werden. Zur gleichen Zeit inspirierten Kondratieffs "lange Wellen" die Konjunkturforschung in Westeuropa und in den USA.

Mit der 1924/25 einsetzenden "Bolschewisierung" der KPdSU(B) und der KI begann eine zunehmende Kanonisierung einer spezifischen Lesart Marxscher und Leninscher Texte. Auch auf dem Gebiet der Imperialismusdeutung kam es zu gravierenden Veränderungen. Die Luxemburgsche Akkumulationstheorie wurde völlig aus dem theoretischen Disput verdrängt,

6 E. Varga, Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft, Hamburg 1921; Ders., Die Niedergangsperiode des Kapitalismus, Hamburg 1922.

7 E. Varga, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im IV. Vierteljahr 1925, in: Internationale Presse-Korrespondenz, Nr. 22 vom 5. Februar 1926, S. 295ff.

8 N.D. Kondratieff, Die Weltwirtschaft und ihre Konjunktur während und nach dem Krieg (in Russ.), Vologda 1922.

9 L. Trotzki, Über die Kurve der kapitalistischen Entwicklung (Brief an die Redaktion), in: Vestnik der Kommunistischen Akademie, Buch 4 (in Russ.), Moskva/Petrograd 1923, S. 5ff

10 Siehe N.D. Kondratieff/D.I. Oparin, Die großen Konjunkturzyklen. Vorträge und Diskussion im Wirtschaftsinstitut (in Russ.), Moskva 1928.

dagegen Elemente der Leninschen Interpretation zu der einzig wissenschaftlichen Theorie erklärt. Ihrer versicherten sich schnell die Theoretiker der neuen KPD-Führung wie A. Maslow, um ihre realitätsfremde, aber politisch wirksame Beschreibung der deutschen Gesellschaft als "Industriekolonie" bzw. "Schwanzimperialismus" zu legitimieren.

Dennoch kam es 1927/28 im Vorfeld des VI. Kongresses der Komintern zu bemerkenswerten Ansätzen, bisherige Grundannahmen angesichts der nun deutlicher hervorgetretenen Veränderungen des Nachkriegskapitalismus zu hinterfragen. Das betraf vor allem Probleme der kapitalistischen Rationalisierung und der staatsmonopolistischen Entwicklung. E. Varga und G. Reimann, Wirtschaftsredakteur der "Roten Fahne", wiesen im Frühjahr 1928 auf Wege der Profitmaximierung für das Monopolkapital durch die Nutzung des technischen Fortschritts und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität hin. Sie lösten sich damit teilweise von einem allein an Marktbeherrschung und Preisdiktat orientierten Monopolbegriff. Reimann hielt daher ein rascheres Wirtschaftswachstum nach dem Übergang zum Monopolkapitalismus nicht für ausgeschlossen.[11] 1927 war die sowjetische Ökonomin E. Chmel'nickaja mit der These hervorgetreten, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus (SMK) Deutschlands aus den Jahren 1914 bis 1918 eine Etappe in der kapitalistischen Evolution hinsichtlich neuer Formen der Kapitalkonzentration und der planmäßigen Regulierung der Wirtschaft gewesen sei.[12] N.I. Bucharin führte diese Diskussion auf dem XV. Parteitag der KPdSU(B) Ende 1927 fort, wo er die "staatskapitalistischen Tendenzen" als generelle Strukturveränderung des Nachkriegskapitalismus interpretierte.

Auf dem VI. Kongreß der Komintern (Sommer 1928) unternahm Bucharin einen vorsichtigen Versuch, bisherige Paradigmata hinsichtlich des "Niederganges" des Kapitalismus in Frage zu stellen. Ihn beeindruckte insbesondere das Wachstum der kapitalistischen Weltindustrieproduktion über das Niveau von 1913 hinaus, welches in der Konzeption der "Niedergangsperiode" zumindest für den europäischen Kapitalismus als Grenze angenommen worden war. Bucharin warf die Frage auf, ob die scheinbare innere Logik dieser Konzeptionen nicht durch die Realität gesprengt werden könnte. Er versuchte, den Widerspruch zwischen den bisherigen Prognosen und der wirklichen Entwicklung mittels der These von der "dritten Periode" (nach Krise und Stabilisierung) aufzulösen. Für diese Zäsur sprachen seiner Meinung nach vor allem das Wachstum der Produktion über das Niveau von 1913 hinaus sowie das Hervortreten neuer Wachstumsindustrien (Elektro/Chemie, Automobilbau). Von seinen produktiven - zugleich nicht von Einseitigkeiten freien - Denkansätzen über die Rolle der Weltwirtschaft und der

[11] Siehe G. Reimann, Konjunkturzyklus und relative Stabilisierung des deutschen Kapitalismus, in: Die Kommunistische Internationale, Jg. 1928, Heft 25/26, S. 1378ff.; E. Varga, Die Wirtschaft der Niedergangsperiode des Kapitalismus nach der Stabilisierung, Hamburg/Berlin 1928.

[12] E. Chmel'nickaja, Staatlich-monopolistischer Kapitalismus (Deutschland 1914-1918), in: Vestnik der Kommunistischen Akademie, Buch 24 (in Russ.), Moskva/Leningrad 1927, S. 137ff.

"staatskapitalistischen Tendenzen" ausgehend, hielt Bucharin eine weitere innere Konsolidierung der imperialistischen Staaten für möglich. Er nahm eine Verlagerung der ökonomischen Konflikte in die Sphäre der Weltwirtschaft an, woraus neue internationale Spannungen entstehen würden.[13]

Diese Auffassungen stießen auf die Kritik vieler Delegierter des VI. Kongresses, da sie der vermeintlichen revolutionären Perspektive den Boden entzogen. Es wurden Vorwürfe einer "pessimistischen Sumpfperspektive" laut. Für die meisten Anhänger der kommunistischen Bewegung konnte nur die Erwartung einer "zweiten revolutionären Welle" nach 1917 die politische Identität als Partei der Weltrevolution sichern. Der Einspruch der Delegationsleitungen der KPdSU(B) und der KPD gegen Bucharins Thesen auf dem Kongreß brachte eine Interpretation der "dritten Periode" als "Zerrüttung der Stabilisierung des Kapitalismus" hervor. Damit hielt man an der bisherigen Erwartung fest, daß jedes Überschreiten des Standes der Vorkriegsproduktion unmittelbar zu einer neuen Überproduktionskrise führen würde. Diese Prognose stand mit den nachhaltigen Veränderungen der kommunistischen Strategie und Taktik, vor allem gegenüber der Sozialdemokratie, im Einklang. Der neue linksradikale Kurs kam den Intentionen J. W. Stalins in dessen Fraktionskampf gegen die Bucharin-Gruppe entgegen und sicherte der Thälmann-Fraktion in der KPD entscheidenden Einfluß. Die theoretische Diskussion in der Komintern war von nun an endgültig den parteitaktischen Zwängen und Intrigen untergeordnet. 1929 folgte auf der X. Plenartagung des EKKI die Denunziation der Überlegungen Bucharins über den SMK als "Kapitulation vor der reformistischen Ideologie". Bucharins methodische Schwächen - die Neigung zu Entweder-Oder-Fragestellungen, zu einer absoluten Determiniertheit gesellschaftlicher Prozesse - boten seinen Kritikern (auch über seinen Tod hinaus) genügend Angriffspunkte. Ein Jahr später schien ihm die "Große Krise" endgültig unrecht zu geben. In den Reihen der Komintern wurde die Konzeption "Niedergangsperiode" - nun "allgemeine Krise des Kapitalismus" genannt - zur nunmehr alternativlosen vulgären Deutung der Zukunft des Kapitalismus, die sich der klassischen Leninschen Interpretation des Imperialismus zu versichern wußte.

Unter dem Eindruck der Erscheinungen der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 nahm die Tendenz unter den kommunistischen Ideologen zu, die "allgemeine Krise" mit dem monopolistischen Charakter des Kapitalismus zu deuten und das Monopolkapital als ein "sterbendes Kapitalverhältnis" zu betrachten. Angesichts der Preisentwicklung in der Krise wurde der Monopolprofit vor allem auf die Marktmacht der Monopole zurückgeführt, auf ihre Fähigkeit, in der Zirkulationssphäre den Nachfolgeindustrien, nichtmonopolistischen Zweigen und Konsumenten die Preise innerhalb gewisser Grenzen diktieren zu können. Man erwartete eine zwangsläufige absolute Verelendung der Arbeiterklasse, die Lähmung der Konkurrenz und die Verengung des Ab-

[13] Siehe Protokoll des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. I, Hamburg/Berlin 1928, S. 27, 534.

satzmarktes im Monopolkapitalismus. An diesem Monopolverständnis knüpfte die Konzeption "allgemeine Krise" des Kapitalismus an. Ihr ökonomischer Kern - das "Marktproblem" - sei im Kapitalismus nicht (zumindest nicht friedlich) lösbar. Die Weltwirtschaftskrise stelle die typische Überproduktionskrise des Kapitalismus in seiner "allgemeinen Krise" dar. Auf ihre mögliche zeitweilige Überwindung könne nur eine Depression und danach eine noch tiefere Überproduktionskrise folgen. Das bisherige Scheitern der bürgerlichen Deflationspolitik erklärten die kommunistischen Ideologen mit der "Indienststellung" des Staates in die Interessen der Monopole: die Bankrotte würden nur künstlich aufgeschoben und die Krise verlängert. Diese Sichtweise legte die Schlußfolgerung nahe, daß der wirtschaftliche Niedergang die Bourgeoisie geradezu zu einer Faschisierung ihrer Herrschaft zwinge. Der Faschismus erschien den Kommunisten als Anwendung außerökonomischer Machtmittel in Analogie zur ursprünglichen Akkumulation des Kapitals. Ähnliche Deutungsversuche des ökonomischen Wesens des Faschismus an der Macht waren in den dreißiger Jahren auch außerhalb der Komintern anzutreffen, z. B. bei A. Sohn-Rethel und O. Bauer. Unter diesen Voraussetzungen mußte eine Analyse der zum Faschismus alternativen Krisenbewältigung, besonders des New Deal, große Probleme aufwerfen. Äußere Ähnlichkeiten der NIRA-Gesetzgebung mit der Arbeitsbeschaffung in Deutschland führten zum Vorwurf "faschistischer Tendenzen" im New Deal.

In den dreißiger Jahren zeichneten sich in der Interpretation des Imperialismus und seiner "allgemeinen Krise" innerhalb der Institutionen der Komintern kaum Veränderungen ab. Die von J.W. Stalin Anfang 1934 verkündete These von der "Depression besonderer Art" stellte den Versuch dar, die Kontinuität der bisherigen Voraussagen zu wahren. Die beiden von E. Varga 1934 verfaßten Bücher über die "Große Krise" hielten am "Marktproblem" fest: ein chronischer Überschuß an fixem Kapital verhindere neue Investitionen und einen Konjunkturaufschwung, führe zur Depression. Auf dem VII. Kongreß der Komintern (Sommer 1935) blieben die Grundkonturen des kommunistischen Kapitalismusbildes unverändert. Man ging davon aus, daß Weltwirtschaftskrise und "Depression besonderer Art" das Ende jeglicher Reformpolitik für den Kapitalismus manifestierten und die bürgerliche Demokratie in allen Ländern grundlegend erschüttert hatten. Wenn auch langfristig ohne Perspektive, erschien die bürgerliche Demokratie - aufgrund der deutschen Erfahrungen - doch als günstigere Ausgangsposition für den erwarteten "zweiten Turnus der Revolutionen" und damit verteidigungswert. Folgerichtig wurde der New Deal nicht mehr als faschistisch angesehen, sondern aus der Enttäuschung der kleinbürgerlichen Massen über sein vermeintliches Scheitern die Gefahr einer faschistischen Bewegung in den USA abgeleitet. Auch der praktizierte Vergleich mit dem für die Industrialisierung der Sowjetunion typischen Wachstumstempo einer auf vorwiegend extensiv erweiterter Reproduktion beruhenden Wirtschaft, der in Westeuropa bereits enge Grenzen gezogen waren, schien für die Perspektivlosigkeit des Kapitalismus zu sprechen.

Der Weg von der Weltwirtschaftskrise zur Krise von 1937/38 konnte nochmals die Konzeption "allgemeine Krise des Kapitalismus" bestätigen. Aber schon 1947/48 schlugen die darauf beruhenden Prognosen fehl, die den Ausbruch einer noch gewaltigeren Weltwirtschaftskrise voraussagten. Vargas zaghafter Versuch zur Wiederaufnahme der Diskussion über den SMK scheiterte am Einspruch der Ideologen.[14] In der internationalen Diskussion hatten die sowjetmarxistischen Interpretationen längst an Originalität eingebüßt und galten als Relikt der Dogmatisierung. Die kanonisierte Leninsche "Imperialismustheorie" wirkte aber im Gewand der Konzeption "allgemeine Krise" noch jahrzehntelang im Lehrwerk der realsozialistischen Staaten weiter. Selbst als die neue Wissenschaftlergeneration in den achtziger Jahren mühevoll ihre Revision einklagte, fanden sich noch immer ihre Verteidiger.[15] Diese Theorie war längst Weltanschauung geworden und führte ein gespenstiges Eigenleben, was sie kugelfest gegenüber jeder Kritik gemacht hatte.

---

[14] In seinem Buch "Veränderungen in der kapitalistischen Wirtschaft im Gefolge des zweiten Weltkrieges" von 1946 räumte Varga ein, daß der Krieg die kapitalistischen Staaten gezwungen hatte, Elemente der Planwirtschaft einzuführen. Überdies spielte seiner Ansicht nach das Problem der Absatzmärkte nicht mehr die entscheidende Rolle in den internationalen Beziehungen. 1947/48 erfolgte die ideologische Verketzerung, die Varga beschuldigte, er glaube an die Möglichkeit der Planung in der kapitalistischen Wirtschaft und sehe nicht die "allgemeine Krise" des Kapitalismus. Am Ende stand die Schließung des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft.

[15] Im Mai 1989 bejahte Prof. Dr. Gretchen Binus, Chefredakteurin im Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR, ausdrücklich die Frage, ob der Begriff "allgemeine Krise" noch aktuell sei: "Der Begriff der allgemeinen Krise knüpft an Lenins Aussage vom sterbenden Kapitalismus an; sein Inhalt bildet die Grundlage für die Einschätzung des Kapitalismus unter dem Aspekt der Auseinandersetzung des Wettstreits der zwei grundsätzlichen Gesellschaftssysteme..." (Unsere Zeit, 31. Mai 1989, S. 7).

Sozialismus

Marxistische
Monatszeitschrift

Es schrieben 1990 u.a.:

Lisa Abendroth, Louis Althusser, Manfred Balder, Pietro Barcellona, Karin Benz-Overhage, Theodor Bergmann, Heinz Bierbaum, Joachim Bischoff, Manfred Bobke-v. Camen, André Brie, Michael Brie, Karl Burgmaier, Alexandr Buzgalin, Jochen Cerny, Hansgeorg Conert, Frank Deppe, Richard Detje, Horst Dietzel, Irene Dölling, Eberhard Fehrmann, Peter Glotz, Michail Gorbatschow, Bryan Gould, Gregor Gysi, Stuart Hall, Heinrich Hannover, Ingeborg Herold, Peter Hess, Eric Hobsbawm, Hasko Hüning, Pietro Ingrao, Mechthild Jansen, Christoph Jetter, Heinz Jung, Robert Katzenstein, Sabine Kebir, Sonja Kemnitz, Dieter Klein, Arno Klönne, Lorenz Knorr, Otto König, Ulla Kriete, Jürgen Kuczynski, Walter Kuhn, Steffen Lehndorff, Andre Leisewitz, Gerd Lobodda, Christa Luft, Ulrich Meditsch, Heinz-Rudolf Meißner, Michael Menard, Hans Modrow, Manuel Vasquez Montalban, Manfred Muster, Lothar Nicht, Hildegard Maria Nickel, Alexandr Ort, Lothar Peter, Klaus Pickshaus, Alfredo Reichlin, Rossana Rossanda, Peter Ruben, Bernhard Sander, Helmut Schauer, Peter Scherer, Eduard Schewardnadse, Josef Schleifstein, Horst Schmitthenner, Werner Seppmann, Otto Singer, Theo Steegmann, Bruno Trentin, Mario Tronti, Hilde Wagner, Helmuth Warnke, Michael Wendl, Jochen Willerding, Alexander Wolgin, Karl Georg Zinn

Einzelheft: DM 7.50 · Jahresabo: DM 75.-
Probeheft: VSA-Verlag
Postfach 50 15 71 · W-2000 Hamburg 50

Wulf D. Hund

Verteidigung der Arbeit

Anmerkungen zur marxistischen Soziologie

Wer heute in Florenz über die Piazza dei Ciompi oder die Piazza Fra Girolamo Savonarola schlendert, wird schwerlich zustimmen, auf der via dolorosa des Kapitalismus zu wandeln. Dabei soll dieser hier doch schon im 14. und 15. Jahrhundert völlig abgewirtschaftet haben. 1378 stürmten die Ciompi, die ärmsten der Lohnarbeiter aus den Textilmanufakturen, das bürgerliche Rathaus und setzten die Regierung ab. Die Alleinherrschaft des popolo grasso, des fetten Volkes der Kapitalisten, sollte beendet werden.

Der Aufstand mißlang. Hundert Jahre später hatte die herrschende Klasse ihren Reichtum nicht nur maßlos gesteigert. Sie verwandte auch dessen wachsenden Teil darauf, ihre sich zusehends feudalisierende Lebensweise zu finanzieren. Die Stadt wurde von den Medici wie von Fürsten beherrscht. Gegen ihr Regiment predigte Savonarola die Diktatur Gottes. Der Kapitalismus war schon zum zweiten Mal am Ende.

Unsere philosophischen Höker hätten mit ihrer aktuellen Einstellung zur Geschichte damals die Chance gehabt, sich unsterblich zu blamieren. Gesellschaftsformationen rechnen nach Zentenarien - die bürgerliche gegenwärtig nach 200 Jahren amerikanischer und französischer, 300 Jahren englischer, 400 Jahren niederländischer Revolution (und 700 Jahren Republik Florenz...). Das verweist darauf, daß ihre Ideologen der Menschheit immer Aufgaben stellen, die sich nur nach und nach lösen lassen. Dabei kommt es ebenso zu Rückschlägen wie zur Verlagerung von Zentren der Entwicklung. Und natürlich bilden sich in deren Verlauf auch neue Qualitäten aus. Noch der unlängst viel gefeierte Abbé Sieyes hätte sich geschämt, Demokrat genannt zu werden.

Was für den Kapitalismus recht war, wird dem Sozialismus billig sein müssen.[1] Nach Utopia läßt sich nicht einfach übersetzen. Ob freilich die Historisierung des Utopischen gelingt, hängt nicht zuletzt davon ab, daß der

---

1 Georg Fülberth: Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen. Hamburg 1991, S.127 behauptet: "In der Geschichte des Kapitalismus hatte der Reale Sozialismus ganz offensichtlich eine ähnlich episodische Stellung wie das frühkapitalistische Florenz in der des Feudalismus". Dieser Vergleich steht freilich auf dem Kopf. Florenz war keine vorübergehende Erscheinung des Feudalismus, sondern eine der Geburtsstätten des Bürgertums. Das wußte nicht nur Werner Sombart: Der Bourgeois. München, Leipzig 1923, S.135: "Soviel ich sehe, tritt uns der 'Bürger' in seiner Vollendung zuerst entgegen in Florenz ... während des Trecento". Und nicht nur Fernand Braudel: Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. Der Alltag. München 1990, S.561 hat sich dem angeschlossen: die Geschichte von Florenz steht für "die Geburt einer Gesellschaft und mehr noch einer neuen Denkungsart".

Marxismus bislang weitgehend brachliegende analytische Perspektiven enthält und sie in der Auseinandersetzung mit konkurrierenden Modellen bei der Diskussion zentraler Probleme der Gegenwart entfalten kann. Selbst wenn man die Diagnose teilt, daß die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft hinsichtlich bedeutsamer Fragestellungen in eine Sackgasse geführt hat, sind diese Fragen noch nicht beantwortet.

Sie betreffend haben bürgerliche ideologische Spürhunde naturgemäß mehr Instinkt als orthodoxe kommunistische Klageweiber. Schon unmittelbar nach dem 9. November erkannten sie die Gefahr, daß durch die damals porös gewordene, mittlerweile gefallene Mauer auch ein schon für gebannt gehaltenes Gespenst entweichen möge. Sie warnten davor, daß nach dem Desaster des realen Sozialismus die sozialistische Idee sich von diesem ablösen und eine Renaissance erleben könnte. Bärge sie doch ein Potential der Kritik, das die Praxis des Kapitalismus nicht zu binden vermöchte.[2]

Um so überraschender ist es, wenn von marxistischer Seite erklärt wird, solcher Argwohn sei überflüssig, weil die wissenschaftliche Kompetenz des Marxismus den Ansprüchen radikaler Gesellschaftskritik nicht mehr genüge. Lothar Peter hat diese These in mehreren Beiträgen zur marxistischen Soziologie formuliert. Ihm "genügt das vorhandene gesellschaftswissenschaftliche Potential des Marxismus nicht, um soziale Strukturen, Prozesse und Beziehungen beschreiben, interpretieren und erklären zu können".[3] Seiner Meinung nach sei die "Krise des Marxismus nicht zuletzt die Geschichte seiner Kapitulation vor den Herausforderungen, mit denen eine aus der Logik der Ökonomie ausbrechende Realität des Sozialen ... das wissenschaftliche Denken heute unnachsichtig konfrontiert".[4] Zumindest teilweise bejaht er dabei die Frage, "ob die ideologische Verkirchlichung von Marx und Engels in deren Diskurs selbst angelegt und die

2 Vgl. etwa die Serie von Leitartikeln im politischen wie wirtschaftlichen Teil der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ab dem 10.11.1989. Am deutlichsten bringt die ihnen gemeinsame Thematik zum Ausdruck H. D. Barbier: Es gibt nur einen Sozialismus. In: FAZ vom 11.11.1989. Nach dem Scheitern des Umsturzversuches in der Sowjetunion ist diese Argumentation verstärkt wieder aufgenommen worden - vgl. u.a. F. U. Fack: Der Kommunismus ist besiegt. In: FAZ vom 22.08.1991. Bei der beflissenen Denunziation der Äußerung Peter von Oertzens, daß der "Marxismus" mit dem Zusammenbruch des "Kommunismus sowjetischen Stils" "nicht erledigt" sei, wird die sie tragende Besorgnis noch in der Entstellung von Positionen und der Verkehrung von Argumentativität sichtbar: "Man soll über Oertzens logische Purzelbäume nicht lachen. Er spricht stellvertretend für viele als tragikomische Figur. Er wird dazu wegen eines linken Denkverbotes: Die sozialistische Idee, das Ideal darf nicht schuldig sein. Solange dieses Tabu aufgerichtet bleibt, wird die Linke nicht begreifen, daß das sozialistische Ideal, die Idee der Gleichheit und sozialen Homogenität, die Idee einer das Glück aller garantierenden Ordnung am Anfang eines Zivilisationsbruchs steht, der an Dramatik und Grausamkeit Auschwitz in nichts nachsteht" (E. Fuhr: Ein schrecklicker Irrtum. In: FAZ vom 28.8.1991).

3 Lothar Peter: Marxistische Soziologie. In: Sozialismus, 3, 1989, S.33.

4 Lothar Peter: Marxismus und Subjektfrage. In: Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 5, 1991, S.107.

strukturellen Defizite der marxistisch-leninistischen Soziologie im wissenschaftlichen Projekt der Klassiker vorprogrammiert waren". Das treffe jedenfalls "auf die ökonomischen 'Formbestimmungen' der Welt des Sozialen, auf den Fortschrittsoptimismus, die Produktivkraftfixiertheit und die Arbeitszentriertheit im Denken von Marx und Engels zu".[5]

Diese Formulierungen beklagen nicht nur Verengungen und Verhärtungen marxistischer Methoden, fordern nicht allein die Vermessung weißer Flekken marxistischer Analysen. Sie zielen auf die Substanz. Ihnen geht es nicht um eine wie auch immer geartete Modernisierung der marxistischen Theorie, sondern um deren Kürettage. Mit dem Arbeitsbegriff soll ihre zentrale Kategorie abgetrieben werden.[6]

Die Ursachen für diese Attacke liegen auf der Hand. Sie sind in einer desillusionierenden Mixtur aus Versäumnissen und Fehlinterpretationen marxistischer Gesellschaftsuntersuchungen einerseits und dem Zerfall des sozialistischen Staatensystems wie dem mit ihm einhergehenden Zusammenbruch der materiellen Infrastruktur marxistischer Wissenschaft und ihrer moralischen Entwertung andrerseits zu finden. Leider geben sie zu keiner Auseinandersetzung mit den Dimensionen des Arbeitsbegriffs Anlaß. Vielmehr werden vermeintliche und tatsächliche Mankos marxistischer Soziologie gerade der Unfähigkeit angelastet, "eine der theoretischen Säulen des Marxismus-Leninismus ins Wanken zu bringen: die absolute soziale Zentralität der gesellschaftlichen Arbeit und der Produktionsverhältnisse".[7]

Diesem Verdikt liegt ein eindimensionales Arbeitsverständnis zugrunde. Darüber hinaus vermengt es Entwurf, Ausführung und Weiterverwendung des marxistischen Begriffs der Arbeit. Solche Melange ist trübe und verdunkelt dessen Komplexität. Das im Werk von Marx und Engels angelegte Konzept schränkt Arbeit nicht auf den Bereich des Wirtschaftens ein.

Peters Klage über das "anthropologische(n) Modell des durch Arbeit konstituierten, sich selbst erzeugenden und entwickelnden Menschen" unterstellt dagegen, daß es mit der Kritik der politischen Ökonomie weitgehend erschöpft sei. Nur deswegen kann sie schließen: "Arbeit, genauer formelle

5 Lothar Peter: Dogma oder Wissenschaft? Marxistisch-leninistische Soziologie und staatssozialistisches System in der DDR. Frankfurt 1991, S.96. Auf den zirzensischen Aspekt dieser Ausführungen sei nur am Rande verwiesen. Ihr Verfasser mußte schon einige sprachliche Pirouetten wagen, um vom marxistischen "Diskurs" und vom "Projekt" des wissenschaftlichen Sozialismus jene Anführungsstriche abzuschütteln, mit denen er sie vor noch nicht allzu langer Zeit zu bändigen suchte - vgl. Lothar Peter: Die Ideologie des "Arguments" in der Krise. In: Marxismus - Ideologie - Politik. Hrsg. v. Hans Heinz Holz, Thomas Metscher, Josef Schleifstein, Robert Steigerwald. Frankfurt 1984, S.60 u. S.57.

6 Vgl. u.a. die zugespitzte Formulierung bei A. Neusüss: Enttäuschte Gewißheit. Nachwort zur Krise des Marxismus. In: Düsseldorfer Debatte, 1, 1984, S.74: "Der revolutionäre Skandal, den die Marxsche Theorie ...bedeutet, ...war und ist ihr *materialistisches* Substrat, das sich in einem Begriff von *Arbeit* ausdrückt, in dem die Erkenntnis von der *Naturbedingtheit* gesellschaftlicher Entwicklung und deren Gestaltungsspielräumen zusammenfaßt ist".

7 Lothar Peter: Dogma oder Wissenschaft, a.a.O., S.45.

Erwerbsarbeit, avancierte im Marxismus zum persönlichkeitsbildenden Wert an sich, neben dem aus anderen Bezügen entwickelte Wertorientierungen, moralische Taxonomien, Erfahrungsdimensionen und symbolische Ordnungen zweitrangig erschienen".[8]

Dieses Verfahren ist nicht nur methodisch fragwürdig, sondern auch erkenntnishemmend.[9] Es behauptet die ökonomistische Verkürzung als dem Arbeitsparadigma notwendig innewohnend, um ihm das Handlungsparadigma als soziologische Ergänzung aufzunötigen. Einerseits übersieht Peter dabei, daß sich dieses teils gerade durch eine ähnliche Verballhornung des Arbeitsbegriffs legitimiert.[10] Andererseits entgeht ihm, wie unbefangen in zahlreichen von ihm propagierten Ansätzen mit einem teils extrem weit gefaßten Arbeitsverständnis hantiert wird.

So beziehen z.B. Schütz und Luckmann umstandslos alle intentional auf Umweltveränderung gerichteten Formen sozialen Handelns in den (freilich seiner materiellen Fundierung beraubten) Begriff der Arbeit ein. Es mache keinen Unterschied, ob dieses Handeln auf die natürliche oder soziale Umwelt gerichtet sei.[11] Ähnlich souverän geht etwa Bourdieu mit dem Arbeitsbegriff um. Dabei hält er (wenn auch von der Verallgemeinerung eines vulgärökonomisch substantiellen Kapitalbegriff ausgehend) dafür, daß die Verdinglichungen und Verinnerlichungen von Bedürfnissen, Normen und Beziehungen das Resultat gesellschaftlicher Arbeit seien.[12]

Der unentwegt mit ökonomischem Reduktionismus und philosophischer Verengung marxistischer Gesellschaftsanalyse hadernde Peter[13] unterschiebt ihr selbst jene verkümmerte Arbeitsauffassung, die er anschließend

8 Lothar Peter: Marxismus und Subjetfrage, a.a.O., S.104.

9 Vgl. Wulf D. Hund, Bärbel Kirchhoff-Hund: Arbeit - keine einfache Kategorie. Über den Marxismus, das Soziale und die Soziologie. In: Sozialismus, 11, 1989.

10 Vgl. kritisch u.a. Horst Holzer: Kommunikation oder gesellschaftliche Arbeit? Zur Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas. Berlin 1987; H. Ganßmann: Kommunikation und Arbeit. Zum Arbeitsbegriff bei Habermas. In: Sozialphilosophie der industriellen Arbeit, hrsg. v. H. König, B. v. Greiff, Helmut Schauer, Opladen 1990.

11 Vgl. A. Schütz, Th. Luckmann: Strukturen der Lebenswelt. Bd.2. Frankfurt 1984, S.25, wo betont wird, "daß Arbeit vom Entwurf her zu verstehen ist: der Handelnde arbeitet, wenn er etwas Bestimmtes in der Umwelt bewirken will". "Diese Bestimmung schließt selbstverständlich die produktiven Tätigkeiten im ökonomischen Sinn ein; sie schließt aber auch all jene Formen des sozialen Handelns ein, durch die eine Veränderung der Sozialwelt erzielt wird: Liebeserklärungen, Eheschließungen, Taufen, Gerichtsverhandlungen, Verkauf oder auch nur Sammeln von Briefmarken, Revolutionen und Konterrevolutionen".

12 Vgl. Pierre Bourdieu: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: R. Kreckel (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt, Sonderband 2). Göttingen 1983, der z.B. hinsichtlich des sozialen Kapitals postuliert: "Für die Reproduktion von Sozialkapital ist eine unaufhörliche Beziehungsarbeit in Form von ständigen Austauschakten erforderlich, durch die sich die gegenseitige Anerkennung immer wieder neu bestätigt".

13 Vgl. Lothar Peter: Die Welt dreht sich ganz anders. In: Forum Wissenschaft, 4, 1988, S.67f.; Lothar Peter: Marxistische Soziologie, a.a.O., S.30; Lothar Peter: Dogma oder Wissenschaft a.a.O., S.19.

bekämpft. Das gilt für den Begriff der Arbeit nicht zuletzt hinsichtlich seiner in der Kritik der politischen Ökonomie entwickelten Logik. Auch hier besteht Peter auf deren eindimensionalem Charakter. Für solche Donquichotterie haben schon andere den Sancho Pansa gemacht.[14] Trotzdem sei beiläufig nochmals auf den soziologischen Gehalt der Wertformanalyse hingewiesen. Er entspringt der Einsicht in den Doppelcharakter der Ware. In ihrer ökonomischen Existenz ist sie "eine bloßes Zeichen, ein Buchstabe für ein Produktionsverhältnis."[15] Die Menschen, die die Waren produzieren, können aber diese Buchstaben nicht lesen. Daraus nährt sich der Warenfetischismus. Die Entzifferung der Ware als "gesellschaftliche Hieroglyphe"[16] zählt zu den Sternstunden der Soziologie. Allerdings trifft zu, daß Marx und Engels den Arbeitsbegriff nur einseitig entwickelt haben. Das mit ihm formulierte Programm harrt noch seiner vollständigen Ausführung. In der "Deutschen Ideologie" finden sich seine Aufgaben umrissen. Arbeit umfaßt danach die Produktion von Lebensmitteln ebenso wie die von Bedürfnissen, die Produktion von Beziehungen zwischen den Geschlechtern und den Generationen, die Produktion von Kooperationsformen, Bewußtsein und Sprache.[17]

Bei Peter klingt zwar die Erinnerung an solche Komplexität noch nach, wenn er festhält: "Menschen sind nicht nur materiellen Reproduktionsbedingungen unterworfen, sondern ... auch ... auf die Produktion und Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen verwiesen."[18] Im Kreis einer anschließend begrifflich um Habermas und Durkheim geschlagenen Volte ist sie jedoch gänzlich erloschen. Soziale Beziehungen seien demnach durch Interaktion begründet. Der Naturzusammenhang des Sozialen ist ausgeblendet.

Während die in den angeblich schrumpfenden Zonen der Erwerbsarbeit emittierten Schadstoffe gleichmacherisch über die traditionellen Mußedistrikte der Westends hereinbrechen -; über den an die Stelle der Wandelhallen getretenen kommerziellen Sonnenparadiesen die Ozonlöcher aufreißen -; Pflanzen wie Tiere rapide aus dem Atlas des Lebens verschwin-

14 Vgl. Sebastian Herkommer: Pfade ins Ungewisse Oder: Brauchen wir wirklich eine marxistische Soziologie. In: Sozialismus, 4, 1989.

15 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW 42, S.76.

16 Karl Marx: Das Kapital. Bd.1. In: MEW 23, S.88. In einer feinsinnigen Bemerkung für Soziologen hat Hans-Georg Backhaus: Zur Dialektik der Wertform. In: Beiträge zur marxistischen Erkenntnistheorie, hrsg. v. Alfred Schmidt. Frankfurt 1969, S.146 über die Ware geschrieben: "Das 'sinnlich-übersinnliche' Ding bezeichnet eine Realität *sui generis*".

17 Vgl. Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie. In: MEW 3, S.28ff. Auf die einzelnen Aspekte wird im folgenden noch näher eingegangen. Zur Begriffsgeschichte der Arbeit und ihrem Verständnis bei Marx und Engels siehe Wulf D. Hund: Stichwort: Arbeit. Vom Banausentum zum travail attractif. Heilbronn 1990.

18 Lothar Peter: Marxistische Soziologie, a.a.O., S.33. Anschließend heißt es lapidar: "Indem die Menschen notwendig Formen sozialer Interaktion entwickeln, schaffen sie eine Realität sui generis".

den und vielseitige Homunculi auf ihre Befreiung aus den Retorten warten -; in von den Schätzen der Natur entblößte Kavernen die Elemente einer strahlenden Zukunft verfüllt werden -; unter den hungrigen Blicken der marginalisierten Bevölkerung der Dritten Welt das schale Wunder der Verwandlung des Brotes der Armen in das Fleisch der Reichen zelebriert wird -; während sich also das dialektische Verhältnis des Menschen zur Natur deutlicher denn je zeigt, bedarf zumal ein materialistischer Soziologe schon einer fortgeschrittenen Amnesie, um dem Zusammenhang von Aneignung der Natur und Konstitution des Sozialen die Möglichkeit begrifflicher Vermittlung abzusprechen.

Zwar ist dieser Zusammenhang bei Marx und Engels nur in Thesen ausgeführt. Sie aber bieten genügend Ansätze zur systematischen Analyse.[19] Dabei steht nicht zuletzt die Hypothese zur Diskussion, daß die Natur sowohl Leib als auch Werk des Menschen sei. Sie mündet für Marx in eine über Arbeit vermittelte Begründung der 'Lebenswelt': "Der Gegenstand der Arbeit ist ... die Vergegenständlichung des Gattungslebens des Menschen: indem er sich nicht nur wie im Bewußtsein intellektuell, sondern werktätig, wirklich verdoppelt und sich daher in einer von ihm geschaffnen Welt anschaut."[20]

Wiewohl vom Marxismus wenig differenziert (und schon gar nicht operationalisiert), ist diese Überlegung nicht hinfällig geworden. Die in ihr enthaltene Chance, den Stoffwechsel mit der natürlichen und die Bewegung in der sozialen Umwelt in einem einheitlichen Modus zu erfassen, ist erst noch zu prüfen. Vorher sollte sie schon deswegen nicht verworfen werden, weil sich die radikale Trennung einer Reproduktion der "symbolischen Strukturen der Lebenswelt" von einer "Erhaltung des materiellen Substrats der Lebenswelt"[21] heute mehr denn je als illusorisch erweist. Mit ihr endet der in der Antike begonnene theoretische Versuch, Notwendigkeit und Freiheit menschlichen Handelns getrennt zu denken, das vollkommene vom bloßen Leben zu scheiden, unübersehbar in der Aporie.

Daß Emanzipation und Selbstverwirklichung nicht auf Kosten der Natur zu haben sind, hält der marxistische Arbeitsbegriff emphatisch fest. Indem er die "Vergegenständlichung des Gattungslebens" zum "Gegenstand der Arbeit" erklärt, begegnet er allen Vorstellungen der Welt als Schlaraffia oder Arkadien mit Skepsis. Denn im Schlaraffenland werden die Menschen nicht etwa von einer freigiebigen Natur versorgt. Diese ist vielmehr völlig denaturiert, Getreide existiert nur als Brei, Hühner fliegen sottiert und

19 Vgl. u.a. Alfred Schmidt: Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx. Frankfurt 1971; W. Schmied-Kowarzik: Das dialektische Verhältnis des Menschen zur Natur. Philosophiegeschichtliche Studien zur Naturproblematik bei Karl Marx. Freiburg, München 1984; Karl Heinz Tjaden: Mensch - Gesellschaftsformation - Biosphäre. Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur. Marburg 1990.

20 Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844. In: MEW 40, S.517.

21 Jürgen Habermas: Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt 1981. Bd.2, S.209.

Schweine weiden gegrillt. Brueghel hat die Tristesse solcher Zukunft gültig gemalt. Seine feisten Schlaraffen ruhen unter einem Baum, der jener der erkenntnis sein könnte. Doch vor möglicher Besteigung ist sein Stamm mit einer wohlbestückten Anrichte geschützt, die ihn sicherer als ein spanischer Reiter umgibt. Arbeit wie Interaktion sind vergangen. Arkadien hingegen ist ein Paradies mit doppeltem Boden. Seine müßige Schäferidylle gedeiht auf der ideologischen Ausblendung herrschaftlich bestimmter Arbeit. Die Rache der sprechenden Werkzeuge hat Wells mit der Zeitmaschine studiert. Unter den Gärten der naturverspielten Eloi stieß er auf die Höhlen der ingeniösen Morlocks. Sie hielten sich die Eloi als Vieh. Der Widerspruch zwischen Herren und Knechten war kannibalisch gelöst.

Selbstverständlich hat Peter darin recht, daß Marx und Engels ihr Programm nur einseitig ausgeführt haben. Sie sind deswegen an der späteren ökonomistischen Verengung ihres Arbeitsverständnisses nicht unschuldig.[22] Die Auswirkungen der schwerpunktmäßigen Untersuchung der Beziehungen von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sowie der Entwicklung der Staatsformen und ihrer Bedeutung für den sozialen Prozeß werden noch in der entschlossen vereinfachten Parole spürbar: "Kommunismus - das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung."[23]

Unter diesen Vorzeichen bekommt die propagierte individuelle Entwicklung in der Arbeit einen disziplinären Zungenschlag. Das Versprechen "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" wird in das Prokrustesbett von Produktion und Konsumtion gespannt. Danach gilt es als eingelöst, "wenn die Menschen sich so an das Befolgen der Grundregeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens gewöhnt haben werden und ihre Arbeit so produktiv sein wird, daß sie freiwillig nach ihren Fähigkeiten arbeiten werden."[24] Die hier durchscheinende Arbeitsauffassung taugt bestenfalls für eine Art protestantischer Ethik des Kommunismus. Peter verfolgt denn auch genüßlich ihre rezenten Spuren bis hin zur Parallelisierung der Arbeitsethik Luthers mit dem sozialistischen Leistungsprinzip.[25]

22 Vgl. Wulf D. Hund: Mehrwert ohne Moral. Die Einseitigkeit der Smith-Rezeption bei Karl Marx. Vortrag auf der 5. Sitzung der Arbeitsgruppe Marx-Engels-Forschung im Juni 1991 in Frankfurt (erscheint 1992 im Protokollband der Tagung).

23 Wladimir I. Lenin: Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare (vom 22.Dezember 1920 vor dem VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongreß). In: ders., Werke, Bd.31, S.513.

24 Wladimir I. Lenin: Staat und Revolution. In: ders., Ausgewählte Werke, Moskau 1947, Bd.2, S.232.

25 Lothar Peter: Dogma oder Wissenschaft, a.a.O., S.57f. unter Hinweis auf G. Peine: Gedanken zur Arbeitsethik Martin Luthers. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 31, 1983, 10, wo es u.a. heißt: "Ähnlichkeiten zwischen marxistisch-leninistischer und lutherischer Arbeitsethik betreffen zwar nicht die ethischen Systeme als Ganzes, wohl aber Aspekte, ...beispielsweise in Bezug auf die Pflichterfüllung in der Arbeit, die Sparsamkeit, den Fleiß, den Sinn, die gesellschaftliche Nützlichkeit und Ehrlichkeit der Arbeit, die Disziplin in der Arbeit, die Verantwortung, die Motivierung zur Arbeit, die Freude in der Arbeit und die Lust zu ihr" (S.1182).

Die soziologischen Perspektiven des marxistischen Arbeitsbegriffes lassen sich daher sicher nicht ohne Auseinandersetzung mit seiner dogmatischen Zurichtung aufzeigen. Das kann aber erst recht nicht gelingen, wo dieser nur in seiner ökonomischen Fassung vorgestellt wird. Indem Peter bei ihr verharrt, reagiert er auf Scholastik mit Häresie. Dabei zeigt schon eine Kritik der in der "Deutschen Ideologie" um den Meridian der Arbeit gruppierten Gegenstandsbereiche, daß deren Konzept nicht ökonomistisch, sondern soziologisch ist. Zudem hat es hinsichtlich aller Bestandteile Ansätze zur Weiterentwicklung erfahren. In der Terminologie von Marx und Engels geht es dabei um die *"Produktion des materiellen Lebens"*, die *"Erzeugung neuer Bedürfnisse"*, *"die Familie"*, das *"Zusammenwirken mehrerer Individuen"*, die *"Sprache"* als das *"praktische Bewußtsein"*.[26]

Die *"Produktion des materiellen Lebens"* hat sich zum Brennpunkt marxistischer Gesellschaftsanalyse entwickelt. Entdeckt zu haben, daß die Menschen bei der Produktion von Gebrauchswerten zugleich etwas tun, was sie nicht wissen, beansprucht schon Marx selbst als sein historisches Verdienst. Es liegt in der Entzauberung der mythischen Riten, mit denen die unterschiedlichen Schamanen der Ökonomie fortwährend Wasser in Wein verwandelt haben. Mit der Einsicht, daß Wert und Kapital keine Substanzen, sondern Verhältnisse sind, ist der Beitrag der Kritik der politischen Ökonomie zur Soziologie freilich nicht erschöpft. Nicht minder bedeutsam ist die Betonung der Vergegenständlichung dieser Verhältnisse. Sie ist methodisch nicht an die Sphäre des Wirtschaftens gebunden.

Maus hat "Arbeit" deswegen bündig als "Lebenstätigkeit", ihr "Ergebnis" als "Kultur" bezeichnet.[27] In Verbindung mit der Theorie sder Arbeitsteilung und einem heuristisch verstandenen Basis-Überbau-Theorem[28] ist diese Auffassung jenseits der Ökonomie produktiv angewandt worden.

So hat etwa die umfangreiche Diskussion der Wissenschaft als allgemeiner Arbeit[29] darauf verwiesen, daß viele der stofflichen Bestimmungen der Arbeit aus dem fünften Kapitel im ersten Band des Kapitals zunächst nur für die Arbeit in der materiellen Produktion gelten. Weder erlischt der wissenschaftliche Arbeitsprozeß im Produkt, noch hat sein Ergebnis bei seinem Beginn schon als Vorstellung bestanden.

[26] Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, a.a.O., S.28-30.

[27] H.Maus: Historischer Materialismus. In: Wörterbuch der Soziologie, hrsg. v. W.Bernsdorf. Stuttgart 1969, S.420.

[28] Vgl. G.Ahrweiler: Basis-Überbau-Verhältnisse. In: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, hrsg. v. H.J.Sandkühler. Hamburg 1990, Bd.1.

[29] Vgl. u.a. R.Rilling: Theorie und Soziologie der Wissenschaft. Frankfurt 1975; P.Ruben: Dialektik und Arbeit der Philosophie. Köln 1978; H.Laitko: Wissenschaft als allgemeine Arbeit. Berlin 1979; P.Furth (Hrsg.): Arbeit und Reflexion. Köln 1980.

Diese Einsichten gelten mutatis mutandis auch für die Kunst.[30] Ihre Analyse als Arbeit hat nicht nur die Formbestimmungen künstlerischer Produktion aufgezeigt (und damit zur Entwicklung sozialpolitischen Selbstbewußtseins der Künstler beigetragen). Sie hat auch den Gegenstandsbezug der Arbeit vor einem verengt naturalistischen Verständnis bewahrt. Denn der Naturstoff, an dem der Künstler sich abarbeitet, besteht zwar, beim Bildhauer mehr, beim Schriftsteller weniger, auch aus sogenannter äußerer Natur. Er besteht vor allem aber auch aus Verhältnissen und Ereignissen, Eindrücken und Empfindungen, Überlieferungen und Verhaltensweisen. Cézanne vor dem Mont Sainte-Victoire oder Henze vor dem Floß der Medusa zeigen in ihrer Arbeit, daß sich deren Gegenstandsbezug nicht nach äußerer und innerer Natur trennen läßt.

Darüber hinaus hat der arbeitsanalytische Ansatz in der Ästhetik zur Präzisierung der in der Einleitung zu den Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie skizzierten Dialektik von Produktion und Konsumtion geführt. Eine Ästhetik des Widerstands ist nur möglich, weil Produktion und Rezeption von Kunst nicht auseinanderfallen, sondern Elemente eines einheitlich zu begreifenden Prozesses sind. In einer Reihe beispielhafter Entwürfe hat Weiss nicht nur demonstriert, wie Bilder erarbeitet werden, sondern auch Bilder von Bildern. Im Anschluß hieran stellt Metscher fest: "Kunst ist stets 'doppelte Produktion' - Produktion von Kunstwerken und Produktion von Subjektivität".[31]

Das Verhältnis von Subjektivität und Arbeit läßt sich kaum schöner fassen als von Bloch: "Dialektik selber, in der von Menschen gemachten Welt, ... ist erarbeitete Subjektivität".[32] Aufs engste verbunden ist damit die *"Erzeugung neuer Bedürfnisse"*. Von wem immer Peter sich mit seiner "Absage an einen Begriff von menschlicher Subjektivität als grenzenloser Steigerung produktiver Fähigkeiten und konsumtiver Bedürfnisse"[33] distanzieren will, scheint jedenfalls durch ihre begriffliche Fassung erneut seine Vorliebe durch, Kategorien des historisch-dialektischen Materialismus in der jämmerlichsten Version, in der er sie nur eben finden konnte, zu präsentieren.

Er hätte ihr gegenüber gar nicht an die sirenischen Formulierungen des jungen Marx erinnern müssen. Sie sind freilich perspektivisch genug, um

[30] Vgl. u.a. L.Winckler: Kulturwarenproduktion. Frankfurt 1973; P.F.Schütze: Zur Kritik des literarischen Gebrauchswerts. Darmstadt und Neuwied 1975; B.J.Warneken: Literarische Produktion. Frankfurt 1979; H.Schwenger: Literaturproduktion. Stuttgart 1979.

[31] Thomas Metscher: Tätigkeit, ästhetische. In: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, hrsg. v. H.J.Sandkühler, Hamburg 1990, Bd.4.

[32] E. Bloch: Subjekt-Objekt. In: E.Bloch Gesamtausgabe, Bd.8, Frankfurt 1977, S.512.

[33] Lothar Peter: Marxismus und Subjektfrage, a.a.O., S.103.

nicht vergessen zu werden. In ihnen wird Arbeit auch als Vergegenständlichung von Individualität und - deswegen - Genuß des Lebens bezeichnet.[34]

Es hätte genügt, die von solchen Überlegungen ausgehende Diskussion der Tätigkeitstheorie nicht zu vergessen, wie sie Wygotskij, Lurija, Leontjew u.a. beginnen und die die kritische Psychologie fortsetzt. Das hätte nebenbei Gelegenheit gegeben, auf die nach wie vor bestehenden Verwerfungen und Unklarheiten hinsichtlich der begrifflichen Konstellation von Arbeit, Handlung, Praxis, Tätigkeit zu verweisen. Insbesondere aber hätte es erlaubt, das im Begriff der produktiven Bedürfnisse enthaltene Konzept aktiver gegenständlicher Vergesellschaftung vorzustellen.[35]

Marx formuliert zugegeben handstreichartig, wenn er postuliert: "Gegenständlich, natürlich, sinnlich sein und sowohl Gegenstand, Natur, Sinn außer sich haben oder selbst Gegenstand, Natur, Sinn für ein drittes sein ist identisch".[36] Nach dem Entwurf der "Deutschen Ideologie" soll sich diese Behauptung nicht allein bei der Analyse der materiellen Produktion oder der Produktion von Bedürfnissen konkretisieren lassen, sondern bei der Produktion des Lebens überhaupt, zu der auch die der *"Familie"* gehört. Hier liegt zweifellos ein besonders geeigneter Prüfstein zur Befragung der über den ökonomischen Bereich hinausreichenden Tragfähigkeit des Arbeitsbegriffes. Bei Peter drängt er sich bis in die Wortwahl auf. So endet etwa seine Kritik der männlichen Weltsicht des Marxismus in dem Vorwurf seiner Fehlbewertung der "Arbeit des Gebärens und Erziehens" und seiner Vernachlässigung des "Bereich(s) der familiaren Versorgungs- und Beziehungsarbeit".[37]

Abgesehen von der auch sonst vorherrschenden Ausblendung nicht-leninistischer Beiträge aus den Annalen marxistischer Gesellschaftswissenschaft bleibt Peter paradoxerweise auch an dieser Stelle seinem eingeengten Arbeitsverständnis treu. Die inkriminierten Versäumnisse gelten ihm lediglich als Beleg für die sexistische Prägung der marxistischen Ökonomie. In

[34] Vgl. Karl Marx: Auszüge aus James Mills Buch 'Elémens d'économie politiqué'. In: MEW 40, S.462.

[35] Vgl. U.Holzkamp-Osterkamp: Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 2. Frankfurt 1976. Peters vorschnelles Einschwenken auf die bequeme These des Auseinandertretens der "Beziehungen zwischen Produktionssystem und Lebenswelt" (ders.: Marxismus und Subjektfrage, a.a.O., S.104) ist aber nicht nur vergeßlich, sondern auch ohne soziologische Phantasie. Sie könnte er z.B. an Martin Baethge: Arbeit, Vergesellschaftung, Identität - Zur zunehmenden normativen Subjetivierung der Arbeit. In: Soziale Welt, 42, 1991, 1 schulen. Dort wird sowohl versucht, die Tendenzen zur "positive(n) Verankerung von Arbeit in der individuellen Identitätskonstruktion" (S.10) zu verdeutlichen und deren möglichen Ursachen nachzugehen, als auch entsprechende methodische Kritik an der Industriesoziologie geübt, "die in großen Teilen mit einer Gesellschaftstheorie ohne Subjekte operiert" (17). Baethges Überlegungen münden in die These, es werde "die ontologische Entgegensetzung von Arbeit und Kommunikation ... heute vollends obsolet" (ebenda).

[36] Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Maniskripte, a.a.O., S.578 (ohne die Hervorhebungen).

[37] Lothar Peter: Marxismus und Subjektfrage, a.a.O., S.106.

Fragen nach deren Defiziten hat nun zwar die neuere Diskussion um die Hausarbeit ihren Ausgangspunkt. Sie kritisiert dabei zunächst deren Verzicht auf die Auseinandersetzung mit "Menschenproduktion" und "Liebesarbeit".[38] Sie durchbricht aber auch die Sphäre des Wirtschaftens und verweist auf den stofflichen Gehalt der Reproduktionsarbeit.[39]

Daß ihre Diskussion gleichwohl am Anfang steht, machen Einwände derart deutlich, daß die "Aufwertung der Naturvorgänge Schwangerschaft, Geburt und Stillen zu Arbeit nur über eine sinnentleerende Erweiterung des Arbeitsbegriffes gelingt. Der Arbeitsbegriff wäre in dieser Fassung auch auf tierische Lebewesen ausdehnbar".[40] An solcher Intervention läßt schon aufhorchen, wie sie Naturvorgänge nicht zu Arbeit "aufgewertet" wissen will. Ihr könnte selbst die konservative Entrüstung darüber, daß Sexualität, Zeugung und Schwangerschaft durch Prostitution, extrauterine Fertilisation und Leihmutterschaft zur Erwerbsarbeit "abgewertet" würden, noch Erkenntnisse vermitteln.

Tatsächlich haben viele Sprachen die Erinnerung an die Beziehung von Arbeit und Geburt bewahrt. Wehen heißen im Englischen heute noch labour, der Kreißsaal im Französischen salle de travail. Das Grimmsche Wörterbuch verzeichnet unter dem Stichwort Arbeit auch die Kindsarbeit. Darin schlägt sich nicht nur die pejorative Bezeichnung eines von Mühe und Schmerz begleiteten Prozesses nieder. Wie denn der angeblich schon aus der Antike überlieferte Gegensatz von Arbeit als Mühe (pónos) und der freien Tätigkeit der Muße (schole) tatsächlich eine begriffliche Rückprojektion ist. Von den Philosophen als Leitern eines idealen Staates fordert Platon geradezu, sie müßten philóponos sein, müheliebend.[41] Von daher muß der Kreißsaal nicht hinter der Akademie zurückstehen. Und Sokrates kann sich als Geburtshelfer des Geistes begreifen.

Auch die von Peter selbst so genannte Beziehungsarbeit hat ihre stofflichen Wurzeln außerhalb der Ökonomie. Nichts spricht dafür, sie nur in ihrer (freilich zunehmend) kommerzialisierten Form einem ökonomisch verkürzten Arbeitsbegriff zu subsumieren.[42] Denn schon Rousseau hat in der

[38] Vgl. M.Dalla Costa, S.James: Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft. Berlin 1973; G.Bock, B.Duden: Arbeit aus Liebe - Liebe als Arbeit. In: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hrsg.): Frauen und Wissenschaft. Berlin 1977.

[39] Vgl. A.Wolf-Graaf: Frauenarbeit im Abseits. München 1981, S.284ff.

[40] S.Schunter-Kleemann: Hausarbeit, weibliche. In: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, hrsg. v. H.J.Sandkühler. Hamburg 1990, Bd.2, S.519.

[41] Vgl. Platon: Politeia. 535 c.

[42] Vgl. A.R.Hochschild: Emotion Work, Feeling Rules, and Social Structure. In: American Journal of Sociology, 85, 1979, 3. Methodisch läuft eine solche Position auf die Aufrechterhaltung des Dualismus von Arbeit und Interaktion hinaus. Empirisch feststellbare Überformungen der Interaktion durch die Arbeit sollen sich ihm mit dem Begriff der Kolonialisierung der Lebenswelt einschreiben lassen. Für Emotionsarbeit hieße das, den "Prozeß der Kommerzialisierung des Emotionalen ... als eine spezifische Form der Kolonialisierung der Lebenswelt (zu) interpretieren, und zwar als das Eindringen ökonomi-

Nouvelle Heloise ihren Geltungsbereich umfassend beschrieben. Noch ehe Julie auf dem ländlichen Gut die Segnungen der Gefühlsarbeit zum Nutzen der häuslichen Wirtschaft ausbringen kann, muß sie ihr Herz bearbeiten.

Auf diese ins patriarchalische Korsett gezwängte soziologische Alternative zum Gesetzgeber antworten Marx und Engels mit dem Hinweis auf das Verhältnis von Geschlecht, Arbeitsteilung, sozialer Differenzierung und Herrschaft.[43] Familienarbeit wird von ihnen wie alle Arbeit als gleichermaßen natürliches wie gesellschaftliches Verhältnis, *"Zusammenwirken mehrerer Individuen"* begriffen. Deswegen sind Frau und Mann wie auch Schwangerschaft und Geburt soziologische Kategorien (und in ihrem Arbeitscharakter darum keineswegs auf die Tierwelt übertragbar). Erst recht gilt das für den Prozeß der Ontogenese, in der das Kind die "Arbeit seiner Selbstverwirklichung" nur als "Kooperation" leisten kann.[44]

Die marxistische Gesellschaftstheorie hat diese Materien vernachlässigt. Sprachlos geblieben ist sie zu ihnen aber nicht. Der Doppelcharakter der Arbeit ist zwar für sie noch nicht (wie in der Ökonomie) erforscht. Von ihm ausgehende Untersuchungen versprechen aber allemal interessante Streiflichter auf Modelle, die Vergesellschaftung als Sozialisation denken und diese entweder am Freudschen Modell einer zwischen Es und Über-Ich eingekeilten Ich-Bildung oder am Dualismus von Arbeit und Interaktion orientieren.[45]

Die radikale Zweiteilung des gesellschaftlichen Konstitutionsprozesses führt auch bei der Analyse von Kommunikation zu einer Reihe von Problemen. Vor allem wird mit ihr "Kommunikations- und Interaktionsprozessen eine Logik unterstellt, die 'gesetzt' ist, und nicht von dem denkenden, fühlenden und handelnden Menschen 'erarbeitet' wird".[46]

Die Vorstellung von *"Sprache"* als dem *"praktischen Bewußtsein"* hat demgegenüber zunächst bestenfalls den gelungen formulierten Anspruch voraus. Die Überprüfung seiner Einlösbarkeit ist immer wieder unter scholastischen Diskussionen über den Widerspiegelungscharakter der Sprache oder ihren Platz in den Basis-Überbau-Verhältnissen verschüttet worden. Davon unbeschadet entwickelten sich aber im Bereich der Sprachwissenschaft Auffassungen, die mit der Betonung der kreativen Rolle des Sprechens den Tätigkeitsaspekt sprachlicher Kommunikation herausstellten. Wo ihre Ergebnisse erkenntnistheoretisch wie etwa bei Chomsky hyperrationalistisch unterlegt wurden, machten sie eher noch deutlicher, wie notwendig die Berücksichtigung der gesellschaftlichen Verhältnisse bei der Untersuchung von Spracherwerb, Sprechen und Sprache ist. Die Hypostasierung der Sprache zur Voraussetzung von Gesellschaft bleibt auch dann unbefriedigend, wenn sich ihre marxistische Behandlung bislang überwiegend in Absichtserklärungen über hier zu leistende Vermittlungen oder in der Homologisierung wirtschaftlicher und sprachlicher Arbeit erschöpft hat.[47]

So zeigt auch hier der fragmentarische und kursorische Überblick zu den analytischen Perspektiven des Arbeitsbegriffes Lücken und Sackgassen. Er macht aber gleichzeitig deutlich, daß sie nicht dessen mangelnder Reichweite geschuldet sind. Sie sind vielmehr Ausdruck der (allerdings nicht umfassenden) Tendenz zur an der Kritik der politischen Ökonomie orientierten methodischen Verengung des Verständnisses von Arbeit. In ihrem Rahmens erschienen Reduktionen und Ableitungen nicht selten verdienstvoller als Ansätze zu substantieller Kritik. Immer aber auch haben sich marxistische Gesellschaftswissenschaftler außerhalb dieses Rahmens bewegt. Die Ergebnisse ihrer Bemühungen kann eine Diskussion der Versäumnisse und Möglichkeiten marxistischer Soziologie nicht übergehen. Dem Arbeitsbegriff schließlich ist dieser Rahmen nicht immanent.

scher Rationalität in einen an sich lebensweltlich strukturierten Bereich" (J.Gerhards: Emotionsarbeit. In: Soziale Welt, 39, 1988, 1, S.58).

43 Vgl. Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. In: MEW 21, S.68: "In einem alten, 1846 von Marx und mir ausgearbeiteten, ungedruckten Manuskript finde ich: "Die erste Teilung der Arbeit ist die von Mann und Weib zur Kinderzeugung." Und heute kann ich hinzusetzen: Der erste Klassengegensatz, der in der Geschichte auftritt, fällt zusammen mit der Entwicklung des Antagonismus von Mann und Weib in der Einzelehe, und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche".

44 F.Tomberg: Der Mensch - ganz allgemein. In: Forum Kritische Psychologie 9, hrsg. v. K.Holzkamp. Berlin 1981, S.140.

45 Vgl. kritisch U.Holzkamp-Osterkamp: Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 2, a.a.O., S. 296ff. Jürgen Habermas: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt 1973, S.19 definiert: "Der Austausch von Gesellschaftssystemen mit ihrer Umwelt (ver)läuft in Produktion (Aneignung der äußeren Natur) und Sozialisation (Aneignung der inneren Natur)".

46 K.Christoph: Am Anfang war das Wort. Zur Gesellschaftstheorie von Jürgen Habermas. In: Leviathan, 13, 1985, 3, S.355.

47 Vgl. Autorenkollektiv: Sprachliche Kommunikation und Gesellschaft. Berlin 1974; F. Rossi-Landi: Sprache als Arbeit und als Markt. München 1973 (2.Aufl.) u. ders.: Articulations in Verbal and Objectual Sign Systems. In: Università di Urbino, Centro Internationale di Semiotica e di Linguistica, Working Papers, 38/39, 1974.

Hermann Bömer

Zur weltwirtschaftlichen Stellung der Bundesrepublik und ihrer ökonomischen Rolle im Transformationsprozeß Osteuropas

Im Zuge und nach der Vereinigung Deutschlands sind wachsende Unsicherheiten und extrem unterschiedliche Einschätzungen über die zukünftige Rolle der Bundesrepublik in der Weltwirtschaft und im internationalen politischen Kräftespiel in allen politischen Lagern der BRD nahezu unvermeidbar. Eine möglichst realistische Bestimmung dieser Rolle und des ökonomischen Gewichts ist aber Voraussetzung dafür, die Möglichkeiten der Unterstützung des Transformationsprozesses durch die Bundesrepublik (z.B. durch Kredite) richtig einzuschätzen.

Die einen befürchten den Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht, vermuten riesige ökonomische Vorteile aus dem Verfall des Sozialismus in Osteuropa, die anderen verweisen auf die hohen Kosten der deutschen Einheit, Schwächetendenzen der DM, fehlende Konfliktlösungspotentiale der Bundesrepublik und der EG, wie sie exemplarisch während der Golfkrise und auch wieder gegenüber Jugoslawien deutlich geworden seien, sowie auf die klammheimliche Freude von politischen Eliten in den USA und anderen Konkurrenzländern (z.B.. Frankreich) über die zu dicken Brocken, an denen sich Deutschland überheben könnte (Kosten der Einheit; Hauptgeldgeber bei der außenwirtschaftlichen Absicherung der Transformationsprozesse in den Ländern Osteuropas, die sich als "Fässer ohne Boden" erweisen könnten).

Diese Unsicherheiten werden weiter verstärkt durch den rasanten ökonomischen und politischen Zerfall der Sowjetunion. Auch nach dem Zusammenbruch des Putsches und der Konsolidierung der Liberalen und der auf einen (in meinen Augen unvermeidbaren und somit auch begrüßenswerten) Systemwechsel in Richtung Kapitalismus setzenden politischen Kräfte um Jelzin ist nämlich nicht erkennbar, ob die Sowjetunion den jugoslawischen Weg einschlagen und in nationalistischem Gerangel und in Bürgerkriegen untergehen wird, oder ob die politischen Kräfte sich auf die Suche nach Wegen und Varianten des sozialökonomischen und politischen Umbaus der Gesellschaft konzentrieren können. Gelingt letzteres, so besteht die Kernfrage darin, welche Art von Übergang zu welcher Art (Variante) von Kapitalismus eingeschlagen wird, ob es einen eher sozial- und umweltverträglichen Weg gibt und ob er in eher demokratischer statt autokratisch-diktatorischer Weise beschritten werden kann. Das Verhalten des Westens kann die Antwort auf diese Fragen sicherlich nicht nur marginal

beeinflussen, auf der anderen Seite dürfte er nicht in der Lage sein, die Antwort auf diese Fragen zu determinieren.

Jede dieser Übergangsvarianten beeinflußt die Handlungsmöglichkeiten der Bundesrepublik auf unterschiedliche Weise und zeitigt auch unterschiedliche Rückwirkungen (z.B. bezüglich der Intensität der Migrationsströme, von Außenhandel und Direktinvestitionen usw.). Prognosen darüber, was in Osteuropa passieren wird, sind kaum möglich. Für eine umfassendere Studie, die hier aber nicht geleistet werden kann, bietet sich daher die Scenario-Methode an, mit deren Hilfe verschiedene Entwicklungsvarianten in der UdSSR mit unterschiedlichen Politikkonzeptionen der westlichen Industrieländer kombiniert und beschrieben werden.

Methodisch muß bei der Beurteilung der ökonomischen Gewinne und Verluste des Zusammenbruchs des realen Sozialismus für die Bundesrepublik zwischen den gesamtwirtschaftlichen und den einzelwirtschaftlichen sowie den kurz- und langfristigen Effekten unterschieden werden. Gesamtwirtschaftlich hat sich z.B. der Exportüberschuß des vereinten Deutschlands wesentlich verringert, während die Umsatz- und Gewinnsteigerung der führenden BRD-Konzerne enorm ist und die hohen staatlichen Transferzahlungen nach Ostdeutschland zunächst wie ein großdimensioniertes Konjunkturprogramm für Westdeutschland wirken, das die Arbeitslosigkeit reduziert und den Beschäftigungsstand sowie die Einkommen wesentlich erhöht.

Die deutschen Unternehmen spielen bei der Marktdurchdringung, den privaten Direktinvestitionen und der öffentlichen Kreditgewährung sicherlich eine führende Rolle unter den westlichen Industrieländern, wie es z.B. R. Trampert in Konkret, Heft 10/1991, ausführlich beschreibt. Andererseits kann nicht davon abstrahiert werden, daß sich Produktion und Marktvolumen in Osteuropa drastisch reduzieren, das deutsche Export- und Direktinvestitionsvolumen in absoluten Zahlen verhältnismäßig gering ist und der Bund möglicherweise in großem Umfang mit seinen Hermes-Bürgschaften einspringen muß. Auch spricht immer weniger dafür, von einer schnellen Erholung und Transformation der osteuropäischen Volkswirtschaften auszugehen.

I. Das Gewicht der Bundesrepublik in der Weltwirtschaft und in der EG im Überblick

Über die gegenwärtige ökonomische Position der Bundesrepublik in der Weltwirtschaft und in Europa, die eine wesentliche Basis für Handlungsoptionen ist, wissen wir einiges, wobei nicht unbedingt unterstellt werden soll, daß das politische, außenpolitische und auch militärische Handlungspotential immer in festen Proportionen zum ökonomischen Potential steht, worauf die Diskussion über das Phänomen der "Machtüberdehnung" (vgl. F. Deppe, Z 4, 1990) verweist.

Das DIW bestimmte im März 1991 (DIW-Wochenbericht 13/91) sowie im Juni 1991 (DIW-Wochenbericht 26/27/91) den Anteil der BRD (Westdeutschland) am Bruttosozialprodukt der westlichen Industrieländer insgesamt mit 8,5 Prozent (zum Vergleich: Frankreich: 6,8%; Italien: 6,1%; Großbritannien: 5,9%).

Tabelle 1:Anteil der Länder/Regionen am BSP der westlichen Industrieländer 1989 mit und ohne Ex-DDR

	BSP in % ohne Ex-DDR	BSP in % mit Ex-DDR		Ausfuhranteile für BRD (alt)	
Westdeutschland bzw. Deutschland	8,5%		(9,4%) (West 8,4%) (Ost 1,1%)		
EG ohne Westdeutschland	25,8%			67,3%	
EG		34,3%	(35,0%)		
Sonstige europäische Industrieländer	5,0%		(4,9%)	19,9%	
		-----	(39,9%)		-----
		39,3%			87,2%
USA	36,7%		(36,4%)	8,9%	
Kanada	3,9%		(3,8%)	1,0%	
Japan	20,0%		(19,8%)	2,9%	
		-----	-------		-----
		60,7%	(60,1%)		12,8%
Insgesamt	100%			100%	

Quelle: DIW-Wochenbericht 13/1991, S. 146

Die Klammerwerte geben die vom DIW geschätzten veränderten BSP-Anteilswerte unter Einbeziehung der EX-DDR für 1989 wieder. Der Vergleich zeigt, daß - gemessen am BSP-Anteil - das Gewicht Deutschlands in der Welt der westlichen Industrieländer von 8,5 auf 9,4 Prozent gestiegen ist, also etwa um das Gewicht, das Österreich repräsentiert (0,9 Prozent). Diese Schätzung deckt sich in etwa mit den Kalkulationen von E. Lüdemann, der das BSP im Vereinigten Deutschland um ca. 10 Prozent höher schätzt als das der alten BRD (Z 4, S. 39). Innerhalb Europas ist dies sicherlich ein bemerkenswerter Gewichtszuwachs, der sich allerdings aus weltwirtschaftlicher Sicht stark relativiert.

87,2 Prozent des westdeutschen Exports in Industrieländer ging in die europäischen Industrieländer und nur 12,8 Prozent nach Japan, in die USA und nach Kanada. Nun spiegelt der globale BSP-Indikator nicht die Dynamik vor allem strategisch bedeutsamer Teilsegmente der Länder und Blöcke wider. Im Bereich der Hochtechnologien, der Leistungsbilanzen und Währungsreserven verschiebt sich das Bild zugunsten Japans und zu Lasten Nordamerikas und teilweise auch Westeuropas, auch der BRD. Dennoch ist Vorsicht geboten gegenüber Thesen vom Hegemonieverlust der USA und über die vermeintlich kraftstrotzende ökonomische Weltmacht BRD.

Die außenwirtschaftliche Handlungsfähigkeit wird nicht zuletzt durch den Saldo der Leistungsbilanz als ökonomische Basis für langfristigen Kapitalexport bzw. Auslandshilfe bestimmt. 1989 betrug er (in Mrd. Dollar) für die BRD +77,0, Japan +76,9 und die USA -114,9, Frankreich -10,1, Großbritannien -39,0 und Italien -1,97. Die kumulierten Leistungsbilanzsalden von 1985-1989 betrugen für die BRD +311,6, für Japan +417,1 und die USA -668,6 Mrd. Dollar (Quelle: Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1990/91, S. 334). Japan hatte und hat folglich die stärkste Basis für langfristigen Kapitalexport, während die BRD vor allem 1989 extrem günstige Zahlen aufweisen konnte. Aufgrund der Konstruktion des Weltwährungssystems sind die USA trotz ihres riesigen doppelten Defizits zwar in der luxuriösen Lage, ihre Kapitalimporte mit Geldschöpfung in eigener Währung finanzieren zu können, solange das grundsätzliche Vertrauen in den Dollar nicht erschüttert ist. Ihr Potential für Auslandshilfen bzw. Kapitalexport dürfte jedoch relativ begrenzt sein.

Für die Bundesrepublik ist nun mit der Vereinigung ein fundamentaler Umschwung der Außenhandelsposition eingetreten. "In der Handels- und Leistungsbilanz vollziehen sich dramatische Veränderungen. Seit Beginn dieses Jahres (1991) ist die Leistungsbilanz deutlich im Minus, im April wies auch die Handelsbilanz erstmals ein Defizit auf. ... Der "Swing" in der Leistungsbilanz, also die Veränderung von Jahreswert zu Jahreswert (1991 zu 1990, H.B.), wird nahezu 100 Mrd. DM betragen" (DIW-Wochenbericht 26/27.1991, S. 372). Bis einschließlich Juli 1991 ist das Leistungsbilanzdefizit inzwischen auf 25,9 Mrd. DM angestiegen (FAZ, 5.9.1991)! Dieser Prozeß ist hauptsächlich auf drei Faktoren zurückzuführen, erstens auf die eklatante Wettbewerbsschwäche der ostdeutschen Wirtschaft (die noch lange andauern wird), die zu einem großen Importzuwachs aus den westlichen Industrieländern geführt hat, und zweitens auf die Konjunkturabschwächung bzw. -krise in den westlichen Industrieländern (außer Japan), die den Investitionsgüterexport der Bundesrepublik deutlich gebremst und gesenkt hat. Als dritter nennenswerter Faktor sind die Kosten des Golfkrieges sowie erhöhte Hilfszahlungen für Osteuropa zu nennen.

Es stellt sich die Frage, ob dieser Umschlag relativ kurzfristig, also wie zu Beginn der 80er Jahre nach dem 2. Ölpreissprung etwa in zwei bis drei

Jahren wieder rückgängig gemacht werden kann, oder ob die verursachenden Faktoren dauerhafter wirken. Die Golfkriegskosten können als Sonderfaktor gelten, und auch die Konjunkturschwäche des westlichen Auslands wird vermutlich durch einen neuen Aufschwung abgelöst werden, dessen Stärke, gemessen in Wachstumsraten des BSP der westlichen Industrieländer, für 1992 vom DIW auf 2,1 vH nach 1,2 vH für 1991 geschätzt wird, was aus meiner Sicht zu optimistisch ist. Dennoch wird der leichte Rückgang der Warenexporte wieder durch ein Wachstum abgelöst werden. Der erste Faktor, die eklatante Wettbewerbsschwäche der ostdeutschen Wirtschaft, wird sich meiner Meinung nach nicht in zwei bis drei Jahren beheben lassen. Deshalb gehe ich eher von der Dauerhaftigkeit des Umschwungs der Leistungsbilanz aus, allerdings nicht in seiner aktuellen Höhe.

Aus der Sicht alternativer Wirtschaftspolitik ist eine Reduzierung des Leistungsbilanzüberschusses bislang immer positiv beurteilt worden, nämlich als Ausdruck der Beendigung der "Beggar my neighbour-policy", die die Bundesrepublik in den 80er Jahren gegenüber ihren Handelspartnern betrieben hatte. Allerdings wurde dieser Überschuß immer (gedanklich) zugunsten des stärker binnenmarktorientierten und ökologisch orientierten Umbaus sowie zugunsten eines stärkeren Ressourcentransfers in die Dritte Welt aufgelöst, anstatt ihn als Reservekasse für die Resultate des überstürzten ökonomischen Anschlusses der Ex-DDR und die Golfkriegsfinanzierung zu verbrauchen. Neben dem Verschwinden bzw. zumindest der nachhaltigen Reduzierung dieser Reservekasse hat sich das außenwirtschaftliche Aufgabenspektrum durch den Zusammenbruch des realen Sozialismus drastisch erweitert, so daß gemessen an den Aufgaben meines Erachtens insgesamt von einem stark verringertem außenwirtschaftlichen Handlungsspielraum auszugehen ist.

So ist, wie Michael Wendl (in Z 4, S. 62) richtig zusammengefaßt hat, das neue Deutschland keine ökonomische Supermacht geworden wie von radikalen Linken befürchtet wurde. Und es spricht einiges für seine These, daß "Angst vor Deutschland" nicht wegen ökonomischer Stärke, "sondern wegen des drohenden Verlustes der ökonomischen Hegemonie in Europa" nicht abwegig sei, da die Angst vor dem ökonomischen und sozialen Abstieg besonders in Deutschland das politische Terrain traditionell nach rechts verschiebe. Und diese diffuse Angst - so muß man hinzufügen - wird natürlich zunehmen können, wenn sich zum Gefühl des "Aus der Hand Gleitens" der Politik in und für Osteuropa auch noch das Gefühl der ökonomischen Handlungsunfähigkeit gesellen sollte.

II. Einiges zu den inneren ökonomischen Problemen des vereinten Deutschlands.

Die Probleme sind vielerorts ausführlich beschrieben und analysiert worden (DIW-Wochenberichte 13.1991; 24.1991; 26/27.1991; 33.1991 und zuletzt 39/40.1991 vom 26.9.1991. Vgl. ebenso Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '91, Köln 1991; Priewe Jan, Wirtschaftswunder - Deindustrialisierung - Rückschlag für Westdeutschland ? - Zur politischen Ökonomie der deutschen Vereinigung. In: B. Muszynski (Hg.), Deutsche Vereinigung: Probleme der Integration und Identifikation. Sonderheft "Gegenwartskunde" 1991 (im Erscheinen); McKinsey & Company, Überlegungen zur kurzfristigen Stabilisierung und langfristigen Steigerung der Wirtschaftskraft in den neuen Bundesländern, Düsseldorf/München, April 1991, hektographiert und 'streng vertraulich'; vgl. ebenso die diversen scharfsinnigen Analysen von E. Altvater und R. Hickel zum Mechanismus der Blitzvereinigung).

- In Ostdeutschland erleben wir die wohl tiefste Strukturkrise, die es je in einem industrialisierten Land bzw. Landesteil gegeben hat. So ist z.B. der Index der Nettoproduktion für das verarbeitende Gewerbe (2. Vj. 1990 = 100) von 190 im März 1990 auf knapp über 60 im Februar 1991 abgesackt und stagniert etwa auf diesem Niveau (DIW 26/27.1991, S. 369). Das reale Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands sank 1990 um ca. 13,4 Prozent und sinkt 1991 vermutlich um weitere 24,5 Prozent (DIW-Wochenbericht 26/27.1991, S. 382), so daß das reale BIP Gesamtdeutschlands nach 3 Prozent Wachstum 1990 im Jahre 1991 stagnieren und erst 1992 wieder um 1,5 Prozent wachsen dürfte (ebenda, S. 376).
- Die Zahl der Erwerbstätigen sinkt in Ostdeutschland mit extrem hohem Tempo von ca. 9,5 Mio (1989) auf ca. 6 Mio. Ende 1991, von denen 1,5 Millionen kurz arbeiten. Ferner arbeiten ca. 400.000 als Pendler in Westdeutschland. Innerhalb kürzester Zeit wird sich damit die Zahl der Vollarbeitsplätze in Ostdeutschland etwa halbieren. Auch 1992 wird der Rückgang der Erwerbstätigenzahl weiter anhalten. Da das Arbeitsvolumen im 2. Quartal 1991 gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres deutlich stärker als die Produktion zurückging (-42 vH), stieg zwar die Produktivität je geleisteter Stunde mit fast 20 vH erstmals spürbar an, was bemerkenswert ist. Die Lohnstückkosten nahmen allerdings dennoch wegen hoher Stundenlohnsteigerungen um ca. 19 vH zu (DIW 33.1991, S. 471), was die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt, ohne für sie ausschlaggebend zu sein.
- Allein im verarbeitenden Gewerbe wird nach Einschätzung von McKinsey - je nach der von der Treuhandanstalt gefahrenen Politik - die Zahl der Arbeitsplätze von 3,2 Mio 1989 auf ca. 800.000 im Trend 1992/93 absacken. Die tatsächliche Arbeitslosenquote könne in einigen

Regionen sogar auf 70 Prozent steigen, wenn die Arbeitsmarktpolitik nicht massiv gegensteuere.

- Der reale private Verbrauch wird 1991 um 1,5% und 1992 um 3,5 Prozent sinken, nachdem er 1990 um 15 Prozent gestiegen war. Der Staatsverbrauch stagniert, während die Anlage- und Ausrüstungsinvestitionen 1992 real mit 20,5 bzw. sogar 37,5 Prozent kräftig steigen werden. Die Pro-Kopf-Raten werden allerdings immer noch unter dem westdeutschen Niveau liegen!
- Die konsolidierten öffentlichen Haushalte für Gesamtdeutschland weisen 1991, einschließlich aller Nebenhaushalte und der Kreditaufnahme von Bahn und Post, ein Defizit von vermutlich 200 Mrd. DM (ca. 6 Prozent des BSP!) auf. Den Anfang September 1991 in erster Lesung in den Bundestag eingebrachten Bundeshaushalt 1992 muß man schlicht als Täuschungsmanöver bezeichnen, das vorgibt, das Defizit des Bundes für 1992 auf 50 Mrd. DM zu begrenzen. Für 1992-1994 sind z.B. die Haushalte der neuen Länder wegen der sinkenden Leistungen aus dem Fonds "Deutsche Einheit" überhaupt nicht gedeckt. Für die nächsten 3 Jahre sind nach Berechnungen des sächsischen Finanzministeriums z.B. zusätzlich insgesamt ca. 53 Mrd. DM erforderlich, wie nur einen Tag nach der 1. Lesung des Bundeshaushalts verlautete (FAZ, 6.9.91).
- Ohnehin verfügten die neuen Länder und Gemeinden auch 1991 nur über 83 Prozent der pro Kopf-Einnahmen in den alten Bundesländern! Wie unter derartigen Bedingungen der Rückstand im Bereich der allgemeinen öffentlichen Infrastruktur nicht noch größer werden soll, bleibt das Geheimnis der Bundesregierung.

[Ich möchte hier nicht für ein möglichst geringes Defizit als wirtschaftspolitische Hauptaufgabe plädieren, wie es z.Zt. die FinanzpolitikerInnen der SPD tun. Die notwendigen Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Integration Ostdeutschlands und auch die Unterstützung Osteuropas muß geleistet werden. Die Finanzierung muß aus sozial gestalteten Steuererhöhungen und Subventionskürzungen, aber natürlich auch durch Nettokreditaufnahme erfolgen. Die Staatsverschuldung ist im internationalen Vergleich nicht besorgniserregend hoch. Die Memorandum-Gruppe hat darüberhinaus Pflichtanleihen und Umlagefinanzierungen vorgeschlagen, die einen Teil der Liquiditätspolster von vermögenden Haushalten und der Wirtschaft erfassen (vgl. hierzu Memorandum '91). Außerdem muß endlich die Besteuerung der Zinserträge durchgesetzt werden!]

- Die Inflationsrate ist - auch als Resultat der Steuererhöhungen ab 1.7.91 - kurzfristig auf über 4 Prozent gestiegen und verschärft den Druck auf die Zinssätze. Diese wirken tendenziell negativ auf Real-, insbesonders Bauinvestitionen (Wohnungsbau und öffentliche Bauten) und verschärfen die Wohnungskrise. Die Deutsche Bundesbank hat mit ihrer Diskontsatzerhöhung um einen Prozentpunkt auf 7,5 Prozent im

August 1991 signalisiert, daß sie die Preisstabilität gefährdet sieht und dafür auch eine Verlangsamung der Konjunktur oder gar eine Stabilisierungskrise inkauf nimmt. Zur Begründung führte sie neben der unkontrollierten Haushaltsentwicklung auch die Lohnstückkosten an, die 1991 in Westdeutschland vermutlich um mehr als 5 Prozent - allerdings von einem vergleichsweise niedrigen Niveau - ansteigen werden.

- Je tiefer und nachhaltiger die Wirtschaftskrise in Ostdeutschland, desto schwieriger wird es, ökologische Erfordernisse beim Aufbau zu berücksichtigen.
- Die Zuspitzung der wirtschaftlichen Krise in Ostdeutschland lenkt von den ungelösten ökologischen und sozialen Problemen in Westdeutschland ab und läßt sie in mildem Licht erscheinen.
- Steuererhöhungen und Sparpolitik der öffentlichen Haushalte sind in der Regel sozial ungerecht ausgestaltet und verschärfen damit die Armutsprobleme auch in Westdeutschland. Gleichzeitig wird die Qualität wichtiger Teile der Infrastruktur, z.B. der Schulen in NRW, durch weiter verschlechterte Schüler-Lehrer-Relationen weiter gesenkt, was breiteste Bevölkerungskreise betrifft und fundamentale Probleme für die Zukunft schafft.

III. Die Bundesrepublik im globalen Konkurrenzverhältnis und ihr ökonomisches Handlungspotential gegenüber Osteuropa

1. Auf die Veränderung der Außenwirtschaftsposition Deutschlands wurde bereits ausführlich hingewiesen. Die hohe Wachstumsrate des BSP in Westdeutschland (auch im 1. Hj. 1991 +4,5 Prozent!) ist ausschließlich auf das starke, durch die hohen staatlichen Defizite angetriebene Niveau der Binnennachfrage zurückzuführen. Unsicher ist, wie sich die Konjunktur weiter entwickeln wird, vor allem, ob die Ausrüstungsinvestitionen stagnieren werden, wie das DIW vermutet (DIW-Wochenbericht 33.1991, S. 470), da die Kapazitätsengpässe weitgehend abgebaut seien und die Lieferungen in das Ausland deutlich gesunken sind, oder ob sich nicht doch noch ein Akzellerationseffekt einstellen wird, weil die Kapazitätsauslastung nach wie vor sehr hoch ist.

Alles in allem, so das DIW, könnte das reale BSP etwa auf dem hohen Niveau des zweiten Quartals 1991 stagnieren. Den entsprechenden Vorjahreswert würde es dabei um 2,5 vH übertreffen. Die Bundesregierung beabsichtigt, die Neuverschuldung für 1992 zu senken. Wenn sie dies durchsetzt, werden vom Staatshaushalt keine weiteren expansiven Effekte zu erwarten sein. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß wiederum hohe unfreiwillige Defizite entstehen werden. In diesem Fall dürfte dann aber die Bundesbank ihren restriktiven Kurs verschärfen. Ob der Export wieder

zunehmen wird, hängt wesentlich von der Konjunkturentwicklung in den USA und Westeuropa ab. Wegen ihres relativ geringen Gewichts an den westlichen Industrieländern insgesamt kann die Bundesrepublik folglich die Rolle der Konjunkturlokomotive für die Weltwirtschaft nur begrenzt weiter spielen. Das DIW prognostiziert für das Gesamtjahr 1991 für die westlichen Industrieländer ein reales BSP-Wachstum von lediglich 1,2 vH nach 2,5 vH im Jahre 1990 und vermutet für 1992 wieder eine Wachstumsbeschleunigung auf 2,1 vH, was aus meiner Sicht recht optimistisch ist.

2. Auch einzelwirtschaftlich gibt es in der Bundesrepublik Deutschland nach den Jahren der Höchstprofite 1988-1990 einige nicht unwesentliche Probleme. SNI (Siemens-Nixdorf-Informationssysteme) z.B. will es nicht gelingen, aus der Verlustzone heraus zu kommen. Offensichtlich ist der Verdrängungswettbewerb auf den Computermärkten inzwischen derart hart, daß schwer angeschlagene Unternehmen (wie Nixdorf oder Bull) auch im Westen selbst durch Fusion nicht schnell wieder konsolidierbar sind. Dies werte ich übrigens als Indiz dafür, daß in den neuen Bundesländern die Unternehmen der elektronischen und auch optischen Hochtechnologie um so weniger eine Überlebenschance haben werden, selbst wenn sie wie Zeiss-Jena mit hohen Beträgen der Treuhandanstalt (3,3 Mrd. DM bis 1995) saniert werden sollen. Die Gewinnsituation der meisten westdeutschen Konzerne stabilisiert sich allerdings auch 1991 auf dem hohen Niveau von 1990 oder nimmt gar - wie bei Banken und Versicherungen - weiter zu, geht in einigen Sektoren (z.B. Stahl) aber auch deutlich zurück. Angesichts der konjunkturellen Schwäche in den meisten Konkurrenzländern verbessert sich die relative Position der deutschen Konzerne im internationalen Vergleich jedoch weiter.

3. Das stärkste Wirtschaftswachstum weist nach wie vor Südostasien mit Japan als Zentrum auf. Japan hat sich allerdings trotz seiner großen Leistungsbilanzüberschüsse im Gegensatz zur Bundesrepublik in Osteuropa sowie der Sowjetunion so gut wie nicht engagiert. Es bleibt abzuwarten, ob die am 5.9.1991 beschlossene Auflösung der alten Sowjetunion sowie die Herstellung föderativer und konföderativer Strukturen für die Übergangszeit, die den "Krieg der Gesetze" zwischen den Republiken und der Union beenden soll, zur Aufgabe der japanischen Zurückhaltung führen wird.

4. Trotz (oder vielleicht auch wegen) der Vereinigung und der Umwälzungen in Osteuropa scheint der Prozeß der EG-Integration in Richtung Währungsunion und "Politische Union" (was immer damit gemeint sein mag) schwieriger zu werden. Frankreich und England verhalten sich gegenüber den Assoziierungsabsichten Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns reserviert, und die Südstaaten der EG befürchten, daß eine Osterweiterng ihre Positionen (z.B. bei den EFRE-Fonds) verschlechtern könnte. Gleichzeitig betätigt sich die Bundesrepublik Deutschland (hier in erster Linie die politische Elite) als

großer politischer Gewinner des Zusammenbruchs des Sozialismus in Osteuropa (wie gesagt, sind die ökonomischen Effekte zunächst durchaus durchwachsen!), als Promotor osteuropäischer Interessen bezüglich der EG und plädiert für schnelle und großzügige Assoziierung sowie gegenüber der UdSSR bzw. den entstehenden Staaten für ein stärkeres finanzielles Engagement aller westlichen Industrieländer, was jedoch bislang und auch nach der Abschaffung der UdSSR (mit dem immer noch nicht ganz von der Hand zu weisenden 'Faß-ohne-Boden'-Argument) weitgehend abgelehnt wird. Es scheint so, als ob das sicherlich hohe finanzielle Risiko bei derzeitigen Osteuropaengagements die westeuropäischen Partner der Bundesrepublik sowie die USA und Japan zu einem verstärkten Blockdenken und -handeln veranlaßt, während die Bundesrepublik z.Zt. eher für massive, auch kostspielige gemeinsame Stützungsprogramme plädiert. (Aus französischer oder britischer Sicht und Interessenlage ist dieses Verhalten ökonomisch kurzfristig übrigens völlig 'rational'. Eine Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit der osteuropäischen Länder würde handelspolitisch vor allem zugunsten des vereinigten Deutschland zubuche schlagen, da die ostdeutschen Betriebe mit inzwischen verbesserter Produktpalette und den traditionellen Marktkenntnissen hiervon vermutlich am meisten profitieren würden.)

Wie die Haushaltsdebatte Anfang September gezeigt hat, wird für die Fortsetzung dieses Alleinganges jedoch kein finanzieller Handlungsspielraum mehr gesehen, und gleichzeitig scheint die politische Kraft nicht zu reichen, um die westlichen Partner (und Konkurrenten!) umzustimmen. Was daraus folgt, bleibt abzuwarten. Wenn man die realen ökonomischen Verflechtungen der Bundesrepublik in den Westen und Osten vergleicht, so liegt es klar auf der Hand, daß im Westen mehr zu verlieren als im Osten zu gewinnen ist. Eine Fortsetzung des finanzpolitischen Alleingangs ist deshalb nur begrenzt möglich.

Dagegen steht, daß ein in wirtschaftlicher Armut versinkendes Osteuropa für Westeuropa und insbesondere für die Bundesrepublik politisch gefährlich werden kann (Stichworte: sowjetisches Waffenpotential, Armutsgrenze, Flüchtlingsströme!).

5. Die Auslandsschulden der UdSSR betrugen Ende 1990 Brutto 60 Mrd. Dollar. WestLB-Chef Friedel Neuber hielt Anfang Sept. eine Umschuldung oder gar einen Schuldenerlaß für nicht erforderlich. Die UdSSR habe kein Überschuldungs-, sondern ein Liquiditätsproblem zur Zahlung kurzfristig fälliger Zinsen und Tilgungen. Eine Möglichkeit, die kritische Zeit bis zum Greifen der wirtschaftlichen Reformen zu überstehen, sieht er z.B. in Überbrückungskrediten der BIZ, die durch Verpfändungen der beträchtlichen sowjetischen Goldreserven gesichert werden könnten (FAZ, 6.9.91).

Andere Quellen skizzieren die Lage weitaus dramatischer. Nach einer Analyse des Finanzhauses Morgan Stanley wird das sowjetische Sozialpro-

dukt im Jahr 1991 um 15 Prozent, die Industrieproduktion um 20 Prozent schrumpfen. Zwar sei der nichtlandwirtschaftliche Import drastisch eingeschränkt worden, aber auch der Export gehe wegen geringerer Öl- und Gasförderung und des Comecon-Zusammenbruchs um 10 Prozent zurück. Andererseits werde das Land 50 bis 60 Millionen Tonnen Getreide einführen müssen. Infolgedessen werde die Sowjetunion 1991 zwischen 18 und 25 Milliarden Dollar an ausländischer Finanzhilfe brauchen (FAZ, 16.7.91).

Im Harvard-Jawlinski-Plan werden während eines Zeitraumes von 5 Jahren für die Herstellung und Sicherung der Rubelkonvertibilität 100 bis 150 Mrd. Dollar benötigt, davon sofort in einem Stabilisierungsfonds zwischen 10 und 20 Mrd. Dollar. Rund die Hälfte der jährlichen Hilfssummen von 20 bis 30 Milliarden Dollar sollte von den multinationalen Finanzorganisationen Osteuropabank, Weltbank, IWF und Europäische Investitionsbank, der Rest aus bilateralen offiziellen Quellen aufgebracht werden.

Dieser Plan vom Juni 1991 sieht den gleichzeitigen Übergang zur Marktwirtschaft und zur parlamentarischen Demokratie in der UdSSR innerhalb von fünf Jahren vor, davon in einer ersten Phase bis Anfang 1992 den Institutionenaufbau der Demokratisierung und das notwendige Gesetzgebungsverfahren für die Freigabe der Preise, die Kürzung des Budgetdefizits, den Beginn der Privatisierung von Kleinbetrieben sowie den Übergang zu einem einheitlichen Wechselkurs. 1992 solle dann das Jahr der makroökonomischen Stabilisierung werden, der vollen Konvertibilität und der freien Wahlen, außerdem solle dann mit dem Aufbau eines unabhängigen Notenbanksystems begonnen werden. Im Gegenzug würde der Westen einer Mitgliedschaft bei Weltbank und Währungsfonds und umfassenden Beistands- und Zahlungsbilanzkrediten dieser Institutionen zustimmen (FAZ, 21.6.91). Der Plan verlangt auch die Privatisierung der Industrie und der Landwirtschaft, und zwar schwerpunktmäßig in der 2. Etappe.

Gemessen an den Aufwendungen Westdeutschlands für die ehemalige DDR oder auch des Westens insgesamt für die osteuropäischen Länder innerhalb von weniger als 2 Jahren in Höhe von 57 Mrd. Dollar (FAZ, 21.6.91) sind diese Beträge durchaus nicht unfinanzierbar und exorbitant hoch. Das Hauptproblem scheint vielmehr die Frage zu sein, ob erstens "der Westen insgesamt" an einem Gelingen der Transformation interessiert ist und zweitens, ob er, wenn ja, Vertrauen in das Gelingen dieser Transformation setzt und setzen kann.

Deshalb muß sich das Interesse verstärkt auf die theoretischen und praktischen Fragen orientieren, die die Transformation von realsozialistischen in kapitalistische Systeme generell aufwirft.

Martin Kutscha

Abschied vom Prinzip demokratischer Legalität?

Eine Problemskizze

Kennzeichnend für verwaltungswissenschaftliche und verwaltungsrechtliche Untersuchungen der Gegenwart ist ein auffälliger Perspektivenwechsel: Das Interesse konzentriert sich u.a. auf die Frage, auf welche Weise sich die Akzeptanz der Bürger für das Handeln der Verwaltung herstellen läßt. Als repräsentativ kann hier die Argumentation von Thomas Würtenberger gelten: Eine durch Akzeptanzprobleme verursachte Verzögerung von Verwaltungsentscheidungen würde zu einer erheblichen Kostensteigerung für die Wirtschaft führen. Daraus folgert der Autor die Notwendigkeit, effektive Konzepte für ein Akzeptanzmanagement der Verwaltung zu ermitteln. Allerdings gäbe es auch Fälle, in denen auf Akzeptanz angelegte Verfahrensgestaltungen überfordert seien. "Wo Akzeptanz durch Verwaltungsverfahren nicht zu erzielen ist", so schließt Würtenberger, "ist notfalls jener Gehorsam durchzusetzen, der vom Bürger im demokratischen Rechtsstaat zu erwarten ist"[1].

Die Verwaltung erscheint hier als Institution mit einer je eigenen Zwecksetzung, welche den Bürgern möglichst gut zu "verkaufen" und, wenn dies mißlingt, notfalls auch gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen ist. Soll denn nicht aber die Verwaltung, so wäre zu fragen, gerade den Willen des Volkes vollziehen, der im Gesetz Gestalt gewonnen hat? Selbst der vielerorts immer noch andächtig verehrte Lyriker des Antidemokratismus, Carl Schmitt, wußte doch, daß der ursprünglich gegen das monarchische Prinzip gerichtete Kampf für einen demokratischen Rechtsstaat in concreto ein Kampf für die Rechte der Volksvertretung und für eine Bindung der Staatsmacht an die eben von dieser Volksvertretung verabschiedeten Gesetze war[2].

I. Verschüttete Traditionslinien demokratischer Rechtsstaatlichkeit

Als Vertreter einer der radikalsten Positionen zum Problem der Volksherrschaft durch Gesetze sei hier der (heute kaum noch bekannte) Mainzer "Jakobiner" Georg Wedekind zitiert. 1792, im ersten Jahr der Mainzer Republik, proklamierte Wedekind Volkssouveränität als "das Recht, die Gesetze zu geben und zu vollziehen...In Demokratien gibt es keinen Un-

1 T. Würtenberger in: Neue Juristische Wochenschrift 1991 S. 257 (263).

2 Carl Schmitt: Verfassungslehre. Berlin 1928, S. 146 ff.; Derselbe: Legalität und Legitimität. München u. Leipzig 1932 S. 20.

tertanen, weil in ihnen jeder Einwohner ein Teil des souveränen Volkes ist und sowohl zu der Abfassung wie auch zu der Ausübung der Gesetze seine Stimme geben kann"[3].

Demnach sollte sowohl die Gesetzgebung als auch die Ausführung der Gesetze in der Hand des Volkes liegen. In diesem Punkt war Rousseau, einer der wichtigsten geistigen Wegbereiter der Französischen Revolution, weit weniger radikal als der deutsche Jakobiner Wedekind. Zwar soll nach Rousseau das Volk Urheber (auteur) der Gesetze sein, aber schon die Formulierung der Gesetze soll einem Gesetzgeber (legislateur) obliegen. Schon gar nicht soll das Volk die Gesetze selbst vollziehen, dies sei Aufgabe der Regierung (gouvernement), die dabei allerdings als Dienerin des Volkes handelt, zum Gehorsam verpflichtet ist und nach Belieben (quand il lui plaît) vom Volke ein- und abgesetzt werden kann[4]. Insoweit wendet sich Rousseau gegen den Begriff Demokratie, der von ihm im Sinne realer Identität von Regierenden und Regierten verstanden wird. Nehme man das Wort Demokratie in der ganzen Strenge seiner Bedeutung, werde es eine wahre Demokratie nie geben. Es sei nicht denkbar, daß das Volk unaufhörlich versammelt bleibt. Voraussetzen würde eine solche Regierungsform auch die fast vollkommene Gleichheit in Bezug auf Stand und Vermögen, ohne die auch die Gleichheit der Rechte und der Macht keinen langen Bestand haben könnte. - Hier offenbart Rousseau seinen Realitätssinn für den Zusammenhang von Politik und Ökonomie. Nur ein Volk von Göttern, so schließt er, könne sich demokratisch regieren. "Eine so vollkommene Regierung paßt für Menschen nicht"[5].

Wenden wir uns nur kurz Immanuel Kant zu, der als Begründer der deutschen Theorie vom Rechtsstaat gilt. Ähnlich wie Rousseau, wenn auch mit anderen Konsequenzen als dieser, unterscheidet Kant zwischen der gesetzgebenden Gewalt, die "nur dem vereinigten Willen des Volkes" zukommen kann, dem Regenten, welchem die ausführende Gewalt zukommt, sowie der rechtsprechenden Gewalt[6]. - Der Volksbegriff war bei Kant allerdings eng gefaßt, nicht dazu gehörten alle, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben mußten, sowie "alles Frauenzimmer". Da Kant insoweit lediglich die Realität auf den Begriff brachte, läßt sich daraus ableiten, daß historisch betrachtet der Kampf um die Verwirklichung von Volkssouveränität zugleich auch immer ein Kampf um die Aufhebung sozialer und geschlechtlicher Diskriminierung sein mußte.

Bei einer gründlicheren Beschäftigung mit den Theorien des Rechtstaates (die an dieser Stelle nicht im einzelnen dargelegt werden können) lassen sich zwei Traditionslinien offenlegen: Ein Verständnis des *Rechtsstaates als*

3 G. Wedekind: Über die Regierungsverfassungen. In: C. Träger (Hrsg.): Mainz zwischen Rot und Schwarz. Berlin 1963, S. 190.

4 Jean-Jacques Rousseau: Der Gesellschaftsvertrag. III, 1.

5 A.a.O. III. 4.

6 Immanuel Kant: Die Metaphysik der Sitten. §§ 45 u. 46.

Konkretisierung von Volkssouveränität läßt sich verfolgen von Rousseau über Wedekind einerseits, Kant andererseits, über Weimarer Theoretiker wie Hermann Heller[7] bis hin zum (pathetischen?) Anspruch des Grundgesetzes: Nach Artikel 20, Absatz 2 beinhaltet Volkssouveränität, daß die Staatsgewalt vom Volke unter anderem durch die Organe der Gesetzgebung und der vollziehenden Gewalt ausgeübt wird.

Die Theorien einer zweiten Traditionslinie des Rechtsstaates hingegen spiegeln den Versuch einer *Rationalisierung der Staatsgewalt* im Interesse einer bürgerlichen Wirtschaftsordnung unter feudaler Obrigkeit wider. Der Staat "soll die Bahnen und Gränzen seiner Wirksamkeit wie die freie Sphäre seiner Bürger in der Weise des Rechts genau bestimmen und unverbrüchlich sichern und soll die sittlichen Ideen von Staatswegen, also direkt, nicht weiter verwirklichen (erzwingen), als es der Rechtsphäre angehört, d.i. nur bis nur notwendigsten Umzäunung". Friedrich Julius Stahl, von dem diese bekannte Formulierung stammt, grenzte damit den *Rechtsstaat* sowohl vom *Polizeistaat* einerseits als auch vom *Volksstaat* Rousseauscher Prägung andererseits ab[8]. Deutlicher noch äußerte sich Otto Bähr: "In der unbedingten Herrschaft des Rechts liegt eine so große Wohlthat, daß alles übrige dagegen zurückstehen muß. Das Recht ist die höchste Zweckmäßigkeit"[9].

Die Definitionen der heutigen Staatsrechtslehre, über ein Jahrhundert später, unterscheiden sich in diesem Punkt kaum. So gewährleistet das Gesetz nach Schmidt-Aßmann Übersichtlichkeit, Stabilität und Gleichmäßigkeit[10]. In einem solchen Rechtsstaatsverständnis ist einerseits der Kontext zur Volkssouveränität weitgehend eliminiert, andererseits wird das Gesetz als Schrankenziehung für die Staatsgewalt begriffen und birgt damit die Gewährleistung nicht nur ökonomischer, sondern auch politischer Freiheit. Später Glanzpunkt dieser Traditionslinie ist das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1983: Jede Einschränkung eines Grundrechts wie das auf informationelle Selbstbestimmung bedarf einer "gesetzlichen Grundlage, aus der sich die Voraussetzungen und der Umfang der Beschränkungen klar und für den Bürger erkennbar ergeben und die damit dem rechtsstaatlichen Gebot der Normenklarheit entspricht"[11].

7 Hermann Heller in: VVDStRL 4 (1928) S. 98 ff. (102).

8 Friedrich Julius Stahl: Die Philosphie des Rechts. II. 5. Aufl. Tübingen 1878, S. 137 f.

9 Otto Bähr: Der Rechtsstaat. Cassel u. Göttingen 1864, S. 87.

10 E. Schmidt-Aßmann: Der Rechtsstaat. In: J. Isensee, P. Kirchhof (Hrsg.): Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Heidelberg 1987, S. 987 ff. (Rdn. 61).

11 BVerfG in NJW 1984, S. 419 (422).

II. Auf dem Weg zur Selbststeuerung der Exekutive?

Die Realanalyse allerdings zeigt rasch, daß mit diesem Glanzpunkt wohl auch ein Endpunkt erreicht wurde. Kaum je tat sich der Gesetzgeber so schwer, eine Auflage des Bundesverfassungsgerichts zu erfüllen. Dabei bildet die Übermittlung und Verarbeitung personenbezogener Daten die Haupttätigkeit vieler Verwaltungszweige, wie auch Kritiker des Urteils konzedieren[12].

Als Beispiel diene uns jener Teil der Sicherheitsgesetzgebung, der nach jahrelangen Diskussionen plötzlich ohne nennenswertes Geräusch in der Öffentlichkeit im letzten Jahr verabschiedet wurde, und konzentrieren wir uns auf die Neufassung des Bundesverfassungsschutzgesetzes[13]. Datenerhebung und Weitergabe durch Verfassungsschutzbehörden ist danach zulässig, wenn es zur "Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich" ist (vgl. § 5 Abs. 1, § 8 Abs. 1, § 19 Abs. 1). Und was im einzelnen jeweils erforderlich ist, weiß die Behörde natürlich selbst am besten. Damit können die Verfassungsschutzbehörden die Legalitätsgrenzen ihres Handelns selbst definieren.

Ein weiteres Beispiel bildet die Datenübermittlung an "ausländische öffentliche Stellen", § 19 Abs. 3. Zulässig ist diese nicht nur bei Erforderlichkeit für die eigene Aufgabenerfüllung des Verfassungsschutzes, sondern auch "zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers". Entscheidungskriterium ist hier die jeweilige politische Option im Hinblick auf die gute Zusammenarbeit mit sogenannten befreundeten Geheimdiensten - dabei wird hier immerhin über einen in seinen Folgen für den jeweils Betroffenen gar nicht absehbaren Grundrechtseingriff entschieden.

Hier und in vielen anderen Fällen ist es nicht mehr das Recht bzw. der Gesetzgeber, der steuert, sondern die Exekutive. Vor allem im Bereich der inneren Sicherheit, aber auch z. B. im Ausländerrecht haben wir es also mit einer paradoxen Verrechtlichung zu tun: Mit der Flut neuer gesellschaftlicher Regelungen wird für den Bürger nicht ein höheres Maß an normativ verbriefter Sicherheit geschaffen, sondern neue Entscheidungsspielräume für die Exekutive. Wolfgang Naucke spricht vom "Widerstreit zwischen betonter Positivität des Rechts und betonter ständiger Auflösung dieser Positivität". Schon in der Regelformulierung werde jede Regel mit der Ausnahme versehen, "wobei die Ausnahme meist unbestimmt formuliert ist. ... Das positive Recht gilt nicht so, wie es erlassen ist, sondern so, wie es dem Anwender im Augenblick funktionsgerecht zu sein scheint"[14].

[12] Vgl. z. B. R. Scholz, R. Pitschas: Informationelle Selbstbestimmung und staatliche Informationsverantwortung. Berlin 1984, S. 103 ff.

[13] BGBl. I, 1990, S. 2970 ff.

[14] Wolfgang Naucke in: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, 1986, S. 189 (201/204).

Mitunter dürften neue Gesetze auch lediglich der legitimatorischen Entlastung angesichts der Erwartungshaltung der Öffentlichkeit dienen. Die Rechtssoziologen sprechen hier von symbolischer Gesetzgebung. Dies gilt angesichts des vielfach konstatierten Vollzugsdefizits sicher für das Umweltschutzrecht. Erinnert sei hier nur an die Diskussion um das Umweltschutzstrafrecht oder um die Verankerung einer Staatszielbestimmung Umweltschutz in Landesverfassungen und im Grundgesetz[15].

Überhaupt ist das Umweltschutzrecht reich an Blankettformeln. Berühmtes Beispiel ist die Bestimmung des § 7, Absatz 2 AtomGesetz, wonach die Genehmigung von Atomanlagen u.a. an die "nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden" geknüpft ist. Wahre intellektuelle Schlachten sind um die Frage entbrannt, auf welche Weise dieser "Stand von Wissenschaft und Technik" zu definieren ist. Jedenfalls könne es "nicht Sache der nachträglichen verwaltungsgerichtlichen Kontrolle sein, die der Exekutive zugewiesene Wertung wissenschaftlicher Streitfragen einschließlich der daraus folgenden Risikoabschätzung durch eine eigene Bewertung zu ersetzen", meinte das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil zum Bau des Kernkraftwerks Wyhl von 1985 in weiser, vielleicht auch weniger weiser Selbstbeschränkung[16]. Angemessene Zurückhaltung wegen der besonderen Sachkompetenz der Exekutive oder richterlicher Kontrollverzicht, der die Rechtsschutzgarantie des § 19, Absatz 4 Grundgesetz leerlaufen läßt? - Aber auch wenn die Rechtssprechung auf einem umfassenden Kontrollverzicht insistiert, verbleiben ihr mangels klarer tatbestandlicher Festlegungen häufig wiederum nur Pauschalformeln wie "Verhältnismäßigkeit" u.a. als Prüfkriterien. Wie auch immer, die Hoffnungen richten sich mehr und mehr auf eine Ausgestaltung des Verwaltungsverfahrens, die den Interessen aller Beteiligten optimal gerecht wird. Die Formel ""Grundrechtsschutz durch Verfahren" gehört seit der Mülheim-Kärlich-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den essentials moderner Staatsrechtslehre.

III. Zur Selektivität informellen Verwaltungshandelns

Um beim Atomrecht zu bleiben: Das Atomgesetz und die atomrechtliche Verfahrensordnung wollen umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung bei Genehmigungsverfahren garantieren. Hier, wie in anderen Verfahrensarten des Umweltschutz- und Technikrechts haben wir es statt mit einem Dreieck der Entscheidungs- und Kontrollinstanzen nun mit einem Fünfeck zu tun. Neben die drei klassischen staatlichen Teilgewalten treten der private Antragsteller (der Betreiber) und die Öffentlichkeit. "Informelles

[15] Vgl. W. Rüther in: Demokratie und Recht 1989 S. 19 ff, ; Martin Kutscha in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1988, S. 1368 ff.

[16] BVerwG in: Deutsches Verwaltungsblatt 1986, S. 190 (195); kritisch hierzu V. Eiberle in: Demokratie und Recht 1987, S. 264 ff.

Verwaltungshandeln" hat nun aber insbesondere die Beziehung zwischen Exekutive und privatem Betreiber zum Gegenstand. An die Stelle hoheitlicher Regelung treten Aushandlungsprozesse, an die Stelle des Normvollzugs treten Kompromisse zwischen zwei prinzipiell gleichgestellten Parteien.

Die Geltungskraft des Rechts wird damit den Prinzipien der Marktwirtschaft unterworfen. Das von der Genehmigungsbehörde zu vertretende öffentliche Interesse wird zur Ware, um die mit mehr oder weniger Durchsetzungsgeschick gefeilscht wird. Welche Rolle, so bleibt zu fragen, spielt dabei die soziale Macht des Verhandlungspartners? Man denke nur an das politische Gewicht des Angebots, Arbeitsplätze zu schaffen, angesichts von Strukturschwächen und der chronisch leeren öffentlichen Hände.

Formen informalen Verwaltungshandelns finden höchst selektiv Anwendung. Während sie im Umweltschutz und Technikrecht zunehmen, kennt sie das Polizei-, das Sozial- und das Ausländerrecht kaum. Eine Ausnahme hat insoweit der Brokdorf-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts für das Demonstrationsrecht geschaffen, indem er für Großdemonstrationen das Prinzip der Kooperation der Veranstalter und der Polizei statuierte[17].

Auch stellt sich die Frage, was im Rahmen informeller Absprachen überhaupt Verhandlungsgegenstand sein kann. Darf z. B. die Öffentlichkeitsbeteiligung im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren abbedungen werden? Ein abschreckendes Beispiel bildet insoweit die Genehmigungspraxis bei der Brennelementefirma Alkem in Hanau: Im Verzicht auf die vorgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung erblickte das Strafurteil des Landgerichts Hanau zwar einen schweren Verfahrensverstoß, nahm aber nur Rechtswidrigkeit an, keine Nichtigkeit[18].

Schließlich hat auch das Verwaltungsverfahrensgesetz bei der Behandlung von Verfahrensverstößen eher die innerbehördliche Kompetenzverteilung vor Augen und ist deshalb sehr zurückhaltend mit der Konsequenz der Nichtigkeit (§ 44 Abs. 3 VerwVerfG). Ohnehin versteht die Rechtsprechung die Verfahrensstellung z. B. von Einwendern im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren nicht als eigenständiges subjektiv-öffentliches Recht, das einklagbar wäre[19]. Zumindest dort, wo keine Akzeptanz der Betroffenen zu erwarten ist, wird sich die Behörde also im Zweifel eher für weniger denn für mehr Öffentlichkeitsbeteiligung entscheiden - "Herrin des Verfahrens" bleibt sie allemal.

17 BVerfGE 69, S. 315 ff. ; vgl. hierzu W. Hoffmann-Riem, in: Festschrift für H. Simon. Baden-Baden 1987, S. 379 ff.

18 LG Hanau in: Neue Juristische Wochenschrift 1988, S. 571 ff.; zum gesamten Komplex J. Martin in: Kritische Justiz 1987 S. 434 ff.

19 Vgl. z. B. BVerfG in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 1988, S. 1017.

IV. Kompensationsmöglichkeiten für den Funktionsverlust der Parlamente

Formulieren wir als Fazit: Die Parlamente sind nicht mehr zentrale Entscheidungsinstanz, sondern erfüllen häufig nur noch Beurkundungs- und Legitimationsfunktionen[20]. Wesentliche Entscheidungen werden im Bereich der Exekutive bzw. der Regierung getroffen, trotz Wesentlichkeitstheorie, von der bei außenpolitischen Entscheidungen ohnehin Dispens erteilt wird. Erinnert sei hier nur an die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen von 1984 und zum Einsatz des deutsch-deutschen Einigungsvertrages als Vehikel zur Verfassungsänderung an Art. 79 GG vorbei[21].

Mit kaum zu überbietender Deutlichkeit manifestiert sich der Funktionsverlust der Parlamente in den Entscheidungsverfahren der Europäischen Gemeinschaft. Die EG-Verordnungen, die gleichsam ein unmittelbares Gesetzessurrogat bilden, werden verabschiedet in einem komplizierten Wechselspiel zwischen EG-Kommission, Europäischem Parlament und Rat, wobei der Kommission und dem Rat, also durch und durch exekutivischen Organen, das Übergewicht zukommt[22].

Formuliert sei an dieser Stelle eine Schlüsselfrage: Kann angesichts der Komplexität der zu regelnden Fragen und der Internationalisierung von Politik und Wirtschaft das Parlament jemals wieder die klassische Rolle des obersten Organs staatlicher Entscheidung ausfüllen? - Jedenfalls erscheint ein Zurück zur Idylle des gewaltenteiligen Rechtsstaates, die es wahrscheinlich ohnehin nur in den Köpfen idealistischer Staatstheoretiker und Lehrbuchautoren gegeben hat, wohl unmöglich. Wie aber läßt sich sonst Volkssouveränität in die Staatsgewalt hinein vermitteln?

Sicher, die jeweilige Regierungsmannschaft ist durch die parlamentarische Wahl demokratisch legitimiert, aber Wählerinnen und Wähler stimmen kaum je über komplexe Sachprogramme ab, sondern über Personen, die mehr oder weniger überzeugend eine bestimmte politische Grundoption zu repräsentieren suchen. Manche sehen dies als hinreichende Äußerung von Volkssouveränität an und verweisen auf die hierdurch hergestellte Legitimationskette bis hinunter zu den Einzelentscheidungen der verschiedenen Behörden. Der vom Grundgesetz erhobene Anspruch der

20 Vgl. die Diskussion zum Thema "Krise des Parlamentarismus?" zwischen Johannes Agnoli, Martin Kutscha, Norman Paech, H.-P. Schneider und Gerhard Stuby in: Demokratie und Recht 1987 S. 29 ff.

21 BVerfG in: Neue Juristische Wochenschrift 1985, S. 603 ff.; BVerfG Deutsche Juristen-Zeitung 1990, S. 276; kritisch hierzu P. Römer in: Demokratie und Recht 1991, S. 29 (40 ff.).

22 Vgl. im einzelnen Martin Kutscha in: Kritische Justiz 1990, S. 425 ff (426 f.).

Volkssouveränität ist jedoch umfassender, er fordert, "*daß das Volk einen effektiven Einfluß auf die Ausübung der Staatsgewalt hat*"[23].

In Teilbereichen jedenfalls wäre immerhin eine Revitalisierung des Parlaments als Kontrollinstanz denkbar. Auch könnte es dort der Exekutive klare Schranken setzen, wo diese in die klassischen Grundrechte des status negativus eingreift: Ein neues Konfliktfeld bildet z. B. die konkrete Bestimmung der Reichweite des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung im Recht der inneren Sicherheit. Hier erscheinen klare Befugnisbegrenzungen als sinnvoll, um der mitunter uferlosen Ableitung von Kompetenzen aus bloßen Aufgabenumschreibungen einen Riegel vorzuschieben[24]. - In vielen Bereichen, etwa im Umweltschutz- und Technikrecht, aber auch im Wirtschaftsrecht, dürfte es im Hinblick auf die notwendige Flexibilität allerdings keine Alternative zum gesetzesausfüllenden Zugriffs- und Regelungsrecht der Exekutive geben. Hier wäre also die Mobilisierung neuer demokratischer Steuerungs- und Kontrollpotentiale neben der bereits installierten Kontrolle durch die Dritte Gewalt notwendig.

Aus der jahrelangen Diskussion um Möglichkeiten einer Demokratisierung der Verwaltung seien hier einige Stichworte genannt. Zu erwägen wäre zum ersten eine Ausweitung der Öffentlichkeitsbeteiligung und die Einführung dezentraler Entscheidungsverfahren. Das dabei auftretende Dilemma hat Renate Mayntz formuliert: "Je weiter man sich in der Hierarchie der Entscheidungsebenen von der zentralen politischen Steuerungsinstanz entfernt, um so direkter kann Beteiligung sein, aber um so geringer wird ihre potentielle Bedeutung"[25].

Zum zweiten wäre entsprechend dem Vorbild anderer Staaten (z. B. des freedom of information acts in den USA) das Prinzip der Aktenöffentlichkeit durchzusetzen[26]. Dies würde beinhalten, den Grundsatz des Amtsgeheimnisses demokratieadäquat auf den Schutz personenbezogener Daten der Verwaltungsklientel zu reduzieren, statt ihn als wohlfeiles Instrument einzusetzen, unter Berufung auf ihre gefährdete "Funktionsfähigkeit" die Verwaltung vor der Kontrolle durch die Öffentlichkeit abzuschirmen. Die Funktionsfähigkeit kann nie Selbstzweck sein, sondern muß ihren konkreten Inhalt aus der Verfassung und damit auch aus dem Prinzip der

[23] So BVerfG in: Neue Juristische Wochenschrift 1991 S. 159 (160) - Ausländerwahlrecht (Hervorhebung von mir, M. K.); ausführlich zur Thematik P. Römer: Im Namen des Grundgesetzes. Hamburg 1989, S. 41 ff.; Ekkehart Stein, In: Rudolf Wassermann u.a.: Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in zwei Bänden (Reihe Alternativkommentare). Band 1, Neuwied 1989, Art. 20, "Demokratie" Rdn. 9 ff., S. 1321 ff.

[24] Vgl. Martin Kutscha in: Deutsches Verwaltungsblatt 1987, S. 994 ff.

[25] Renate Mayntz in: H.-J. v. Oertzen (Hrsg.): "Demokratisierung" und Funktionsfähigkeit der Verwaltung, Stuttgart 1974, S. 50 ff. (55).

[26] Hierzu im einzelnen E. Gurlit: Die Verwaltungsöffentlichkeit im Umweltrecht. Düsseldorf 1989, S. 110 ff; vgl. auch M. v. Schwanenflügel in: Deutsches Verwaltungsblatt 1991, S. 93.

Unterordnung der "vollziehenden Gewalt" unter die Volkssouveränität (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG) beziehen.

Zu reflektieren wäre zum dritten die Einführung plebiszitärer Verfahren bei Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung[27].

Diese Aufzählung einzelner Ansatzpunkte einer Demokratisierung der Verwaltung kann nicht abgeschlossen werden, ohne einzelne Hindernisse - weniger juristischer als gesellschaftlicher bzw. politischer Art - zu erwähnen: Man muß nicht unbedingt Marxist sein, um zu erkennen, daß bei der Erörterung der Demokratiefrage nicht von sozialen Machtungleichgewichten abstrahiert werden darf. - In welchem Maße eine Gesellschaftsgruppe ihre Interessen durchsetzen kann, ist, wie Ekkehart Stein richtig bemerkt, "nicht eine Frage der Überzeugungskraft aufgrund geistiger Argumente, sondern eine Frage der gesellschaftlichen Macht"[28]. Dieses factum brutum beeinflußt auch das Verwaltungshandeln, allen modischen Theorien von Selbstreferentialität und Autopoiesis zum Trotz[29].

Das Problem der Ökonomie der Zeit und der Ökonomie des Wissens gilt für das Parlament und die Bürger und die Bürgerinnen gleichermaßen[30]. Selbst den kundigen Betroffenen bleibt häufig nur das Hinterherhecheln, während "höheren Orts" längst entschieden wurde. Und mit der wachsenden Kompliziertheit ökonomischer Zusammenhänge, mit dem komplexen Einwirken menschlich verantworteter Technik auf die Natur stellt sich auch das Problem der Aneignung von Beurteilungskompetenz mit neuer Schärfe. - Vielleicht können wir uns damit trösten, daß sich bereits Rousseau über die Unwissenheit des Volkssouveräns beklagte. Er sprach vom Volk als einer "blinden Menge, die oft nicht weiß, was sie will, weil sie selten weiß, was ihr heilsam ist. ... Von sich selbst will das Volk immer das Gute, aber es erkennt dasselbe nicht immer von sich selbst. Der allgemeine Wille ist stets richtig, allein das Urteil, welches ihn leitet, ist nicht immer im Klaren"[31]. Gleichviel, eine humane Alternative zur Volkssouveränität scheint mir nicht in Sicht.

[27] Näheres hierzu bei R. Geitmann in: Zeitschrift für Rechtspolitik 1988, S. 126 ff.; C.-H. Obst: Chancen direkter Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Köln 1986.

[28] Ekkehart Stein, a.a.O. (vgl. Fn. 23) Rdn. 27.

[29] Hierzu N. Dimmel, A. J. Noll in: Demokratie und Recht 1988, S. 379; Nocke in: Kritische Justiz 1986, S. 363 ff.

[30] Vgl. Wolf-Dieter Narr in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1991, S. 223.

[31] Jean-Jacques Rousseau: Der Gesellschaftsvertrag, II, 6.

Fritz Rische/Ulrich Sander

Kalter Krieg und kaltes KP-Verbot - nun auch im Haus Europa ?

Der "doppelte Kampf gegen die Sowjets als ideologischer Feind und möglicher militärischer Gegner", wie Diether Posser, Jurist und Ex-NRW-Minister, den Kalten Krieg wertete, ist zu Ende.[1] Die DDR, wie die BRD "immer stärker in die rivalisierenden Machtblöcke einbezogen", existiert nicht mehr.[2] Was jedoch noch existiert, ist eines der Markenzeichen des Kalten Krieges, das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts.

Über seine Wirkungen schreibt Posser, "daß der Bundesgerichtshof nach dem Verbotsurteil auch die KPD als eine Partei mit mehreren zehntausend Mitgliedern zur kriminellen Organisation erklärt hat".[3] Die Strafurteile, die aufgrund dieser Einstufung in Prozessen gegen tausende Bürger gefällt wurden, haben noch heute Bestand, auch wenn es in solchen Urteilen hieß, daß die Angeklagten "aus Überzeugung gehandelt" haben[4] und ihnen persönlich keine kriminellen Taten vorgeworfen wurden, außer der einen, für die KPD, die FDJ, die Deutsch-Sowjetische Freundschaft und den Demokratischen Frauenbund gearbeitet zu haben. Posser betonte, er und sein Rechtsanwaltskollege, der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann, hätten immer davor gewarnt, "politische Theorien zur Grundlage von Strafurteilen zu machen"[5]. Nach wie vor ist jedoch niemand, der von solchen Gesinnungsurteilen getroffen wurde, rehabilitiert worden. Im Gegenteil, es zeichnen sich neue Gesinnungsverfolgungen ab.

Es ist daher heute festzuhalten an den Forderungen nach Aufhebung des KPD-Verbotsurteils und nach der Rehabilitierung der politisch Verfolgten der fünfziger und sechziger Jahre wie auch der in den siebziger und achtziger Jahren mit Berufsverboten und Haft für Friedensdemonstrationen belegten Mitbürgerinnen und Mitbürger. Es ist denkbar, uns deshalb als weltfremde Dogmatiker zu schelten, denn nie in der Geschichte sind bisher die Verlierer rehabilitiert worden. Entschädigt wurden immer die Sieger. Doch wer ist das? Als wir uns gleichgültig zeigten gegenüber den Menschenrechtsverstößen im "realen Sozialismus", da haben wir zweifellos schwer gefehlt. Wir dachten doch so: soziale Menschenrechte sind dort im

1 Diether Posser "Anwalt im Kalten Krieg", München, Oktober 1991, S. 17.
2 dto S. 27
3 dto S. 191
4 dto S. 215
5 dto S. 252

Osten gewährleistet, die politischen kommen auch noch, wenn der Sozialismus attraktiver wird und ökonomisch erstarkt ist.

Aber die Menschen im Osten wollten nicht länger warten, sie erkämpften sich für eine kurze Zeit ihre politischen Menschenrechte. Doch der Preis war hoch: Die positiven Ansätze zu sozialen Menschenrechten gingen ihnen verloren, und die politischen Menschenrechte stehen nun auf schwankenden Füßen, wie sie immer gefährdet bleiben, wenn sie nicht sozial, wirtschaftlich und demokratisch abgestützt sind.

Wir sehen daher unsere demokratischen Initiativen eingebettet in eine umfassende Bewegung für die politischen und sozialen Menschenrechte und für die Verwirklichung der grundlegenden Menschenrechtsdokumente.

Zum Beispiel: Die Charta von Paris

Bekanntlich - oder vielmehr doch nicht so bekanntlich - wurde am 21. November 1990 in Paris ein KSZE-Dokument für "ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit" proklamiert, die "Charta für ein neues Europa" unterzeichnet. Die Regierungen verpflichteten sich in dieser Charta feierlich: "Wir werden gewährleisten, daß dem einzelnen wirksame innerstaatliche wie völkerrechtliche Rechtsmittel gegen jede Verletzung seiner Rechte zur Verfügung stehen."[6] Menschenrechte sollen also für den Bürger einklagbar werden.

Im Gegensatz zu solchen neuen internationalen Rechtsnormen, die unabhängig vom Willen der einzelnen Regierungen gültig sind, erleben wir eine Wiedergeburt des zeitweilig infolge des KSZE-Prozesses außer Kraft gesetzten Alleinvertretungsanspruchs der BRD, faktisch als Rechtsnachfolgerin des Dritten Reiches. Da wird nicht das Menschenrecht, sondern das alte bundesdeutsche Recht - mehr als oft außerhalb des Grundgesetzes - zum obersten Prinzip erhoben. Dies soll nicht nur jetzt und künftig in ganz Deutschland gelten, es wird sogar rückwirkend für die letzten 40 Jahre der nun einverleibten DDR, den neuen Ländern übergestülpt. Die SED wird nachträglich illegalisiert, ihre Mitglieder und die PDS werden kriminalisiert. Partei- und Staatsfunktionäre von gestern werden nicht etwa nur an den DDR-Gesetzen gemessen, sondern nach BRD-Bestimmungen mit Haftbefehlen verfolgt, mit Rentenminderung bestraft, mit Berufsverboten belegt.

Nachdem infolge des Umsturzes in der Sowjetunion sogar neue KP-Verbote und Kommunistenverfolgungen wieder zur allgemeinen politischen Kultur in Europa gehören, zeigt es sich besonders deutlich, daß es segensreich gewesen wäre, wenn die Bemühungen um die Beseitigung des KPD-

6 Bulletin der Bundesregierung, Bonn, 24.11.1990, S. 1410.

Verbotsurteils von Karlsruhe und aller Überreste der politischen Strafjustiz erfolgreich und mit mehr Druck der linken und demokratischen Öffentlichkeit des In- und Auslands vorangetrieben worden wären. Das gilt auch angesichts der jetzigen leider weit verbreiteten Gleichgültigkeit von linken und demokratischen Persönlichkeiten, deren Stimme vermißt wird, wenn es gilt, einen gefährlichen Zustand zu bekämpfen.

Eine Reaktion der Demokraten auf die indirekte Festschreibung des KPD-Verbotsurteils in dem deutschen Brief zum 2-plus-4-Vertrag hätte ebenfalls nicht ausbleiben dürfen. In dem Brief von Genscher und de Maizière werden ohne Nennung des Artikels 21 GG Formulierungen dieses Artikels benutzt, nicht jedoch Formulierungen des antimilitaristischen und antifaschistischen Artikels 139, um die Möglichkeit von Parteiverboten zu definie-ren.[7] Bleibt es im Rahmen der Verfassungsdiskussion bei dem Artikel 21, Abs. 2, mit seinen Möglichkeiten zur Entrechtung der Linksopposition, so sind Tür und Tor geöffnet für Repressalien, Berufsverbote und andere Diskriminierungen demokratischer Oppositioneller.

Die Opfer des Kalten Krieges im Alltag

Und das erleben Mitbürger, die aus politischen Gründen inhaftiert waren, in diesen Tagen: sie haben jeden Monat weit weniger auf ihrem Rentenkonto als ihnen zusteht. Doch Behörden und Gerichte bescheinigen ihnen, daß dies in Ordnung geht. Die Richter räumten in einem gegen die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte von dem betroffenen ehemaligen Häftling Hermann Berndsen angestrengten Prozeß zwar ein, daß hier eine Ungleichbehandlung von Bundesbürgern vorläge, aber sie hielten sich an den Gesetzestext. Und der sieht vor, daß politische Strafhaft bei der Rentenbemessung als Ausfallzeit anerkannt wird - jedoch der Knast darf nicht im Westen gestanden haben. Zudem wird eine Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer politischer Justiz der DDR vorbereitet, nicht jedoch der Betroffenen aus der Alt-BRD.

Trotz Strafrechtsänderung von 1968 gelten die bis dahin ausgesprochenen Strafen noch heute und wirken bis in die Gegenwart: Renteneinbußen, Diskriminierung als Vorbestrafter, Eintragungen in die Schnüffelakten des Verfassungsschutzes. Besonders bezeichnend ist, daß viele der damals Verurteilten wegen ihres Eintretens für die Wiedervereinigung Deutschlands ins Gefängnis mußten. Sie wurden u. a. auch verurteilt, weil sie sich als Kandidaten an Wahlen beteiligten, menschliche und organisierte Kontakte zu den Landsleuten in der DDR hielten, weil sie sich der Aufrüstung widersetzten.

7 Siehe Neues Deutschland, 13. 9. 1990

Das KPD-Verbotsurteil vergiftet die deutsche Landschaft

Eine Regelung zur Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer politischer Strafjustiz in den alten Ländern der Bundesrepublik muß gefunden werden. Doch davon sind wir weit entfernt. Während nach einem heißen Krieg am Ende die Gefangenen ausgetauscht werden, sollen nun am Ende des kalten Krieges die Gefangenen der einen Seite zusätzlich bestraft oder doch weiterhin diskriminiert werden. Wir erleben das Fortwirken des KPD-Verbotsurteils im vereinten Deutschland, die Fortsetzung des kalten Krieges innerhalb der Gesellschaft.

Die Rehabilitierung der politisch Verfolgten war bisher in unserem Land auch deshalb geboten, weil es darum ging, die mit der legalen Tätigkeit der DKP möglich gewordene Betätigungsfreiheit für Linke auch von den Resten des Kalten Krieges, der Berufsverbote, der politischen Diskriminierung von Demokraten und ihrer sozialen Benachteiligung zu befreien. Aber heute - nach der Wiedervereinigung - geht es um weit mehr: Es geht darum, unser neues großes Land vor Zuständen zu bewahren, die ganz Deutschland nach den Maßstäben der Zeit des Kalten Krieges und der Restauration der Kapitalmacht im Westdeutschland der 5o-er und 6o-er Jahre modeln wollen.

Das KPD-Verbotsurteil von 1956 sah keinen anderen Weg zu seiner Aufhebung vor als den der Wiedervereinigung. Jetzt wird aus der formalen Tatsache, daß es nicht ein gesamtdeutsches Wahlgesetz, sondern vertragliche Regelungen über die Wahlgesetzgebung der BRD und der DDR gab - bekanntlich mußte sogar das Bundesverfassungsgericht bemüht werden, um die schändliche 5-Prozentklausel wenigstens für die Wahl am 2. Dezember 1990 abzumildern -, eine Bekräftigung des KPD-Verbots abgeleitet. Und zwar mit diesen Wirkungen:

1. "Fortbestand des Parteiverbots"

So schrieb das Bundesinnenministerium an den ehemaligen Hamburger KPD-Bürgerschaftsabgeordneten Kurt Erlebach, der sich nach dem 1956 eingezogenen Parteivermögen erkundigte: "Die Herstellung der Einheit Deutschlands durch den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland wirkt sich auf den Fortbestand des Parteiverbots der KPD nicht aus." Wörtlich heißt es weiter: "Maßnahmen, die das Bundesverfassungsgericht für den Fall einer Wiedervereinigung Deutschlands gemäß Artikel 146 GG (alt; in der bis zum Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik geltenden Fassung) und der damit verbundenen Ablösung des Grundgesetzes als Verfassung erwogen hatte (...), kommen nach der Wiedervereinigung Deutschlands gemäß Artikel 23 Satz 2 GG (in der bis zum Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik geltenden Fassung) und der damit verbundenen Fortgeltung des Grundge-

setzes als Verfassung für das gesamte deutsche Volk nicht mehr in Betracht." Hier ändert ein "im Auftrage" schreibender Herr Weigl mal eben das Grundgesetz, denn es gibt gar keine neue Fassung ohne den Artikel 146.[8]

2. Verfassungsschutz wie im Kalten Krieg

Im Dezember 1990 trat ein Paket aus Datenschutz- und Geheimdienstgesetzen in Kraft. In der Ex-DDR entstehen neue Verfassungsschutzämter, die mit dem Bundesamt vernetzt sind, d.h. diesem faktisch auch Zugriff zu Stasi-Akten ermöglichen. Von "Ich will meine Akte sehen" ist in dem Gesetz nicht die Rede. Es wurde darin der Auftrag von Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern definiert, gegen "Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung" vorzugehen. Bestrebungen in diesem verbotenen Sinne "sind ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen oder Betätigungen in der Regel in oder für Zwecke einer Organisation oder einer unorganisierten Gruppierung gegen dieses Schutzgut."[9]. Sämtliche Bundesbeamte und sämtliche Beamte aus Bund und Ländern, die für Polizeien und Staatsanwaltschaften tätig sind, sollen "von sich aus" den Verfassungsschutz in Bund und Ländern über solche "Bestrebungen" informieren, d.h. zu Spitzeln und V-Leuten werden; auch "andere Behörden" sollen den Verfassungsschutz nach Kräften informieren.

3. Quasi-Verbot des Marxismus

In einem Interview mit dem Neuen Deutschland[10] fühlte sich der Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Peter Frisch, infolge der jüngsten Entwicklung ermutigt, an Formulierungen des Bundesverfassungsgerichtes über Gegner der freiheitlichen demokratischen Grundordnung warnend zu erinnern, ferner an seine Aussagen über den Marxismus-Leninismus. In einer Zuschrift an dieselbe Zeitung[11] betonte er, daß er "ein entschiedenes Eintreten für den Marxismus/Leninismus als verfassungsfeindlich ansehe". Er verwies auf die DKP, "die sich ausdrücklich auf die Theorien von 'Marx und Lenin' beruft. Marxismus in dieser Form ist allerdings schlicht ein Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. ... Karl Marx hat seine Wissenschaft nie als rein geistige Betrachtung, sondern als Anleitung zum Handeln betrachtet, und die

8 Siehe Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Textausgabe, Stand: Oktober 1990. Hg.: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

9 Bundestagsdrucksache 11/7235 - 1990

10 Neues Deutschland, 24. 10. 1990

11 Neues Deutschland, 13. 11. 1990

Lehre von Marx in der Form von Engels und Lenin ist eine reine Revolutionslehre - die Früchte haben wir in der DDR erkannt."

Bekanntlich trägt niemals eine Lehre automatisch Früchte - welche auch immer. Eine Lehre, eine Meinung oder ein System von Meinungen wie auch eine "Verhaltensweise" (lt. dem Verfassungsschutzgesetz) können zu Handlungen führen. Die wären dann aber konkret zu überprüfen daraufhin, ob sie Vergehen oder Verbrechen oder andere Gesetzesverstöße darstellen. Der rechtsstaatliche Grundsatz, daß alles erlaubt ist, was nicht gesetzlich verboten ist, wird durch eine Kriminalisierung von Meinungen und Lehren zerstört. Dazu dient auch die nebulöse Formulierung von Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, die nicht juristisch nachprüfbare Sanktionen nach sich ziehen, ferner Strafen in der Grauzone ermöglichen: Berufsverbote, Öffentliche Anprangerung in Verfassungsschutzberichten, Diskriminierungen durch den Staat, Bespitzelungen. So verhält es sich auch mit dem Brandmal der Verfassungsfeindlichkeit, das einer Person oder Organisation vom Innenminister oder den Behörden und Gerichten weiter verpaßt wird. Dessen Ähnlichkeit mit dem Etikett der Verfassungswidrigkeit, das vom Bundesverfassungsgericht z. B. beim KPD-Verbotsurteil verliehen wurde und zu schweren Sanktionen führte, ist gewollt und wird offensichtlich festgeschrieben, um den Willkürkatalog weiter offenzuhalten.

4. Anwendung des KPD-Verbotsurteils heute

Nach einem 22 Jahre währenden bundesdeutschen Konsens, der 1968 mit der Neukonstituierung der DKP erkämpft wurde und vorsah, daß das KPD-Verbotsurteil zwar nicht aufgehoben, aber nicht mehr auf die entstehenden und bestehenden linken Organisationen angewendet wird - politische Strafen wie Berufsverbote gab es weiterhin -, wird dieser Konsens nun aufgekündigt. In der ehemaligen DDR wird das KPD-Verbotsurteil faktisch bereits angewendet. In bezug auf die Verfassungstreue der im öffentlichen Dienst Beschäftigten stellte der Bundesminister des Innern am 11. September 1990 fest, es bestünden Zweifel an der Verfassungstreue bei allen Funktionären der SED, der Massenorganisationen und gesellschaftlichen Organisationen der ehemaligen DDR. Für die Einzelfallprüfung sei das Kriterium die Höhe und die Zahl der Funktionen. Dementsprechend wird in Bewerbungsbogen gefragt: "nach Mitgliedschaft und Funktion in der SED oder einer von ihr politisch beeinflußten Organisation oder Gruppe"; nach Beziehungen (und seien sie sportlicher Art) auch der Haushaltsangehörigen, Verlobten usw. zu 16 Ländern, von Afghanistan bis Vietnam, und sogar nach der Mitgliedschaft in KPD, DKP, SEW, SDAJ,

NPD und anderen "für verfassungswidrig erklärten, verbotenen oder als verfassungsfeindlich bekannt gemachten Organisationen".[12]

Gesinnungsjustiz damals und heute: per "vorverlegtem Staatsschutz"

Mit der Kriminalisierung von Lehren wie dem Marxismus und von angeblichen Bestrebungen und Verhaltensweisen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung werden Gesinnungen verfolgt. Das wird auch aus folgendem deutlich: das Bundesinnenministerium erklärte in einer schriftlichen Antwort im Bundestag zum "Radikalen-Erlaß" und seiner Anwendung in den neuen Bundesländern noch vor dem Beitritt der DDR: Jeder Bewerber für die Übernahme in ein Beamtenverhältnis müsse die Gewähr dafür bieten, jederzeit für die "freiheitliche demokratische Grundordnung" einzutreten. Der Entscheidung darüber, ob der Bewerber die geforderte Gewähr bietet, "liegt ein Urteil über seine Persönlichkeit zugrunde, das zugleich eine Prognose (!) enthält".[13] Mit diesen Worten wird der "vorverlegte Staatsschutz" wiederbelebt, das heißt die Möglichkeit der Bestrafung eines angenommenen Täters vor Begehen der Tat. Die Gleichsetzung von angeblicher Gesinnung und angeblich geplantem Vergehen. Dieser "vorverlegte Staatsschutz" wurde in den fünfziger und sechziger Jahren von CDU-Politikern ausdrücklich als Waffe im Kalten Krieg gewertet.[14]

Mit der Einheit wurde das KPD-Verbotsurteil illegal

Das KPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts sollte "nur für den vom Grundgesetz zeitlich und sachlich beherrschten Raum wirken" (aus dem Urteilstext). Selbst wenn jetzt der Eindruck erweckt wird, als sei der vom Grundgesetz zeitlich und sachlich beherrschte Raum durch den Beitritt der DDR einfach nur vergrößert worden, so kann die Fortdauer dieses Urteils nicht hingenommen werden. Denn die Geltungsdauer des KPD-Verbotsurteils war nicht nur an die Geltungsdauer des Grundgesetzes gebunden - demnach wäre das Urteil mit dem Grundgesetz zunächst, bis zu einer Verfassungsreform, noch immer gültig -, sondern an die Zeit bis zur "gesetzgeberischen Vorbereitung gesamtdeutscher Wahlen als Vorbereitungsakt zur Schaffung einer gesamtdeutschen Verfassung" und bis zum "Erlaß eines Wahlgesetzes, das allen politischen Parteien die Teilnahme ... ermöglicht." Diese Wahlen haben stattgefunden. Damit ist das KPD-Urteil überholt. Das Urteil wurde faktisch illegal. Auch wenn folgendes nicht geklärt wurde: Es wurde 1956 Chancengleichheit auch für Kommunistinnen

[12] Neues Deutschland, 22. 11. 1990

[13] Organ des Innenministeriums "Innere Sicherheit", Bonn, 1/91

[14] siehe bei Posser "Anwalt im Kalten Krieg", S. 185

und Kommunisten befürwortet, indem das Bundesverfassungsgericht Maßnahmen forderte, "um zu verhindern, daß die Chancengleichheit der wieder zugelassenen Partei durch die Folgen der Vermögensentziehung ernstlich geschmälert würden"; das "muß zu gegebener Zeit von den zuständigen Organen geklärt werden"[15]. Dies wurde durch die Akte der Eingliederung der DDR und durch die Verweigerung einer Volksabstimmung, wie diese der Artikel 146 GG bindend vorschreibt, einfach überspielt.

Man könnte nun folgern, da die Wiedervereinigung wider die Verfassung (es wurde nicht Artikel 146 GG angewandt) und wider die Rechtssprechung des Verfassungsgerichts in Sachen KPD-Urteil (keine echte Chancengleichheit bei der Schaffung des Wahlgesetzes, bei gesamtdeutschen Wahlen, bei der Vermögensregelung für die verbotene KPD, keine Aufhebung des KPD-Verbotsurteils) erfolgte und keine neue Verfassung von einer verfassunggebenden Versammlung geschaffen wurde, ist nunmehr durch Verstoß gegen das Recht eine Rechtsbeugung erfolgt, mit der sich die Bürger abzufinden haben. Diese aber war illegal. Sie ist gegen die Menschenrechte gerichtet, wie besonders die Schicksale der Bürgerinnen und Bürger zeigen, denen mittels KPD-Verbotsurteil schweres Unrecht geschehen ist, das weiterhin in den alten und neuen Bundesländern praktiziert wird.

Voraussetzungen, die das Bundesverfassungsgericht für die Wiedervereinigung forderte und die bisher nicht erfüllt wurden, sind weiterhin anzustreben: Die Chancengleichheit auch für Linke, unter anderem durch Abschaffung der undemokratischen Fünf-Prozentklausel, die Rückgabe des Parteivermögens an die Kommunisten, vor allem die Aufhebung des KPD-Verbotsurteils. Dabei geht es nicht darum, eine Partei mit diesem Namen zu schaffen. Es geht darum, die für die Demokratie unerträglichen Wirkungen des Urteils zu überwinden und den Opfern Gerechtigkeit und Wiedergutmachung widerfahren zu lassen. Im Rahmen einer demokratischen Verfassungsdiskussion sollten alle Relikte des Kalten Krieges aus der Verfassung gestrichen werden, sollte das Verbot des Nazismus und das Gebot der Demokratie zum Ausdruck kommen.

Wie bereits dargelegt, wird international unterzeichnetes Recht durch die herrschende Gewalt im vereinigten Deutschland hintertrieben. Die Völker Europas stehen vor der Gefahr, daß ihnen antidemokratische Ideologien und Praktiken übergestülpt werden, wie diese in den Zeiten des kalten Krieges - und auch zur Spaltung Deutschlands - angewendet wurden. Wir warnen vor solchen Eintrittskarten à la Bundesrecht in ein "Europäisches Haus".

[15] zitiert nach dem Text des am 17. August 1956 in Karlsruhe verkündeten Spruchs des Bundesverfassungsgerichts, lt. "Parlament" vom 29. 8. 1956.

Jörg Hahn

Transformationsproblem und Werttheorie

Zum Dualismus von Werten und Produktionspreisen im "Kapital"

Einleitung: Die Krise der Politischen Ökonomie des Marxismus

Die wissenschaftliche Autorität des Marxismus ist zerstört. Die Mißstände und Fehlentwicklungen in der Welt des realen Sozialismus werden auch der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus angelastet.[1] Die ökonomische Theorie des Sozialismus war nicht mehr als eine Legitimationswissenschaft der jeweiligen Politik.[2] Mit dem Scheitern dieser Politik ist auch die die damit verbundene Theorie zusammengebrochen.

Auch die Kritik der Politischen Ökonomie des Kapitalismus - immer als die Grundlegung des Sozialismus verstanden - ist in einem unbefriedigenden Zustand. Die Kategorien des "Kapital" spielen bei der konkreten Analyse des Kapitalismus praktisch keine Rolle. Für Grundgrößen wie Werte, Mehrwertrate gibt es noch nicht einmal vernünftige Schätzungen. Krassin[3] hat darauf hingewiesen, daß die Arbeiterbewegung keine Alternative zur kapitalistischen Modernisierung entwickelt hat.

In dieser Situation ist ein kritisches Aufarbeiten ("Revision") der Marxschen Theorie,das auch vor bisher als sicher geglaubten Grundlagen nicht halt macht, unausweichlich geworden. Die vorliegende Arbeit will dazu einen Beitrag leisten.

In diesem Papier werden Probleme aus dem "Kapital", auf die schon um die Jahrhundertwende von "bürgerlichen" Ökonomen[4] hingewiesen wurde, erneut aufgerollt. Dabei werden folgende Ergebnisse herausgearbeitet:

1. Das Transformationsproblem ist unterbestimmt.
2. Marx hat nicht eine, sondern zwei Werttheorien aufgestellt. Wissenschaftlich haltbar ist keine der beiden. Die eine ist wirklichkeitsfremd, die andere tautologisch.

Die Konsequenzen für die Marxsche Theorie, die Analyse des Kapitalismus und für Konzeption und Realität des Sozialismus werden dann nur angedeutet. Sie sind ohnehin bereits Gegenstand der Diskussion.

1 Vgl Wygodsky (1989)
2 Wygodsky (1989) spricht sogar davon, "daß wir keine ökonomische Wissenschaft haben."
3 Krassin (1988)
4 Böhm-Bawerk (1896), Bortkiewicz (1906)

Die Transformation von Werten in Produktionspreise im "Kapital"

Im 1. Band des "Kapital" entwickelt Marx, daß der Wert w einer Ware gleich ist der Summe aus konstantem c und variablem Kapital v und dem Mehrwert m.[5] Diese Gleichungen für alle Produktionssphären zusammengestellt ergeben ein Reproduktionsschema:

Reproduktionsschema in Wertgrößen

$$c_i + v_i + m_i = w_i, \quad i = 1, ..., n$$

Ein diesem Schema gehorchendes ökonomisches System wäre nicht lebensfähig, wie Marx im 3. Band des "Kapital" selbst feststellt.[6]. Infolge ungleicher organischer Zusammensetzungen in den verschiedenen Produktionssphären ergäben sich - gleiche Mehrwertraten vorausgesetzt - unterschiedliche Profitraten.

> *"Wir haben also gezeigt: daß in verschiednen Industriezweigen, entsprechend der verschiednen organischen Zusammensetzung der Kapitale ... ungleiche Profitraten herrschen und daß daher auch bei gleicher Mehrwertsrate nur für Kapitale von gleicher organischer Zusammensetzung ... das Gesetz (der allgemeinen Tendenz nach) gilt, daß die Profite sich verhalten wie die Größen der Kapitale und daher gleich große Kapitale in gleichen Zeiträumen gleich große Profite abwerfen... Andererseits unterliegt es keinem Zweifel, daß in der Wirklichkeit, von unwesentlichen, zufälligen und sich ausgleichenden Unterschieden abgesehn, die Verschiedenheit der durchschnittlichen Profitraten für die verschiednen Industriezweige nicht existiert und nicht existieren könnte, ohne das ganze System der kapitalistischen Produktion aufzuheben."*[7]

Der gesellschaftliche Produktions- und Reproduktionsprozeß muß sich also unter Bedingungen vollziehen, die eine einheitliche Profitrate implizieren.

> *"Demgemäß sind die Profitraten, die in verschiednen Produktionszweigen herrschen, ursprünglich sehr verschieden. Diese verschiednen Profitraten werden durch die Konkurrenz zu einer allgemeinen Profitrate ausgeglichen, welche der Durchschnitt aller dieser verschiednen Profitraten ist. Der Profit, der entsprechend dieser allgemeinen Profitrate auf ein Kapital von gegebner Größe fällt,*

5 Hier und im folgenden wird die Notation von Marx übernommen, vgl. MEW 23 p. 226, MEW 25 p. 34:
w Warenwert; c konstantes Kapital; v variables Kapital; m Mehrwert; m' Mehrwertrate,$m' = m/v$; n Anzahl der Produktionssphären; Der Index $i = 1,..., n$ steht für eine Produktionssphäre.
6 Schon beim Abfassen des 1. Bandes des "Kapital" war Marx sich dieses Faktums durchaus bewußt, vgl. MEW 23 p. 234, p. 325. Die entsprechenden Passagen des 3. Bandes wurden schon 1865 niedergeschrieben, vgl. Hilferding (1904) p. 157 f.
7 MEW 25 p. 162

welches immer seine organische Zusammensetzung, heißt der Durchschnittsprofit.[8]"

Als Folge davon weicht der Preis systematisch vom Wert ab.

"Die Preise, die dadurch entstehn, daß der Durchschnitt der verschiednen Produktionssphären gezogen und dieser Durchschnitt den Kostpreisen der verschiednen Produktionssphären zugesetzt wird, sind die Produktionspreise. ... Der Produktionspreis der Ware ist also gleich ihrem Kostpreis plus dem, entsprechend der allgemeinen Profitrate, prozentig ihm zugesetzten Profit oder gleich ihrem Kostpreis plus dem Durchschnittsprofit..."[9]

Für Marx stellt sich das Problem der Verwandlung der Mehrwertrate m' in die Profitrate p', die gleich einer Durchschnittsprofitrate sein muß. Dabei verwandelt sich der Mehrwert m in den Profit p und der Wert w in den Produktionspreis $\bar{\bar{w}}$.

Transformation von Marx

$$m' \rightarrow p'; m \rightarrow p; w \rightarrow \bar{\bar{w}}$$

Diese Transformation führt Marx explizit aus.[10] Dies ergibt ein neues Reproduktionsschema:

Reproduktionsschema nach Transformation von Marx:

$$c_i + v_i + p_i = \bar{\bar{w}}_i \ , \ i = 1, \ldots, n \ , \text{ wobei } p_i = p'(c_i + v_i), \ p' = \frac{\sum_j m_j}{\sum_j c_j + v_j}$$

Bei diesem Schema fällt auf, daß Werte und Preisgrößen gleichzeitig in einer Gleichung vorkommen: Konstantes und variables Kapital, c_i, v_i gehen unverändert als Werte in die Gleichung ein, und Marx bemerkt, daß diese eigentlich als Produktionspreise eingehen müßten - ohne dem allerdings eine besondere Bedeutung beizumessen.

---

8 MEW 25 p. 167

9 MEW 25 p. 167. Der Produktionspreis wiederum ist vom *Marktpreis* zu unterscheiden. Der Produktionspreis ist "das Zentrum, worum sich die täglichen Marktpreise drehen und wozu sie sich in bestimmten Perioden ausgleichen" (MEW 25 p. 188). Auf die Schwankungen des Marktpreises um den Produktionspreis wird hier nicht weiter eingegangen. Wenn im folgenden kurz von "Preis" gesprochen wird, so ist damit immer der Produktionspreis gemeint.

10 MEW 25 pp. 165 ff

"Es ist durch die jetzt gegebne Entwicklung allerdings eine Modifikation eingetreten bezüglich der Bestimmung des Kostpreises der Waren. Ursprünglich wurde angenommen, daß der Kostpreis einer Ware gleich sei dem Wert der in ihrer Produktion konsumierten Waren. Der Produktionspreis einer Ware ist aber für den Käufer derselben ihr Kostpreis und kann somit als Kostpreis in die Preisbildung einer andren Ware eingehn. Da der Produktionspreis abweichen kann vom Wert der Ware, so kann auch der Kostpreis einer Ware, worin dieser Produktionspreis andrer Ware eingeschlossen, über oder unter dem Teil ihres Gesamtwerts stehn, der durch den Wert der in sie eingehenden Produktionsmittel gebildet wird. Es ist nötig, sich an diese modifizierte Bedeutung des Kostpreises zu erinnern und sich daher zu erinnern daß, wenn in einer besondren Produktionssphäre der Kostpreis der Ware dem Wert der in ihrer Produktion verbrauchten Produktionsmittel gleichgesetzt wird, stets ein Irrtum möglich ist. Für unsre gegenwärtige Untersuchung ist nicht nötig, näher auf diesen Punkt einzugehen."[11]

Konstantes und variables Kapital c_i , v_i müßten also durch ihre Preisgrößen $\bar{\bar{c}}_i$,$\bar{\bar{v}}_i$ ersetzt werden.

Zur klaren Unterscheidung von Wert- und Preisgrößen werden im folgenden Preisgrößen durch einen Querbalken gekennzeichnet. Die bei Marx nur als Produktionspreise vorkommenden Größen Produktionspreis, Profit und Profitrate werden also als $\bar{\bar{w}}$, $\bar{\bar{p}}$, $\bar{\bar{p}}'$ geschrieben. Die Wertgrößen, Wert, Mehrwert und Mehrwertrate, bleiben unverändert w, m, m', während die entsprechenden Größen in Produktionspreisen als $\bar{\bar{w}}$, $\bar{\bar{m}}$, $\bar{\bar{m}}'$ geschrieben werden.[12]

3. Das Transformationsproblem

Die Transformation, die nach obigem Hinweis von Marx eigentlich gemacht werden müßte, lautet:

Transformationsproblem (Transformation mit Hinweis von Marx)

$$m' \rightarrow \bar{\bar{p}}; m \rightarrow \bar{\bar{p}}; w \rightarrow \bar{\bar{w}}; c \rightarrow \bar{\bar{c}}; v \rightarrow \bar{\bar{v}}.$$

---

11 MEW 25 p. 174

12 Bei Marx sind nur Mehrwert und dessen Preisausdruck, der Profit, begrifflich klar unterschieden und mit unterschiedlichen Variablennamen (m, p) versehen. In der hier verwendeten Notation ist $\bar{\bar{m}} = \bar{\bar{p}}$, der Mehrwert in Produktionspreisen ist gleich dem Profit, wogegen die Mehrwertrate in Produktionspreisen,

$$\bar{\bar{m}}' = \frac{\bar{\bar{m}}}{\bar{\bar{v}}} \quad \text{und die Profitrate,} \quad \bar{\bar{p}}' = \frac{\bar{\bar{p}}}{\bar{\bar{c}} + \bar{\bar{v}}} \quad ; \text{verschieden sind.}$$

Das Ergebnis wäre ein Reproduktionsschema ausgedrückt ausschließlich in Produktionspreisen:

$$\bar{c}_i + \bar{v}_i + \bar{p}_i = \bar{w}_i\ ,\quad i = 1, \dots, n\ ,\ \text{wobei}\ \bar{p}_i = \bar{p}'(\bar{c}_i + \bar{v}_i),\quad \bar{p}' = \frac{\sum_j \bar{p}_j}{\sum_j \bar{c}_j + \bar{v}_j}$$

Neu hinzugekommen sind die Unbekannte $\bar{c}_i, \bar{v}_i$ - ohne daß sich die Anzahl der Bedingungen geändert hat. Die Transformation von Werten nach Produktionspreisen ist *unterbestimmt*! Damit wird die Transformation zum Problem, zum "Transformationsproblem".[13]

Die Kontroverse um das Verhältnis von Werten und Preisen hatte - ausgelöst durch eine Bemerkung von Engels im Vorwort des 2. Bandes des "Kapital"[14] - schon begonnen, bevor Marx' "Lösung" im 3. Band veröffentlicht wurde.[15] Die - auch heute noch - klassische Kritik stammt von Böhm-Bawerk.[16] Einen mathematischen Lösungsansatz hat Bortkiewicz[17] gegeben und damit die folgende Diskussion[18] wesentlich geprägt.

Alle in der Literatur angegebenen "Lösungen" werden als unbefriedigend empfunden.[19] Um die Transformation ausführen zu können, wird zusätzliche Information über die stoffliche Zusammensetzung (technologische oder Input-Koeffizienten) des konstanten und variablen Kapitals und des Mehrwerts in den einzelnen Produktionssphären angenommen. Die Preise werden dann so bestimmt, daß genau die Waren gemäß der stofflichen Zusammensetzung gekauft werden können. Ein Rückgriff auf Wertgrößen ist

13 Im Unterschied zur hier vorgelegten Arbeit stellen andere Autoren das Transformationsproblem als *überbestimmt*. dar, vgl. Blaug (1985) p. 232.

14 MEW 24 p. 26

15 Eine Liste der wichtigsten Beiträge dieser frühen Debatte findet sich in Meixner/Turban (1974) p. 12 f.

16 Böhm-Bawerk (1896)

17 Bortkiewicz (1906)

18 Bibliographien finden sich in Meixner/Turban (1976) p. 204 ff und Accardo (1977). Letzterer nennt allein ca. 150 Veröffentlichungen. Für einen kurzen Überblick vgl. etwa Glombowski (1977).

19 Bei den "Lösungen" weicht z.B. die Summe der Produktionspreise der produzierten Waren von der Summe der Werte ab, oder Gesamtprofit und Gesamtmehrwert stimmen nicht mehr überein. Dieser Widerspruch löst sich auf, wenn beachtet wird, daß Wert und Produktionspreis von verschiedener Dimension sind, also (zunächst) gar nicht miteinander verglichen werden können, vgl. Morishima (1973) p. 73. Weiterhin wird als Mangel empfunden, daß Wert- und Preisschema unterschiedliche Gleichgewichtslösungen besitzen. So kann es vorkommen, daß die Gesamtsumme der Löhne (in Produktionspreisen) größer ist als die Summe der Lohngüter, während die Gesamtsumme des variablen Kapitals (in Werten) noch mit der Summe der Lohngüter übereinstimmte, vgl. SOPO-Ökonomiekommission (1978) p. 81, Samuelson (1971) p. 416. Dem muß entgegengehalten werden, daß für einen realen Reproduktionsprozeß, der stofflich im Gleichgewicht ist, nur das Schema, auf dessen Basis sich die Austauschbeziehungen vollziehen, im Gleichgewicht sein muß.

nicht erforderlich, das Preisschema erweist sich als unabhängig von den Werten.[20]

Ein solches Vorgehen kann natürlich nicht akzeptiert werden.[21]. Es ist unzulässig, ein unterbestimmtes System durch zusätzliche, willkürliche[22] Bedingungen aufzustocken, und es ist nicht verwunderlich, wenn diese Zusatzbedingungen die Lösung determinieren.

Damit bleibt eine Lücke zwischen Werten und Produktionspreisen, ein Zurückführen der Produktionspreise auf die Wertebene ist nicht möglich. Dieses Dilemma gebietet, die Größen, die da transformiert werden sollen, zu hinterfragen.

4. Die Marxsche Werttheorie

Marx bestimmt den Wert einer Ware durch die darin materialisierte abstrakt menschliche Arbeit:

> *Ein Gebrauchswert oder Gut hat also nur einen Wert, weil abstrakt menschliche Arbeit in ihm vergegenständlicht oder materialisiert ist. Wie nun die Größe seines Wertes messen? Durch das Quantum der in ihm enthaltenen "wertbildenden Substanz", der Arbeit... Die Arbeit jedoch, welche Substanz der Werte bildet, ist gleiche menschliche Arbeit...*[23]
>
> *Arbeit ist einerseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im physiologischen Sinn, und in dieser Eigenschaft gleicher menschlicher oder abstrakt menschlicher Arbeit bildet sie den Warenwert.*[24]

Diese "Abstrakt menschliche Arbeit" ist das Ergebnis einer Reduktion der qualitativ verschiedenen konkreten Arbeiten.

> *Komplizierte Arbeit gilt nur als potenzierte oder vielmehr multiplizierte. einfache Arbeit, so daß ein kleineres Quantum komplizierter Arbeit gleich einem*

20 Vgl. Samuelson (1971) p. 400, p. 419 f oder Napoleoni (1974) p. 201 - 212, hier nach Glombowski (1977) p. 15.

21 Dieser Einwand deckt sich mit einer Sichtweise des Transformationsproblems, wie sie etwa von Katzenstein (1978) p. 115 vertreten wird. Dieser versteht die Transformation von Werten nach Preisen als Ergebnis einer Kapitalwanderung, d.h. eines Prozesses, in dessen Verlauf sich die stofflichen Proportionen ändern. Historisch ist eine solche Kapitalbewegung allerdings nicht zu belegen, vgl. Böhm-Bawerk (1896) p. 64 f. Samuelson (1971) p. 429 verweist auf die theoretischen Schwierigkeiten, die sich ergeben, wenn die stofflichen Proportionen nicht als konstant angenommen werden.

22 Die Herausbildung der stofflichen Proportionen eines Reproduktionsprozesses ist *nicht* unabhängig von den Preisverhältnissen. Die stofflichen Proportionen vorauszusetzen, heißt die Preisverhältnisse festzulegen. Mit gleichem Recht (der Willkür) könnte man auch $\bar{c}_i = c_i, \bar{v}_i = v_i$ verlangen.

23 MEW 23 p. 53

24 MEW 23 p. 61

größeren Quantum einfacher Arbeit. Daß diese Reduktion beständig vorgeht, zeigt die Erfahrung."[25]

Für diese Reduktion[26] gibt Marx 2 verschiedene "Lösungen" an, und erhält damit 2 unterschiedliche Werttheorien:

1. Werttheorie bei homogener Arbeit oder die Pfannkuchentheorie des Wertes

Wert ← abstrakt menschl. Arbeit ← einfache Arbeit

Die einfachste "Lösung" des Reduktionsproblems, und damit die klassische Arbeitswerttheorie, ergibt sich, indem die qualitative Verschiedenheit der konkreten Arbeiten einfach ignoriert wird ("Dogma der homogenen Arbeit").[27] Krause bezeichnet diese Theorie als "Pfannkuchentheorie", da in ihr "Arbeit sozusagen die Marmelade (ist), mit der die Waren wie Pfannkuchen gefüllt sind"[28]

Jede Arbeitskraft wird als einfache Arbeitskraft vorausgesetzt,

"Der Vereinfachung halber gilt uns im Folgenden jede Art Arbeitskraft unmittelbar für einfache Arbeitskraft, wodurch nur die Mühe der Reduktion erspart wird."[29]

und die Reduktion als überflüssig abgetan.

"Andrerseits muß in jedem Wertbildungsprozeß die höhere Arbeit stets auf gesellschaftliche Durchschnittsarbeit reduziert werden, z.B. ein Tag höherer Arbeit auf x Tage einfacher Arbeit.(19) Man erspart also eine überflüssige Operation und vereinfacht die Analyse durch die Annahme, daß der vom Kapital verwandte Arbeiter einfache gesellschaftliche Durchschnittsarbeit verrichtet."[30]

Die Bedeutung qualifizierter Arbeit wird geringgeschätzt.

"Der Unterschied zwischen höherer und einfacher Arbeit, "skilled" und "unskilled labour", beruht zum Teil auf bloßen Illusionen oder wenigstens Unterschieden, die längst aufgehört haben, reell zu sein und nur noch in traditioneller Konvention fortleben... Übrigens muß man sich nicht einbilden, daß die sogenannte "skilled labour" einen quantitativ bedeutenden Umfang in der Nationalarbeit einnimmt".[31]

---

25 MEW 23 p. 59

26 Es geht hier um die unterschiedliche *Wertbildung* der konkreten Arbeiten. Davon zu unterscheiden ist die unterschiedliche *Entlohnung*, also die unterschiedlichen Werte der betreffenden Arbeitskräfte. Marx betrachtet - indem er gleiche Mehrwertraten voraussetzt - diese beiden Seiten des Reduktionsproblems als gekoppelt, vgl. MEW 25 p. 151.

27 Vgl. Krause (1979)

28 Krause (1979) p. 28

29 MEW 23 p. 59

30 MEW 23 p. 213

31 MEW 23 p. 212 (Fußnote)

Die Voraussetzung homogener Arbeit ist wirklichkeitsfremd. Allein die Einteilung in "höhere" und "einfache" Arbeit übergeht die qualitativen Unterschiede zwischen den konkreten Arbeiten. Unter der Bedingung homogener Arbeit - also unter der Bedingung, daß jeder die Arbeit eines jeden verrichten kann - gibt es keine Notwendigkeit zur Warenproduktion[32]. Erst wenn die Menschen unterschiedliche Geschicklichkeiten herausgebildet haben, sich die einzelnen Tätigkeiten herausdifferenziert haben, kann sich eine Warenproduktion entwickeln. Zur Analyse des Kapitalismus, also einer in höchstem Maße arbeitsteiligen Gesellschaft, ist die Annahme homogener Arbeit völlig untauglich.

2. Werttheorie bei heterogener Arbeit oder die Münchhausentheorie des Wertes



Falls die qualitative Verschiedenheit der konkreten Arbeiten nicht wegdiskutiert werden kann, wird für die Reduktion auf den Wert selbst verwiesen.

"Eine Ware mag das Produkt der kompliziertesten Arbeit sein, ihr Wert setzt sie dem Produkt einfacher Arbeit gleich und stellt daher selbst nur ein bestimmtes Quantum einfacher Arbeit dar."(15)" Die verschiednen Proportionen, worin verschiedne Arbeitsarten auf einfache Arbeit als ihre Maßeinheit reduziert sind, werden durch einen gesellschaftlichen Prozeß hinter dem Rücken der Produzenten festgesetzt und scheinen ihnen daher durch das Herkommen gegeben".[33]

"Die Menschen beziehen also ihre Arbeitsprodukte nicht aufeinander als Werte, weil diese Sachen ihnen als bloß sachliche Hüllen gleichartig menschlicher Arbeit gelten. Umgekehrt. Indem sie ihre verschiedenartigen Produkte einander im Austausch als Werte gleichsetzen, setzen sie ihre verschiedenen Arbeiten einander als menschliche Arbeit gleich."[34]

Die Reduktion, die ursprünglich den Wert erklären sollte, wird über den Wert vorgenommen.[35] Der Wert packt sich am Schopf und zieht sich aus dem Sumpf.[36]

---

32 Es sei denn, andere Faktoren, wie Besitz oder Nichtbesitz von bestimmten Produktionsmitteln, werden als konstitutiv für die Warenproduktion angesehen. Dann ist aber zu begründen, weshalb gerade diese Faktoren *keinen* Einfluß auf die Wertbildung ausüben sollen.

33 MEW 23 p. 59

34 MEW 23 p. 88

35 Mit Blick auf das Konzept der Produktionspreise muß hier natürlich festgestellt werden, daß die Menschen im Austausch ihre Produkte *als Produktionspreise* gleichsetzen. In der Münchhausentheorie ist der Wert also mit dem Produktionspreis identisch (bzw. propor-

Als theoretische Begründung des Wertes kann keine dieser beiden Theorien herhalten: Die eine ist *wirklichkeitsfremd*, die andere *tautologisch*.

5. Gibt es ein Transformationsproblem?

Marx war sich (mehr oder weniger)[37] der Tatsache bewußt, daß Wert und Mehrwert an der Oberfläche der kapitalistischen Gesellschaft *nicht* auftauchen.[38] Empirisch faßbar sind nur die Produktionspreise. Das Problem einer Transformation in Produktionspreise stellt sich nicht. Es gibt nur ein Wertproblem: *Eine von den Produktionspreisen verschiedene Wertebene ist weder theoretisch noch empirisch begründet.*

Der Wert hat höchstens die Bedeutung eines Hidden Parameters.[39] Die Einführung von Hidden Parametern in eine Theorie ist nur zulässig, wenn dadurch die Observablen erklärt werden können und umgekehrt die Hidden Parameter aus den Observablen bestimmt werden können, und wenn die Zahl der Hidden Parameter echt kleiner ist als die Zahl der unabhängigen Observablen.[40]

Die Marxsche Theorie versagt vor allen 3 Aufgaben: Ohne eine quantitative Lösung des Transformationsproblems können die Produktionspreise nicht aus den Werten berechnet werden. Eine Möglichkeit, den Wert zu bestimmen, gibt es höchstens in der Pfannkuchentheorie (durch Zeitmessung), die bereits als wirklichkeitsfremd zurückgewiesen wurde. Jeder Ware ist sowohl ein Wert als auch ein Produktionspreis zugeordnet.

Eine Theorie, die neben den ökonomischen Observablen zusätzlich eine gleiche Zahl von Hidden Parametern benötigt, noch dazu ohne eine Beziehung zwischen diesen beiden aufstellen zu können[41], ist wissenschaftlich nicht haltbar.

tional). Dies ist im Kern die "Lösung" des Transformationsproblems nach Krause (1977) und Picard (1979).

36 Auf diesen Zirkelschluß hat schon Böhm-Bawerk (1896) p. 96 hingewiesen.

37 Diese Einschränkung muß gemacht werden, da Marx außer bei Mehrwert und Profit begrifflich nicht klar zwischen Wertgrößen und Preisgrößen unterscheidet.

38 So Wygodski (1967), hier nach Eberle (1973) p. 19, vgl. auch MEW 25 p. 53, 177.

39 Oder "einer gedanklichen, logischen Tatsache" (Sombart nach MEW 25 p. 903), "einer Hypothese,.., theoretisch notwendigen Fiktion" (Schmidt nach MEW 25 p. 904), "einer Hilfsgröße" (Bortkiewicz (1907) p. 146), "einer rein gedanklichen Konstruktion" (Bernstein (1899) p. 64).

40 Mit einer entsprechenden Zahl von frei anpaßbaren Parametern läßt sich jede Theorie in Übereinstimmung mit der Realität bringen.

41 Sowohl bei der Einführung (MEW 23 p. 59) als auch bei der Verabschiedung (MEW 25 p. 177) des Wertes appelliert Marx an einen "Prozeß hinter dem Rücken" der Beteiligten.

6. Konsequenzen

Die Wertgrößen sind nicht definiert. Der Mehrwert - eine der beiden großen Entdeckungen von Marx, die den Sozialismus als Wissenschaft begründeten[42] - erweist sich als Fiktion. Alle Argumentationen, die damit operieren, sind hinfällig.

Für Marx ist die Mehrwertrate der exakte Ausdruck für den Exploitationsgrad der Arbeitskraft.[43] Die Ausbeutungstheorie stützt sich auf das Dogma von der Arbeit als alleiniger Quelle des Mehrwerts.

> *"Wenn ein Kapital, das prozentig aus $90_c + 10_v$ besteht, bei gleichem Exploitationsgrad der Arbeit ebensoviel Mehrwert oder Profit erzeugte wie ein Kapital, das aus $10_c + 90_v$ besteht, dann wäre sonnenklar, daß der Mehrwert und daher der Wert überhaupt eine ganz andre Quelle haben müßte als die Arbeit und daß damit jede rationelle Grundlage der politischen Ökonomie wegfiele."*[44]

Fakt ist, daß ein Kapital, das prozentig aus $90_c + 10_v$ besteht, ebensoviel Profit erzeugt wie ein Kapital, das aus $10_c + 90_v$ besteht. Der Begriff der Ausbeutung *als ökonomischer Kategorie* ist nicht haltbar.

Mit dem Mehrwert verschwindet auch der von Marx unterstellte Zusammenhang zwischen organischer Zusammensetzung und Profitrate. Ein Fallen der Profitrate - als Folge steigender organischer Zusammensetzung des Kapitals bei gleichbleibender Mehrwertrate - berechnet Marx (implizit)[45] mit der Formel $p' = m'/(1+c/v)$. Gegen diese Argumentation ist zunächst - die Existenz der Wertgrößen einmal unterstellt - einzuwenden, daß diese Formel nicht die richtige Profitrate ausdrückt.[46] Reale Bedeutung hat nur die Profitrate in Produktionspreisen $\bar{p}'$ während die Mehrwertrate m' nur in der imaginären Welt der Werte zu Hause ist. Ohne eine quantitative Lösung des Transformationsproblems kann gar keine Beziehung zwischen diesen beiden aufgestellt werden.

In der realen Welt der Produktionspreise ist die Mehrwertrate $\bar{m}'$ eine abgeleitete - ja konstruierte - Größe. Es gibt keinen Grund, sie als konstant anzunehmen.[47] Eine Änderung der organischen Zusammensetzung ruft

42 So Engels im Anti-Dühring, MEW 20 p.26, und in der Grabrede für Karl Marx, MEW 19 p. 336.

43 Vgl. MEW 23 p. 232

44 MEW 25 p. 158

45 Vgl. MEW 25 p. 221 f. Marx belegt sein Gesetz nur anhand von Zahlenbeispielen.

46 Auf diese Unstimmigkeit hat schon Tugan-Baranowski (1905) p. 174 hingewiesen.

47 Die Marxsche Behauptung, eine Konstanz der Mehrwertraten entspringe aus der Konkurrenz zwischen den Arbeitern, vgl. MEW 25 p. 184, erklärt höchstens, daß die Mehrwertraten zu einer bestimmten Zeit in den verschiedenen Produktionszweigen übereinstimmen, nicht aber, daß diese über die Zeit hinweg unveränderlich sind. Für die Mehrwertrate in Produktionspreisen ist derartiges sicher nicht der Fall: Ein Übereinstimmen in den verschiedenen Produktionszweigen widerspricht direkt der Gleichheit der Profitraten, und Samuelson (1972) p. 53 ff konstatiert, daß bei Einsatz neuer Technologien mit höherer organischer Zusammensetzung die Mehrwertrate $\bar{m}'$ steigt.

keinen tendenziellen Fall der Profitrate hervor.[48] Damit wird eine Säule vieler Krisentheorien[49] gekappt und Marx' Schlußfolgerung, die historische Beschränktheit der kapitalistischen Produktionsweise[50] ist nicht begründet.

Der Glaube an die Arbeitswerttheorie hat die Suche nach den ökonomischen Mechanismen der Preisbildung versperrt. Die einfache Tatsache, daß ohne Markt gar keine Preise bestimmt werden können, ist unter der Marxschen Theorie verschüttet gegangen. Die Nichtanerkennung des Sozialismus als warenproduzierender Gesellschaft und die Nichtbeachtung ökonomischer Mechanismen der Preisbildung haben in der Praxis der sozialistischen Länder zur willkürlichen Festsetzung der Preise geführt.[51]

Im Lohnsystem des Sozialismus hat das "Dogma der homogenen Arbeit" seinen adäquaten Niederschlag gefunden. Die Gleichmacherei in der Lohngestaltung hemmt die Entwicklung der Produktivität.[52] Die Geringschätzung qualifizierter Arbeit führt zu so fatalen Erscheinungen, daß Arbeiter, die sich weiterqualifizieren, dann doch in ihrem alten Beruf weiterarbeiten, weil sie dabei besser verdienen.

Voluntarismus bei der Preis- und Egalitarismus in der Lohnpolitik - in Verbindung mit administrativer Gängelung und bürokratischer Schlamperei - haben die Länder des Sozialismus bis an den Rand des ökonomischen Zusammenbruchs gebracht. Die Gründe sind bereits angelegt in den Grundlagen der Theorie bei Marx.*

Literatur

G. Accardo, : Ein Verzeichnis von Veröffentlichungen zum Transformationsproblem, Mehrwert 13, pp. 191 - 202 (1977).

A. Aganbegjan, Das wäre kein Kommunismus geworden, sondern Gleichmacherei, Interview in Volkszeitung v. 18.9.87.

E. Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Erstauflage Stuttgart 1899; hier zitiert nach der 8. Auflage, Berlin, Bonn 1984.

M. Blaug, Economic theory in retrospect, Cambridge 1985.

E. Böhm-Bawerk, Zum Abschluß des Marxschen Systems, ursprünglich in: Staatswissenschaftliche Arbeiten, Festschrift für Karl Knies, pp. 87 - 105, Berlin 1896; hier zitiert nach dem Nachdruck in: Eberle (1973).

L. v. Bortkiewicz, Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System, ursprünglich in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 23 pp. 1 - 50 (1906),25 pp 10 - 51 (1907), 25 pp. 445 - 488 (1907); hier zitiert nach dem Nachdruck in: Meixner/Turban (1976).

48 Darauf hat schon Tugan-Baranowski (1905) p. 187 aufmerksam gemacht.

49 Zur Diskussion um den Zusammenhang von tendenziellem Fall der Profitrate und Krisentheorie vgl. etwa PROKLA et al. (1986).

50 Vgl. MEW 25 p. 252, 270

51 Zu den Paradoxien des Preissystems in der Sowjetunion vgl. etwa Aganbegjan (1987).

52 Vgl. Ryshkow (1986) p. 360.

* Der Beitrag wurde von August - Dezember 1989 verfaßt (Anmerkung der Redaktion)

F. Eberle (Hrsg.), Zur methodischen Bedeutung des 3. Bandes des "Kapital", Frankfurt/M 1973.

J. Glombowski, Eine elementare Einführung in das Transformationsproblem, Mehrwert 13, pp. 3 - 43 (1977).

R. Hilferding, Böhm-Bawerks Marx-Kritik, ursprünglich in: M. Adler, R. Hilferding (Hrsg.), Marx-Studien, Erster Band, Wien 1904; hier zitiert nach dem Nachdruck in: Eberle (1973).

R. Katzenstein, Noch einmal zum Transformationsproblem, SOPO 46 pp. 115 - 118 (1978).

J. Krassin, Die Arbeiterbewegung auf der Suche nach einer demokratischen Alternative, Blätter f. u. intern. Politik 12/88, pp. 1453 -1467.

U. Krause, Die Logik der Wertform, Mehrwert 13, pp. 143 - 163 (1977).

U. Krause, Elemente einer multisektoralen Analyse der Arbeit, in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorieh 13, pp. 15 - 53, Frankfurt 1979.

H. Meixner, M. Turban (Hrsg.), Die Marx-Kritik der Österreichischen Schule der National-Ökonomie, Etappen bürgerlicher Marx-Kritik Bd. 1, Lollar/Gießen 1974.

H. Meixner, M. Turban (Hrsg.), L. v. Bortkiewicz, Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System, Etappen bürgerlicher Marx-Kritik Bd. 2, Gießen 1976.

M. Morishima, Marx's Economics, Cambridge 1973.

C. Napoleoni, Ricardo und Marx - Studien über soziale Bedeutung und formale Probleme wirtschaftswissenschaftlicher Theoriebildung, Frankfurt a. M. 1974.

R. Picard, Gibt es ein Transformationsproblem?, in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie 13, pp. 54 - 68, Frankfurt 1979.

PROKLA, SPW, SOZIALISMUS, MEMORANDUM, IMSF, Kontroversen zur Krisentheorie, Hamburg 1986.

N. Ryshkow, Über die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für die Jahre 1986 bis 1990 und für den Zeitraum bis zum Jahr 2000, in: G. Meyer (Hrsg.), Sowjetunion zu neuen Ufern, Düsseldorf, Moskau 1986.

P. A. Samuelson, Understanding the Marxian notion of exploitation: A summary of the so-called transformation problem between Marxian values and competitive prices, Journal of Economic Literatur 9, pp. 399 - 431 (1971).

P. A. Samuelson, The Economics of Marx: An Ecumenial Reply; Journal of Economic Literature 10, pp. 51 - 57 (1972).

SOPO-Ökonomiekommission, Das sogenannte Transformationsproblem, Aspekte des Bortkiewiczschen Erbes, SOPO 46, pp. 80 - 83 (1978).

M. Tugan-Baranowsky, Theoretische Grundlagen des Marxismus, Leipzig 1905.

W. Wygodski, Die Geschichte einer großen Entdeckung, Berlin 1967.

W. Wygodski, Die Marx-Engels-Forschung in der Perestroika, unkorrigiertes Manuskript (1989).

Michael Heinrich

Die Marxsche Werttheorie - mit dem Transformationsproblem erledigt?

Seit über 80 Jahren geistert das sogenannte Transformationsproblem, das Problem der Verwandlung von Wertgrößen in Produktionspreise, durch die Literatur. Ein beträchtlicher Teil der Beiträge benutzte Methoden der linearen Algebra, so daß sie für mathematisch nicht vorgebildete Leser weitgehend unverständlich blieben. Die ganze Debatte hat sich daher in weiten Kreisen den Ruf einer nutzlosen Spintisiererei zugezogen, die allenfalls der eigenen Profilierung dient.

Allerdings ist die Sache nicht ganz so einfach. Mit der Wert- und Mehrwerttheorie beanspruchte Marx die innere "Kerngestalt" der kapitalistischen Produktionsweise aufzudecken, die "immanenten Gesetze", die die äußerlich sichtbare Bewegung der Kapitale in der Konkurrenz beherrschen. Gelingt nun die Vermittlung der Werttheorie mit der Theorie der Produktionspreise (also der Ebene der Konkurrenz) nicht, so hat sich nicht nur eine einzelne Aussage als falsch erwiesen, dann ist vielmehr das Marxsche Programm der Kapitalismusanalyse gescheitert.

Und genau dies wird auch von vielen Marx-Kritikern mit Verweis auf das Transformationsproblem behauptet. In der etablierten bürgerlichen Ökonomie gehört dieses Argument nicht nur für die professionellen Marxtöter zum Standardrepertoire. Fast jeder Student der Volks- oder Betriebswirtschaften bekommt irgendwann einmal zu hören, daß die Marxsche Arbeitswertlehre bei der Transformation dieser Werte in Preise versagen würde, so daß man bereits aus diesem Grund die Marxsche Wert- und Ausbeutungstheorie ad acta legen könne, was dann in der Regel auch passiert.

Worum geht es nun bei diesem ominösen Transformationsproblem? Im ersten Band des "Kapitals" bestimmte Marx die Wertgröße der Ware durch die zu ihrer Produktion erforderliche gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Dabei geht nicht nur die von den Arbeitern direkt aufgewendete Arbeitszeit ein, sondern auch die in den Rohmaterialien und Produktionsmitteln vergegenständlichte Arbeitszeit, insoweit sich diese bei der Produktion der Ware verbrauchen.

Unter kapitalistischen Verhältnissen legt der Kapitalist für die sachlichen Mittel der Produktion das konstante Kapital c aus. Im Produktionsprozeß fügen die Arbeitskräfte einen bestimmten Neuwert zu. Ein Teil dieses Neuwerts ersetzt dem Kapitalisten die Ausgaben für Löhne (das variable Kapital v), der restliche Teil ist der Mehrwert m. Wird das gesamte konstante Kapital bei der Produktion einer Ware verbraucht, so ist ihr Wert w

gleich c + v + m. Dabei ist c + v gleich dem Kapitalvorschuß des Kapitalisten, m ist sein Gewinn. Werden Waren zu ihrem Wert verkauft, so hängt der Gewinn nicht von der Größe des vorgeschossenen Kapitals ab, sondern (bei gegebener Mehrwertrate) von der Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte. Zwei gleichgroße Kapitale, die aber eine unterschiedliche Anzahl von Arbeitskräften beschäftigen, werden daher auch einen unterschiedlichen Gewinn abwerfen, ihre Profitraten (das Verhältnis von Gewinn zu Kapitalvorschuß) wären verschieden.

Bereits im ersten Band des "Kapitals" hält Marx fest, daß die augenscheinliche Erfahrung der kapitalistischen Wirklichkeit diesem Ergebnis der Werttheorie widerspricht (MEW 23, S.325). Die Profite der verschiedenen Kapitale sind nicht proportional zur Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte, sondern zur Kapitalgröße. Die einzelnen Kapitale erzielen in der Regel eine annähernd gleiche Profitrate. Die Kapitalisten eignen sich somit nicht den von ihren Arbeitskräften produzierten Mehrwert, sondern einen der Kapitalgröße proportionalen Durchschnittsprofit an. Unter diesen Umständen müssen aber auch die Preise der kapitalistisch produzierten Waren (Marx nennt sie Produktionspreise) von ihren Werten abweichen. Die Verwandlung der Werte in Produktionspreise und des Mehrwerts in Durchschnittsprofit muß nun erklärt werden.

Marx versucht eine solche Erklärung im dritten Band des "Kapitals". Da das Kapital stets nach der maximalen Profitrate strebt, wandert es aus Sphären mit niedriger Profitrate in solche mit einer hohen Profitrate. Aufgrund dieser Wanderung vermehren sich in den Branchen mit hoher Profitrate die Anbieter, was dazu führt, daß dort die Preise sinken und sich der realisierte Profit vermindert. Genau das Umgekehrte spielt sich in den Branchen mit niedriger Profitrate ab, so daß sich die unterschiedlichen Profitraten angleichen.

Daß sich unterschiedliche Profitraten durch die von Kapitalwanderungen bewirkten Preisverschiebungen ausgleichen, war auch schon Smith und Ricardo bekannt. Marx will aber nun auf der Grundlage der Werttheorie die Größe der Durchschnittsprofitrate und der Produktionspreise bestimmen.

Seine Argumentation verläuft dabei folgendermaßen: die Durchschnittsprofitrate p' ist nichts anderes als das Verhältnis des Gesamtmehrwerts M (d.h. der Summe aller von den einzelnen Kapitalien produzierten Mehrwerte) zum gesamten vorgeschossenen Kapital K (d.h. der Summe aller "Kostpreise" c + v der einzelnen Kapitale[1]), also p' = M/K.

Die Produktionspreise, d.h. diejenigen Preise, bei denen alle Kapitale diese Durchschnittsprofitrate erzielen, ergeben sich dann, indem die Kapitalisten auf die Kostpreise c + v den Durchschnittsprofit aufschlagen (beträgt der

1 Der Vereinfachung halber wird vorausgesetzt, daß das gesamte konstante Kapital bei der Produktion verbraucht wird, daß es also kein fixes Kapital gibt.

Kostpreis z.B. 500 Mark, der Durchschnittsprofit 10%, so erfolgt ein Aufschlag von 50 Mark, der Produktionspreis ist dann 550 Mark).

Bei der Marxschen Transformation von Werten in Produktionspreise entstehen die Produktionspreise lediglich durch eine Umverteilung des Mehrwerts entsprechend der Kapitalgröße. Daher folgt, daß der Gesamtmehrwert gleich dem Gesamtprofit und daß die Summe aller Werte gleich der Summe aller Produktionspreise ist. Aufgrund dieser beiden Identitäten glaubte Marx, zumindest bei gesamtgesellschaftlichen Größen (wie z.B. bei der Untersuchung des tendenziellen Falls der Profitrate) weiterhin mit Werten rechnen zu können.

Die Marxsche Erklärung der Transformation von Werten in Produktionspreise leidet aber an einem schwerwiegenden Defekt: in die Berechnung der Produktionspreise geht das konstante und das variable Kapital als *Wertgröße* und nicht als Preisgröße ein. Wäre der Kostpreis wirklich c + v so müßten der Kapitalist seine Produktionsmittel und die Arbeiter ihre Lebensmittel zu Werten kaufen können. Die Verwandlung der Werte in Produktionspreise muß aber alle Branchen erfassen. Die Marxsche Unterstellung, daß die Kostpreise zu Werten in die Berechnung der Produktionspreise eingehen, kann nicht aufrecht erhalten werden. Auch Marx hat bemerkt, daß bei seiner Berechnungsweise ein "Irrtum" möglich ist (MEW 25, S.174), allerdings hat er die Auswirkungen dieses Irrtums gewaltig unterschätzt. Denn um die Produktionspreise in der Marxschen Weise aus Kostpreis und Durchschnittsprofit zu berechnen, müßten die Kostpreise bereits als Produktionspreise bekannt sein. Die Produktionspreise sollen aber gerade erst berechnet werden.

Bereits in den Jahren 1906/7 hat Bortkiewicz auf dieses Problem der Marxschen Argumentation hingewiesen und auch eine Lösung vorgeschlagen: Durchschnittsprofitrate und Produktionspreise müssen gleichzeitig berechnet werden und nicht nacheinander wie bei Marx.

Die Debatte um das Transformationsproblem erhielt in den 60er Jahren durch das einflußreiche Werk Sraffas neuen Auftrieb.[2] Sraffa bezog sich zwar nicht explizit auf das Transformationsproblem, seine Studie knüpfte eher an Gedankengänge Ricardos an (weshalb Autoren, die an Sraffa anknüpften, bald als "Neoricardianer" bezeichnet wurden). Allerdings lieferte Sraffa ein Verfahren zur Berechnung von Produktionspreisen und Durchschnittsprofitrate, das in der Diskussion des Transformationsproblems bald eine zentrale Rolle spielte. Dieses Verfahren kann man folgendermaßen zusammenfassen. Für jede produzierte Warenart wird eine "Produktionsgleichung" aufgestellt, in die auf der linken Seite die (bekannten) Mengen der verwendeten Produktionsmittel sowie deren Produktionspreise und die Durchschnittsprofitrate als Unbekannte eingehen. Der Lohn wird in die Produktionspreise der Lohngüter aufgelöst, die wie

2 Piero Sraffa, Warenproduktion mittels Waren, Frankfurt/M. 1976 (engl. 1960).

Produktionsmittel behandelt werden. Auf der rechten Seite der Gleichung steht der Produktionspreis der betrachteten Ware. Bei n verschiedenen Waren erhält man n solcher Gleichungen. Es gibt aber n + 1 Unbekannte: die n Produktionspreise und die Durchschnittsprofitrate. Die n Gleichungen können aber nur n Unbekannte festlegen, da das System n + 1 Unbekannte enthält, kann noch eine zusätzliche Bedingung formuliert werden. Man kann z.B. fordern, daß die Summe der Werte gleich der Summe der Produktionspreise ist und hat damit eine der beiden oben erwähnten Marxschen Identitäten erfüllt. Allerdings kann nicht mehr als *eine* zusätzliche Bedingung an das Gleichungssystem gestellt werden, d.h. die zweite Marxsche Identität (Summe der Profite gleich Summe der Mehrwerte) wird in der Regel verletzt sein, wenn die erste erfüllt ist.[3]

Die Beziehungen zwischen Werten und Produktionspreisen sind also wesentlich lockerer als bei der Marxschen (fehlerhaften) Transformation. Dies ist nicht ohne Konsequenzen: so sind ohne besonderen Aufwand Fälle konstruierbar, in denen die "Wertprofitrate" (das Verhältnis von Gesamtmehrwert zu Gesamtkapital, das Marx bei der Untersuchung des tendenziellen Falls der Profitrate vor Augen hat) fällt, während die Profitrate des Preissystems steigt.

Der Haupteinwand gegen die Werttheorie lautet nun, daß man zur Berechnung von Produktionspreisen und Durchschnittsprofitrate auf die Kenntnis der Werte verzichten kann. Notwendig ist lediglich die Kenntnis der (physischen) Mengen von Produktionsmitteln, die in die einzelnen Produktionsgleichungen eingehen. Die Werttheorie ist einfach überflüssig. Dieses Argument wird nicht nur von "bürgerlichen" Ökonomen vorgebracht, es wird auch von einer Reihe ursprünglich marxistisch orientierter Ökonomen akzeptiert.[4] Besonders im angelsächsischen Bereich erfreut sich der "analytische" Marxismus, der insbesondere ohne Werttheorie auszukommen glaubt, wachsender Beliebtheit.[5]

3 Wenn Jörg Hahn in seinem ebenfalls in diesem Heft abgedruckten Aufsatz die These formuliert, das Transformationsproblem sei unterbestimmt, so ist diese Aussage nicht gerade neu: daß bei n Waren n Produktionsgleichungen n + 1 Unbekannte nicht vollständig festlegen, ist seit langem bekannt. Allerdings ist die Begründung, die Hahn gibt, mathematisch falsch: indem er nicht nur die Warenwerte w, sondern auch variables Kapital v und konstantes Kapital c transformieren will, glaubt er, zwei neue Unbekannte (die Produktionspreise von c und v) gefunden zu haben. Da aber c und v nichts anderes als die Werte bestimmter Warenbündel (Produktionsmittel und Lebensmittel) sind, sind durch die Transformation der Warenwerte w in Produktionspreise auch die Produktionspreise von c und v festgelegt, so daß es sich gar nicht um zusätzliche Variable handelt. - "Überbestimmt" wird das Transformationsproblem allerdings dann, wenn man fordert, daß beide Marxschen Identitäten erfüllt sein sollen. Dann hat man n + 2 Gleichungen aber nur n + 1 Unbekannte.

4 Vergl. z.B. Ian Steedman, "Marx after Sraffa", London 1977.

5 "Analytischer" Marxismus, weil er sich an das Wissenschaftsverständnis der analytischen Philosophie anlehnt. Vergl. zur Kritik dieser Strömung: Klaus Müller, Analytischer Marxismus. Technischer Ausweg aus der Krise?, in: PROKLA 72, 1988.

In der langen Debatte um das Transformationsproblem, wurden zwar immer wieder neue Ideen eingebracht, an dem grundlegenden Ergebnis, daß zur quantitativen Bestimmung eines Produktionspreissystems die Kenntnis der quantitativen Wertstruktur überflüssig ist, hat sich aber nichts geändert. Allerdings zeigten sich deutlich die Mängel einer lediglich auf quantitative Proportionen abstellenden Darstellung: die Unterscheidung zwischen abstrakter und konkreter Arbeit wird genauso irrelevant wie die Wertformanalyse und die Rolle des Geldes.[6] Diese Momente spielen aber auch bei dem Marxschen Versuch einer Wert-Preis Transformation im dritten Band des "Kapitals" keine Rolle, so daß sich die Frage stellt, ob Marx dort nicht hinter das Problembewußtsein des ersten Bandes zurückfällt.

Insbesondere in der Wertformanalyse und im Kapitel über den Austauschprozeß macht Marx deutlich, daß sich der Wert der Waren nur in der allgemeinen Wertform adäquat ausdrückt, daß der Wert daher auch nicht isoliert als ein Quasi-Substrat existiert, sondern nur in der allseitigen Beziehung der Waren auf das Geld.[7] Daß der Wert nicht an einer einzelnen Ware existiert, ja daß bei einem vereinzelten Produkt nicht einmal von Ware gesprochen werden kann, macht Marx in einem erst vor kurzem in der MEGA veröffentlichten Manuskript besonders deutlich.[8]

Existieren die Werte der Waren aber nur in ihrem Bezug auf Geld, so kann von einem vor dem Austausch fixierten quantitativen Wertsystem, das durch irgendwelche arithmetischen Operationen in ein Produktionspreissystem zu transformieren ist, nicht die Rede sein. Die Transformation von

6 Auf die verschiedenen Ansätze zum Transformationsproblem und ihre Relevanz für die Werttheorie bin ich in einer früheren Arbeit eingegangen (Was ist die Werttheorie noch wert? Zur neueren Debatte um das Transformationsproblem und die Marxsche Werttheorie, in: PROKLA 72, 1988).

7 Vergl. z.B. über die allgemeine Wertform: "Erst diese Form bezieht daher wirklich die Waren aufeinander als Werte oder läßt sie einander als Tauschwerte erscheinen. (...) Es kommt damit zum Vorschein, daß die Wertgegenständlichkeit der Waren, weil sie das bloß 'gesellschaftliche Dasein' dieser Dinge ist, auch nur durch ihre allseitige gesellschaftliche Beziehung ausgedrückt werden kann..." (MEW 23, S.80f) Bereits in den 70er Jahren wurde von Backhaus auf den "monetären" Charakter der Marxschen Werttheorie verwiesen, und hervorgehoben, daß sowohl die Werttheorie der Klassik wie die des Marginalismus prämonetär bleiben (vergl H.-G. Backhaus, Materialien zur Rekonstruktion der Marxschen Werttheorie, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 1, Frankfurt/M 1974). Allerdings ist auch die Marxsche Werttheorie im ersten Band des "Kapitals" keineswegs eindeutig. Sie enthält nicht nur "monetäre" Momente, sondern auch noch Züge einer prämonetären, naturalistischen Theorie des Wertes mit Arbeit als einem Quasi-Substrat. Auf diesen ambivalenten Charakter der Marxschen Werttheorie, die einerseits eine wissenschaftliche Revolution gegenüber der Klassik darstellt, ihr andererseits aber auch verhaftet bleibt, habe ich in "Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen klassischer Tradition und wissenschaftlicher Revolution", Hamburg (VSA), im Erscheinen, hingewiesen.

8 Dort heißt es z.B.: "Ein Arbeitsprodukt für sich isolirt betrachtet, ist also nicht Werth, so wenig wie es Waare ist. Es wird nur *Werth*, in *seiner Einheit* mit andrem Arbeitsprodukt, oder in dem *Verhältniß*, worin die verschiednen Arbeitsprodukte, als Krystalle *derselben Einheit*, der menschlichen Arbeit, einander gleichgesetzt sind." (MEGA II. Abt. Bd.6, S.31)

Werten in Produktionspreise ist dann keine von quantitativen Größen, sondern eine zwischen verschiedenen kategorialen Ebenen der Darstellung. Allerdings verbietet es sich dann auch quantitative Berechnungen der Mehrwertrate oder der organischen Kapitalzusammensetzung für ein bestimmtes Land anzustellen. Als quantitativ bestimmte Größen existieren nur Preise. Die Funktion der Werttheorie liegt nicht darin, Preisbewegungen zu berechnen, sondern die Preisform zu erklären. Daß Arbeitsprodukte überhaupt die Form von Waren, von "Wertgegenständen" annehmen, daß der Wert im Geld eine selbständige Gestalt und als Kapital eine spezifische Bewegungsform erhält, versteht sich keineswegs von selbst. Die bloße Berechnung von Preis- und Profit*größen* ist aber noch lange nicht mit dem Verständnis dessen, was Preis und Profit ist, identisch.[9]

9 Jörg Hahn stellt in seinem Aufsatz die These auf, daß sich bei Marx zwei (gleichermaßen abzulehnende) Werttheorien finden lassen. Was Hahn präsentiert sind aber nicht zwei Werttheorien, sondern zwei Ansätze zur Lösung des Reduktionsproblems, d.h. der Frage, wie komplizierte Arbeit auf einfache Arbeit reduziert wird. (Bereits Hilferding setzte sich in seiner Kontroverse mit Böhm-Bawerk mit der Kritik auseinander, die jetzt von Jörg Hahn wiederholt wird, nachzulesen in dem von F. Eberle herausgegebenen Sammelband "Aspekte der Marxschen Theorie 1", Frankfurt/M 1973). Unterstellt wird aber von Jörg Hahn stets eine substanzialistische Arbeitsmengentheorie des Werts, von der er eine quantitative Transformation in Produktionspreise verlangt. Die monetären Aspekte der Marxschen Werttheorie werden von Hahn dabei völlig außer Acht gelassen. Eine solche Kritik bleibt aber weit hinter dem Stand der Diskussion der Marxschen Werttheorie zurück, wie sie etwa in der oben erwähnten Arbeit von Backhaus aus dem Jahre 1974 oder in den angelsächsischen Diskussionen der späten 70er und 80er Jahre bereits erreicht war (nachzulesen in den beiden Sammelbänden "Value. The Representation of Labour in Capitalism", Essays edited by Diane Elson, London 1979 und "The Value Controversy", London 1981, sowie in vielen Zeitschriftenaufsätzen vor allem in Capital & Class und Science & Society).

Kultur als Überlebensstrategie



Paul Willis

Jugend-Stile

Zur Ästhetik
der gemeinsamen Kultur
Aus dem Englischen
von Thomas Laugstien
200 S., br., DM 24,-

»Die Institutionen der hohen Kultur haben mit dem Leben der meisten Jugendlichen nichts zu tun. In diesem Buch wird gezeigt, daß es im Alltagsleben selbst eine pulsierende symbolische Lebendigkeit und Ausdruckskraft gibt — auch wenn sie meist nicht sichtbar ist oder von oben herab betrachtet wird. Das Leben der Jugendlichen ist voll von Ausdrucksweisen, Zeichen und Symbolen, durch die Individuen und Gruppen ihre Identität und ihre Bedeutung erarbeiten, erforschen und ausprobieren. Das ist die Sphäre der lebendigen, gewöhnlichen Gemeinkultur.«
(Aus dem Vorwort)

Diese Studie, die überkommene Auffassungen dessen, was unter Kultur zu verstehen sei, in Frage stellt, basiert auf einer breit angelegten Forschungsarbeit, die von Paul Willis und seinen Mitarbeitern (Simon Jones, Joyce Canaan und Geoff Hurd) in verschiedenen englischen Städten zwischen 1987 und 1988 durchgeführt wurde. Sie zeigt auf, wie sich die symbolische Kreativität von Jugendlichen in den kulturellen Medien, der Musik, der Mode und im Alltagsleben schlechthin äußert. Sie tritt dem weit verbreiteten Vorurteil entgegen, die Jugendlichen seien kulturlose Wesen, die am liebsten in Fußballstadien Randale veranstalten. Diese selektive Wahrnehmung wird durch Willis' Forschungen auf eindrucksvolle Weise widerlegt.

Das Buch wendet sich an Kultur- und Gesellschaftswissenschaftler, sowie an alle, die im Bereich der Kulturpolitik und/oder mit Jugendlichen arbeiten.

Über den Autor
Paul Willis war von 1968 bis 1982 Mitarbeiter am *Centre for Contemporary Studies* (CCCS) in Birmingham und lehrt jetzt an der »School of Humanities and Social Scienes« in Wolverhampton. In Deutschland bekannt wurde vor allem seine Studie über Formen schulischen Widerstands *(Learning to Labour,* 1977; dt.: *Spaß am Widerstand).* Ferner veröffentlichte Willis Arbeiten über die subversiven Stile in der Jugendkultur *(Profane Culture,* 1978) und zur sozialen Lage der britischen Jugend (*The Youth Report,* 1988).

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Hans-Jürgen Podszuweit

Ist Staatseigentum das Problem?

In der Zeitschrift Z findet eine Diskussion über die optimale Gestaltung eines Wirtschaftssystems unter den Stichworten Markt, Plan, Staat, etc. statt (vgl. Bischoff, vgl Menard, vgl.Goldschmidt). Ein wesentlicher Mangel dieser Diskussion scheint mir, daß die bisherigen Beiträge der bürgerlichen Ökonomie zu diesem Thema kaum verarbeitet werden. Eine Ausnahme stellt der Artikel von Schui dar, der immerhin, aber lediglich abschätzig, auf die bürgerliche Ökonomie Bezug nimmt. Dem stellt sich die These Langes gegenüber : "Wir sollten so vorgehen, wie seinerzeit Marx, der, als er sein ökonomisches System aufbaute, sozusagen das ganze Baumaterial verwertete, das die damalige bürgerliche Ökonomie zu liefern imstande war. Dazu gehören auch gewisse methodologische Errungenschaften der bürgerlichen Ökonomie in Gestalt der Grenznutzenanalyse, ...".(Lange, S. 63)

Der folgende Artikel versucht nun ansatzweise die Ergebnisse der bürgerlichen Ökonomie (Theorie der Wirtschaftssysteme, Wohlfahrtsökonomie, etc.) sowie die Theorie Oskar Langes für die stattfindende Diskussion fruchtbar zu machen. Lange nimmt insofern eine gewisse Sonderstellung innerhalb der marxistischen Ökonomie ein, als er die bürgerliche Ökonomie für die Probleme sozialistischer Wirtschaftsgestaltung nutzbar zu machen suchte.

Optimalitätskriterien für Wirtschaftssysteme

In der bürgerlichen Ökonomie wird zur Erklärung der Wirtschaftssysteme unterschieden zwischen dem Koordinationsproblem und dem Anreizproblem, das sie zu lösen haben.

Das Koordinationsproblem deckt sich weitgehend mit den sogenannten statischen Wettbewerbsfunktionen die in der Ökonomie unter dem Stichwort "Pareto-Optimalität" bekannt sind. Pareto-Optimalität ist definiert als eine Situation, in der niemand mehr bessergestellt werden kann, ohne daß ein anderer schlechter gestellt wird. Im einzelnen ist diese Situation gegeben, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- Tauscheffizienz: Es darf nicht mehr möglich sein, durch Umverteilung der vorhandenen Güter jemanden besserzustellen, ohne jemand anderen schlechter zu stellen. Diese Bedingung ist erfüllt, wenn die Grenzraten der Substitution für alle Haushalte gleich sind.

- Produktionseffizienz: Es darf nicht mehr möglich sein, durch Umverteilung der benutzten Produktionsfaktoren von einem Gut mehr zu produzieren, ohne von einem anderen weniger zu produzieren. Diese Bedingung ist erfüllt, wenn die technischen Grenzraten der Substitution der Produktionsfaktoren in allen Verwendungsarten gleich sind.
- Optimale Produktionsstruktur: Es darf nicht mehr möglich sein, durch Veränderung der Güterangebotsstruktur das Nutzenniveau eines Haushaltes zu verbessern, ohne das eines anderen zu verschlechtern. Es geht also um die "richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen" (Marx, S.93). Diese Bedingung ist gegeben, wenn die Grenzrate der Transformation in der Wirtschaft gleich der (gleichen) Grenzrate der Substitution der Haushalte ist.

Das Konzept der Pareto-Optimalität wird gelegentlich noch um zwei Punkte erweitert:

- Optimales Produktionsvolumen: Hier geht es darum, daß die Entscheidung zwischen Güterversorgung durch Arbeit und Freizeit entsprechend den Präferenzen der Haushalte festgelegt wird. Diese Bedingung ist erfüllt, wenn der (Grenz-)Reallohn gleich der Grenzproduktivität ist.
- Optimales Investitionsvolumen: Hierbei geht es darum, daß das Investitionsvolumen die Präferenzen der Haushalte bezüglich der Abwägung Gegenwarts-/Zukunftskonsum unter Berücksichtigung der technischen Möglichkeiten widerspiegelt.

Die klassische Ökonomie leitet nun ab, daß unter den Bedingungen vollkommener Konkurrenz diese Bedingungen sämtlich erfüllt werden:

- Das Nutzenmaximierungsverhalten der Haushalte führt dazu, daß die Grenzrate der Substitution sich am Güterpreisverhältnis ausrichtet. Wenn Angebot und Nachfrage sich decken, ist damit die Gleichheit der Grenzraten der Substitution aller Haushalte, sprich Tauscheffizienz, gewährleistet.
- Das Gewinnmaximierungsverhalten der Unternehmer bringt diese zur Realisierung der Minimalkostenkombination der Produktionsfaktoren, was bei einheitlichen Faktorpreisen zur Produktionseffizienz führt.
- Das Gewinnmaximierungsverhalten der Unternehmer führt dazu, daß diese die Produktion ausdehnen bis die Grenzkosten dem Preis entsprechen. Dies sorgt für die Gleichheit von Grenzrate der Transformation und Grenzrate der Gütersubstitution, d.h optimale Produktionsstruktur.
- Wenn die Grenzkosten gleich dem Preis sind, entspricht der Reallohn der Grenzproduktivität, d.h das Produktionsvolumen ist optimal.
- Das optimale Investitionsvolumen schließlich soll durch eine Abstimmung der Sparneigung mit den technischen Möglichkeiten, die sich in der Investitionsrentabilität zeigen, über den Zinsmechanismus zustandekommen.

Ausführlichere Darstellungen finden sich in jedem beliebigen Lehrbuch zur Mikroökonomie (Empfehlenswert sind Henrichsmeyer/Gans/Evers sowie Schneider).

An dem Modell vollkommener Konkurrenz ist insbesondere Kritik geübt worden wegen seiner unrealistischen Grundannahmen (Vgl. Kade, S. 148ff.) sowie wegen der Vernachlässigung der dynamischen Wettbewerbsfunktionen.

Freie Marktwirtschaft (Kapitalismus)

Die folgende Kritik kapitalistischer Systeme ist weitgehend nicht neu, scheint mir aber angesichts der Dampfwalze marktradikaler Euphorie, die über Deutschland rollt, dennoch angebracht.

In seiner Schrift "Zur ökonomischen Theorie des Sozialismus" weist O. Lange nach, daß das kapitalistische System eine Reihe von Optimalitätsbedingungen verletzt:

- Ungerechte Einkommensverteilung: "Nur eine sozialistische Volkswirtschaft kann die Einkommen so verteilen, daß ein maximaler Wohlstand erreicht wird. In jedem System mit Privateigentum an den Produktionsmitteln wird die Verteilung der Einkommen durch die Verteilung des Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln bestimmt."(Lange, S. 290). In den Optimalitätskriterien von Pareto wird die Frage der Einkommensverteilung weitgehend ausgeklammert. Lange verbindet nun die Frage der Einkommensverteilung mit wohlfahrtstheoretischen Überlegungen der Maximierung des Gesamtnutzens einer Gesellschaft. Wenngleich der Ansatz interpersoneller Nutzenvergleiche problematisch ist, so ist die Überlegung daß der Grenznutzen einer Einkommenseinheit bei Haushalten mit kleinem Einkommen bedeutend größer ist als bei Haushalten mit großem Einkommen nicht unbedingt abwegig: "Während die einen verhungern, wird den anderen ermöglicht, dem Luxus zu frönen."(Lange, S. 290). Daraus ergibt sich das einkommenspolitische Leitbild einer stärkeren Gleichverteilung.
- Externe Effekte: "Wie Professor Pigou nachgewiesen hat, besteht häufig ein Unterschied zwischen den vom Unternehmer getragenen privaten Kosten und den sozialen Kosten der Produktion. In der Kostenrechnung des Privatunternehmers treten nur diejenigen Posten auf, für die er einen Preis bezahlen muß, während Posten wie der Lebensunterhalt der Arbeitslosen, die entstehen wenn er Arbeiter entläßt, die Fürsorge für die Opfer von Berufskrankheiten und Arbeitsunfällen usw. nicht in diese Rechnung eingehen ... Ein auf dem privaten

Unternehmertum beruhendes Wirtschaftssystem kann die bei der Produktion verwirklichten und geopferten Alternativen nur äußerst unvollkommen in Rechnung stellen."(Lange S.293)

Dies in der neueren Ökonomie unter dem Stichwort externe Effekte diskutierte Problem (vgl. Claassen) droht z.B. in Gestalt der Umweltverschmutzung die Lebensgrundlagen der Menschheit zu gefährden.

- Konjunkturzyklus: Keynes hat nachgewiesen, daß dem Kapitalismus nicht, wie von der klassischen Theorie behauptet, eine Tendenz zur Vollbeschäftigung eigen ist, sondern daß ein Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung möglich ist. In der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung lassen sich Konjunkturzyklen beobachten, die periodisch Arbeitslosigkeit, unausgelastete Kapazitäten, kurz gesellschaftliche Vergeudung produzieren. Hierfür gibt es unterschiedliche Erklärungsansätze (nichtmarxistische Modelle stellt Assenmacher vor). Bei den meisten scheint aber durch, daß der Konjunkturzyklus mit dem System dezentraler Selbstregulierung privater Unternehmen, die auf Rentabilität ausgerichtet sind, zusammenhängt.
- Vermachtung der Märkte: "Das tatsächlich vorhandene kapitalistische System ist jedoch keines mit vollkommener Konkurrenz; in ihm herrschen vielmehr oligopolistische und monopolistische Konkurrenz vor."(Lange, S. 295) Solche Unternehmen aber haben Preissetzungsspielräume mit der Folge, daß die Grenzkosten nicht gleich dem Preis sind. Die Bedingungen der Pareto-Optimalität (optimale Produktionsstruktur, optimales Produktionsvolumen) werden somit permanent verletzt, ganz abgesehen von den Wirkungen auf die Einkommensverteilung.

Eine Rückkehr zur polypolistischen Konkurrenz wäre jedoch auch problematisch: "Dies könnte nur um den Preis der Aufgabe der Großproduktion und der ökonomischen Errungenschaften der Massenproduktion erreicht werden, die damit zusammenhängen." (Lange, S. 303)

- Hemmung des technischen Fortschritts: "Die wahre Streitfrage ist, ob das Weiterbestehen des kapitalistischen Systems mit dem wirtschaftlichen Fortschritt vereinbar ist oder nicht."(Lange, S. 297) Lange begründet seine Skepsis folgendermaßen: Technische Innovationen führen zur Entwertung des bereits eingesetzten alten Kapitals. Obwohl der Einsatz neuer Technik aus gesellschaftlicher Perspektive effizient sein kann, kann er trotzdem - insbesondere von Monopolen - im Interesse des Erhalts der bestehenden Kapitalwerte unterbunden werden.(vgl. Lange, S. 69ff.) Langes Argumentation scheint mir in diesem Punkt etwas fragwürdig. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang eine andere Überlegung darlegen. In der ökonomischen Literatur wird die freie Konkurrenz bisweilen als "Schlafmützenkonkurrenz" kritisiert. Innovationen ,die mit Entwicklungskosten verbunden sind, würden unter der Annahme vollkommener Konkurrenz, d.h. sofortiger zahlreicher Imitation durch Unternehmen, die

diese Entwicklungskosten nicht haben, nicht im Preis vergolten, wären also ein Verlustgeschäft. Der Anreiz zu technischem Fortschritt wäre mithin gering. Diese Überlegung führt zur Befürwortung des zumindest zeitweisen Aufbaus von Monopolpositionen für den Innovator, was sich z.B im Patentrecht niederschlägt. Somit besteht ein Widerspruch zwischen statischen Wettbewerbsfunktionen, die die freie Konkurrenz erfüllt, und dynamischen Wettbewerbsfunktionen, die Monopole oder Oligopole besser erfüllen. Dieser Widerspruch scheint mir auf privatwirtschaftlicher Basis nicht lösbar. Diese Kritik ließe sich um weitere Punkte ergänzen (Marxsche Entfremdungstheorie, Haugs Kritik der Warenästhetik, Probleme regionaler Wirtschaftsstruktur etc.).

"Realsozialistische" Wirtschaftssysteme - Beispiel DDR

Eine Kritik der "realsozialistischen" Wirtschaftssysteme hat nicht nur den Zweck, sich mit Befürwortern eines Systems naturaler Zentralplanung auseinanderzusetzen, sondern vor allem den, aus einer konkreten Kritik dieser Systeme Schlußfolgerungen für die Gestaltung eines optimalen Wirtschaftssystems zu gewinnen: "Der gescheiterte welthistorische Versuch muß auf die Dauer keine Bürde sein, sondern er könnte vor allem das Lehrmaterial dafür liefern, wie eine neue sozialistische Alternative nicht mehr aussehen kann."(Jung, in: Z 6, S. 20).

Funktionsweise und Probleme der "realsozialistischen" Planwirtschaften seien im folgenden anhand des Wirtschaftssystems der DDR illustriert (Einen Überblick über die anderen "realsozialistischen" Systeme gibt Schlüter, zu neueren Entwicklungen in diesen Ländern vgl. Bolz). Ich referiere dabei weitgehend Thieme.

Der Großteil der Produktionsmittel in der DDR war staatliches Eigentum neben einem genossenschaftlichen und einem schmalen privatwirtschaftlichen Sektor. Die Wirtschaftsentwicklung wurde in einem zentralen , naturalen Volkswirtschaftsplan festgelegt:

Zunächst wurden auf der Basis von Prognosen und anderen Informationen die erwarteten Bedürfnisse ermittelt, bewertet und in einer Rangskala geordnet. Dies war Grundlage der Erarbeitung eines ersten Planentwurfs, der von der staatlichen Plankommission erarbeitet wurde. Dieser wurde in einem langwierigen Prozeß nach unten, bis zu den Betrieben, konkretisiert, dort diskutiert, oben korrigiert und dann verbindlich wieder für die Betriebe konkretisiert.

Die Abstimmung der Unternehmen aufeinander wurde erreicht, indem die Aufkommens- und Bedarfsmengen der Unternehmen mittels naturaler Bilanzen gegenübergestellt wurden, sowie durch Vorverträge der Unternehmen untereinander. Da es zu komplex war, für alle Güter Mengen zu

planen, wurde zu Gütergruppen aggregiert, so daß es unkoordinierte Entscheidungsspielräume der unteren Instanzen gab.

Dieses System naturaler Planung wurde durch ein System monetärer Planung ergänzt, die durch ein einstufiges Bankensystem realisiert wurde.

Die Preisfestsetzung erfolgte weitgehend nach der Arbeitswerttheorie mit sozialpolitischen Korrekturen.

Als Anreizmittel diente ein Prämiensystem. Die Höhe der Prämie hing vom Planerfüllungsgrad und vom Gewinn ab.

Probleme des Koordinationssystems:

- Aufgrund der Komplexität der naturalen Planung und des dadurch bedingten langwierigen Verfahrens zeigte das System eine geringe Anpassungsflexibilität bezüglich technischer oder Bedarfsänderungen sowie zur Korrektur von Planungsfehlern.
- Aufgrund der unkoordinierten Handlungsspielräume der Betriebe bei der Mengenplanung kam es zu Disproportionalitäten (Lieferengpässe etc.).
- Aufgrund der Preisstarrheit und falschen Preisbestimmung verloren die Preise ihre Informationsfunktion als Knappheitsanzeiger und ihre Koordinierungsfunktion von Angebot und Nachfrage (Warteschlangen etc.).

Probleme des Anreizsystems:

- Aufgrund der Abhängigkeit der Prämie vom Planerfüllungsgrad gab es eine Tendenz der unteren Instanzen, "weiche" Pläne durchzusetzen, was ihnen aufgrund von Informationsvorsprüngen bisweilen gelang.
- Da eine hohe Planerfüllung meist zu einer Erhöhung der Planvorgaben in der nächsten Periode führte, gab es eine Tendenz zu mäßiger Planerfüllung, was auch negativ auf den Anreiz zu technischen Neuerungen wirkte.
- Aufgrund der Lieferengpässe wurden in den Betrieben nicht selten Vorräte an Ressourcen angelegt, was den Zwang zu effizientem Ressourceneinsatz abschwächte.
- Die Erfolgskennziffer Gewinn verlor aufgrund der Unzulänglichkeiten des Preissystems viel von ihrer Anreiz- und Lenkungsfunktion.

Die Hauptprobleme dieses Systems scheinen mir alles in allem nicht im Staatseigentum an den Betrieben begründet, sondern in

- dem Mangel an politischer Demokratie,
- der Methode der naturalen Zentralplanung,
- dem falschen Preissystem.

Arbeiterselbstverwaltung

Wenn ich Bischoff/Menard richtig verstehe, schlagen sie ein System der Arbeiterselbstverwaltung plus staatlicher Rahmenplanung und Investitionssteuerung vor. Staatseigentum wird jedenfalls abgelehnt: "Staatseigentum an den Produktionsmitteln und Demokratisierung der Produktion schließen sich aus."(Bischoff/Menard, S. 18) Statt dessen wird Belegschaftseigentum favorisiert:

"Es ist also durchaus möglich, daß Unternehmen, die im Besitz ihrer Belegschaften sind (wobei eine Vielzahl von Eigentumsformen denkbar ist), auf den jeweiligen Märkten in Wettbewerb treten, ohne daß sich die negativen Resultate einer überwiegend auf kapitalistischer Gewinnsteuerung basierenden Ökonomie durchsetzen."(Bischoff/Menard, S. 57)

Jung (Z 4, S. 185) und Goldschmidt (S.57) weisen m.E. zurecht darauf hin, daß die Konzeption einer Arbeiterselbstverwaltung an den jugoslawischen Erfahrungen nicht vorbeigehen kann. Daher soll hier eine weitgehend der bürgerlichen Ökonomie entnommene Kritik des jugoslawischen Wirtschaftssystems dargestellt werden (vgl. Leipold und Hamel).

Trotz teilweise unklarer Eigentumverhältnisse in Jugoslawien befinden sich die Betriebe weitgehend in der Verfügung der jeweiligen Belegschaften. Diese, bzw. ihre gewählten Vertreter bestimmen über Produktion, Investition, Beschäftigung etc. Der Überschuß der Erlöse über die Kosten (wobei Löhne nicht als Kosten zählen) stellt das Einkommen der Beschäftigten dar. Dieses wird teils über ein Punktesystem (Ausbildung, Leistung, Betriebszugehörigkeitsdauer etc.) auf die einzelnen Beschäftigten verteilt und wandert zum anderen Teil in einen Fonds für Investitionen, Soziales etc.

Das jugoslawische System der Arbeiterselbstverwaltung weist eine Reihe von Problemen auf:

- Empirisch ist es durch hohe Arbeitslosigkeit (1987: 16 v.H.) und hohe Inflationsraten (Mitte der 80iger Jahre nahezu 100%) gekennzeichnet.
- Aufgrund des oben beschriebenen Einkommenssystems vereinheitlicht der Arbeitsmarkt den Lohnsatz nicht. Dies wirft neben der Beeinträchtigung horizontaler Einkommensgerechtigkeit auch allokationstheoretische Probleme auf .Das Fehlen einer einheitlichen Bewertung des Faktors Arbeit führt dazu, daß die Wertgrenzproduktivität der Arbeit nicht in allen Verwendungsarten gleich ist, somit die Grenzrate der Transformation nicht gleich der Grenzrate der Gütersubstitution ist, was die Bedingungen für Pareto-Optimalität verletzt.
- In der Literatur wird die These eines anormalen Angebotsverhaltens selbstverwalteter Betriebe diskutiert. Geht man vom Streben der Betriebe nach maximaler "Arbeiterrentabilität" (Einkommen pro Beschäftigten) aus, so läßt sich zeigen, daß die Betriebe auf Preissteigerungen mit Produktionseinschränkungen und auf Preissenkungen mit

Produktionssteigerungen reagieren. Das würde gravierende Optimalitätsprobleme aufwerfen, ist aber empirisch nicht bestätigt worden.

- Beobachtet wurde vielmehr eine starre Beschäftigungspolitik der Betriebe, die die hohe Arbeitslosigkeit erklärt: Da ein zusätzlicher Arbeiter erst eingestellt wird, wenn sein Wertgrenzprodukt dem bisherigen Durchschnittseinkommen entspricht, und da neu eingestellte Arbeiter von den Früchten der vorausgegangenen Investitionen profitieren, ohne dazu beigetragen zu haben, sind die Betriebe in der Einstellungspolitik sehr zurückhaltend. (Das letztgenannte Problem wird durch eine Niedrigeinstufung neuer Arbeiter mittels des Punktsystems abgeschwächt). Die Produktionsanpassungen vollziehen sich daher hauptsächlich über eine Steigerung des Kapitaleinsatzes, was die überhohe Kapitalausstattung der Betriebe in Jugoslawien erklärt.
- "Für Jugoslawien sind ferner die vorwiegend oligopolistischen und monopolistischen Marktstrukturen zu beachten."(Thieme, S. 48)
- Schließlich überwindet das Modell der Arbeiterselbstverwaltung eine Reihe von Schwächen des Kapitalismus nicht: Entfremdungsproblem, Problem der externen Effekte, Tauschwertorientiertheit der Produktion und makroökonomische Instabilitäten.

Oskar Langes Modell

Oskar Lange hat schon 1936 in Abhebung vom Modell naturaler Zentralplanung und in Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ökonomie ein Modell entwickelt, das Schneider als "Marktsozialismus" (S.110) bezeichnet. Sehr grob vereinfacht handelt es sich um ein Modell staatlicher Simulation der vollständigen Konkurrenz.

Die Eigentumsstruktur dieses Modells ist dadurch gekennzeichnet, daß sich die Betriebe vorwiegend in "Gemeineigentum der Gesellschaft" (Lange, S. 272) befinden. Ausnahmen sind in der Kleinindustrie und der Landwirtschaft vorgesehen.

Lange geht davon aus , "daß die Freiheit der Konsumwahl und die freie Wahl des Arbeitsplatzes gewährleistet sind ... In dem derart beschriebenen sozialistischen System haben wir einen echten Markt ... für Konsumgüter und Arbeitsleistungen."(Lange, S. 270f.)

"Die Preise ... werden durch die Bedingung bestimmt, daß die nachgefragte Menge jeder Ware gleich der angebotenen Menge ist."(Lange, S. 271) Diese Festsetzung der Preise durch den zentralen Planungsausschuß erfolgt in einem vielschrittigen Prozeß von Tastversuchen: "Wenn die nachgefragte Menge einer Ware nicht gleich der angebotenen Menge ist, muß der Preis dieser Ware verändert werden. Er muß erhöht werden, wenn die Nachfrage das Angebot übersteigt, und gesenkt, wenn das Umgekehrte der

Fall ist."(Lange, S. 280) Dieses Verfahren sichert die Gleichheit der Grenzraten der Gütersubstitution der Haushalte und damit Tauscheffizienz.

Etwas anders funktioniert der Austausch von Produktions- und Investitionsgütern. Nach Lange soll es nämlich hierfür keinen echten Markt geben. Die Abstimmung soll durch ein System von staatlich festgesetzten "Verrechnungspreisen" erfolgen. Diese sollen - analog dem Konsumgütersektor - durch permanente Tastversuche so festgelegt werden, daß Angebot und Nachfrage sich decken.

"Die Entscheidungen der Produktionsleiter sind nicht mehr nach dem Ziel der Profitmaximierung ausgerichtet. Statt dessen werden ihnen von der Zentralen Planungskommission bestimmte Regeln vorgeschrieben ... Eine Regel muß die Entscheidung für eine Faktorkombination vorschreiben, die die durchschnittlichen Produktionskosten minimiert. Diese Regel führt dazu, daß die Grenzproduktivität derjenigen Faktormenge, die eine Geldeinheit wert ist, für alle Faktoren gleich ist."(Lange, S. 273) Somit wird Produktionseffizienz gewährleistet.

"Eine zweite Regel bestimmt den Umfang des Outputs dadurch, daß sie vorschreibt, daß der Output so festgelegt werden muß, daß die Grenzkosten gleich dem Preis des Produkts sind. Diese Regel betrifft zwei Personenkreise. Zunächst richtet sie sich an die Fabrikleiter und bestimmt auf diese Weise den Umfang des Outputs jeder Fabrik und zusammen mit der ersten Regel deren Nachfrage nach Produktionsfaktoren. ...

Der Gesamtoutput einer Industrie muß noch bestimmt werden. Dies geschieht dadurch, daß die zweite Regel auch den Leitern eines gesamten Industriezweiges ... als Prinzip vorgeschrieben wird, an das sie sich bei der Entscheidung darüber zu halten haben, ob eine Industrie (durch Bau neuer Betriebe oder Vergrößerung alter) ausgebaut oder (durch Nichtersetzung abgenutzter Betriebe) geschrumpft werden soll."(Lange, S. 273) Hierdurch wird optimale Produktionsstruktur und optimales Produktionsvolumen realisiert.

Ein solches System würde die Koordinationsprobleme naturaler Zentralplanung vermeiden: "Ebensowenig würde der zentrale Planungsausschuß Hunderttausende von Gleichungen (wie Professor Hayek erwartet) oder gar Millionen von Gleichungen (wie Professor Robbins meint) zu lösen haben."(Lange, S. 281)

Da es keinen herkömmlichen Kapitalmarkt gibt, bestimmt die demokratisch kontrollierte Planungszentrale die Akkumulationsrate über eine Festlegung des Zinssatzes: "... der Zinssatz wird einfach durch die Bedingung bestimmt, daß die Nachfrage nach Kapital gleich dem vorhandenen Angebot ist. ... Langfristig jedoch kann die Kapitalmenge durch Akkumulation erhöht werden. Wenn die Kapitalakkumulation vorweg vorgenommen wird, bevor die soziale Dividende an die Wirtschaftssubjekte verteilt

wird, kann die Akkumulationsrate von der Zentralen Planungskommission beliebig bestimmt werden. ...Die Aussage, daß die Rate der vorweg bestimmten Kapitalakkumulation beliebig ist, bedeutet lediglich, daß die Entscheidung über die Akkumulationsrate Ausdruck dessen ist, welcher Zeit/Mengenverlauf des Einkommensstroms von der Zentralen Planungskommission und nicht etwa vom Konsumenten für optimal gehalten wird."(Lange, S. 279). Dem Einwand, daß hierbei keine marktmäßige Abstimmung der Zeitpräferenzen der Haushalte mit den technischen Investitionsmöglichkeiten stattfindet, hält Lange entgegen, daß die bei freier Konkurrenz unterstellte Abstimmung über den Zinssatz eh nicht funktioniert: "Außerdem wird das Sparen auch bei der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung nur zum Teil durch reine Nutzenerwägungen bestimmt, und die Sparrate wird in viel größerem Umfang durch die Einkommensverteilung beeinflußt, die vom Standpunkt des Ökonomen aus irrational ist. Außerdem kann in einer kapitalistischen Volkswirtschaft, wie Mr. Robertson bereits nachgewiesen und Mr. Keynes bei seiner Analyse der Bestimmungsfaktoren für die Gesamtbeschäftigung näher ausgeführt hat, der Versuch des Publikums, zu sparen, dadurch vereitelt werden, daß ihm keine angemessene Investitionsrate folgt, was dazu führt, daß sich aus der Sparneigung der Bevölkerung anstatt vermehrten Wohlstands eine größere Armut ergibt."(Lange, S. 296)

Zum Einkommenssystem schreibt Lange: "Es scheint daher angebracht, davon auszugehen, daß sich das Einkommen der Konsumenten aus zwei Teilen zusammensetzt, wobei der eine Teil aus den Entgelten für die erbrachten Arbeitsleistungen besteht, und der andere Teil eine soziale Dividende ist, die aus dem Anteil des Wirtschaftssubjekts an dem Einkommen besteht, das aus dem Kapital und den Naturschätzen fließt, die sich im Gemeineigentum der Gesellschaft befinden."(Lange, S. 272) Der Lohnanteil wird dabei auf dem Arbeitsmarkt festgelegt: "Wenn freie Wahl des Arbeitsplatzes vorausgesetzt ist, bieten die Arbeitenden ihre Arbeitskraft bei der Industrie oder der Arbeitsstelle an, wo die höchsten Arbeitsentgelte bezahlt werden."(Lange, S. 275)

Das Langesche Modell will die positive Rolle des Arbeitsmarktes für die optimale Faktorallokation nicht gefährden: "Daher muß die soziale Dividende so verteilt werden, daß sie keinerlei Einfluß auf die Wahl des Arbeitsplatzes hat."(Lange, S. 278)

Auch das Anreizproblem scheint lösbar. Daß der Vorwurf, Eigentümerinteressen seien ein notwendiger Antrieb der Wirtschaft, zumindest für die Masse der Arbeiter nicht zutrifft, darauf hatten schon Marx/Engels hingewiesen (S.62). Arbeitsanreize durchs Lohnsystem und andere Maßnahmen sind im Sozialismus genauso denkbar wie im Kapitalismus - es sei denn, sie sind aus sozialpolitischen Gründen nicht erwünscht.

Für die Leiter der Betriebe gilt auch in den großen kapitalistischen Unternehmen (Aktiengesellschaften) in der Regel, daß Eigentümer und

Unternehmensleitung nicht identisch sind. Eine sozialistische Gesellschaft hätte somit nur ähnliche Probleme der Kontrolle ihrer Unternehmensleiter wie die kapitalistischen Eigentümer mit ihrem Management.

Außerdem sind im Lange-Modell auch den Betrieben zurechenbare Gewinne ermittelbar, die in ihrer Informations- und Anreizfunktion genutzt werden könnten.

Allerdings ist wohl der statische Charakter, die Vernachlässigung dynamischer Aspekte (Anreizsystem, Produktinnovationen etc.) ein Hauptproblem des Modells (vgl. Brus/Laski, S. 82ff.). Es wäre entsprechend weiterzuentwickeln. Auch müßten die Erfahrungen des ungarischen Wirtschaftssystems, obwohl dieses in wesentlichen Punkten vom Lange-Modell abwich, ausgewertet werden.

Ein interessanter Gedanke findet sich bei Brus/Laski. Sie gehen davon aus, daß die Auseinandersetzung mit marktsozialistischen Modellen für viele osteuropäische Länder eine besondere Aktualität gewinnen wird: "Der direkte Übergang zur privaten Marktwirtschaft ist jedoch wegen der bestehenden Eigentumsverhältnisse unmöglich. Die verstaatlichten Betriebe werden, vor allem in der Industrie, noch längere Zeit eine bedeutende Rolle in der Wirtschaft spielen. Die 'cohabitation' des Marktmechanismus mit einem mächtigen verstaatlichten Sektor kann man als einen durch die Ereignisse erzwungenen Marktsozialismus bezeichnen." (S.10)

Zu guter letzt ...

... sei noch das strapazierte Engels-Zitat "Staatseigentum ist nicht die Lösung des Problems" (Bischoff/Menard, S. 153; Goldschmidt, S. 58) als ganzer Satz zitiert. Da heißt es über das Staatseigentum des kapitalistischen (!) Staates:

"Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung." (Engels 1973, S. 260)

Literaturverzeichnis

Assenmacher, Walter: Konjunkturtheorie, München/Wien 1990

Bischoff, Joachim: Sozialistische Vergesellschaftung: Markt statt gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion ? In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 5 , März 1991

Bischoff/Menard: Marktwirtschaft und Sozialismus, Hamburg 1990

Bolz, Klaus (Hrsg.): Die Wirtschaft der osteuropäischen Länder an der Wende zu den 90er Jahren, Hamburg 1990

Brus/Laski: Von Marx zum Markt, Marburg 1990

Claassen, Emil-Maria: Ökonomische Aspekte gesellschaftlicher Probleme. In: Bender: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Bd.2, München 1990

Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, Berlin 1973

Goldschmidt, Werner: Vergesellschaftung. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 5, März 1991

Hamel, Hannelore (Hrsg.): Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, München 1974

Haug, Wolfgang Fritz: Kritik der Warenästhetik, Frankfurt/M. 1972

Henrichsmeyer/Gans/Evers: Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Stuttgart 1983

Jung, Heinz: Marktsozialismus. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 4, Dezember 1990

Jung, Heinz: Defizite und Positionen marxistischer Kapitalismusanalyse. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 6, Juni 1991

Kade, Gerhard: Die Grundannahmen der Preistheorie. Eine Kritik an den Ausgangssätzen der mikroökonomischen Modellbildung, Berlin u. Frankfurt/M. 1962

Kapp, K. William: Soziale Kosten der Marktwirtschaft, Frankfurt/M. 1979

Keynes, John Maynard: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1983

Lange, Oskar: Ökonomisch-theoretische Studien, Frankfurt/M, Köln 1977

Leipold, Helmut: Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im Vergleich, Stuttgart 1988

Marx, Karl: Das Kapital, Bd. 1, Berlin 1975

Marx/Engels: Manifest der kommunistischen Partei, Berlin 1970

Menard, Michael: Gesellschaftliche Steuerung und Privatinteresse. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 5, März 1991

Musgrave/Musgrave/Kullmer: Die öffentlichen Finanzen in Theorie und Praxis, Bd.1, Tübingen 1990

Schlüter, Rolf (Hrsg.): Wirtschaftsreformen im Ostblock in den 80er Jahren, Paderborn 1988

Schneider, Helmut: Mikroökonomie, München 1977

Schui, Herbert: Sind wir nun alle Marktwirtschaftler ?. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 4, Dez. 1990

Siebke, Jürgen: Preistheorie. In: Bender: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Bd. 2, München 1990

Thieme, H. Jörg: Wirtschaftssysteme. In: Bender: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Bd. 1, München 1990

Pierre Vidal-Naquet

Die Mörder des Gedächtnisses (1987) Teil II

Übersetzt und vorgestellt von Hartwig Zander

4. Die Sekte

Im Zentrum des zeitgenössischen "Revisionismus" in Frankreich standen zunächst Persönlichkeiten wie Paul Rassinier[1] oder Robert Faurisson; seit 1978 indessen zählt dazu vor allem die verbissene und wahnwitzige Arbeit einer ultralinken, revolutionären Sekte, *La Vieille Taupe* ("Der Alte Maulwurf"). In den ersten Jahren, von 1965 bis 1972, war sie als Buchhandlung eine ausgezeichnete Quelle für alle, die irgendeine Broschüre alter oder neuer revolutionärer Dissidenten suchten; sie hatte 1967 den Nachlaß Costes, des Vorkriegsverlegers von Marx erworben. Die von Pierre Guillaume, einem ehemaligen Mitglied von *Socialisme ou Barbarie* ("Sozialismus oder Barbarei"), der 1963 (gemeinsam insbesondere mit J.-F. Lyotard und P. Souyiri) zur Untergruppe *Pouvoir Ouvrier* ("Arbeitermacht") wechselte, gegründete Buchhandlung wird nun ihrerseits, im September 1967, eine neue informelle Subgruppe[2]. *La Vieille Taupe* machte eine bewegte Geschichte durch, während der es ihr aber gelang, sich mit Weggefährten wie *La Jeune Taupe* ("Der junge Maulwurf") oder *La Guerre Sociale* ("Der soziale Krieg") zu umgeben, die alle gemeinsam die Überzeugung teilten, eigentlich die einzigen Erben der revolutionären Tradition zu bilden. Die Geschichte der revolutionären Sekten in Frankreich wartet noch auf ihre Schreibung; doch wir können mit großer Sicherheit annehmen, daß *Socialisme ou Barbarie* (SOB) aufgrund ihrer Ausstrahlung zwischen 1949 und 1965 die bedeutendste unter ihnen war. SOB entstand als eine insbesondere durch Cornelius Castoriadis und Claude Lefort geführte Bewegung innerhalb der Internationalen Kommunistischen Partei (Trotzkisten), die auf der Grundlage einer radikalen Kritik an der sowjetischen Bürokratie mit dem Trotzkismus brach[3].

---

1 Vgl. Un Eichmann de papier, op. cit., 49 - 57

2 Vieles von dem, was ich über La Vieille Taupe weiß, habe ich dem größenwahnsinnigen, aber fesselnden Artikel entnommen, der unter dem Titel "Le roman de nos Origines" in Nr. 2/1983 der *La Banquise*, 3 - 60 erschien. *La Banquise* ist eine Spaltung dieser Spaltung, die auf mehreren Ebenen, auch dem des Faurissonismus, mit La Vieille Taupe brach. Wie sich in einem Buch eines ihrer Mitglieder, S. Quadruppani, Catalogue du prêt-à-penser français depuis 1968, Balland, Paris 1983, zeigt, ist ihr gleichwohl eine diskret revisionnistische Haltung eigen. Andere brachen aus Anlaß der Affäre Faurisson offen und entschieden mit der Gruppe, so insbesondere Jaques Baynac, der sich seit 1969 vollständig distanziert hat.

3 Meines Wissens gibt es keine *Geschichte* des SOB; es gibt nur einige Projekte, insbesondere das des dänischen Professors Jules Lund. Doch die wichtigsten Schriften der Leiter der Gruppe wurden veröffentlicht: neun Bände in der Sammlung 10/18, von 1974 bis 1979, unter dem allgemeinen Titel Socialisme ou Barbarie, von C. Castoriadis zusam-

Es wurde mit der Zeit absurd, unbarmherzig den Stalinismus zu kritisieren und zugleich zur unbedingten Verteidigung der UdSSR aufzurufen, des "Arbeiterstaats mit bürokratischer Entstellung". Selbst wenn die Bürokratie, die herrschende Kraft der totalitären Gesellschaft, nicht mit der Bourgeoisie verwechselt werden durfte, die sie effektiv zerschlug, so blieb die UdSSR eine in Klassen gegliederte Gesellschaft. SOB durchlebte wie alle Sekten mannigfache Spannungen, gezeichnet durch Brüche und Versöhnungen. Worum ging es ihr? Mensch könnte sagen, daß die Gruppe, "kritisches Organ revolutionärer Orientierung", eine "Denkergesellschaft" war, ein in dieser Hinsicht unvergleichbarer Ort der theoretischen Analyse der Gesellschaften der Gegenwart, und, ihrer Intention nach, zugleich der Kern einer revolutionären Partei leninistischen Typs; letzteres mußte sie zum Scheitern verurteilen, da jede Sekte davon träumt, eine Kirche zu werden, die eine neue Orthodoxie schafft, "somit dazu verurteilt, eine neue Reformation ins Leben zu rufen"[4].

Die heftigsten Spaltungen, die der Kern der Gruppe durchmachte, wie die "Anti-Partei" Claude Leforts 1958, die "proletarische" Spaltung von *Pouvoir Ouvrier*, nach dem Bruch der Mehrheit mit dem Marxismus 1963, bildeten alle diese Probleme unmittelbar ab. Die Gedanken des SOB, die Arbeiterselbstverwaltung beispielsweise der Bruch mit den Apparaten, die Analyse des Gegensatzes zwischen den "Leitern" und den "Gelenkten" explodierten im Mai 1968, nach dem Verschwinden der Zeitschrift[5].

Was verdankt nun *La Vieille Taupe* seiner Vorgeschichte? Sicherlich die retrospektive, aus dem Trotzkismus hervorgegangene, vom "Bordighismus" dank Jean Barot (alias Gilles Dauvé) bastardisierte Ablehnung des antifaschistischen Konsenses, auf den der Widerstand gegen den Nazismus begründet war - die Trotzkisten leisteten ihren eigenen Widerstand, nach internationalistischen Grundsätzen, die indessen manches Mal nicht ohne Mühe zur Anwendung gelangten; sicherlich auch, und dies besonders dem

mengestellt; von Cl. Lefort, Eléments pour une Critique de la bureaucratie, Droz, Genève 1971 (in veränderter Fassung neuediert durch Gallimard, Paris 1979).

Vgl. dazu auch die Sammlung von Beiträgen aus der von E. Morin geleiteten Zeitschrift Arguments, unter dem Titel "La Bureaucratie", coll. 10/18, Paris 1976. Schließlich zählen hierzu noch die ausführlichen Interviews, die C. Castoriadis, H. Simon und Cl. Lefort 1975 in der Reihe L'Antimythe veröffentlichten. Um die Dinge klarzustellen, mache ich darauf aufmerksam, daß ich die Zeitschrift Ende 1956 entdeckte, daß ich mit der Gruppe im September 1958 Kontakt aufnahm, und daß ich, ohne ihr anzugehören, an der Zeitschrift sowie an dem dissidierenden Organ Pouvoir ouvrier von 1958 bis zu ihren Einstellungen abonniert war. (Hierzu lesenswert sind die Erinnerungen P. Vidal-Naquets, "Souvenirs à bâtons rompus sur Cornelius Castoriadis et "Socialisme ou Barbarie"", in: Autonomie et transformation de la société. La philosophie militante de Cornelius Castoriadis, Droz, Genève 1989, 17 - 26, H.Z.). Auf meine Initiative hin wurde das Journal d'un ouvrier von Daniel Mothé, Editions de Minuit, Paris 1959, veröffentlicht, das erste Auftreten der Gruppe außerhalb der Zeitschrift. Um das Leben des spanischen Anarchisten Puig-Antich zu retten, habe ich 1973-74 mit La Vieille Taupe zusammengearbeitet.

4 Ich paraphrasiere und zitiere P. Bourdieu, Genèse et structure du champ religieux, in Revue française de sociologie, Bd. 12 (1971), 295 - 334. Das Zitat ist auf S. 321

5 Ich habe diese Rolle in meiner "Einleitung" zu A. Schnapp/P. Vidal-Naquet, Journal de la Commune étudiante, Seuil, Paris 1969, hervorgehoben. Die Gründer von SOB, und mit ihnen E. Moron, haben sich in dem Buch, La Brèche, Fayard, Paris 1968, zu Wort gemeldet.

SOB, den Grundgedanken, daß sich der revolutionäre Kampf gleichermaßen gegen den bürokratischen Terrorismus wie gegen die kapitalistische Herrschaft richtet. Aber in zwei Hinsichten haben sie Erneuerungen eingeführt. Zunächst dadurch, daß sie im Gegensatz zum SOB, der in der sektiererischen Einsamkeit gelebt hatte und im Gegensatz zu den Mitgliedern der Ultralinken, die sich in der wissenschaftlichen und kritischen Reflexion[6] abkapseln, versucht haben, in den Mediendschungel einzudringen[7]. Darüber hinaus schließt sich *La Vieille Taupe* 1970 den Theorien Paul Rassiniers an[8]. Aus ihnen wird sie die radikalsten Schlußfolgerungen ziehen. In ihren Augen gibt es keine Besonderheiten Hitlers in der Galerie der modernen Tyrannen: Die Konzentrationslager konnten nur, in der ökonomischen Bedeutung des Wortes, Ausbeutungslager sein. Und folgerichtig konnte es die Vernichtungslager nicht gegeben haben, weil sie, syllogistisch gewendet, nicht existiert haben durften.

Her treten nun zwei, im Grunde genommen zufällige Elemente hinzu, die sich freilich als entscheidend erweisen sollten. Das erste ist die perverse und größenwahnsinnige Persönlichkeit Pierre Guillaumes, der nicht nur fest davon überzeugt ist, die Geheimnisse der Weltrevolution entdeckt zu haben, sondern daneben auch die des Weltkapitalismus; versuchte er doch, im Namen seiner Gruppe, in Brasilien sein Glück, das er als das Herz des kapitalistischen Wachstums betrachtete[9]. Das zweite Element, mit der Praxis revolutionärer Gruppen brechend, ist der Wille, durch Skandale Reklame zu machen. Auf diesem Feld stießen P. Guillaume und seine Freunde auf einen Mann, der auf die Weltrevolution pfeift, aber der, in Diensten für eine phantasierende antisemitische Leidenschaft, von einem skandalumwitterten Ruhm träumte: Robert Faurisson.

Aber die Öffentlichkeit, an die sich La Vielle Taupe über die Medien und über Flugschriften, Zeitschriften, Kassetten, Comics wendet, die sie verbreitete und weiterhin verbreitet, pfeift ebenfalls auf die Weltrevolution. Empfänglich für die revisionistischen Thesen sind allenfalls einige Jugendliche, besorgt darüber, sich nicht von dem, was sie für Lügen einer "offiziellen" Propaganda halten, hinters Licht führen zu lassen. Um wirklich auf dem Niveau der Medien handeln zu können, mußten sie mit den einzigen Gruppen, die eine solche These ideologisch interessieren konnte, de jure und de facto ein Bündnis eingehen: mit der extremen antisemitischen Rechten, sei es mit deren katholisch-integristischen Variante[10], sei es mit

6 Ich denke an Miguel Abensour und seine bewundernswerte Sammlung "Critique de la politique" (Payot), die insbesondere die Werke der Frankfurter Schule übersetzt.

7 Ein pikantes Detail: Wegen der Zusammenarbeit mit mir, anläßlich der Affäre Puig-Antich, wurden P. Guillaume und seine Freunde beschuldigt, dem Antifaschismus und der Propaganda Zugeständnisse zu machen; vgl. La Banquise, Nr. 2, 32 - 33; aber dieselben Kritiker kamen nach ihrem Bruch und vor der Veröffentlichung dieses Heftes von La Banquise zu mir ...

8 Vgl. "Un Eichmann de papier", op. cit., 23

9 Aussage von Miguel Abensour

10 "Mémoire en défense", op. cit. (Z 7, S. 102, Anm. 49), S. 270, dort den unglaublichen Brief eines fundamentalistischen belgischen Verlegers, der die Verbreitung des Buches von S. Thion, das ihm vorlag, wegen atheistischer Tendenz ablehnte. Das Bündnis mit diesem Milieu ist also versucht worden.

den Alt- oder Neonazis[11], und mit einer Fraktion der arabisch-islamischen Welt, die aus guten wie aus schlechten Gründen mit Israel im Kampf steht. In beiden Fällen wurde das Bündnis probiert oder geschlossen. 1986, nach dem durch die Affäre Roques verursachten Skandal, blieb der Front National die einzig politisch bedeutsame Gruppe, die diesen Nazi-Intellektuellen und seine Analysen gestützt hat. Die französische Veröffentlichung des Nazi-Buches "Der Auschwitzmythos" von W. Stäglich 1986 besiegelte das erste Bündnis, die unermüdliche Aktivität Vincent Moriols[12] hat ihr Bestes getan, um das zweite Bündnis zu schließen[13].

Ab und zu erinnert *La Vieille Taupe* daran, daß sie nicht antisemitisch sei; daß sie gar zwei Bücher von Bernard Lazare veröffentlicht habe, dessen erstes, *L'Antisemitisme, son histoire et ses causes* ("Der Antisemitismus, seine Geschichte und seine Ursachen") von allen Antisemiten benutzt wurde, dessen zweites jedoch, *Contre L'antisemitisme*[14] ("Gegen den Antisemitismus") solcher Anschuldigung entgeht. Sie verbreitet bombastische Proklamationen, die keinen Zweifel über den Größenwahn ihres Verfassers lassen: "Angesichts der materiellen Unmöglichkeit, die Gesellschaft der Vergasungsideologie zu erschüttern, werden wir uns damit zufrieden geben müssen, die Niederlage und die Vernichtung des Sandkorns zu vermeiden. Wahrlich ohne Vergnügen mußten die Proletarier der *Vieille*

11 Das Bündnis wurde insbesondere auf internationaler Ebene geschlossen, sei es mit deutschen Neonazis (vgl. meine "Thèses sur le révisionnisme", in: P. V.-N., Les assassins de la mémoire, op. cit., 122), sei es mit der US-amerikanischen Liberty Lobby des W. Carto, der das Journal of Hystorical Review finanziert, zu deren Herausgebern Faurisson zählt, und der, u. a., mit dem Ku Klux Klan verbunden ist. Es gibt unzählige Dokumente hierzu, vgl. die US-amerikanische Zeitschrift *Facts*, 25, 2 (Juni 1980), das Organ der "Anti-Defamation League" und dem Film von Ludi Boekel *The Other Face of Terror*, der von "Antenne 2" 1984 ausgestrahlt wurde. In Frankreich wäre auf die Zeitschrift *le Militant* hinzuweisen, die von A. Delaporte, einem Historiker, in Gang gebracht wird und in der sich zugleich eine fundamentalistische und nazistische Empfindsamkeit ausdrückt. Über diese unterschiedlichen Bündnisse kann mensch, nicht unkritisch, die Arbeiten von P. A. Taguieff und J. Tarnero lesen, so in dem mit einem Vorwort von R. Badinter hrsg. Sammelband "Vous avez dit Fascismes?", Arthaud-Montalba, Paris 1984

12 Vgl. seinen Beitrag zu dem Sammelband "Intolérable intolérance" (Z 7, S. 103, Anm. 55). V. Monteil war der Verteiler der von R. Faurissson produzierten Video-Cassette.

13 So publizierte das in Paris hrsg. irakische Magazin *Kol Al Arab* im April 1983 ein Interview mit Faurisson. Andere arabische, v. a. palästinensische Organe wie beispielsweise *La Revue d'études palestiniennes*, zeigen eine völlig andere Einstellung. Die Verallgemeinerungen, die B. Lewis, Semiten und Antisemiten verbreitet, erscheinen mir arg übertrieben. Schließlich ist notorisch, daß insbesondere das aus Saudi-Arabien fließende arabische Geld dazu dient, antisemitische und revisionistische Texte zu verbreiten. Durch eine Veröffentlichung im *Canard enchâiné*, 5. 8. 1987, wurde bekannt, daß der berüchtigte M. Gordji von der iranischen Botschaft den Verlag Ogmius subventionierte, der insbesondere die Dissertation von Henri Roques und die Werke der Vieille Taupe edierte. - In der ersten Nr. der Annales d'histoire revisionniste, 110 - 135, veröffentlichte S. Thion unter dem Titel "Histoire européenne et monde arabe" eine Untersuchung, die als Vorwort zu der gescheiterten arabischen Übersetzung seines Buches über die Affäre Faurisson gedacht war. Meiner Überzeugung nach ist dies der einzige Text dieser "Annales", der seinen Verfasser nicht völlig beschämt. Gleichwohl stellt sich S. Thion auch nicht einmal die Frage nach der Wirkung, die die These des "Auschwitzbetrugs" auf eine sich im Krieg befindende arabische Welt haben kann.

14 Beide Texte wurden, von P. Guillaume mit einem Vorwort versehen, 1982 und 1983 von den Editions de la Différence veröffentlicht. In der Zeitschrift Esprit (Juni 1982) habe ich auf die Unredlichkeit der ersten Neuauflage hingewiesen.

Taupe als Historiker, Juristen, Soziologen, Psychologen, Anthropologen, Herausgeber, Verteiler, Aktivisten auftreten, alles Tätigkeiten, die ihrem Wesen fremd sind, die es ihnen indessen ermöglichten, sich einer Arbeit zu entledigen, für deren Durchführung die Lohnabhängigen der Universität Jahre bräuchten...". Sie verbreitet auch feierliche Verkündigungen: "Zum heutigen Zeitpunkt ist der Mythos tot... Wir sind nicht dazu berufen, Tätigkeiten fortzuführen, die uns durch die Notwendigkeit aufgezwungen wurden..."[15]. Mensch sieht nicht, daß sie je etwas anderes gemacht hätte, von einer kurzen Intervention anläßlich der polnischen Krise im Dezember 1981 einmal abgesehen.

Aber diese Stellungnahmen besitzen ihre eigene Logik. Die des Wahns einer (natürlich jüdischen) Verschwörung. Im Jahr 1980 wollte R. Faurisson wohl schreiben, daß es keine Verschwörung gegeben habe[16]: "Es erscheine mir angemessener zu betonen, daß ein Mythos geschmiedet wurde, eine Art vaterländischer Religion bei den Siegern des letzten Krieges, die in unterschiedlichen Maßen Wahres und Falsches vermischt"[17]. Im Frühjahr 1987 unterzeichnete er ein Flugblatt, in dem er erklärt, daß die "Auschwitzlüge" im April 1944 in Zentraleuropa geboren sei, und daß für diese Lüge fünf Personen verantwortlich seien, natürlich alle Juden. "Wegen der Einzelheiten, bitte an Robert Faurisson wenden"[18]. Wahrscheinlich stammt dieses Flugblatt nicht direkt von *La Vieille Taupe*. Doch offensichtlich durch sie und den verstorbenen Paul Rassinier inspiriert, erklärt er in aller Seelenruhe, daß die Juden für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich seien, und daß der Dritte Weltkrieg durch Israel ausgelöst werde, und daß, da mensch sie überall antreffe, so wenig Juden liquidiert worden seien:"Jedes 'Wunder' ist der Beweis dafür, daß das, was sie über die Vernichtung erzählen, bloßes Gewäsch ist"[19]. Über alle ihre Veröffentlichungen druckt *La Vieille Taupe* folgende Maxime: "Schrecklich an

15 Diese Zitate habe ich einem von P. Guillaume 1986 unterzeichneten Rundbrief der Vieille Taupe entnommen, welcher der Veröffentlichung des Buches von W. Stäglich als Vorwort vorangeschickt ist. Es gibt nicht nur einen "toten" Mythos; Gegner P. Guillaumes, die ihn offensichtlich gut kannten, veröffentlichten in der Nr. 1 des l'Exagéré, Mai 1987, einen Nachruf: "Der Leichnam dieses sogen. Revisionisten wurde nach Paris überführt, um endlich der nagenden Kritik der Maden ausgesetzt zu werden". Der Nachruf erläutert, daß P. Guillaume "im Hause von Mme Mariette Paschoud, einem Offizier der Schweizer Armee" verstorben sei. Offizier und Lehrkraft in Lausanne, vertritt Mme Paschoud den Waliser Zweig des Revisionismus.

16 Was ihn seit Jahren nicht daran hinderte, von Lüge und Betrug zu sprechen.

17 Mémoire en défense, op. cit. (Z 7, S. 102, Anm. 49), S. 271

18 Meine Kollegin M. M. Mactoux hat mir dieses Flugblatt zugänglich gemacht, das den Titel trägt "Le mythe de l'extermination des Juifs" und von Faurisson unterzeichnet ist.

19 83. Flugblatt, betitelt: "Info-intox ... Histoire-intox ...ça suffit! Chambres à gaz-Bidon" (Mai 1987). (Sinngemäß: Info-Gift ... Geschichts-Gift ... das reicht! Gaskammern-Bluff", H.Z.).

Dieses Flugblatt wurde von einem "Kollektiv Oberschüler" unterzeichnet und trat, wenn ich mich nicht täusche, zum ersten Mal anläßlich der Affäre Roques an die Öffentlichkeit. Ihm liegt ein Stich des Zeichners Konk bei, der dessen Album Aux voleurs, Albin Michel, Paris 1986, entnommen ist (Konk war früher bei *Le Monde* und *L'Evénement du jeudi* tätig, bevor er zu *Minute* wechselte). Das Flugblatt wurde gleichfalls am 27. April 1987 in Lyon, im Kontext des Barbie-Prozesses, verteilt.

der Wahrheitssuche ist die Wahrheitsfindung". In der Tat, schrecklich ist, daß *La Vieille Taupe*, in einem Lichtblitz, die eigene Wahrheit verkündete.

5. Die Geschichte und die Nation.

Betrachten wir jetzt dieses Problem auf einem wesentlich höheren Niveau, dem der Nationen.

Im 19. Jahrhundert und auch noch während eines großen Teils unseres eigenen war die Geschichte eine der Weisen, in denen sich die Nation ausstellte.[20] Dieses organische Band ist bei uns praktisch verschwunden. Der Konsens, den ehemals die kleine und die große "Geschichte Frankreichs" von Lavisse[21] ausdrückten, ist gestorben, und mit ihm auch der Geschichtsunterricht der Volksschule. Mag dies auch in Frankreich und in einigen anderen Ländern so sein, so sind wir dennoch fern davon, daß es überall so ist, und eine instrumentelle Nutzung der Geschichte, die sich natürlich nicht auf die Nation beschränkt, bleibt weiterhin die Regel, sowohl bei den "Gelehrten" wie bei den Berufspropagandisten. Dann erscheint einem die Geschichte wie ein großes Arsenal von Requisiten, das uns, wenn uns danach ist, großzügig ermächtigt diese oder jene Akte herauszugreifen, was natürlich das Verbot einschließt, andere Ordner hieraus zum Vorschein zu bringen. Es geschieht im übrigen, daß man diese sehr pragmatische Auffassung von Geschichte etwas generös theoretisiert.[22]

Unter allen Geschichtsschreibungen ist selbstverständlich die staatliche Geschichtsschreibung die schrecklichste, denn die Staaten gestehen nur selten die Tatsache zu, kriminelle Handlungen begangen zu haben. Der schmerzlichste von allen ist hier vielleicht der Fall der türkischen Geschichtsschreibung über den Völkermord an den Armeniern aus dem Jahr 1915. Gewiß, die Türken heben die Kriegslage hervor, die Wünsche, die zahlreiche Armenier zugunsten der russischen Offensive geäußert hatten, die lokalen Konflikte zwischen den Armeniern und ihren Nachbarn, in deren Verlauf die Armenier sich nicht gerade wie das Schaf aus der Fabel betragen haben: was ist normaler? Aber die Türken belassen es nicht dabei; sie bieten uns vielmehr ein Beispiel für eine Geschichtsschreibung der Leugnung an. Nehmen wir einmal die Stellung der armenischen Minderheiten ein, die ein wenig über die ganze Welt verstreut sind. Stellen wir uns

[20] Für Frankreich, vgl. in der schönen, von P. Nora seit 1984 bei Gallimard veröffentlichten Reihe "Les Lieux de mémoire", Bd. II., 1 (1986), *La Nation*, 189 - 429, der bis zum 13. Jahrhundertzurückgeht, nur um im 19. Jahrhundertumso nachhaltiger hervorzuheben, daß "der große Zyklus der Nation sich als Souverän behauptet" (186).

[21] Vgl. die beiden Untersuchungen von P. Nora, "*Lavisse instituteur national*", in: "Les Lieux de mémoire", I, *La République*, 247 - 289, und *L'Histoire de France de Lavisse, ibd.*, II, 1, 317 - 375.

[22] Vgl. J. Chesneaux, *Du passé faisons table rase?* Maspéro, Paris 1976. Es gibt in diesem Buch eine Anzahl sehr zutreffender Beobachtungen; doch die Grundthese scheint mir kritikwürdig. Zu den nationalen Praktiken, vgl. Marc Ferro, *Comment on raconte l'histoire aux enfants*, Payot, Paris 1981

einen Faurissonminister vor, einen Faurissongeneral, einen Faurissonbotschafter, einen Faurisson, der ein einflußreiches Mitglied der UNO ist, einen Faurisson, der in der Weltpresse jedesmal die Antworten gibt, wenn von dem Völkermord an den Juden die Rede ist, kurz, einen Staats-Faurisson verdoppelt um einen International-Faurisson und als eine Art Krönung, Talaat-Himmler, dem seit 1943 ein feierliches Mausoleum gewidmet ist.[23] Unnötig also, uns mit einer Geschichtsschreibung aufzuhalten, in der alles vorhersehbar ist.

Im Gegensatz hierzu bietet der israelische Fall einige komplexe Züge. Obgleich sicherlich mehr als einer der gegenwärtigen Politiker Israels, der das Alter hat, und dabei insbesondere der Premierminister I. Shamir, es damals vorgezogen hätte, die Engländer zu bekämpfen und den Hitlerdeutschen gar die Kooperation anzubieten als gegen den Nazismus zu streiten, so hat Israel gleichwohl den Völkermord Hitlers instrumentalisiert - im Raum, denn der Berg Herzl, der von dem Grab des Gründers des Zionismus bedeckt ist, wird gesäumt durch ein Monument, die Bibliothek, die Synagoge und das Forschungszentrum Yad Vashem über den Völkermord; in der Zeit, denn eines der Feste ist der Tag der Shoa[24]. Das ist aber nur einer der Aspekte der Gedächtnisfeier für das große Massaker. Israel, zugleich alt und jung (*Altneuland* sagte Herzl), ein für den Ruhm und für das Leiden "erwähltes" Volk, das der Zionismus nicht, wie er es verstand, hat "normalisieren" können, dieses Israel hat erlebt, wie sich die *Memorialfoundations*, wie man sie in den USA nennt, vervielfachten und darunter einige natürlich, die sich auf den Völkermord beziehen. Doch hier liegt die Frage nicht; sie liegt auch nicht in dem wissenschaftlichen Charakter der israelischen Geschichtsschreibung. Die Forschungen, die im Institut Yad Vashem durchgeführt wurden, zählen heute zu den besten, die es in der Welt gibt, mit einer, gewiß, manchesmal nationalistischen Orientierung[25]. Es gibt in Israel andere Mittel, um des großen Massakers zu gedenken als die Feste, die Monumente, die Geschichtsbücher und die Museen[26]: Die Prozesse, der Prozess Eichmanns und in der Gegenwart der Prozess J. Demanjuks, dienen gleichfalls der Organisation der Erinnerung. Doch mehr als alles andere wird die Shoa allem dienstbar gemacht, sich andauernd zu rechtfertigen, den geringsten Grenzzwischenfall als eine Erneue-

[23] Ich nehme hier das wieder auf, was ich einleitend zu dem Buch des "Tribunal permanent des peuples", *Le crime du silence; le génocide des Arméniens*, 15, schrieb. Zur offiziellen türkischen Geschichtsschreibung vgl. ibd. das Kapitel "Die türkischen Thesen", 203 - 256. Ich bedaure es, daß François Rigaux diesen Band eingeleitet und abgeschlossen hat; schließlich gehörte er zu denen, welche die "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" leugneten, die unter dem Regime von Pol Pot in Kambodscha begangen wurden. Für eine ins Einzelne gehende Untersuchung der türkischen Darstellung der armenischen Geschichte vgl. Kâmuran Gürün, *Le Dossier arménien*, Triangle, s.l. 183

[24] All das geschah nicht an einem einzigen Tag, und ich hoffe, daß S. Friedländer sehr bald den Vortrag veröffentlichen wird, den ich hierzu im Januar 1987 in Haifa hörte und der voll interessanter Einzelheiten war.

[25] Nicht immer, aber ab und zu gibt es in der Diaspora wesentlich "orthodoxere" und unkritischere Werke als in Israel. Das Buch *Holocaust* von M. Gilbert (Z 7, S. 94, Anm. 17) ist hierfür ein Beispiel.

[26] Die "Gruft des Holocaust", die sich in einem anderen Viertel Jerusalems, auf dem Berg Zion in der Altstadt befindet, ist ein Ort, nicht bestimmt zum Nachdenken, sondern dazu, die Furcht vor einer Wiederkehr der Shoa aufrecht zu erhalten.

rung des Massakers zu legitimieren, die Palästinenser, denen gegenüber die Israelis ja doch ein unleugbares Unrecht begangen haben, der SS zu assimilieren. Das Ergebnis ist vielleicht wirkungsvoll - obgleich die große Mehrheit der Bewohner Israels niemals die unmittelbare Erfahrung der nazistischen Verfolgung durchlitten hat - , aber es gibt andere, die wollen einfach nichts mehr von diesen tragischen Zeiten hören, und man kann selbst hier und dort in Israel einen Schüler Faurissons finden. Andererseits passiert es in der Diaspora, daß man Israel allein an der Elle des Nazismus mißt, was nun keine besonders hohe Wertschätzung ist. Als Bernard Kouchner und Monique Donabedian 1983 in El Ansar ein Lager für palästinensische Gefangene besichtigten, schrieben sie: "In El Ansar gibt es keine Gaskammern, und die Gefangenen wissen, daß sie hier lebend herauskommen"[27]. Diese Rechtfertigung trägt nicht besonders weit.

Deutschland, oder vielmehr das Deutsche Reich der Epoche Hitlers, war in besonderer Weise der Ort der Martern. Seit 1945 war Deutschland in besonderer Weise der Ort der *Schuldfrage*, wie sie Karl Jaspers 1946 nannte[28]; Deutschland, oder vielmehr die Bundesrepublik. Österreich hat sich auf Anhieb als ein unschuldiges Opfer betrachtet ebenso wie im übrigen andere Länder, in die Hitler eingefallen war, was, wie z.B. in der Affäre Waldheim[29], einige weitreichende Folgerungen nach sich zog. Die DDR war immer der Auffassung gewesen, daß der Schnitt von 1945, der in der Tat durch die Zerstörung der Macht der traditionell herrschenden Klassen und ihrer Ersetzung durch eine Bürokratie gekennzeichnet war, sie davon befreite, ihren Teil des Erbes Hitlers auf sich zu nehmen[30].

Nichts von alledem in der Bundesrepublik, sondern ganz im Gegenteil wurde Auschwitz als ein Symbol angesehen, das ein Nachdenken auslöste, das sich in allen Bereichen, der Kultur[31], der Kunst und der Geschichte bestätigte. Das Institut für Zeitgeschichte in München ist heute das große Weltforschungszentrum über das Dritte Reich und den Völkermord Hitlers. Das ist leicht zu erklären. Die Beziehung zwischen den Deutschen und den Juden von 1933 bis 1945 war nicht einfach ein Verhältnis zwischen Verfolgern und Verfolgten, oder gar zwischen Vernichtern und Vernichteten, wie es z.B. im Fall der Zigeuner war. Was die Nazis wollten, und das drückte sich sehr deutlich in der Ideologie der SS aus[32], das war die Ersetzung der Juden in ihrer mythologischen Funktion des erwählten Volkes, das seit den Zeiten der Aufklärung immer wieder die aufsteigenden Nationen fasziniert hatte. In diesem Sinne kann man behaupten, der Nazismus

27 *Le Monde*, 3. Febr. 1983. Diese Reportage hat S. Quadruppani völlig zu Recht schockiert (op. cit. Z 8, Anm. 2; S. Quadruppani, 344 - 346).

28 K. Jaspers, Die Schuldfrage. Von der politischen Haftung Deutschlands (1946), Piper, München 1987.

29 Vgl. B. Cohen und L. Rosenzweig, *Le Mystère Waldheim*, Gallimard, Paris 1986.

30 Vgl. meine *Thèses sur le révisionnisme*, loc. cit. (Z 7, S. 95, Anm. 18), 127 - 128.

31 Vgl. J. P. Bier, *Auschwitz et les nouvelles littératures allemandes*, Edit. de l'université de Bruxelles, 1979. Als individuelles Beispiel und aufgrund seiner Aufrichtigkeit und Offenheit wäre das kleine Buch von L. Baier, *Un Allemand né de la dernière guerre, essai à l'usage des Français*, Complexe, Bruxelles 1985, heranzuziehen.

32 Hierzu das wichtige Buch M.H. Kater, *Das "Ahnenerbe" der SS, 1935 - 45. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reichs*, DVA, Stuttgart 1974.

ist eine *perversa imitatio*[33], eine perverse Abbildung des *Bildes* vom jüdischen Volk. Man mußte mit Abraham brechen wie auch mit Jesus und sich bei den Ariern eine neue Herkunft suchen. Gedanklich argumentiert die Neue Rechte heute nicht anders.[34]

Es war natürlich vorauszusehen, daß der deutsche Nationalismus, sei es in seiner traditionellen Gestalt, sei es in seiner hitlerdeutschen, auf die Gegenwärtigkeit der Schuldfrage, die nicht mehr aus dem Sinn will, reagiert, daß er gegen eine Geschichtsschreibung protestiert, die in seinen Augen nichts anderes war als die Fortsetzung der Propaganda der Antihitleremigration.[35] Da nun die "Revisionisten" entschieden haben, daß allein die nazistischen Bücher glaubwürdig seien, immer unter der Voraussetzung, daß es sich nicht um Nazis handelt, die widerrufen haben, öffnen wir nun das Buch von Stäglich, das in der Tat sehr viel geschickter gemacht ist als das von R. Faurisson und das im übrigen den Verdienst hat, aufrichtig zu sein. Es ist gegen die "Kreise" geschrieben, "die auf Grund ihrer Geldkraft in großem Maße den Bereich der Information kontrollieren", die Weisen von Zion natürlich. Er ruft die Epoche ins Gedächtnis, "in der das Deutsche Volk, getrieben von seiner dringendsten Notwendigkeit, den Versuch unternahm, einen eigenständigen Weg auf die Zukunft hin zu finden", den nationalsozialistischen Weg natürlich. Was nun die Historiker betrifft, die das "*offizielle* Bild von Auschwitz" verbreitet haben, "sie sind alles Juden, was ausreicht, die Parteilichkeit ihrer Arbeit zu erklären"[36]. In Wirklichkeit handelt es sich hier nur um ein extremes Beispiel einer "revisionistischen" Literatur, die aus einsichtigen Motiven die wichtigste in der ganzen Welt ist und die die höchsten Auflagen erzielt.[37] Das zentrale Thema ist einfach und klar: Von Versailles bis Nürnberg[38] hat das Deutsche Volk eine ungeheuerliche Ungerechtigkeit erlitten, die es jetzt, indem die Verleumdungen getilgt werden, deren Opfer es war, wieder gutzumachen gilt. Das ist die These von dem ins Unendliche verlängerten Dolchstoß in den Rücken. So etwas ist in Wirklichkeit in sich völlig stimmig und bringt nur die einfache "Wahrheit" zum Ausdruck, die einer der Zeugen äußerte, der den Film von

33 Den Sprachausdruck entnehme ich A. Besançon, *La Confusion des langues*, Calman-Lévy, Paris 1978, 94.

34 Und nicht nur die Neue Rechte; all diejenigen, die aus dem Werk G. Dumézils den Gedanken, oder besser: die rückwärtsgewandte Utopie gewannen, daß die europäische Menschheit, als sie christlich, d. h. jüdisch wurde, das falsche Schiff bestiegen habe. Ein schönes Beispiel: J. L. Tristani, "La théologie comme science du XX^{e} siècle", in: *Critique*, 1977, 1085 - 1097. Der Fall Tristani, ein Mitarbeiter von *Intolérable intolérance* und des Buches von P. Guillaume, *Droit et Histoire*, ist intellektuell besonders entmutigend.

35 In dem Buch von Thomas Mann, Deutsche Hörer, 55 Radiosendungen nach Deutschland, Bermann-Fischer, Stockholm 1945, gewinnt man eine Vorstellung von dieser Propaganda, von dem, was sie an Wahrem und an Falschem enthielt.

36 Dr. Wilhelm Stäglich, Der Auschwitz-Mythos. Legende oder Wirklichkeit? Eine kritische Bestandsaufnahme. Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Nachkriegsgeschichte, Bd. IX. Grubert-Verlag, Tübingen 1979. (Die von Vidal-Naquet erwähnte Stelle lautet: " ... und obendrein sämtlich Juden sind, womit die Einseitigkeit dieser Arbeiten hinreichend erklärt sein dürfte", ibd., 11, H.Z.).

37 Vgl. oben, Anm. 30, l. c., 122.

38 Vgl. Erich Kern, Von Versailles nach Nürnberg. Der Opfergang des Deutschen Volkes, Schütz, Göttingen 1971.

L. Boekel sah, *Der Spion, der von der extremen Rechten kam*, und über seine Reaktion angesichts der halb-revisionistischen Werke des englischen Historikers David Irving befragt wurde: "Ich denke, das ist gut für Deutschland". Was in Deutschland seit 1985 vorgefallen ist - 40 Jahre nach der Kapitulation - und vielleicht genauer, seit dem symbolischen Besuch des Militärfriedhofs von Bitburg durch den Präsidenten Reagan im Mai desselben Jahres, ist von einer ganz anderen Gewichtung. Autoren wie Stäglich und Kern predigen im Grunde genommen nur für die sowieso überzeugten, alten Frontkämpfer, die der nationalen Ehre nachtrauern.

Der Streit, über den ich nun einige Worte verlieren muß[39], ist eine ganz andere Angelegenheit. Er steht in der gegenwärtigen deutschen Geschichtsschreibung meines Wissens einzigartig da. Seine Akteure zählen zur Elite der deutschen Intelligenz. Er ergreift nicht nur Historiker, sondern zumindest auch einen Philosophen, J. Habermas, und Politiker. Er meldet sich zugleich in den Arbeiten der Gelehrten und in der großen Presse zu Wort. Er entfaltet sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Republik der Gelehrten.

Es scheint, als habe Ernst Nolte, ein bekannter Historiker des Faschismus, mit seinem Artikel, "Vergangenheit, die nicht vergehen will", der am 6. Juni 1986 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschien, eine kurze und journalistische Fassung einer langen Studie, die er im vorangegangenen Jahr publiziert hatte[40], das Feuer an das Pulverfaß gelegt. Zur gleichen Zeit veröffentlichte der Historiker A. Hillgruber unter dem gemeinsamen Titel "Zweierlei Untergang: *Die Zerschlagung des deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums*"[41], zwei Artikel. In dieselbe Debatte griff auch ein Artikel Martin Broszats ein, des Führers der funktionalistischen Schule, "Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus"[42]. In Wirklichkeit ist die Debatte selbst ausgelöst worden durch J. Habermas, Erbe der Frankfurter Schule. Er klagte "eine Art Schadensabwicklung: die

[39] Er ist in Frankreich außergewöhnlich breit dokumentiert worden. Deshalb halte ich mich kurz. Vgl. S. Friedländer, "Sur le nazisme", in: Le Débat, 43 (janv.-mars 1987), 184 - 187, der die wichtigsten bibliographischen Hinweise enthält; drs., "Quelques réflexions sur l'historisation du National-Socialism", in: XX^e siècle, revue d'histoire, oct.-dec. 1987. Unter dem Titel "Interrogations allemandes" veröffentlichte *Le Débat*, N° 45 (mai-sept. 1987), 140 - 169, die vollständigste Sammlung in französischer Sprache, an der sich H. Bruhns, Ch. Meier, H. Mommsen, H.G. Haupt, R. von Thadden beteiligten. Vgl. auch J.-J. Guinchard, "Passé nazi, passé allemand?", in: Le Monde Diplomatique, Juillet 1987; E. François, "Allemagne: la révision du nazisme", in: L'Histoire, 98 (mars 1987), 79 - 83; eine gute Analyse gemeinsam mit übersetzten Texten verdanken wir Katharina v. Bülow, "L'Histoire, une idole en faveur du finalisme politique", in: Cosmopolitiques 3 (mai 1987), 87 - 106. Ich danke P. Nora, Denis Vidal-Naquet, H. Bruhns, Arno J. Mayer und J.-P. Rioux für ihre Hilfe.

[40] "Vergangenheit, die nicht vergehen will": Ich beziehe mich im wesentlichen auf "Between Myth and Revisionism? The Third Reich in the Perspective of 1980s", in: H.W. Koch (ed.), Aspects of the Third Reich, MacMillan, London 1986, 17 - 38. Der deutschsprachige Artikel Noltes war nicht der erste, der in der Presse erschien; aber auf ihn bezogen sich im Streit Befürworter und Gegner.

[41] A. Hillgruber, Zweierlei Untergang: Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums, Corso bei Siedler, Berlin 1986.

[42] Martin Broszat, Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: Merkur, Mai 1985, 373 - 385. Wieder abgedruckt in: Nach Hitler, Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte, Oldenbourg, München 1986, 159 - 173.

apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung"[43], an.

Worum ging es in dieser Diskussion? Tatsächlich ging es um mehreres zugleich. Aber zuerst stellen wir fest, daß keiner der beteiligten Autoren "revisionistisch" in dem Sinne genannt werden kann, in dem R. Faurisson oder W. Stäglich dieses Etikett tragen. Alle gehen von einer unzweifelhaften Tatsache aus, nämlich dem großen Massaker der Hitlerzeit. Die Frage, die sie stellen, ist zunächst die nach der Relativität des Verbrechens, und dies ist die Frage, die im wesentlichen durch E. Nolte gestellt wird. Geschichtliche Relativität: Die ganze Geschichte der revolutionären (seit der französischen Revolution) und sozialistischen Linken ist die Geschichte eines Plans der Vernichtung des politischen und gesellschaftlichen Gegners. Die durch die Rechte ausgelöste Reaktion ist also nichts anderes als eine Reaktion auf eine Tatsache, welche die Linke tatsächlich vollzogen hat, von der Machtübernahme durch Lenin bis zur Liquidierung der Kulaken, vom Gulag bis zu den Massenmorden, die durch Pol Pot und sein Regime in Kambodscha vollzogen wurden.

Der Völkermord Hitlers, dieses "asiatische" Unternehmen, ist in den Augen E. Noltes und seiner Schüler eine verständliche Maßnahme, die im Grenzfall sogar zu rechtfertigen ist, sei es auf Grund der aus dem Osten gekommenen Ansteckung, sei es auf Grund der Angst vor der bolschewistischen Gefahr. Identifizierte Hitler nicht Juden und Bolschewiken? Deutschland war zugleich Opfer und Henker: Das ist das beständige Thema einer nationalistischen Literatur, die sogar weiter geht als Nolte und von den erlittenen und nicht von den begangenen Verbrechen spricht. Aber schon 1983 hatten die Grünen in ihrer Anklageschrift gegen die Atommächte, ganz vergessend, daß die Zerstörung Coventrys 1940 erfolgte, die westlichen Alliierten angeklagt, am 14.1.1943 das Flächenbombardement der deutschen Städte "beschlossen zu haben", "und dadurch den Verhaltenskodex in Frage zu stellen, der bis dahin als Grundlage des internationalen Rechts geachtet wurde, demgemäß die Zivilbevölkerung verschont bleiben sollte"[44]. Hiroshima und die zukünftigen Hiroshimas können also Treblinka vergessen machen, ebenso wie die Verbrechen Stalins den Verbrechen Adolf Hitlers vorausgehen und sie rechtfertigen.

Die Frage, die hier gestellt wird, ist schließlich die Frage nach der deutschen Identität, die Frage nach der deutschen Geschichte, ihrer Kontinuität und ihrer Diskontinuität. Das Problem ist zugleich historisch, ethisch, psychologisch: wie sollen die 12 Jahre Hitler, unter denen - Martin Broszat bemerkt es völlig zu Recht - die Deutschen schließlich auch gelebt und nicht nur Massaker begangen haben, reintegriert werden? Ein Land ohne Geschichte, kann es leben? Das ist die Frage, die M. Stürmer noch vor dem Beginn des Streites gestellt hat. J. Habermas hatte seinerseits in seinem ersten Artikel erläutert, es sei der Verfassungsakt von 1949, der

[43] "Eine Art Schadensabwicklung: die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung", in: Die Zeit, 11. Juli 1986; Habermas sollte noch einmal hierauf zurückkommen und, freilich vergebens, versuchen, zu einem Abschluß zu gelangen: "Vom öffentlichen Gebrauch der Historie", in: Die Zeit, 7. Nov. 1986.

[44] Zit bei K. v. Bülow, l. c., (Anm. 103,) S. 39.

Deutschland an die Demokratie binde und der deshalb die Grundlage eines gegenwärtigen Patriotismus bilden könnte. Alle diese Fragen sind es wert, gestellt zu werden. Gleichwohl sind einige unter ihnen geeignet, Unruhen auszulösen. Schließlich ist es seit Thukydides klassisch, den Krieg durch die Angst zu erklären.[45] Die Angst der Nazis vor den Kommunisten war sicherlich real[46], aber sie war genausogut völlig wahnwitzig angesichts der Außenpolitik Stalins, die den Krieg zu vermeiden suchte. Es wiegt schwer zu sehen, daß ein Historiker wie Nolte Materialien ohne irgendwelchen Wert benutzt, die aus dem revisionistischen Arsenal stammen. Ganz so wie Rassinier, Faurisson oder Kern, stützt er sich auf ein hirnloses Pamphlet des US-Amerikaners Th. Kaufmann, das "1940" veröffentlicht wurde und den Titel trägt *Germany must perish* und zum anderen auf die sogenannte Kriegserklärung Chaim Weizmanns, die dieser im Namen des Weltjudentums im September 1939 verlesen hat.[47] Es sei daran erinnert, daß die US-Armee keinen einzigen Deutschen, den Vorschlägen Th. Kaufmanns folgend, sterilisiert hat; ein Verbrechen aus dem Bereich der Phantasmagorie und ein reales Verbrechen auf dieselbe Ebene zu stellen, den Marquis von Sade und Adolf Hitler, ist ein Sophismus, der eines Historikers unwürdig ist.

Das soll nicht heißen, daß die deutsche Geschichte nicht neu geschrieben werden müßte, wie alle Nationalgeschichten; das soll auch nicht heißen, daß der Völkermord an den Juden nicht Teil ist einer Geschichte, die zugleich deutsch[48], europäisch und Weltgeschichte ist und die deshalb der Gegenüberstellung, des Vergleichs und selbst, wenn möglich, der Erklärung bedarf. Aber rechtfertigen?...

(Der Schlußteil dieses Essays wird in Z 9 erscheinen)

---

45 Thukydides, I, 23, 6.

46 H. Mommsen gibt in seinen Untersuchungen über das Verhalten der Nazi-Führer nach dem Brand des Reichstags ein packendes Beispiel, "The Reichstag Fire and its Political Consequences", in: H.W. Koch (ed.), op. cit., (Anm. 40).

47 E. Nolte, loc. cit., 27; als Beispiel für den Fließbandgebrauch, den die Revisionisten von dem Pamphlet Th. Kaufmanns machen, das nicht aus dem Jahr 1940, sondern 1941 stammt, und das in aller Seelenruhe die Sterilisierung der Deutschen vorsah, vg. P. Rassinier, *Le Véritable Procès Eichmann*, Sept Couleurs, 1962, 109, 239 - 243, oder H. Härtle, Freispruch für Deutschland, Verlag K.W. Schütz, Göttingen 1968, 255 - 256, oder auch E. Kern, Von Versailles nach Nürnberg, op. cit., (Anm. 38), 456. Zu Weizmann und dem Gebrauch, den Faurisson und andere von ihm machen, vgl. meine Richtigstellung in: "Un Eichmann de papier", P. V.-N., Les assassins de la mémoire, La Découverte, Paris 1987, 62 - 73.

48 H. Mommsen erörtert in diesem Zusammenhang (Le Débat, n°45, 145f.) den Entwurf zu einem Museum für Deutsche Geschichte, das zur Zeit in Berlin und in Bonn ausgearbeitet wird, und das diese Geschichte wahrscheinlich in einer blutleeren Staatsversion festschreiben wird. Mehr noch als die Geschichtsbücher sind die Museen Ausdruck nationaler Ideologien. Man braucht nur durch Israel oder Polen zu reisen; vgl. hierzu: "Des musées et des hommes", in: P. V.-N., *Les Juifs, la mémoire et le présent*, Editions Maspéro, Paris 1981, 110 - 125.

Robert Katzenstein

Jelzin und wie weiter?

An sich wollte ich mit diesem Artikel eine Lanze für Heinz Jungs Kritik an Gorbatschow (Z-Nr.5) brechen. Dann kam der Putsch und machte neue Überlegungen nötig. Soll man einen geschlagenen Mann noch kritisieren? Ich denke doch. Es geht hier nicht um Gorbatschow, sondern um die Entwicklungsprozesse, die nun einmal mit seinem Namen verknüpft sind, weil er die Weichen neu gestellt hat. Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Die Ursachen für die allgemeine Krise, in die die Sowjetunion gefallen ist, hat nicht Gorbatschow zu verantworten, sondern seine Vorgänger. Er hat nur die Konsequenzen daraus gezogen, daß der Sozialismus ohne Demokratie und Markt nicht mehr weiter zu entwickeln war. Gorbatschow allein hatte den Mut, von einem relativ kurzen Intermezzo Chruschtschows abgesehen, dieser Erkenntnis Taten folgen zu lassen. Das ist ihm hoch anzurechnen. Gorbatschow hat jedoch mit der Umsetzung seiner Erkenntnisse in die Praxis begonnen, ohne zu wissen wie das zu bewerkstelligen sei, wie Markt, Demokratie und Sozialismus zusammenzubringen seien und welchem Platz dabei dem Plan noch zukomme. Auch für die Lösung der gefährlichen Verkrampfungen zwischen den Blöcken hatte er keine Konzeption. Er verließ sich darauf, daß sich die Dinge schon regeln würden, wenn der Knoten erst einmal durchschlagen worden sei. Es wurde drauflos gewerkelt und das ist dann ja auch schief gegangen. Das Land fiel in die Krise, wurde unregierbar. Das Ergebnis war der Putsch konservativer Hohlköpfe, der seinerseits den Weg für die Machtübernahme durch Jelzin bereitete und dieser wird das Land wahrscheinlich auf schnellstem Wege in den Kapitalismus führen. Jung hat also völlig recht.

Was mich an der Entwicklung am meisten betroffen hat, war die Erkenntnis, daß der größte Teil der Führungsschicht in der Sowjetunion - und in den sozialistischen Ländern ganz generell - den wissenschaftlichen Gehalt des Marxismus zwar oberflächlich aufgenommen hatte, aber ihn nicht anzuwenden verstand. Es ist doch selbstverständlich, daß wirtschaftliche Disproportionen nicht nur im Kapitalismus Krisen verursachen. Ebenso selbstverständlich sollte es sein, daß auch aus Sachzwängen heraus gewachsene Strukturen disproportional sind, wenn diese Sachzwänge, etwa das Wettrüsten, aufgelöst werden und wieder normale Verhältnisse Platz greifen. Man muß nicht einmal Marxist sein, um das zu wissen. Jeder Politiker kennt die Krisen, die sich am Ende eines großen Krieges durch den Wegfall des Rüstungsmarktes und die Demobilisierung der Armeen ergeben haben, oder er sollte sie wenigstens kennen, denn diese Probleme spielen auch bei den Abrüstungsverhandlungen, zumindest

als Hintergrundüberlegung, eine Rolle. In der Sowjetunion gab es mehr Disproportionen als nur die durch das Wettrüsten entstandenen. Man wußte um das Ausmaß der Aufgaben, die allein aus der Umgestaltung der wirtschaftlichen Strukturen auf das Land zukommen mußten. Dennoch ging man die Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft ohne Konzeption an, ohne zu wissen, wie das zu bewerkstelligen und wie die daraus folgenden sozialen Probleme zu bewältigen seien. Auch noch haarsträubende Fehler wurden dabei gemacht. Anstatt sich mit den RGW-Partnern ins Benehmen zu setzen und gemeinsam die Öffnung zum Weltmarkt und die entsprechende Neuorientierung der RGW-Strukturen vorzubereiten, überließ man die Auflösung der gewachsenen RGW-Strukturen dem spontanen Prozeß und ließ so die strukturellen Probleme für alle ehemals sozialistischen Länder sich vervielfachen. Von Bundeskanzler Kohl erwartet man nicht unbedingt strukturgerechtes Handeln. Man ist nicht überrascht, wenn er glaubt, die Lösung der Probleme den Selbstheilungskräften des Marktes überlassen zu können, er ist kein Marxist. Aber von Gorbatschow?

Natürlich hatte Gorbatschow wenig Zeit um neue Konzeptionen zu entwickeln, er mußte die Umgestaltung radikal in Angriff nehmen, wenn der Versuch nicht wieder versickern sollte. An diesem Zwang zeigt es sich, daß Demokratie wirklich unerläßlich ist. Nur in demokratischen Verhältnissen können sich neue Ideen entwickeln, reifen und Mehrheiten anstreben; letzteres ein Prozeß, der die Menschen geistig auf die neuen Verhältnisse vorbereitet. Unter demokratischen Verhältnissen wäre eine stetige Evolution des Sozialismus möglich gewesen. Gorbatschow aber war zur Revolution der Verhältnisse gezwungen, und das geht nie ohne Bruch ab. Ohne seine Konzeptionslosigkeit hätte diese Revolution aber nicht zwangsläufig in einer Restauration kapitalistischer Verhältnisse münden müßen. Gorbatschow ist gescheitert. Er wollte den Sozialismus verbessern und hat dem Kapitalismus den Weg geebnet. Er wollte den Frieden, aber es gibt heute mehr begrenzte Kriege in der Welt als je zuvor in den letzten Jahrzehnten und selbst ein Atomschlag scheint wieder denkbar. Er hat das bestehende Sicherheitssystem nicht durch Abrüstung verfestigt, sondern es zur Auflösung gebracht. Gorbatschow hat neue Horizonte sichtbar gemacht, aber ob er sie auch wirklich eröffnet hat, ist mehr als fraglich geworden.

Jelzin, dem die Macht zufallen wird, ist ein energischer und praktisch veranlagter, aber ein skrupelloser und brutaler Mensch. Sein Verhalten nach dem Zusammenbruch des Putsches war gegenüber Gorbatschow schäbig und zugleich ein Griff zur Macht, der einem Staatsstreich ähnelt. Dabei hat Jelzin bei weitem nicht das Format von Gorbatschow. Gorbatschow ist der Mann mit dem weiten Blick, der Stratege, der neue Ziele stellen kann. Jelzin ist nur der Praktiker, gut geeignet, neue Ziele zu verwirklichen, aber unfähig, sie zu stellen. Ein guter zweiter Mann, aber brutal und skrupellos genug, um die erste Stelle zu usurpieren. Gorbatschow hat ihm den Weg bereitet. Jelzins praktischer und zupackender Charakter wird für das

praktische Handeln besser geeignet sein als Gorbatschows intellektuell begründete Zögerlichkeit. Aber Jelzin hat ebensowenig eine Konzeption, wie Marktwirtschaft und Sozialismus zu verbinden sind, wie Gorbatschow. In seiner praktisch orientierten Sicht- und Handlungsweise bedeutet Marktwirtschaft Rückkehr zum Kapitalismus. Dieses Fehlen an wissenschaftlicher Vorstellungskraft wird erst einmal dazu führen, daß sich die wirtschaftliche und soziale Krise im Lande verschärft.

Die erste Maßnahme Jelzins wird wahrscheinlich eine Währungsreform sein oder jedenfalls eine Stabilisierung des Rubels. Diese Maßnahme könnte von Marx diktiert worden sein, wenn sie nicht als unabhängige Initialzündung in den Raum gesetzt worden wäre. Marx hat eingehend genug entwickelt, daß das Geld keinen eigenen Wert hat; ausgenommen als Edelmetall, denn dieses ist auch noch zu etwas anderem zu gebrauchen als nur zu Geldzwecken. Papiergeld aber erhält seinen Wert nur durch die Waren, deren Kauf es vermittelt. Kann es diese Funktion nicht mehr in ausreichendem Maße ausüben, so verliert das Geld seinen Wert. Dann lohnt es sich auch nicht mehr, für Lohn zu arbeiten, die Arbeitsmotivation fällt weg, die Wirtschaft beginnt zu verfallen; sie fällt letzten Endes auf das Niveau des blossen Tauschhandels zurück. In einer entwickelten arbeitsteiligen Wirtschaft spielt das Geld also eine zentrale Rolle. Jelzin hat das begriffen und deshalb wird er den Wert des Rubels heben.

Was Jelzin nicht erkannt hat und was ihm seine Berater nicht nahegebracht haben, ist die entscheidende Seite der Produktion in diesem Zusammenhang. Der theoretische Vater des Geschehens ist deshalb nicht Marx, sondern Milton Friedman, dessen Theorien schon in Chile und anderswo Schiffbruch erlitten haben. Geld verliert seinen Wert nämlich nicht nur, wenn man übermässig viel davon in den Umlauf pumpt - das war einer der großen Fehler Gorbatschows -, sondern es verliert ihn auch dann, wenn der Geldumlauf gleich hoch bleibt, aber zu wenig Waren auf den Markt kommen. Das Geld spielt also tatsächlich eine zentrale Rolle, aber sein Wert ist die abgeleitete Variable. Die Stabilisierung des Geldwertes muß von einer Stabilisierung und Erweiterung der Produktion begleitet sein, sonst ist sie nicht von Dauer. Die Produktion ist von entscheidender Bedeutung.

Ohne stabile Produktionsbasis wird die Stabilisierung des Rubels die wirtschaftliche und soziale Krise in der Sowjetunion zunächst erheblich verschärfen. Eine harte Währung - die Einführung der DM in der DDR hat das wieder gezeigt -, legt nicht nur alle Fehlentwicklungen bloß, sondern sie beseitigt generell die Grundlage, auf der sich Fehlentwicklungen halten können. Das muß zwar sein, aber es vertieft die Krise und es läßt daher auch Strukturen obsolet werden, die bei normalen Marktverhältnissen durchaus rentabel wären. Überreaktionen, die sich in jeder Krise bemerkbar machen und die die Produktion im konkreten Fall auf einen neuen Tiefstand drücken werden.

In den Griff wäre die allgemeine Krise nur zu kriegen gewesen, wenn die Strukturwandlung aus dem Wachstum heraus erfolgt wäre oder erfolgen würde. Dazu wären, neben der Geldreform, die alten Planungsmechanismen und -apparate nötig gewesen. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Die alte Auffassung von gesellschaftlicher Wirtschaftsplanung war falsch, ihre Mechanismen und -apparate müßen beseitigt werden. Es sind jedoch noch keine besseren Apparate und Vorstellung von dem notwendigen Wirkungsmechanismus vorhanden. Das ist aus dem Wachstum heraus nur dann möglich, wenn die für die Versorgung der Bevölkerung, die Regenerierung und Erneuerung der Produktionsbasis, die Infrastruktur usw., nötigen Bereiche am Laufen gehalten und - immer am Markt orientiert -, erweitert worden wären. Ohne die eingespielten alten Organisationsschemata und -apparate war das nicht zu machen. Das war vorauszusehen. Eine Volkswirtschaft ist kein theoretisches Gebilde, sie lebt, wird von lebendigen Menschen gestaltet, die sich in veränderte Verhältnisse erst hineinfinden müßen. Ein solcher Übergang muß organisiert werden, man kann ihn nicht dem Selbstlauf überlassen.

Nehmen wir als Beispiel die Landwirtschaft. Sie hat einen Produktionszyklus, der im Frühjahr und im Herbt natürliche Arbeitsspitzen aufweist, deren Bewältigung von der Zufuhr zusätzlicher Arbeitskräfte abhängt. In keinem Land der Welt ist das anders. Ohne den Zustrom mexikanischer Arbeitskräfte könnten die kalifornischen Farmer ihre Ernte nicht einbringen. Überall in den kapitalistischen Ländern spielen solche Spitzenzeiten der Produktion bei Aussteigern und Gelegenheitsarbeitern aller Art für den Erwerb ihres Lebensbedarfs eine große Rolle. Diese Zufuhr saisonaler Arbeitskräfte reguliert sich im Kapitalismus über den Arbeitsmarkt. Anders in der Sowjetunion. Dort wurden zur Erntezeit Studenten, Soldaten, auch andere Werktätige aufs Land geschickt; die entsprechenden Institutionen stimmten ihre eigenen Arbeitszyklen schon bei der Planung auf diese Erntehilfe ab. Die sowjetischen Reformer haben diese periodische Hilfe für die Landwirtschaft eingestellt und die Bauern einfach auf den Arbeitsmarkt verwiesen, einen Arbeitsmarkt aber gab es noch gar nicht. Die Bedingungen dafür waren noch gar nicht gegeben. Solange die Menschen nicht bis zu einem gewissen Grade verelendet sind oder sich von der Wanderschaft Vorteile erhoffen, begeben sie sich nicht auf die Wanderschaft, um anderswo Gelegenheitsarbeit zu suchen. Zu einem funktionierenden Arbeitsmarkt gehört nicht nur der Bedarf sondern auch das Angebot von entsprechenden Arbeitskräften; unter Umstellungsbedingungen natürlich auch ein Ort bzw. eine Vermittlungsstelle, auf die man Landwirte wie Arbeitskräfte verweisen kann. Von allen diesen Komponenten war nur der Bedarf da. Die notwendige Armut hat sich erst später eingestellt. Ich will hier gar nicht von der Notwendigkeit reden, auch den Abtransport der Ernte und ihre Verarbeitung zu organisieren. All diese gewachsenen Strukturen ohne Rücksicht auf die gegebenen Bedingungen dem Selbstlauf zu überlassen, mußte die Versorgungskrise bringen.

Die gleichen Probleme tauchten in allen anderen volkswirtschaftlichen Bereichen auf. Überall glaubte man an die Selbstheilungskraft des Marktes als Wundermittel, zerstörte die alten Planungsstrukturen oder ließ sie konzeptionslos weiter wirken, anstatt sie bewußt zur Neugestaltung der Strukturen zu nutzen. In der alten planwirtschaftlichen Weise. Natürlich wird die alte Form der Planwirtschaft dadurch, daß sie auf diese Weise eine nützliche Funktion erhält, nicht besser als sie vorher war. Ihre Untauglichkeit zur Bewältigung der notwendigen strukturellen und innovativen Prozesse ist hinlänglich bewiesen. Aber sie ist in dieser Übergangsperiode notwendig, um die Produktion auf gewisser Höhe zu halten, die mit der Umstellung verbundenen sozialen Probleme nicht lawinenartig anschwellen zu lassen, um die Versorgung der Bevölkerung auf gegebenem Niveau sicherzustellen und auch um marktfähige Produktionen zu erweitern. Auf dieser Basis hätte dann die Entwicklung neuer Formen der Planung und Organisation der Produktion beginnen können, ohne daß sie von einer völligen Desorganisation der Produktion begleitet worden wäre.

Auf die Planung selbst wird man zwar nicht verzichten können, aber die bisherigen Vorstellungen von gesellschaftlicher Planung waren falsch. Man muß neue entwickeln. Dabei wird man trennen müßen: Einerseits die Entwicklungsplanung ganz allgemein. Ein grober Raster, der nur die großen Linien der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmt, die man heute nicht mehr dem Selbstlauf überlassen kann ohne große, fast nicht wiedergutzumachende Schäden in Kauf zu nehmen und Lebensqualität zu zerstören. Man denke hier nur an die Verkehrs-, die Energie-, die Bau-, Umweltplanung usw. Zum anderen die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion. Sie muß ganz anders gestaltet und von der staatlichen auf die betriebliche Ebene verlagert werden. Verzichten kann man auf sie jedoch nicht. In Bereichen mit Produktionen von gesellschaftlichen Größenordnungen muß die Produktion planmässig organisiert und gestaltet werden. Das ist unerläßlich. Unternehmen mit zehntausenden von Arbeitskräften, mit Produktionszahlen die in die Millionen von Tonnen bzw. Stück gehen, deren Einzugsbereiche für Rohstoffe und Abnehmer bis in andere Kontinente reichen, können ihre Produktion ohne konsequente Planung gar nicht mehr rationell betreiben.[1]

Ganz abgesehen davon aber sind solch gewaltige Aufgaben wie der forcierte Ausbau der Konsumgüterindustrie und die Neustrukturierung der Wirtschaft ohne Konzentration der gesellschaftlichen Kräfte nicht zu bewältigen. Ohne zentrale Planungs- und Lenkungsmechanismen aber sind diese Kräfte nicht in der notwendigen Weise zu konzentrieren. Diese Erfahrungen hat die Sowjetunion selbst schon gemacht; bei der Industrialisierung, während des Krieges, beim Wiederaufbau. Es ist aber auch eine allgemeine Erfahrung. Deutschland hat sie gemacht als es, nach dem

[1] Vgl. dazu auch Elmar Altvater, Die Zunkunft des Marktes, Münster 1991,36ff.

Überfall auf die Sowjetunion, die Rüstungsproduktion plötzlich drastisch steigern mußte.[2] England hätte 1940 die Produktion schneller Jäger ohne Zusammenfassung der entsprechenden Planungs- und Leiteinrichtungen nicht im erforderlichen Ausmaß steigern, d.h. die Luftschlacht gegen Deutschland nicht gewinnen können.[3]

Natürlich ist das ein Vorwurf der nicht allein und nicht einmal in erster Linie den Reformern gemacht werden muß, sondern der in viel höherem Maße schon ihre Vorgänger im Amte trifft. Ihnen wäre eigentlich die Aufgabe zugefallen, und sie hätten auch die notwendige Zeit dazu gehabt, die Gorbatschow dann unter Zeitdruck bewältigen mußte. Ihre Aufgabe wäre es auch gewesen, den Fortschritt der Produktivkräfte voranzutreiben, denn nur dadurch sind auch die Mittel und Kräfte freizusetzen, die für die Lösung anstehender Aufgaben notwendig sind. Bei der o.a. Steigerung der Produktion in Deutschland während des Krieges wurde durch einen planmässig in Angriff genommenen und zentral gesteuerten Prozeß konsequenter Produktivitätssteigerungen nicht nur die Kriegs-, sondern ebenso die Konsumgüterproduktion sprunghaft auf ein Vielfaches des vorherigen Standes gesteigert[4], trotz enormer Bombenschäden. Das zeigt die Bedeutung, die dieser Prozess für die Entwicklung der gesellschaftlichen Leistungspotenzen hat. Schon Karl Marx stellt den technischen Fortschritt, im ersten Band des *Kapital*, als die einzige Methode zur Steigerung des relativen Mehrwerts dar, die keine Grenzen kennt. Jede andere Methode stößt auf natürliche Grenzen, namentlich auf die Grenze der verfügbaren Arbeitskräfte. Steigerung des relativen Mehrwerts aber ist nur der den kapitalistischen Produktionsverhältnissen entsprechende Maßstab für die Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums. Ausgerechnet die Kommunistischen Parteien, die sich wie keine anderen auf Marx berufen haben, aber nutzten dieses Instrument zur Lösung ihrer Probleme nicht, sondern sie entwickelten ihre Länder extensiv. Sie stießen folglich auch auf die Entwicklungsgrenzen, die schon Marx abgeleitet hatte. Im Gegensatz dazu nutzte der Kapitalismus, dem man die Fähigkeit dazu abgesprochen hatte, den technischen Fortschritt, um eben die von Marx geschilderten Grenzen zu durchbrechen, die ihm bei der Lösung der vom Systemwettbewerb gestellten Aufgaben im Wege standen.[5] Ein Widersinn. Den Reformern muß

2 Vgl. Hauptausschuß Maschinen beim Reichsminister für Bewaffnung und Munition (Hrg.), Fließende Fertigung in deutschen Maschinenfabriken, Essen 1944

3 Vgl. John Colville, Downing-Street-Tagebücher 1939-1945, Berlin(West) 1989

4 Vgl. Hauptausschuß..., a.a.O.

5 Diese Durchbrechung der Entwicklungsgrenzen ist für den Kapitalismus übrigens gesetzmässig. Marx hat das ebenfalls schon im ersten Band des Kapital, im Kapitel über das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, nachgewiesen. Es ist unverständlich, wieso manche Marxisten in dieser Beziehung Entwicklungsgrenzen annahmen. Solche Grenzen gibt es nicht. Das Kapital muß zur Planung, zu zentralen Steuerungs- und zu staatlichen Regulierungsmechanismen usw. übergehen, also lauter Formen, die den individuellen Gestaltungsraum der Profitproduktion einengen. Es ist aber unerfindlich, warum das System an Entwicklungsgrenzen stossen sollte, solange es relativen Mehrwert erzeugen und seine Erzeugung sogar noch steigern kann.

man freilich vorwerfen, daß sie zwar kluge Vorstellungen hatten, aber die marxistische Theorie, der sie anhingen, ebensowenig auswerteten, wie ihre Vorgänger.

Bei Jelzin, dem Nachfolger Gorbatschows in der Macht, besteht die Gefahr, daß er nicht nur die Krise vertieft, sondern auch noch das wirtschaftliche Entwicklungsniveau des Landes herabdrückt. Jelzin setzt auf die Privatisierung der Produktion. In einigen Wirtschaftsbereichen, bei Dienstleistungen und im Handwerk, auch in der kleineren Industrie, bringt das sicherlich Vorteile. In der DDR hat man in den sechziger Jahren damit gute Erfahrungen gemacht und rückschauend muß man sich überhaupt fragen, ob Art, Umfang und Tempo der Verstaatlichungen und Genossenschaftsbildungen nicht Fehler waren. In der Großindustrie sieht das anders aus. Dort geht es nicht um einzelne Betriebe, die relativ unabhängig im Markt stehen, sondern um ganze Produktionsketten, deren reibungslose Zusammenarbeit Grundlage der Rationalität ihrer Produktion ist. Durch die Privatisierung werden diese gewachsenen Produktionstrukturen mit Sicherheit zerrissen. Großinvestoren, die bestehende Produktionsketten übernehmen und so auch eigentumsmäßig zusammenbinden könnten, verfügen über eine eigene, gewachsene Produktionsbasis. Sie wollen sich in der Regel nur Teilbereiche angliedern, die sich dort einpassen lassen. Kleinere Unternehmer verfügen wiederum nicht über die notwendige Finanzkraft. Private Interessen greifen schon aus diesem Grunde immer kürzer als staatliche. Von der Großindustrie und ihrer Entwicklung aber hängt die Dynamik der Gesamtentwicklung ab. Insofern wird die Krise verschärft. Es werden aber auch die Zusammenhänge der Großproduktion zerrissen. Zurück bleibt eine Fülle geschrumpfter Einzelunternehmen. Es kommt hinzu, daß Jelzin den Auflösungsprozeß der Union unterstützt. Auch dadurch werden gewachsene Strukturen geschädigt. Ein Teil der neuen Republiken wird sich, genau wie die früheren RGW-Staaten, strukturell an die EG anzubinden versuchen. Die Industrie wird also mehr oder weniger auf mittlere und kleine Unternehmen reduziert werden. Nur dort, wo ausländisches Großkapital interessiert ist, werden sich große Produktionskomplexe halten, die dann allerdings weitgehend in ausländische Interessenblöcke eingebunden sind. Das Land bzw. die neu entstehenden Länder werden zu Rohstofflieferanten für die hochindustrialisierte Welt, bestenfalls auch noch zu verlängerten Werkbänken. Es ist dies übrigens ein, unter den gegebenen Bedingungen, auch durch das Wertgesetz vorprogrammierter Prozeß.[6] Die Länder der Sowjetunion werden sich auf ihre eigene Kraft besinnen und technischen Hochstand auch in der Produktion entwickeln müßen, wie Japan oder die "kleinen asiatischen Tiger", Taiwan, Südkorea, Singapur, wenn sie nicht nur unabhängig, sondern auf dem Weltmarkt auch selbständig handlungsfähig werden wollen.

6 Es ist an sich etwas anrüchig, wenn man sich selbst als Quelle benennt. Da ich in dem angegebenen Artikel aber eine Entdeckung von Franz Conrad erläutere, die mir wichtig erscheint, sei hier darauf hingewiesen. Vgl. also R. Katzenstein, Zivilisieren wir die Marktwirtschaft, Konsequent, Sonderband 8, Berlin (West) 1989.

Kritik ohne Alternative geht an der Realität vorbei

Die Diskussionsbeiträge in Z zur "Gorbatschowismus"-Kritik von Heinz Jung zeigen durchweg das Unbehagen auch bei überzeugten Sozialisten. Ich gehöre zu ihnen, nicht erst seit heute. Hier nur zwei Bemerkungen zu dieser Diskussion.

Mir gefällt nicht die Art und Weise der Polemik von Heinz Jung. Einmal unterstellt sie Gorbatschow persönlich Verrat am Sozialismus, was ich nicht für richtig halte. Zum anderen wird durch die Wortprägung "Gorbatschowismus" durch Heinz Jung die verhängnisvolle, willkürliche Einordnung von Gedanken, Standpunkten und Theorien in solche dogmatischen Begriffe fortgesetzt, wie wir es leider mit dem "Marxismus", "Leninismus" oder "Marxismus-Leninismus" u.a. erlebt haben. Wie wir heute sicher wissen, wird man damit Marx, Engels, Lenin und auch Gorbatschow nicht gerecht.

Jedoch zum eigentlichen Inhalt der Diskussion. Heinz Jung kommt das große Verdienst zu, bereits seit Jahren die Sozialismuskritik im Sinne einer Erneuerung beeinflußt zu haben, insbesondere aber sehe ich in seiner Kapitalismuskritik heute noch aktuelle und gültige Grundlagen für ein neues Denken von Sozialisten und Kommunisten. Seine theoretischen Beiträge z.B. zur Reformalternative und zu Entwicklungsvarianten des Kapitalismus sind gerade heute für die Erarbeitung neuer Perspektiven von außerordentlicher Bedeutung. So sehe ich es jedenfalls. Für Heinz Jung haben diese seine Beiträge offenbar heute nicht mehr diesen Stellenwert. Seiner Auffassung nach war die Realisierung seiner Reformalternativen an die Existenz des realen Sozialismus gebunden, mit dem der Kapitalismus gewissermaßen zu solchen Alternativen gezwungen werden konnte. Für Heinz Jung war der reale Sozialismus, trotz aller Mängel, die Alternative zum Kapitalismus, wenn auch sicherlich reformbedürftig. Schön wäre es ja gewesen, wenn der reale Sozialismus zu solch einer Entwicklung fähig gewesen wäre. Daß dies eine Illusion war, der nicht nur H.J., sondern auch ich und viele Kommunisten anhingen, bedarf hier keiner weiteren Begründung. Darum geht aber die Gorbatschow-Kritik von H.J. völlig ins Leere - denn welche durchsetzbare Alternative hätte es denn an Stelle der jetzigen Entwicklung wirklich gegeben? Die alte Macht war nicht reformfähig und nicht willens, unterhalb des Kapitalismus demokratische Entwicklungsvarianten des Sozialismus auszuprobieren, und die Perestroika war nicht stark genug, solche per Massenbewegung durchzusetzen. So bleibt objektiv die einzige realistische Alternative zum sog. realen Sozialismus die einzig lebensfähige kapitalistische Alternative. Die letzte Chance wäre noch, diesen unvermeidlichen Rückfall so zu beeinflussen, daß eine möglichst demokratische, optimale Entwicklungsvariante als Ausgangspunkt für weitere Entwicklungen erreicht wird. Bei dieser Sachlage muß ich meine Emotionen tatsächlich zurückdrängen, ja unterdrücken, denn eine sozialistische Lösung, für die ich mit meinen Genossen ein Leben lang unter Opfern gekämpft habe, wäre natürlich besser gewesen und hätte auch unseren Weg zum Sozialismus leichter gemacht, aber.....-. Gerade an diesem Punkt gibt mir der Heinz Jung "von gestern" mit seiner Reformalternative und den kapitalistischen Entwicklungsvarianten viel mehr Anregungen in die Zukunft als der Heinz Jung von heute, der zwar den Machtverlust bedauert und dafür die nicht erfolgreichen Reformer (so sehe ich Gorbatschow mit seiner Perestroika und Glasnost) kritisiert und verantwortlich macht, aber übersieht, daß hinter der Macht keine "sozialistische Reformalternative" stand, die die Volksmassen mobilisiert und die Macht neu legitimiert hätte: Mehr denn je werden Entwicklungsvarianten des Überlebens der Menschheit für längere Zeit die reale Entscheidungsalternative sein.

Hermann Krüger

Über die Bitterkeit

Zu Heinz Jungs neuen alten Erkenntnissen über den "Gorbatschowismus"

Auch mich überkommt die Bitterkeit, von der Heinz Jung in seinen Artikeln über die Entwicklungen in der Sowjetunion spricht. Bitterkeit darüber, daß es nicht gelang, einen Prozeß der Überwindung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse nach vorne zu öffnen, einem demokratischen Sozialismus eine Zukunftschance zu geben. Bitterkeit auch darüber, daß mit dem rasenden Niedergang des realen Sozialismus ein System derart triumphieren kann, das täglich für massenhafte Verbrechen an Mensch und Umwelt verantwortlich ist.

Was machen wir aber nun mit unserer Bitterkeit? Heinz sagt, der Gorbatschowismus war faktisch der "Türöffner für die Kräfte der kapitalistischen Restauration", er war die inadäquate Antwort auf die Herausforderungen der Krise des Sozialismus. Das "neue Denken" war seiner Auffassung nach ein idealistischer Ableger westlicher Denkmodelle, das Perestroika-Konzept untauglich für eine Reform des Sozialismus in der Krise.

Heinz' Verbitterung richtet sich gegen Gorbatschow, von dem er neuen Schwung für den Sozialismus erwartete. Mit Gorbatschows Politik verbanden sich alle Hoffnungen, dem Sozialismus neues Leben zu geben. Was war

am "neuen Denken" unsozialistisch? Etwa, daß damit der Versuch unternommen wurde, die auf die Spitze getriebene Konfrontation der Systeme zu entschärfen? Oder, daß "klassenmäßiges" Denken gegenüber der Menschheitsbedrohung durch Massenvernichtungsmittel und Umweltverwüstungen als nachrangig erklärt wurde? Nicht diese Positionen waren idealistisch, sondern das, was zuvor als Klassenpolitik verkauft wurde und in Wirklichkeit nichts als Machterhaltungspolitik war.

Ich denke, das "neue Denken" war der Versuch, ein vernünftiges Nebeneinander der Systeme zu erreichen, die Welt vor den militärischen und zivilen Folgen immer wahnsinnigerer Rüstungsproduktion zu bewahren. Nicht mehr, aber eben auch nicht weniger. Und das ist verdienstvoll genug, vergleicht man es mit der Politik von Gorbatschows Vorgängern seit Stalin.

Und die Perestroika? - Ein untaugliches Reform-Konzept für die Krise des Sozialismus? Heute können wir wohl eher sagen, daß die Perestroika der letzte verzweifelte Versuch war, den realen Sozialismus mit seinen theoretischen Idealen zu konfrontieren, vor allem mit denen der sozialistischen Demokratie, der Menschen- und Freiheitsrechte. Und daß sich bei diesem Versuch immer deutlicher herausgestellt hat, daß das alte System des Kommando-Sozialismus nicht reformierbar war.

Zurück zum alten Denken?

Heinz Jungs Einschätzung des Putsches in Moskau legt nahe, daß man der Auflösung des Systems früher hätte begegnen müssen, daß man sich die Unterstützung der Volksmassen hätte sichern müssen, um eine sozialistische Option zu erhalten.

Das alles aber wäre nur mit massenhafter Gewalt möglich gewesen. Man hätte in allen osteuropäischen Staaten die Armee aufmarschieren lassen müssen - hier und dort vielleicht mit "Bruderhilfe" - und die Häupter der Oppositionskräfte inhaftieren müssen. Heinz sagt nicht, daß er das für richtig befunden hätte. Aber seine Logik führt dahin. Meines Erachtens ein schlimmer Rückfall in die Zeiten des alten Denkens: das Volk ist noch nicht weit genug, die Vorzüge des Sozialismus zu erkennen, also muß man es zu seinem Glück zwingen...

Was hätte eine "Verteidigung des Sozialismus mit allen Mitteln" gerechtfertigt?
Die Tatsache, daß es eine gewisse soziale Grundversorgung gab? Daß es ein kostenfreies Gesundheits- und Bildungssystem gab, Kindergartenplätze für alle? Oder die Tatsache, daß der reale Sozialismus vielen unterentwickelten Ländern half, sich von der Ausplünderung und direkten Unterdrückung durch den Westen freizumachen? - All das, was man als "Vorzüge des Sozialismus" bezeichnet hat, ist gewiß nicht so ohne weiteres vom Tisch zu wischen. Aber wir müssen uns eindeutig klar werden darüber, daß die andere Seite, die der

Nachteile, viel, viel schwerer wiegt: Der reale Sozialismus konnte nirgends eine Ökonomie entwickeln, die den modernen Erfordernissen von Technik und Umwelt genügte. Die Wirtschaft war selbst in der DDR am Ende. Akkumulationskraft war erschöpft, der Nachholbedarf wurde immer größer. Die politische Unterdrückung wurde immer massiver, das Netz der Bespitzelung und Bevormundung (durch die Sicherheitskräfte, aber auch durch die Partei) immer enger, angebliche "Klassenpolitik" diente als Begründungszusammenhang für Entrechtung. Die Entfremdung der Menschen von ihrer Arbeit und dem politischen System wurde größer statt zu verschwinden.

Dieses System war in seiner Gänze nicht mehr zu retten, und es war auch nicht wert verteidigt zu werden. Der gescheiterte Versuch der Gorbatschowschen Reformen zeigt, daß der Kommando-Sozialismus nicht in einen demokratischen, menschlichen Sozialismus "überführt" werden konnte. Jeder Versuch, den Zusammenbruch des Sozialismus mit Gewaltmitteln aufzuhalten, wäre nicht nur ein Verbrechen gewesen, er wäre wohl auch schon lange vor dem Putschversuch in der SU nicht sonderlich erfolgreich gewesen.

Im Gegensatz zu Heinz Jung kann ich nicht erkennen, daß die Hauptlager in der Sowjetunion einerseits die Kräfte des "Zurück hinter den Oktober 1917" und andererseits die waren, "die die Grundstrukturen der Sowjetgesellschaft und eines demokratischen Sozialismus..." erhalten wollten. Ich kann nur erkennen, daß es einerseits massenhaft Menschen gibt - Sozialisten eingeschlossen -, die erkennen, daß es so wie bisher auf gar keinen Fall weitergehen konnte, daß es viele gab, die schlichtweg resignierten und daß es andererseits Kräfte des Machterhalts gab, die von der Aufrechterhaltung der alten Macht profitierten. So waren auch die Konstellationen während des Putsches in der SU. Mit dem Kampf um einen Sozialismus, schon gar einen demokratischen Sozialismus hatten die Putschisten, aber auch die konservativen Kräfte der KPdSU nichts zu tun.

Ich glaube, daß es das Prinzip Hoffnung war, die Hoffnung, daß noch irgendetwas Sozialistisches zu retten gewesen wäre, die Heinz zu seinem alten Denken führte. Eine materialistische Einschätzung der Verhältnisse in den sozialistischen Staaten war es jedenfalls nicht. Die Empfindungen, die Heinz treiben, kann ich gut nachvollziehen, die kenne ich auch. Seine Schlußfolgerungen jedoch finde ich verhängnisvoll.

Harry von Bargen

Gegen Denkfaulheit

Jutta Ditfurth, "Lebe wild und gefährlich". Radikalökologische Perspektiven, Kiepenheuer & Witsch, Frankfurt/M. 1991, 420 S., 34,00 DM

An dem Buch ist zunächst erfrischend, daß es nicht - wie so viele Aufsätze und Bücher, die innerhalb des letzten Jahres erschienen sind - das Scheitern des Staatssozialismus als Ausgangspunkt der politischen Betrachtung nimmt. J.D. geht umgekehrt vor. Sie geht von den Problemen aus, die der real existierende Kapitalismus geschaffen hat, und zwar ökologisch und sozial. So wird das Buch auch zu einer Abrechnung mit denen, die sich angesichts des Sieges des Kapitalismus anpassen oder zu Zynikern werden.

Auf einer Veranstaltung in Oldenburg, bei der sie das Buch vorgestellt hatte, faßte sie es so zusammen: "Der Kapitalismus hat nur vorläufig gesiegt, außerdem - wer siegt, hat noch lange nicht recht" und im Buch dann: "Was ist unsere politische Verantwortung? Eins sicher nicht: Resignation, Zynismus, Denkfaulheit und Mangel an Phantasie". Stattdessen forderte sie den Mut zur konkreten Utopie, "der es darauf ankommt, den Traum von ihrer Sache, der in der geschichtlichen Bewegung selbst steckt, genau zu verstehen (Bloch)". "Linke brauchen - und sei es zunächst nur in den Köpfen - zur Durchsetzung radikalökologischer, ökosozialistischer, feministischer, internationalistischer, antimilitaristischer und basisdemokratischer Positionen Konflikte und bewußte gesellschaftspolitische Polarisierung". Sie fordert deshalb eine neue APO: "In Tausenden von Gruppen setzen sich Menschen meist getrennt voneinander, mit einzelnen Bedrohungen so qualifiziert wie parzelliert auseinander ... Unser Widerstand läuft Gefahr, einen Haufen politischer Schrebergärtner zu produzieren, auf hohem Niveau, aber wie einsame Inseln getrennt voneinander ... Eine neue APO braucht ein interdisziplinäres Verhältnis ihrer Arbeit, strukturell wie programmatisch".

Daß sich J.D. scharf mit Grünen und SPD auseinandersetzt, wird niemanden überraschen. Ihr Verhältnis zur PDS ist differenzierter; Sie hält die Zusammenarbeit mit der PDS für selbstverständlich, verzichtet allerdings auch nicht auf Kritik: Sie sieht die Gefahr des Sozialdemokratismus, in erster Linie wirft sie der PDS ein unkritisches Verhältnis zum Grundgesetz vor. Hierbei verwischt sie allerdings selbst die verschiedenen Ebenen der Betrachtungsweise, zwischen denen sie nicht klar trennt: Einerseits formuliert sie: "Das Grundgesetz enthält Lügen". Zur Begründung zitiert sie Art. 12a Abs. 2, wo es heißt: "Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen". Dieses Argument könnte man aber ebenso überzeugend als Argument gegen das Zivildienstgesetz verwenden, nicht jedoch gegen das Grundgesetz. An anderer Stelle argumentiert sie durchaus auch umgekehrt: Sie kritisiert das bayerische Polizeiaufgabengesetz - sehr zu recht -, das es erlaubt, Verdächtige bis zu 14 Tagen in Vorbeugehaft zu nehmen (wer z.B. auf dem Weg zur Demo einen Hammer bei sich führt) und hält dem die Verfassung entgegen: "Die bayrische Verfassung schwebt in den Alpen. Auf dem Boden herrscht nackte Willkür".

Das Problem ist eigentlich schon sehr alt: Schon Lenin hatte in seiner Schrift "Über Verfassungsillusionen" den politischen Fehler kritisiert, "der darin besteht, daß die Menschen eine normale, rechtliche, geregelte und gesetzmäßige, kurz verfassungsmäßige Ordnung als existierend ansehen, obwohl sie in Wirklichkeit gar nicht existiert". Diese Kritik geht nicht gegen die Verfassung selbst, sondern gegen eine bestimmte Verfassungsideologie, die natürlich ständig verbreitet wird. Diese Kritik trifft aber nicht eine Partei oder politische Gruppe, die einfach nur nüchtern feststellt, daß ihre eigene Zielsetzung mit den Grundprinzipien der Verfassung gar nicht in Widerspruch steht, was eine normative Betrachtung ist, nämlich der Vergleich der Norm des Grundgesetzes mit der Norm der eigenen Zielsetzung. Vielleicht trägt aber ihr Buch auch dazu bei, den Blick auf dieses Problem zu schärfen, auch auf die notwendige Ideologiekritik der Verfassung.

Allen resignierten Linken möchte ich jedenfalls J.D.s Buch als ersten therapeutischen Schritt auf dem Weg zur Besserung und zu neuen Ufern empfehlen.

Hans-Henning Adler

Gebremster Malthusianismus

Marvin Harris: Kannibalen und Könige. Die Wachstumsgrenzen der Hochkulturen. Stuttgart : Klett-Cotta 1990, 276 S., Pp., DM 36,–

Ehedem erschien der Geschichtsverlauf als eine Kette von Wohlstandserfolgen, und ein weithin ungebrochener Fortschrittsglaube brach sich Bahn. Inzwischen setzt sich demgegenüber immer stärker die Meinung durch, daß die Überindustrialisierung in der westlichen Hemisphäre und die Überbevölkerung in der Dritten Welt mit ökologischen Krisen einhergehen, die die Lebensgrundlagen der gesamten Erdbevölkerung zu gefährden drohen.

Unter heutiger fortschrittsskeptischer Perspektive gewinnt die 1977 erstveröffentlichte Studie des amerikanischen Anthropologen Marvin Harris, die die Wachstumsgrenzen von Hochkulturen zum Thema hat, erhebliche Aktualität. In "Kannibalen und Könige" bringt Harris der Leserschaft zu Bewußtsein, daß schon etliche Male im Verlauf der Menschheitsgeschichte schmerzlich empfundene Entwicklungshemmnisse auftraten.

Harris stellt sich deshalb zum Ziel, im Rahmen einer Universalgeschichte den "Zusammenhang zwischen dem materiellen Wohlstand und der Kosten-Nutzen-Relation verschiedener Systeme der Produktionssteigerung wie der Steuerung des Bevölkerungswachstums" (9) zu verfolgen. Als Ergebnis seiner Betrachtung hält Harris fest, daß sich jedesmal die betreffenden Gesellschaften unfähig zeigten, Produktion, Reproduktion und Ressourcen miteinander in Einklang zu bringen. Dieser universalistische Ansatz gründet allerdings in einem Determinismus, der einem seit der Steinzeit wirkenden ehernen Bevölkerungsgesetz größte Bedeutung beimißt, das in unverkennbarer Tradition der Bevölkerungslehre von Thomas Robert Malthus steht.

Kurzerhand macht Harris den "Fortpflanzungszwang, die Produktionsintensivierung und die Ausblutung der Umwelt" (10) als Schlüsselfaktoren der Menschheitsentwicklung aus, die sowohl die Eigentumsverhältnisse und die politische Ökonomie der jeweiligen Hochkulturen als auch die Familienorganisation, die religiösen Auffassungen und die Nahrungsmittelvorlieben wie -tabus prägten. Seine Drei-Faktoren-Analyse führt keineswegs zum tieferen Verständnis der Beziehungen von Bevölkerungsentwicklung und Wohlstandsmehrung, sondern zur Annahme eines mechanistischen Geschichtsverlaufs.

Damit ist jedoch keineswegs behauptet, "Könige und Kannibalen" liefere keine interessanten Überlegungen. Beispielsweise entmystifiziert Harris nach entsprechender Fledderung der einschlägigen Literatur bestehende Einschätzungen der rituellen Menschenopfer der Azteken, die ihm weniger als religiöse Praktiken und mehr als Schlachtbank zum Zwecke der zusätzlichen Nahrungsmittelversorgung gelten. Weiterhin korrigiert er Bewertungen der insbesondere an Mädchen vollzogenen Kindestötungen im christlichen Abendland, indem er den Kindesmord als skrupelloses, wenngleich funktionales Instrument der Bevölkerungsregulation ausweist, das selbst in Westeuropa bis weit ins 19. Jahrhundert hinein Anwendung fand. Manche Erkenntnis räumt gar mit positiven Assoziationen auf, etwa wenn er indienverliebten vegetarischen Eiferern ins Stammbuch schreibt, daß die dortige Herausbildung eines Tabus gegen das Fleischessen eine aus der chronischen Unterversorgung abgeleitete religiöse und moralische Vorstellung darstellte, die die gesellschaftliche Unfähigkeit zur ausreichenden Fleischversorgung couvrieren sollte.

Ansonsten können weder die verstümmelte Revitalisierung der Wittfogel-Thesen zu den despotischen Implikationen der asiatischen Wasserwirtschaft noch die essayistischen Überlegungen zur Entwicklung des Kapitalismus darüber hinwegtäuschen, daß der Gedankenstrom in dem Maße versiegt, wie sich Harris der industriellen Gegenwart nähert. Die mit dem Hochkapitalismus einhergehende Umkehr der demographischen Entwicklungstendenz, die nach Harris durch die Revolution der Energieversorgung (Kohle, Öl), der Empfängnisverhütung (Präservative, chemische Ovulationshemmer) und des Erwerbslebens (dynamischer Anstieg der "Kosten der Kinderaufzucht") verursacht worden seien, findet nur noch eine knappe Skizze, obgleich sie seiner zentralen These des aus dem Fortpflanzungszwang resultierenden dynamischen Bevölkerungswachstums diametral entgegensteht.

Der gewählte anthropologisch-biologistische Ansatz zeigt seine Stärken bei der Präsentation langfristiger Entwicklungstrends und struktureller Ähnlichkeiten. Das reduktionistische Verfahren versagt gleichwohl bei der Analyse der gewordenen Gegenwart, deren Widersprüchlichkeit eher mit assoziativen Reflexen denn mit scharfen Begriffen charakterisiert wird. Verschiedentlich kannn man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die gedanklichen Redundanzen und sprachlichen Wiederholungen u.a. daraus resultieren, daß eine Reihe von Aufsätzen zu einer Monographie kompiliert wurde. Harris biologistischer Ansatz, insbesondere sein ungeniertes Operieren mit Termini wie "Bevölkerungsdruck" oder "Fortpflanzungszwang", greift, ohne dies gesondert zu vermerken, in die laufende Debatte um die "Überbevölkerung" der Dritten Welt ein, deren reaktionäre Protagonisten die grassierenden Hungerkatastrophen ohnehin als malthusianisch sanktionierten Teilexodus "überflüssiger" Menschen ansehen. In diesem Sinne verstanden werden zu können, verweist auf die konzeptionelle Schwäche der Publikation.

Manfred Grieger

Zerbrochene Identität - geborstene Perspektive

Rolf Reißig, Gert-Joachim Glaeßner (Hrg.), Das Ende eines Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit, Dietz Verlag Berlin, 1991, 360 Seiten, DM 29,80.

Die Beiträge dieses Bandes sind großteils aus den Referaten zu einer Konferenz hervorgegangen, die das "Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien" (BISS) Anfang Dezember 1990 veranstaltet hatte. Sie wurden teilweise schon veröffentlicht in der seit Frühjahr 1991 in lockerer Folge erscheinenden Institutszeitschrift "BISS-Publik" (Charlottenstr. 52, O-1080 Berlin). Die meisten Beiträge stammen von BISS-Mitarbeitern, der Rest von Westberliner Wissenschaftlern. Letztere enthalten die aus der Sicht des Dezember 1990 realistischeren und weniger mit unterschwelligen Emotionen überfrachteten Urteile. Die Beiträge handeln vom Untergang der DDR und des Realsozialismus, von den Bedingungen und Ursachen, der Entwicklung Osteuropas und der Realität im "vereinigten" Deutschland, besonders in den Territorien der früheren DDR.

Das BISS ist eine aus der Konkursmasse der ehemaligen Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED hervorgegangene autonome Forschungseinrichtung, deren Standortsuche noch nicht abgeschlossen ist, sich aber doch sehr stark sozialdemokratischen und linksliberalen Paradigmen geöffnet hat. Bekanntlich entläßt die Wenderevolution das entstrukturierte Individuum, das seine neue politische Persönlichkeit vielfach nur per Adaption neuer Autoritäten und Paradigmen zu rekonstruieren vermag. Für linke und früher marxistisch-leninistische Intellektuelle der DDR scheint außerdem häufig charakteristisch zu sein - soweit sie auf eine neue Reputierlichkeit Wert legen -, daß sie insofern (vorgreifend) der Erwartungsnorm der neuen herrschenden Öffentlichkeit zu folgen haben, die da lautet: Je näher zur Macht im alten SED-Staat, um so rigider muß die Abrechnung und umso vernichtender das Verdammungsurteil des alten Sozialismus ausfallen. Die vorliegenden BISS-Arbeiten zeugen davon, daß die "nachholende Modernisierung", was den terminologischen, methodischen und theoretischen Standard betrifft, doch recht schnell vollzogen wurde und insofern, wenn es von nichts anderem abhinge, die marktwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit gewährleistet sein müßte.

Das Buch ist in drei Kapitel gegliedert (I. der Niedergang des

"realen Sozialismus" und das Ende der DDR; II. Soziale und politische Umbrüche in Ostdeutschland und deutscher Einigungsprozeß; III. Wandel ostdeutscher Lebenswelten.), denen die einzelnen Autorenbeiträge subsumiert sind. Bei aller Problematik einer Verallgemeinerung wird der Großteil der BISS-Beiträge aus der Sicht des Rezensenten durch folgende Grundzüge charakterisiert:

- Die innere Logik der internationalen historischen Formation der Systemkonkurrenz, die sich ja den früheren sozialistischen Gesellschaften aufgeherrscht hatte, erlangt in ihrer Krisen- und Zusammenbruchsanalyse kaum Relevanz und wenn, dann nur in der Folge pragmatischer Addition. Ein ähnliches Manko ist auch die nur beiläufige historische Betrachtungsweise.

- Etwas uniforme Verdammungsurteile des alten Sozialismus, wobei immer wieder auf "Erbsünden"-Topoi, Grundkonstruktionsmängel usw. zurückgegriffen wird, was die Erinnerung an die methodisch-theoretisch ähnlich strukturierten Untergangszertifikate für den Kapitalismus aus früheren Zeiten aufkommen läßt. Tragend ist vor allem die deterministische Sicht auf die "Zwanghaftigkeit" und "Unvermeidlichkeit" des Untergangs des Realsozialismus, wo man sich ansonsten doch gerade zum positivistisch-pragmatischen Konzept der prinzipiellen Offenheit der geschichtlichen Entwicklung bekehrt hat. Sobald man das Podest der postumen moralischen Entrüstung verläßt und sich mit wissenschaftlichen Methoden der Realität des realen Sozialismus zuwendet, wie etwa in den Beiträgen zum Kapitel III, bleibt für die Pauschalverdammung wenig Stoff.

- Das Ausweichen davor, die jüngsten Entwicklungen und ihre Resultate im Kontext und in den Termini einer historisch-materialistischen Geschichtsbetrachtung auf den Begriff zu bringen. Habermas' "nachholende Revolution" ist dafür schon der linke Fluchtpunkt. "Restauration", "Konterrevolution" etc. werden schon gar nicht mehr ernsthaft in Erwägung gezogen, weil damit das neue geschichtsphilosophische Konstrukt vom Weg in die kapitalistische Moderne als Weg des Fortschritts in Frage gestellt wäre. Dem entspricht auch eine Überbewertung - bis zur nachgeholten Identifizierung reichend - der oppositionellen Bürger-Bewegungen und die Vernachlässigung ihrer unterschiedlichen inhaltlichen Tendenzen.

- Eine realistische Beurteilung und Betrachtung des Zerfallsprozesses der UdSSR und des Gorbatschowismus als Ideologie und Praxis der "Transformation". Ihre Sicht vom Dezember 1990 hat sich im Verlauf des Jahres 1991 voll bestätigt. Dies ist gekoppelt mit einer positiven Bewertung Gorbatschows und des Gorbatschowismus als Vollstrecker des Unvermeidlichen.

- Eine den Tatsachen entsprechende Bewertung der sowjetischen Politik beim Untergang der DDR und des WVO-Staatenverbundes, freilich mit apologetischer Akzentuierung.

- Als Perspektive einer fortschrittlichen Politik wird der sogenannte Doppelsprung der Moderne anvisiert sowie das Globalismus-Konzept in der Version des gorbatschowistischen neuen Denkens bemüht. An Stelle revolutionärer Änderungen wird die reformistische Bewegung als einzig gangbarer Weg propagiert, was angesichts der jüngsten "Revolutions"-Erfahrungen im Osten erstaunlich ist.

- Der Abgang des Realsozialismus wird als Bedingung weiteren Fortschritts interpretiert, was umso einfacher fällt, als man sich keine Rechenschaft darüber ablegt, was denn nun der Sozialismus als Gesellschaftsformation im Unterschied zum Kapitalismus war. Die Einführung der kapitalistischen Marktwirtschaft wird als Weg des Fortschritts für die Menschen gesehen. Dementsprechend kann die derzeitige Entwicklung in Osteuropa und der ehemaligen DDR nur vom Standpunkt der Notwendigkeit dieser oder jener Teilkorrektur kritisiert werden. Aus der zerbrochenen Realität ist die zerborstene Perspektive geworden. Die Evolution früherer Marxisten, schon für sich ein erstaunliches Phänomen, hat somit in eine neue Sackgasse geführt.

- Noch waltet im Dezember 1990 die Hoffnung, die DDR und vor allem die DDR-Dissidenz, könne auch etwas Neues und Positives in den "Vereinigungsprozeß" einbringen. Dieser frohen Hoffnung ist die Botschaft des Plattmachens von 1991 gefolgt. Dies aus der Wahrnehmung verdrängt zu haben, ist die Konsequenz einer illusionären und beschönigenden Beurteilung des Charakters der Entwicklung in der DDR.

Diese Grundzüge der Sichtweise, Analyse und Darstellung sind - aus der Sicht des Rezensenten - in hohem Maße charakteristisch für den Beitrag von Rolf Reißig, BISS-Direktor, in Kapitel I. Auf der einen Seite benennt er realistisch die Rolle der sowjetischen Politik ("Ohne ... 'Freigabe' der DDR durch die Sowjetunion wäre der Umbruch in der DDR so nicht möglich gewesen." (19), auf der anderen Seite rekurriert er auf die Geburtsfehler des Systems ("Die letztendlich entscheidenden Faktoren für die Krise und den Untergang des Sozialismus lagen ... in den Widersprüchen des administrativ-zentralistischen Typs des Sozialismus." 46) Die Gesellschaften des Ostens seien reformunfähige "geschlossene Industriegesellschaften" geblieben, die "keine 'alternative' gesellschaftliche Entwicklungsrichtung" verkörperten. (48) - "Geblendete übrige Welt von vor 1989!", ist man versucht auszurufen. Dieser Sozialismus sei an "seine prinzipiellen Entwicklungsschranken" gestoßen (48). Das Urteil: "untauglich für die Herausbildung moderner Gesellschaften mit wirtschaftlicher Effizienz, sozialer Lebensqualität, pluralistischer Öffentlichkeit und demokratischer Bürgerbeteiligung". (50) Freilich besteht Reißig auch darauf, daß die Reformierungsmöglichkeiten erst in den 80er Jahren aufgebraucht gewesen seien.

Zu den Sonderlichkeiten dieses, aber auch anderer Beiträge gehört eine seltsame Umbewertung des damaligen Dialogs SED-SPD, an dem Reißig und die ehemalige AfG aktiven Anteil hatte. Die Bonner SPD wird gern vernehmen: Wesentliches Element zur Aufweichung der SED und ihrer Führungsschichten. Und es erscheint nun gar so, als hätten die damaligen SED-Protagonisten im

Geschäft nur dies und nichts anderes gewollt.

In der Sicht Reißigs sind Theorieelemente des Marxismus und des Leninismus die Deformation und den Niedergang des Sozialismus begünstigende Faktoren (53 ff.). In Ablehnung der These der Restauration des Kapitalismus in Osteuropa und der DDR sieht er nun nach der Phase der Abwicklung den "Aufbau einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung" auf der Tagesordnung. Ein neuer "Evolutions- und Zivilisationstyp" wird hier aber, wie die Dinge liegen, kaum entstehen. Darüber dürfte man sich heute wohl mit Rolf Reißig verständigen können.

Der herausragende Beitrag des Bandes in der Sicht des Rezensenten ist der Aufsatz des Westberliner Politologen Michael Reimann zur Krise in Mittel-Osteuropa (S. 61 ff.). Er bewahrt einen historischen Blick auf den Gesamtprozeß und trägt, obwohl sicher kein Parteigänger des Sozialismus, der materialistischen Forderung nach der Bewertung des subjektiven Faktors, hier vor allem der sowjetischen Politik, Rechnung.

Der Zusammenbruch des Realsozialismus ist "die Folge" der 1985 gestarteten Politik (61), kann "als Folge eines Unvermögens der sowjetischen Politik begriffen werden", der "einige über Jahre hinaus andauernde Entwicklungstrends entgangen" sind. (61) Freilich war wichtiger, "daß die 'Perestroika' sich schnell von einer Systemreform zu einem Systemwandel entwickelt hat". (61)

Gegen die These vom ökonomisch-zivilisatorischen Gefälle als Ursache des Niedergangs führt er ins Feld: "Dieser Faktor beginnt erst dann politisch wirksam zu werden, wenn die Erwartungen in der Gesellschaft arg enttäuscht sind oder wenn das normale Funktionieren der Gesellschaft nicht mehr ausreichend gewährleistet ist." (63) Darunter nennt er die Selbstdarstellung als fortgeschrittenstes Land in der Erwartungswirkung auf die junge Generation und die Konfrontation mit der Realität des Westens im Zuge der Öffnung der Sowjetgesellschaft. Zum Auslöser der akuten Krisenphase wird dann die Perestroika. (67) "Selbstverständlich hätte auch diese, äußerst ernste gesellschaftliche Situation nicht unbedingt in eine systemauflösende Krise übergehen müssen. Maßgebend waren dafür die Einflüsse der äußeren Welt" (69), vor allem der Wiederaufstieg Westeuropas und der gelungene Übergang zur wissenschaftlich-technischen Revolution im Westen, beides Faktoren, die bei der Überwindung des Krisenzyklus 1953-56 noch nicht wirksam waren. Unter diesem Gesichtspunkt erhält auch die Parole vom europäischen Haus und "Zurück nach Europa" eine sozialökonomisch-politische Aufladung. Die Gorbatschow-Politik wird in dieser Konstellation der Auslöser und Verstärker der akuten und dann der systemauflösenden Krise. Diese Phase hatte Osteuropa 1989/90 hinter sich gebracht (die UdSSR offenkundig im Herbst 1991). Nun gehe es um die Sicherung des Systemwandels, was in der nun illusionsgeladenen Atmosphäre Osteuropas sicher auch deshalb nicht komplikationslos sei, weil die Niederlage des Ostens ja nicht nur systembedingt war, sondern auch auf dem Hintergrund der ererbten Rückstände und eines

überzogenen Wachstumskonzepts gesehen werden müsse. Die Krise werde somit auch die kommende Umbauphase begleiten, wobei die Politik darauf abgestellt sein müsse, "die Wiederkehr systemauflösender Krisen zu verhindern". (74) Freilich muß die Politik nicht unbedingt in dieser Richtung interpretiert werden. Die Linke wäre gut beraten, sie machte sich von den gegenwärtig noch dominierenden und oben schon angesprochenen Evolutionskonzepten so schnell wie möglich frei. So die Ansicht des Rezensenten.

Zu diesem Kapitel gehören ferner Beiträge von August Pradetto (Westberlin) und Manfred Heinrich (BISS). Ersterer beschäftigt sich mit der neu entstandenen Konstellation Deutschland-Osteuropa: "Nun ist Deutschland wieder das Gravitationszentrum". (90) Osteuropa stehe in Gefahr, das Mexiko Westeuropas zu werden, wobei im eigentlichen Westen auch angesichts der eigenen Probleme, aber auch infolge der mentalen Ferne nur wenig Bereitschaft bestehe, in die Taschen zu greifen. Heinrich stellt den Einfluß der sowjetischen Politik auf die Entwicklung in der DDR und Osteuropa dar. Darunter finden sich auch Diagnosen wie die folgende in Bezug auf die Abblockversuche der DDR-Führung: "Der Wille zur Herrschaftssicherung führte das Politbüro zu dieser letztlich richtigen Erkenntnis, während die Linken innerhalb und außerhalb der SED, die auf dem Wege einer DDR-Perestroika den Sozialismus zu neuen Ufern führen wollten, Illusionen erlagen." (102) Infolge des Unvermögens, eine Verbesserung des Lebensstandards in Gang zu setzen, sei die Perestroika schon relativ früh diskreditiert gewesen und habe damit die Möglichkeiten eines neuen Sozialismus verbaut. Aus seiner Sicht besteht in der Zeit der heute in Osteuropa lebenden Generationen keine Voraussetzung für einen demokratischen Sozialismus oder für wesentliche Anstöße sozialer Modernisierung. In seiner Diktion erlangt nun die Perestroika den Inhalt einer friedlichen Systemablösung. Und somit wird Gorbatschow nicht mehr als Sozialist, sondern als Mann geschätzt, der den Realsozialismus friedlich zum Kapitalismus hinüberleitet.

Kapitel II wird mit einem Beitrag des Westberliner Politologen Gert-Joachim Glaeßner zur Evolution, Lösung und Perspektive der deutschen Frage eröffnet. Es folgt ein Artikel zum Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft (Karin Lutze, Manfred Stelte - BISS), der mit dem Besteckkasten der Freiburger Schule hantiert und in dem sich folgende Feststellung findet: "Insofern ist Zentralverwaltungswirtschaft oder Planwirtschaft nicht historischer Fortschritt (ja nicht einmal Alternative) zur Marktwirtschaft, sondern historisch gecheiterter Versuch vorkapitalistischen Wirtschaftens" (150), wobei dann noch mit forschem Schnellkonvertitentum nachgefaßt wird: durch den Anschluß seien "qualvolle 'sozialistische Wirtschaftsreformen' erspart geblieben". (150) Bei Frank Adler (BISS), der sich den "sozialistischen Umbrüchen" widmet, gerät der alte Sozialismus zum Gruselkabinett, Anlaß, richtig tabula rasa zu machen. Als wichtigste Konfliktzonen beim Weg zum crash werden das soziale Gefälle zur BRD und Demokratiede-

fizite markiert. Danach beginne ein neues "kolossales Großexperiment": "die kapitalistische Modernisierung ehemals realsozialistischer Gesellschaften, zu der es offenbar keine realistische Alternative gibt" (201) und die "vor allem eine große Chance" sei. (201) Nun sei die ganze Gesellschaft in der Rolle des Schülers. Die Adaption des Moderne-Paradigmas führt hier also zu fast tragisch-komischen Ausläufern.

Frank Berg (BISS) geht der Menschenrechtsfrage nach, wobei die Sicht auf westliche Realität weit hinter jene einheimischer linker Juristen zurückfällt. Und dann folgt auf nur zwei Seiten die Intervention des Trierer Politologen Bernd Hamm, der angesichts der Uniformität und Tristesse der Verdammungsurteile die Frage aufwirft "Von der DDR lernen?" (S. 240 ff.) und eine ganze Menge aufzählt, das es wert gewesen wäre, bewahrt zu werden.

Die Beiträge des III. Kapitels sind durchweg informativ und weniger durch das schwarz-weiß-Schema überformt - vielleicht deshalb, weil mit der Adaption der westlichen Begriffsapparate auch die damit erfolgte Wahrnehmung der sozialen Realität etablierter bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften zur Kenntnis genommen wird. Hartwig Schmidts Aufsatz zum Wertewandel liefert faktisch das Material, um die Behauptung vom fehlenden Modernecharakter der alten DDR hinfällig zu machen. Alle Befunde sprechen für einen modernen Wertewandel. (266) Auch die Verdammungsurteile über den etatistischen Sozialismus oder seine in Abrede gestellte soziale Vergesellschaftungskomponente erscheinen angesichts der hohen Bewertung staatlich vermittelter sozialer Sicherung doch in einem differenzierteren Licht. Dies ergibt sich auch im Beitrag von Thomas Gensicke (BISS), der der Frage nachgeht, ob die Ostdeutschen konservativer seien als die Westdeutschen und dies als nicht gegeben ansieht. Seine Gruppenbildung in Bezug auf die Verarbeitung der alten und neuen Realität entbehrt nach Ansicht des Rezensenten allerdings noch eines hinreichend begründeten Gesamtkonzepts. Zu den Ost-West-Unterschieden findet man Aussagen etwa zur Arbeitswelt wie die folgende: Infolge der Aushöhlung des Arbeitsregimes des Kapitalismus "konnte sich dort ein entspannteres und kollektiveres Klima als früher ausbreiten und bei den Arbeitern ein stärkeres Selbständigkeitsgefühl, ein größeres Selbstbewußtsein und ein größeres Verantwortungsgefühl als früher entwickeln. Die Arbeitswelt wurde ein Raum für Sozialkontakte und weniger ein Feld der Leistung und gerade deswegen so hoch eingeschätzt". (282) Er macht darauf aufmerksam, daß mit der Verschiebung zu privatistischen und materialistischen Werten in den 80er Jahren das System in die Vorkrisensituation rutschte. Die hedonistischen Motive setzten die stärksten Energien für den Umbruch frei. Angesichts neuer Armut und Massenarbeitslosigkeit dürften sie auch heute dafür sorgen, daß von sozialer Stabilität keine Rede wird sein können.

Den Schluß bilden Beiträge zur DDR-Identität (Klaus-Jürgen Scherer, Westberlin), zur Einigung als Kulturproblem (Thomas Koch, BISS) und zur Alltagsästhetik (Rudolf Woderich, BISS). Anzumerken bliebe ein unvollständiges

Autorenverzeichnis und ein Korrekturstandard, der dann doch für Qualitätsrückstand spricht.

Die BISS-Autoren werden sich sicher klar darüber sein, daß die Übernahme der westlichen Konzepte und Paradigmen noch nicht mit geistigem Schöpfertum verwechselt werden kann. Freilich heben sie viele gerade für den Außenstehenden aufschlußreiche Funde. Das Dilemma ist jedoch offenkundig ein nicht tragfähiges geschichtsphilosophisches Interpretationskonzept. Und der Leser, der im Realsozialismus als Nachwirkung eigener persönlicher Erfahrungen nicht nur ein Gruselkabinett sehen will und kann, fragt sich immer wieder, was war er denn, der reale Sozialismus und was hat ihn sieben oder vier Jahrzehnte zusammengehalten? Daß er dahin ist, kann nicht mehr bezweifelt werden. Aber eine Krisenkonzeption zur Erhellung der Ursachen seines Untergangs steht noch aus. Daß das Buch dafür schon das Terrain vermessen hätte, kann nicht behauptet werden.

Heinz Jung.

Deutsche Stiefel in deutschem Gesicht

Horst van der Meer, Lothar Kruss (Hrg.), Vom Industriestaat zum Entwicklungsland? Streitschrift 4, D. Joester VG, Frankfurt/Main, Juli 1991, 256 S., DM 24,–

Das Buch reflektiert und analysiert die Situation in der ehemaligen DDR vom Frühjahr 1991. Zwar ist die Zeit noch nicht vorbei, dem zerbrochenen Sozialismus die Verdammungsurteile nachzurufen, aber in der Hauptsache geht es nun darum, was aus der ehemaligen DDR seit ihrem Anschluß an die BRD geworden ist. Sukzessive kommen Sprache und Begriffe wieder zur Realität. Hinter den Beschönigungs- und Verschleierungsformeln von Wiedervereinigung, Marktwirtschaft , Rechtsstaat, zivilisierter Moderne usw. treten die harten Konturen der von Bonn gesteuerten Restauration des Kapitalismus und seines Herrschaftssystems hervor. Auch den jüngst noch Gutgläubigen dämmert es nun, daß es dabei um das Plattmachen des früheren Industriestaates Nr. 10 und all dessen, was seine Identität begründete und stützte, geht. Die neuen Herren brauchen keine anderen Götter neben sich.

Die Herausgeber sind Redakteure und Wissenschaftler der "IPW-Berichte". Sie konnten eine Reihe von Experten aus der früheren DDR gewinnen. Die Autoren sind nun in die Lage gekommen, ihre früheren Qualifikationen als Kapitalismus- und Imperialismusforscher auf die Situation ihres eigenen früheren Landes anwenden zu können. So steht nun auch heute noch neben der Stimme der Enthüllung und des Protestes jene des Beraters für die Entscheidungsgremien und "relevanten" Kräfte. Der Adressat oszilliert. Es versteht sich auch, daß sich die Alternativen nur auf Forderungen nach sozialer Korrektur und Standorterhaltung beziehen können, wenn der Übergang zur "Marktwirtschaft" als notwendig und gegeben angesehen und im Prinzip bzw. strategisch nicht infrage gestellt wird. Die Rückgewinnung einer solchen Perspektive steht in Berlin, Rostock oder Leipzig gegenwärtig wohl noch nicht auf der Tagesordnung.

Eine nicht unwichtige Funktion des Buches ist die Information über die Realität der kapitalistischen Restauration für den humanistischen und demokratischen Leser im Westen, besonders im Ausland, für den die Universalität der Menschenrechte nicht nur ein instrumentalisierter Kampfbegriff gegen den Sozialismus war und ist. Noch ist der Protest z.B. gegen das Niedermachen der Intelligenz ein dünnes Rinnsal und noch ziert den deutschen Imperialismus ein zivilgesellschaftliches Image. Aber das braucht nicht immer so zu sein. Auch das Manipulationspotential der Medienzare hat Grenzen und Einbruchsstellen.

Die Verfasser bemühen sich um ein möglichst realitätsnahes Bild. So stehen neben Analysen auch Interviews, Statements usw. unterschiedlicher Qualität und politischer Orientierung.

Im ersten Kapitel ("Neue Bundesländer im Abseits?") wird die derzeitige Grundsituation ausgelotet. Der letzten Volkskammer wird eine Haltung "peinlicher Unterwürfigkeit gegenüber westlichen Wünschen" bescheinigt, die den "geschluderten Einigungsvertrag" ja erst möglich machte. (14) Horst van der Meer und Lothar Kruss sehen den derzeitigen Niedergang nicht als quasi naturwüchsiges Ereignis, sondern als bewußten Akt Bonns, in der früheren DDR alles auf Null zu bringen. "Diese Entwicklung wurde bewußt und zielstrebig eingeleitet." (16) Dabei wurde die "Treuhand zum Instrument des schnellen Anschlusses und der rücksichtslosen Ausplünderung des Anschlußgebietes". (20) Von den früher 5,6 Millionen Industriebeschäftigten werden wahrscheinlich nur noch 1,6 Millionen übrig bleiben. Aber die damit verbundene politische Linie tritt vielleicht noch klarer auf den Gebieten von Wissenschaft, Kunst und Kultur zutage: "Was an die früheren Zeiten erinnern könnte, muß mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden". (28) Selbst wenn die Ziele des Widerstands in vielem als Utopie und Illusion erschienen, könne ohne dies menschliche Würde nicht bewahrt werden.

In seiner Analyse des Staatsvertrags zur Einigung beklagt der Leipziger Völkerrechtler Walter Poeggel, daß dem weder die Substanz noch die Erfahrungen des ehemaligen Saar-Vertrages zugrunde gelegt worden seien. Als verhängnisvoll hat sich aus seiner Sicht vor allem die Ausschaltung der Länder - die ja verfassungswidrig erst nach dem 3. Oktober 1990 installiert wurden - erwiesen. Dahinter stand die Bonner Befürchtung, nicht überall mit solch fügsamen Kammern rechnen zu können, wie es die damalige Volkskammer war. So konnten die Verträge von der Bonner Regierung mit der "Elite der Bonner Ministerialbürokratie" hinter verschlossenen Türen ausgehandelt werden. (35) Nun, da der Vertrag ebenso wie Einigung Realität sei, käme es darauf an, "demokratische Möglichkeiten zu nutzen, um die eingetretenen und neu entstehenden Mängel des Einigungsprozesses zu überwinden". (41).

Das zweite Kapitel enthält Analysen und Beschreibungen der ökonomischen Situation und trägt die - die Position der Autoren ganz gut zum Ausdruck bringende - Überschrift "Zerstörung einer uneffektiven Wirtschaftsstruktur ohne konstruktive Alternativen". Freilich

würde der Rezensent das vielfach apodiktische Urteil über Ineffektivität und ohnehin anstehenden Kollaps der DDR insofern relativieren, daß dies sicher im Vergleich zur BRD und für eine schutzlos dem Weltmarkt ausgelieferte DDR-Wirtschaft gegolten hat. Dies wäre aber auch bei vergleichbarer Situation für über 90 Prozent der Volkswirtschaften der Erde der Fall gewesen.

Nachdem eine sinnvolle Anpassungsperiode aus politischen Gründen vertan worden sei, steht nun nach Horst Heininger die Gestaltung des Übergangs zur "Marktwirtschaft" an. Dabei sei die ordnungspolitische Diskussion aus der früheren BRD völlig in Vergessenheit geraten, in der die Problembereiche dieser Ordnung markiert worden seien. Die damaligen Parteien und Alternativen fänden sich nun in nur wenig gewandelter Form auch in der Politik gegenüber der DDR wieder: die Marktradikalen auf der einen und die Pragmatiker auf der anderen Seite. Anstatt der vielbeschworenen Mittelstandspolitik fände das Überstülpen der Konzernstruktur auf den Osten statt, abgesehen vom Machtantritt der Großbanken. Gegenüber dem Privatisierungskurs der Treuhand bringt er die früheren ordnungspolitischen Vorschläge von Volksaktien, Bundeseigentum auf Zeit u.ä. in Erinnerung.

Rainer Radke kritisiert an der Treuhandanstalt vor allem deren einzelwirtschaftliche Ausrichtung, wo doch nun eine runde Industriepolitik notwendig sei. Freilich wachsen, wie aus anderen Ländern bekannt, aus dem kapitalistischen Verwertungsprozeß Interessenstrukturen hervor, die räumliche und regionale Disproportionen zu erhalten trachten. Ein böses Omen für die DDR a.D., das nur durch breiten Sozialprotest gebrochen werden kann. Ulrich Bochum und Heinz-Rudolf Meißner stellen die Situation und Perspektiven der Autoindustrie vor: erwarteter Beschäftigungsabbau über 50 Prozent. Klaus Engelhardt und Hans Peter schildern die Abwicklung des Wehr- und Rüstungsbereichs. Ihre Mutmaßung, dieser Konversionsprozeß habe gewissen Modellcharakter, stehe angesichts der NATO-Realität in Gottes Ohr. Von über 50.000 abgewickelten Offizieren haben bestenfalls 4.500 eine Neueinstellungschance. Lutz Maier analysiert die Folgen des Wegbrechens des RGW-Handels, die ja erst 1991 mit voller Wucht durchschlugen. Für eine Perspektive der Restabilisierung rechnet er mit einem Ostexportanteil des NBL-Außenhandels von etwa 30 Prozent (vor 1989 : 70 - 80 Prozent). Er offeriert eine mögliche Brückenfunktion zwischen Ost und West, der die bisherigen Bindungen zugute kommen könnten. Horst Schilling leitet seine Schilderung der Landwirtschaft mit einer Markierung der Fehlentwicklungen der Vergangenheit ein, die allerdings nicht besonders überzeugend ausfällt, sobald man das allgemeine Verdammungspodest verläßt. Nur 1 Prozent der Agrarbeschäftigten orientiert sich Anfang 1991 auf die Perspektive einer Individualbauernwirtschaft. So ist heute das große Problem, ob die Bonner Diskriminierung der Genossenschaftsstruktur abgewehrt werden kann.

Im dritten Kapitel geht es um die Schilderung der Vernichtung des wissenschaftlich-geistigen Potenti-

als der früheren DDR, die Abwicklung und Devaluierung. Horst van der Meer schildert die Situation der Universitäten und der Akademie der Wissenschaften. Es geht faktisch um das Herausselektieren von über 50 Prozent der bisherigen 110.000 WissenschaftlerInnen aus ihren bisherigen Berufen. Die "Integration in die bisherige Bundesrepublik" erfolgt "auf dem Wege der Vernichtung" (129), als "bundesdeutsches Scherbengericht" über die DDR-Wissenschaft (146). Auch an den Universitäten vollzieht sich eine "Wissenschaftsdemontage - einmalig in ihrer Dimension und Scheinheiligkeit". (149) Die Abwicklung erfolgt nach einheitlichem Schema und wird zentral gesteuert nach Kolonialisierungsmodus. Freilich gehören nicht nur die westdeutschen Bewerter zur Situation, sondern auch ihre ostdeutschen Handlanger und Kollaborateure - ein Aspekt, der etwas zu kurz kommt.

Herausragend für den Band sind die Essays von Siegfried Prokop und Wolfgang Richter, weil hier neben einer klaren Fixierung der Hauptlinien des Restaurationsprozesses auch die Irrtümer der Linken und Marxisten angesprochen werden. Prokop stellt fest, daß die Demokratisierungspolitik nach 1989 bald von einer interventionistischen Abwicklungspolitik abgelöst worden sei. "Die Abwicklung schuf eine Hexenjagdatmosphäre, förderte Entsolidarisierung und Denunziation". (173) Auch "die SPD ließ sich von keinem Eiferer übertreffen". (174) Nach dem 3.10.1990 wurde schnell von der Dialogpolitik auf das Niedermachen umgeschaltet: "Herstellung der Einheit der Wissenschaft mit Hilfe des Rasenmähers! Der Sieg mußte ausgekostet werden. Der deutsche Stiefel mitten im Gesicht des deutschen Verlierers!" (175) Und Prokop fragt verwundert: "Ist das die Lösung der deutschen Frage?" Ja, muß man antworten, das ist sie. Wer anderes erwartet hatte, war Illusionen über den Charakter der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" und der in ihr herrschenden Kräfte aufgesessen. Konsterniert und diese Reaktion wohl noch ablehnend, stellt er fest, daß eine Verarbeitung dieses neuen massenhaften Unrechts wohl nur mit dem Rückgriff auf die "Feindbilder oder die Klischees während der Höhepunkte des kalten Krieges" möglich sei. Diese "Klischees" sind aber älter als der kalte Krieg - Abbilder einer antagonistischen Realität. Das ignoriert zu haben, war - zumindest auf Seiten der Anhänger des Sozialismus - ein Element ihres Untergangs.

Das Ideal der "dialogischen Gesellschaft" wird auch von Wolfgang Richter aufgegriffen, der es angesichts der Tatsachen als Utopie und Illusion qualifiziert - genährt durch die Entwicklung des neuen Denkens. (179) "Es bleibt die Erfahrung, daß reale geschichtliche "Dialoge" Sieger haben, die diese mit ihrer Überlegenheit beenden." (180) "Die Schmach, die ihnen eine Vergangenheit angetan hatte, sich in den Dialog mit Kommunisten einlassen zu müssen, kann nun gerächt werden, der Sieg ausgekostet." (180) Mit großem Einfühlungsvermögen schildert er die Mentalität der Abwickler und der Abgewickelten im Akt "öffentlicher Gewalt" und "kollektiver politi-scher Abstrafung". (181) Die derzeitige Wehrlosigkeit der Abgewickelten ergibt sich auch aus folgender Befindlichkeit: "Aber sie haben keine realistische Zukunftsvision. Ihre Lähmung ist in erster Linie eine Identitäts- und Sinnkrise der Linken." "Sie suchen die originären Werte dessen, woran sie geglaubt haben, des Marxismus, und finden in seiner eigentlichen Gesinnung die Aufforderung zur Selbstzerfleischung." (184) Obwohl man im Marxismus auch noch ganz andere Aufforderungen findet, trifft dies exakt die Situation eines Großteils der früheren marxistischen Intelligenz der DDR.

Wäre noch auf das vierte Kapitel ("Engagement im Interesse des Ostens") aufmerksam zu machen, das Statements, Interviews von Politikern und Persönlichkeiten der Öffentlichkeit enthält und zeigen soll, was auf den verschiedenen Ebenen getan werden kann und getan wird.

Heinz Jung

Altlasten der politischen Justiz

Altlasten der politischen Justiz, Politische Strafjustiz der Bundesrepublik Deutschland in den 50er und 60er Jahren - Wirkungen des Antikommunismus im kalten Krieg, Edition Marx-Engels-Stiftung, Wuppertal 1991, 122 S., DM 14,–

Die Bundesregierung pocht gerade in letzter Zeit in den internationalen Beziehungen auf die Einhaltung der KSZE-Beschlüsse von Helsinki (Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit). Doch selbst praktiziert sie unverhohlen den kalten Krieg auf deutschem Boden. Im Gange ist die Abrechnung - auch juristisch - mit dem DDR-System und seinen ehemaligen Funktionsträgern. Auch wenn Bundesjustizminister Klaus Kinkel darunter die Aufarbeitung von "40 Jahren SED-Unrecht" versteht. Hier soll nicht die Lanze für politisches Unrecht in der Ex-DDR gebrochen werden. Doch Siegermentalität bzw. -justiz mit neuen Ungerechtigkeiten sind falsch am Platz. Auch die "alte" BRD hat genug Dreck am Stecken. Zurecht geraten die "Dienste" der Bundesrepublik in das Kreuzfeuer der Kritik der Öffentlichkeit - hier ist nur an Schalck-Golodkowski und seine Verbindungen und die Lauschaktion des BND gegen Lothar de Maiziaire erinnert.

Eine "sachliche und vor allem ehrliche Aufarbeitung der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in den 50er und 60er Jahren" - also auf dem Höhepunkt des kalten Krieges - und vor allem die Rehabilitierung der Opfer fordern zurecht die Teilnehmer eines Hearings in Wuppertal der Marx-Engels-Stiftung (November 1990). Die jetzt veröffentlichten Beiträge als Material erinnern zum richtigen Zeitpunkt an die Verfolgung von Kommunisten und ihrer Anhänger in der "alten" Bundesrepublik. Denn Widerstand gegen die Militarisierung der BRD und gegen ihre Eingliederung in die NATO sowie vor allem Engagement für die DDR hatte oft Gefängnis zur Folge. Das Verbot der KPD im August 1956 und die Ausgrenzung der DKP waren Folgeerscheinungen des kalten Krieges.

Die nähere Skizzierung dieser Zeit erfolgt in den einzelnen Beiträgen: Dr. Hans Mertens, Die politische Strafjustiz der Bundesrepublik Deutschland in den 50er und 60er Jahren; Fritz Rische, Zum KPD-

Verbotsurteil des BVG von 1956; Ulrich Sander, Über das Fortwirken des KPD-Verbotsurteils im vereinten Deutschland; Heinz Stehr, Zur Aufhebung des KPD-Verbotsurteils und zur Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges u.a.m.

Mertens mahnt anfangs die Einhaltung der "Pariser Charta für ein neues Europa" vom 21. November 1990 an. Dort heißt es: "Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen ... Europa befreit sich vom Erbe der Vergangenheit". (S. 9) Und dazu gehören die "Altlasten" der politischen Strafjustiz und Verfolgung von KPD-Mitgliedern und ihren Anhängern - später dann die Berufsverbote gegen DKP-Mitglieder. Fritz Rische, Bundestagsabgeordneter der KPD von 1949 bis 1953, geht rückblickend auf die politischen Verhältnisse vor und zum Zeitpunkt des KPD-Verbotes ein. Tatsache ist und bleibt - so unterstreicht R.: Als das BVerfG mit knapper Mehrheit das Verbotsurteil aussprach, gab es keine Beweise für eine einzige verfassungswidrige Handlung der KPD. Aber eine große Anzahl Konstruktionen aus einer bewußt verfälschten Deutung von Marxismus und Leninismus. Selbst der Bundesgerichtshof hat sich im Verfahren gegen führende Mitglieder der KPD wegen der Ausarbeitung des 'Programms der Nationalen Wiedervereinigung' lediglich auf eine verbal-radikale, aber später vom Hamburger Parteitag der KPD als falsch widerrufene Formulierung über einen gewaltsamen Sturz des Adenauer-Regimes berufen. Doch auch da gab es keinerlei Beweise für ein derartiges absurdes Vorhaben" (S. 20). Hier wäre ein Hinweis von R. auf die Übereinstimmung der politischen Zielsetzung der KPD, KPdSU und SED - nämlich nach "Sturz der Adenauer-Regierung" - angebracht gewesen.

Besonders die Ausführungen von Ewald Stiefvater, Herta Dürrbeck und Bruno Orzykowski als "Opfer des kalten Krieges" runden die informativen Materialien durch eindrucksvolle Beweise über erfolgte politische Strafjustiz in der "alten" Bundesrepublik ab. Heinz Stehr, Sprecher der DKP, fordert in seinem Beitrag m.E. zurecht: "1. daß der kalte Krieg auch in der Innenpolitik der neuen deutschen Bundesrepublik beendet werden muß. Glaubwürdige außenpolitische Entspannung muß durch die innenpolitische Komponente ergänzt werden. 2. Das KPD-Verbotsurteil muß durch das Bundesverfassungsgericht aufgehoben werden. Alle Opfer sind entsprechend den gültigen Richtlinien für die erlittene Haft oder Verfolgung zu entschädigen ..." (S. 33).

Fritz Krause

Entscheidende Jahre

Martin Muschkau, Entscheidende Jahre 1928-1948. Bericht eines Zeitzeugen, Selbstverlag, Hannover 1990, 269 S., 27,00 DM.

Martin Muschkau skizziert die wichtigsten Phasen seines politischen Lebensweges. Das geschieht auf dem Hintergrund der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, durch persönliche Erinnerungen, aber auch auf der Grundlage vieler Dokumente. Die Verknüpfung von persönlichem Engagement und konkreter Politik - hier vor allem der KPD vor und nach 1945 - gewährt dem Leser einen Einblick in die geschichtliche Vergangenheit mit großem persönlichen Erfahrungsschatz. Natürlich geschieht dies in subjektiver Weise - aber eben als Zeitzeuge auch des damaligen Alltags, der Sorgen und Nöte der Menschen in dieser Zeitspanne. M. hatte Begegnungen mit wichtigen kommunistischen Funktionsträgern wie Walter Ulbricht u.a. Die Charakterisierung bzw. Beschreibung solcher Personen aufgrund direkter Begegnungen tragen sicherlich zur besseren Erforschung der Zeitgeschichte bei.

M. beschreibt die Spanne seiner Tätigkeit in der KPD so: "Ich habe die Entwicklung als Mitglied der KPD seit 1928 in der Weimarer, der Nazizeit und von März 1945 bis zu meinem zweiten Rausschmiß aus der KPD 1948/49 erlebt. Ich war Teilnehmer des letzten Parteitages der KPD und des Vereinigungsparteitages im April 1946 in Berlin".

Und in der Tat: Der Leser erhält einen Einblick in ein bewegtes und reges politisches Leben. M. stand im Widerstandskampf gegen das Nazi-Regime. Er engagierte sich nach 1945 stark für den Aufbau eines antifaschistisch demokratischen Deutschland. Hier geriet er in Widerspruch zur offiziellen Linie der KPD-Politik. Er wurde Opfer der stalinistischen Säuberungspolitik ("Titoismus"). Die Jahre danach verbrachte er als Mitglied der SPD und als Funktionär in der Gewerkschaft. Auch die dargelegten Erfahrungen dieser Tätigkeit verdienen Aufmerksamkeit. Fazit: Ein gelungener Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Fritz Krause

Zum Stalinismus

Der Stalinismus in der KPD und SED - Wurzeln, Wirkungen, Folgen. Materialien der Konferenz der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS am 17. und 18. November 1990, Herausgeber: Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS, 152 S.

"Aufarbeitung der Geschichte, gerade ihrer düsteren Seiten, das Herausfinden objektiver und subjektiver Ursachen für Fehlentwicklungen, für Gebrechen und Verbrechen, gehört unverzichtbar zu einer Politikfähigkeit in Gegenwart und Zukunft" (S. 9) - so begründete Klaus Höpcke Sinn und Zweck der Konferenz. Das Ergebnis liegt in den Materialien der Öffentlichkeit vor. Sie enthalten die vorbereiteten Referate (S. 10-68), Beiträge aus der Diskussion (S. 78-110), Materialien bisheriger öffentlicher Veranstaltungen (Opfer des Stalinismus berichten - S. 110-145) und umfangreiche Anmerkungen.

Die Referenten versuchen den Stalinismus innerhalb der KPD/SED näher zu skizzieren und auch zu seinen Wurzeln vorzudringen. So vertritt Klaus Kinner in seinem Beitrag die Auffassung: "Das Festhalten an alten Revolutionskonzepten und das Verkennen des qualitativen Unterschieds zwischen der bürgerlich parlamentarischen Demokratie in der Weimarer Republik und der faschistischen Diktatur ist eine wesentliche Quelle für Fehleinschätzungen in der KPD-Politik (Sozialfaschismus-These)" (S. 16). Mario Keßler/Yvonne Thron stellen "Die Bolschewisierung in KPD und Komintern" dar, und zwar als Ergebnis "der Oktoberniederlage der

deutschen Kommunisten 1923" (S. 20). Hermann Weber definiert den Stalinismus "im weiteren Sinne (als) ein gesellschaftliches System der Machtkonzentration bei der Führung, der straffen, allumfassenden Diktatur der Hegemonialpartei (...) und im engeren Sinne (als) eine Willkürherrschaft, ein System der Repressalien, der Säuberungen und des Personenkultes" (S. 31). Wolfgang Ruge vertritt in diesem Zusammenhang die Auffassung: "... zu keinem Zeitpunkt, auch unmittelbar nach der Oktoberrevolution (gab es) eine Sowjetherrschaft. Es war immer eine Herrschaft der Partei, nicht nur der Partei, sondern der führenden Schicht der Partei" (S. 81).

Diese und andere Auffassungen über den Stalinismus und seine Ursachen bzw. Wesensmerkmale erhalten in den einzelnen Beiträgen eine inhaltliche Vertiefung. Zu nennen sind da: Friedrich Firsow, Der Stalinismus und die Kommunistische Partei Deutschlands; Sigfried Prokop, Das Jahr 1953 - vertane Chance?; Jochen Cerny, Die Auswertung des XX. Parteitages der KPdSU in der SED; Sieglinde Heppener, Georg Lukacs und der Stalinismus u.a.m.

Als Aufgabe der Konferenz war vorgegeben: "... frei von Apologetik, Schönfärberei und Tabus Fragen, streitbare Diskussionsangebote und neue Forschungsergebnisse über Wurzeln, Wirkungen und Folgen des Stalinismus in der KPD und SED (zu) diskutieren" (S. 5f) und auf diese Art und Weise zur Aufarbeitung der "eigenen Geschichte" - der PDS - beizutragen. Das ist m.E. gelungen.

Fritz Krause

Vorschau
Z - Nr. 9

erscheint Anfang März 1992
mit dem Schwerpunktthema

Der internationale Marxismus nach der Niederlage des Realsozialismus

Übersichten zu: Krise der Arbeiterbewegung; Situation der internationalen kommunistischen Strömung; Ende der KPdSU-Hegemonie; Auswirkungen auf die internationale Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung
Positionen aus: Großbritannien, Finnland, Griechenland, Österreich, Japan, Rußland, CSFR, Palästina, Südafrika, Kuba, den Philippinen
Berichte über: Rumänien, Polen, Ungarn, Indien, Algerien etc.



215 Seiten, DM 22,80



127 Seiten, DM 16,–



Zweite, erweiterte und aktualisierte Auflage, 206 Seiten, DM 22,80



111 Seiten, DM 14,80

DISTEL VERLAG Sonnengasse 11 7100 Heilbronn